

Initiativplan Demokratiegeschichte/Ost

Herausgegeben von Christian Faludi

Initiativplan Demokratiegeschichte/Ost

Marc Bartuschka

Inhalt

- 1 Vorwort
- 4 **Demokratiegeschichte — Ein Begriff und sein Inhalt**
 - 8 Wir brauchen eine ostdeutsche Demokratiegeschichte?!
- 12 **Vorgeschichte zwischen Aufstand und Aufklärung — 1525–1772**
 - 13 Als die Demokratiegeschichte begann
 - 15 Die »Revolution des gemeinen Mannes«
 - 17 Das Erbe des Bauernkrieges und neue Impulse der Aufklärung
 - 19 Wissenslücken und Vermittlungsprobleme
- 21 **Internationale Impulse, deutsche Reaktionen — 1773–1847**
 - 22 Eine Revolution und ihr Kaiser
 - 23 »Bundesdeutsche« und Nationalisten
 - 25 Politische Feiern und eine Protesta(k)tion
 - 27 Wie kann die demokratische Frühgeschichte vermittelt werden?
- 31 **Umbruchsjahre — 1848–1850**
 - 32 Keine friedliche Revolution
 - 34 Die brennende Verfassungsfrage
 - 37 Ringen um Gleichberechtigung
 - 38 Vom Umgang mit dem revolutionären Erbe
 - 41 Einigkeit und Recht und Freiheit – per Verfassung?
- 44 **Von Revolution zu Revolution — 1850–1918**
 - 44 Norddeutscher Bund und Deutsches Reich
 - 46 Zwischen Reform und Reaktion – die Landtage
 - 48 Die Geburt des modernen Parteiensystems
 - 50 Der Vierte Stand erwacht
 - 53 Frauen verschaffen sich Gehör
 - 54 Als das Heute begann, Gestalt anzunehmen
 - 57 Die Geschichte der Arbeiterbewegung bleibt relevant
 - 59 Frauengeschichte ist Demokratiegeschichte
- 61 **Die erste deutsche Demokratie — 1918–1933**
 - 62 Die erste deutsche Republik und Ostdeutschland
 - 64 Ein geglückter Neuanfang im Reich und den Ländern
 - 67 Weimarer Politik, Politiker und Politikerinnen – besser als ihr Nachruf
 - 70 Neue Zeiten auch in der Zivilgesellschaft
 - 73 Die Verteidiger der Demokratie
 - 77 Wie die Republik zerstört wurde
- 80 **Demokratiegeschichte und totalitäre Diktatur — 1933–1945**
 - 81 Eine Diktatur entsteht im Zeitraffer
 - 82 Von der offenen Opposition zum Widerstand im Untergrund
 - 85 Die vielen Gesichter des Widerstandes
 - 88 Als die Demokratie aus Deutschland fliehen musste
 - 89 Orte des Gedenkens, Wege des Erinnerns
- 91 **Hoffnungsvoller Neuanfang und Scheitern — 1945–1948**
 - 92 Neue Länder, neue Parteien
 - 95 Gesellschaftliche Impulse
 - 96 Die Schattenseite des Neuanfangs
- 99 **Vier Jahrzehnte Diktatur — 1949–1989/90**
 - 100 Aspekte einer Demokratiegeschichte der DDR
 - 101 Widerstand und Opposition als wichtigstes Thema
 - 103 Die frühen Jahre und der Volksaufstand
 - 105 Formen und Strömungen von Widerstand und Opposition
 - 108 Die Friedliche Revolution
 - 110 Optionen einer demokratiegeschichtlichen Perspektive auf die DDR
- 118 **Demokratiegeschichte/Ost — Chancen und Herausforderungen**
 - 120 Inhaltliche Impulse geben
 - 124 Neue Wege, neue Chancen
- 129 Netzwerk
- 131 Literaturliste

Vorwort

Der Begriff der Demokratie prägt gegenwärtig die öffentliche Debatte in Deutschland. Sie wird oft als gefährdet bezeichnet, als angegriffen, erschüttert, labil. Die Selbstsicherheit früherer Jahrzehnte ist verfliegen, in denen das Grundgesetz den Garanten bildete für stabile Institutionen und Abläufe und in denen die Auffassung gepflegt wurde, wir hätten ein für allemal aus der Geschichte gelernt und müssten uns daher keine Sorgen um die Demokratie machen. Heute scheint dies alles fraglich zu sein. Das Abschmelzen von Selbstverständlichkeiten führt zu einer großen Verunsicherung und zu erregten Debatten darüber, wie mit dieser neuen Situation umzugehen ist. Sie sind nicht frei von Dystopien und Panik.

Besonders im Fokus liegt dabei die Situation in Ostdeutschland. Hier, wo das Grundgesetz erst seit dem Jahr 1990 gilt, ist die aktuelle Demokratie jünger und noch keine über Generationen weitergegebene Lebensrealität. Gesellschaftliche Problemlagen treten schärfer hervor, der Diskurs wirkt hitziger, die Institutionen sind weniger gefestigt als in Westdeutschland. Die Gefährdung der Demokratie erscheint daher unmittelbarer, die politische Lage instabiler.

Der Blick in die Geschichte ändert an dieser Situation nichts Grundlegendes. Aber er liefert die Erkenntnis, dass Demokratie immer gefährdet ist, immer angegriffen wird. Gerade in Deutschland war es schwer, ein auf die Einbeziehung möglichst vieler Menschen und auf die Achtung ihrer Freiheit ausgelegtes Gesellschaftssystem durchzusetzen. Demokratie ist eben nichts Selbstverständliches, sondern etwas Errungenes, oft unter Opfern Er kämpftes, das auch verloren gehen oder zerstört werden kann. Das ist eine wichtige Erkenntnis. Zugleich erinnert der Blick zurück daran, dass viele Männer und Frauen sich unermüdlich für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte eingesetzt haben, an deren Beispiel wir uns orientieren können. Aus dieser Feststellung kann eine höhere Sensibilität erwachsen für die zahlreichen Faktoren, die eine Demokratie bedrohen – aber auch eine Portion Gelassenheit, die lange Entwicklungen in den Blick nimmt, statt sich von tagesaktuellen Aufregern leiten zu lassen.

Die Beschäftigung mit den Wurzeln unserer Demokratie lohnt sich also. Und das gilt umso mehr in Regionen, wo der Kampf um sie besonders schwer war. Auf Ostdeutschland trifft das zu: Hier gab es im 20. Jahrhundert nicht nur die zwölfjährige Diktatur der Nationalsozialisten mit ihren Menschheitsverbrechen, sondern auch die Diktatur der SED, die mehr als 40 Jahre andauerte. Der größte Teil des vorigen Jahrhunderts herrschte in Ostdeutschland ein diktatorisches oder, wenn man das Kaiserreich einbezieht, monarchistisches Regime.

Die lange Zeit der Diktatur in Ostdeutschland wirkt bis heute nach, durch das Fehlen der ausgewanderten, vertriebenen oder ermordeten Menschen ebenso wie durch die Prägung der Zurückgebliebenen. Aber auch dadurch, dass die Wurzeln der Demokratie stärker verschüttet sind, weil sie über eine lange Zeit nicht gepflegt, sondern gezielt abgeschnitten wurden. Es ist daher eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe, diese Wurzeln sichtbar zu machen. Denn Ostdeutschland bietet tatsächlich sehr weit zurückreichende und tiefe Wurzeln demokratischen Strebens. Eine Besinnung darauf mag auch ein Stück weit Identifikation vermitteln.

Der vorliegende Initiativplan Demokratieggeschichte/Ost widmet sich der Aufgabe, zentrale Aspekte der Demokratieggeschichte in Ostdeutschland aufzuarbeiten. Er wurde von der Gesellschaft zur Erforschung der Demokratie-Geschichte (GEDG) entwickelt und verfolgt seit Beginn einen umfassenden, sowohl zeitlich als auch inhaltlich breit angelegten Ansatz. Ziel des Plans ist es, bedeutende Ereignisse, Orte und Persönlichkeiten der ostdeutschen Demokratieggeschichte zu identifizieren sowie Anregungen zu geben, wo Forschung und Vermittlung ergänzt oder optimiert werden können. Gleichzeitig versteht die GEDG den Plan als Grundlage für ihre zukünftige Arbeit.

Ein offener Ansatz mit breiter Beteiligung

Der Initiativplan erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Angesichts von fast fünf Jahrhunderten Demokratieggeschichte sind Lücken und Kürzungen unvermeidlich. Umso wichtiger war es, von Beginn an den Dialog mit Kolleginnen und Kollegen aus Ost- und Westdeutschland zu suchen, deren Anregungen und Erkenntnisse in den Plan einfließen. Die Ergebnisse sollen durch künftige Ergänzungen weiter abgerundet werden.

Die Arbeiten am Initiativplan begannen im Frühjahr 2023. Angesichts der thematischen Vielfalt – von den Aufständen des 16. Jahrhunderts bis zur Friedlichen Revolution von 1989 – lag ein Schwerpunkt darauf, Netzwerke zu knüpfen und Expertise aus Forschung und Vermittlung einzubinden. Die GEDG regt an, diese Kontakte auch in Zukunft für die Planung und Umsetzung gemeinsamer Projekte zu nutzen. Mehr als 200 Institutionen, Expertinnen und Experten wurden über das Vorhaben informiert, etwa 50 von ihnen brachten sich aktiv in die Erstellung des Plans ein und signalisierten Interesse an weiterer Zusammenarbeit. Den fachlichen Austausch förderten Workshops zu zentralen Themen der ostdeutschen Demokratieggeschichte, begleitet von intensiver eigener Recherchearbeit.

Workshops als Schlüssel zur Perspektivvielfalt

Ein erster Workshop fand am 19. Oktober 2023 im Eisenacher Rathaus statt. Thema war das Wartburgfest von 1817, dessen zukunftsweisende, aber auch kontroverse Aspekte diskutiert wurden. Am 17. November folgte ein Treffen in Dessau-Roßlau zur Weimarer Republik, bei dem die föderale Perspektive und die Rolle Ostdeutschlands in den Revolutionen von 1918 hervorgehoben wurden. Zugleich wurde an die Wehrhaftigkeit der Demokratie erinnert, aber auch an die frühen Gefährdungen in Ostdeutschland, die schließlich zur Aushöhlung und beginnenden Zerstörung der Demokratie bereits vor 1933 führten.

Ein weiterer Workshop am 4. Dezember 2023 im Augustinerkloster Erfurt widmete sich den Ereignissen der Jahre 1848 bis 1850, mit besonderem Fokus auf das Unionsparlament von 1850 und dessen Bedeutung für Verfassungsfragen und die deutsche Einheit. Dabei wurden auch Ansätze zur Vorbereitung der 175. Jubiläen dieser Ereignisse besprochen. 2024 setzte die GEDG die Workshopreihe fort: Am 25. April fand auf dem Berliner Campus für Demokratie eine Veranstaltung zu den ersten Jahren der Sowjetischen Besatzungszone statt, die als Phase eines zunächst noch offenen demokratischen Neuanfangs interpretiert wurden. Ein weiterer Schwerpunkt war die Stärkung des Fokus auf weniger bekannte Widerstandsergebnisse in den frühen Jahren der DDR.

Am 29. Mai wurde in der ehemaligen Jakobikirche in Mühlhausen/Thüringen über die Frage diskutiert, ab wann von Demokratieggeschichte gesprochen werden kann. Der Bauernkrieg von 1525 wurde dabei als mögliche Vorgeschichte betrachtet. Eine Woche später in Leipzig stand die Integration der Frauengeschichte in die Demokratieggeschichte im Mittelpunkt, mit besonderem Blick auf frühe Frauenrechtlerinnen und auf die Politikerinnen der Weimarer Republik.

Den Abschluss der Reihe bildete am 20. Juni eine Veranstaltung zur Geschichte der Arbeiterbewegung. Obwohl das Thema in der DDR stark gefördert wurde, hat es seit 1990 an Aufmerksamkeit verloren. Die Arbeiterbewegung bleibt jedoch ein zentraler Bestandteil der Demokratieggeschichte, gerade auch mit Blick auf ihre zahlreichen dezentralen Schauplätze in Ostdeutschland.

Dank und Ausblick

Die Anregungen der Workshops, für die den Teilnehmenden und besonders den Impulsgeberinnen und -gebern gedankt sei, haben die Arbeit am Initiativplan entscheidend bereichert. Sie ermöglichten eine rasche Verschriftlichung der Ergebnisse.

Besonderer Dank gilt den Institutionen, die die Workshops unterstützten, darunter das Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv, die Louise-Otto-Peters-Gesellschaft e.V., die Mühlhäuser Museen, die Robert-Havemann-Gesellschaft e.V., das Stadtarchiv Dessau-Roßlau, sowie den Städten Eisenach und Mühlhausen und der Wartburg-Stiftung.

Die Erstellung des Plans wurde maßgeblich von Dr. Marc Bartuschka vorangetrieben, der Workshops vorbereitete und durchführte, zahlreiche Gespräche führte, umfassend recherchierte und alle Erkenntnisse gebündelt zu Papier brachte. Ihm sowie den GEDG-Kolleginnen und Kollegen Sarah Traub, Alexander Maser und Dr. Sebastian Elsbach (bis Mitte 2023) gebührt besonderer Dank. Dr. Andrej Bartuschka leistete einen wertvollen Beitrag zum Lektorat; Gestaltung und Satz übernahm in bewährter Weise Eric Jentzsch vom Büro Zentralform.

Möglich wurde der Initiativplan durch die großzügige Förderung und inhaltliche Begleitung des Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland und seines Arbeitsstabes. An ihn wird er übergeben in der Hoffnung, dass der Blick in die Geschichte dabei hilft, die Wurzeln unserer Demokratie besser zu kennen und die damit verbundenen Er-rungenschaften somit besser verteidigen zu können.

Berlin, 4. Dezember 2024

Stephan Zänker, Vorstandsmitglied der GEDG und
Christian Faludi, Leiter der GEDG

1

Demokratiegeschichte *Ein Begriff und sein Inhalt*

Als Bundespräsident Gustav W. Heinemann den Anstoß für die 1974 realisierte Gründung einer Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte in Rastatt gab, gedacht als ein Ort um sich mit diesen und den demokratischen Traditionen Deutschlands auseinanderzusetzen, war das Konzept einer spezifischen »Demokratiegeschichte« als eigene Forschungsrichtung noch weitgehend unbekannt.¹ Natürlich gab es Forschungen und Publikationen zu demokratischen Bestrebungen, Strukturen und Persönlichkeiten. In den Titeln wissenschaftlicher Veröffentlichungen taucht der Begriff nachweislich einer Suche im Gemeinsamen Verbundkatalog² jedoch prominent erst in den 1980ern und 1990ern auf. Mitte des Jahres 2024 findet das suchende Auge immerhin über 300 Einträge, welche explizit »Demokratiegeschichte« im Titel führen, und diese Zahl wächst stetig. Fast zwei Drittel dieser Aufsätze und Bücher sind in den letzten fünf Jahren erschienen, Anzeichen einer bemerkenswerten Konjunktur des Interesses an einer kohärenten Demokratiegeschichtsschreibung. Dieses trägt auch institutionelle Früchte. So gibt es inzwischen eine Bundesstiftung »Orte der deutschen Demokratiegeschichte« wie auch die beständig wachsende »Arbeitsgemeinschaft Orte der Demokratiegeschichte«³ als gesamtdeutsches Netzwerk. Nicht zuletzt sind die Autoren dieses Textes Teil der »Gesellschaft zur Erforschung der Demokratie-Geschichte« (GEDG).⁴ An der öffentlichen Wahrnehmung des Begriffes hat auch Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier Anteil. Bereits am Anfang seiner Amtszeit 2017 und auch später immer wieder besuchte er zentrale Orte der Demokratiegeschichte: Sowohl solche, die für den Kampf um Demokratie als auch für die Vermittlung der Erinnerung an ihre Geschichte standen.⁵ In seinen Reden, nicht zuletzt im Jubiläumsjahr 2018, kam er wiederholt auf den Begriff zu sprechen und betonte die Bedeutung, sich mit der Geschichte der Demokratie auseinanderzusetzen, in ehrender Erinnerung wie auch als Mahnung vor den Gefahren. So unverzichtbar das mahnende »Nie wieder!« im Gedenken an die deutschen Verbrechen sei, sei es ebenfalls unerlässlich, die Wurzeln der deutschen Demokratie sichtbar zu machen und angemessen zu erinnern.⁶ Ein solch hohes Maß an Aufmerksamkeit scheint keineswegs übertrieben, wenn man bedenkt, dass die (deutsche) Demokratiegeschichte je nach Definition Ereignisse mindestens seit dem Ende des 18. Jahrhunderts bis in die unmittelbare Gegenwart beschreibt. Es scheint auch geradezu selbstverständlich, dass Deutschland, in seinem Westteil seit mehr als 75 und in seiner Gesamtheit seit über 30 Jahren eine stabile Demokratie, an diesem Thema ein Interesse hat. Und doch verblasst die Beschäftigung mit der Demokratiegeschichte im Umfang bei weitem, wenn man sie mit der Literatur zur Geschichte der DDR-Diktatur und erst recht mit jener zum NS-Regime vergleicht. Diese Feststellung darf

1 — Thalhofer: Erinnerung (2021), S. 27 f.

2 — <https://www.gbv.de/gsomenu>, z. a. 8.7.2024.

3 — Vgl. zur Stiftung und Arbeitsgemeinschaft <https://www.demokratiegeschichte.de/>, z. a. 8.7.2024.

4 — Siehe zur GEDG <https://gedg.org/>, z. a. 08.07.2024.

5 — Siehe <https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/newsletter-und-abos/bulletin/rede-von-bundespraesident-dr-frank-walter-steinmeier-1967764>, z. a. 8.7.2024.

6 — Siehe etwa Steinmeier: Traditionen (2020); <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2018/kw45-gedenkstunde-9november-575578>, z. a. 8.7.2024; <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/steinmeier-75-grundgesetz-2288428>, z. a. 8.7.2024.

selbstverständlich nicht als Appell verstanden werden, letztere Themen in der Bedeutung abzuwerten. Ebenso wenig kann die Erforschung der beiden – deutlich voneinander zu unterscheidenden – deutschen Diktaturen für abgeschlossen erklärt werden. Insbesondere die Auseinandersetzung mit den deutschen NS-Verbrechen im Inland wie im besetzten Europa ist Kern der deutschen Erinnerungskultur und muss es bleiben. Zugleich erscheint es jedoch naheliegend, die Geschichte des Ent- und Bestehens deutscher Demokratie stärker als bisher geschehen ins Auge zu fassen. Dabei artikulieren sich allerdings durchaus unterschiedliche Ansichten über die Art und Weise, auf welche dies geschehen soll. Nicht ohne Grund wird kritisiert, dass die bisher dominanten Erzählungen der Demokratiegeschichte vielfach Gruppen außerhalb der Mehrheitsgesellschaft bestenfalls beiläufig erwähnten, und auch die Betrachtung der frauengeschichtlichen Perspektive unterrepräsentiert ist.⁷ Eine zeitgemäße Demokratiegeschichte muss deshalb die Perspektive historisch marginalisierter Gruppen – insbesondere die Perspektive von Frauen als Subjekte wie Objekte historischer Ereignisse – als integralen Bestandteil verstehen und keineswegs als ergänzendes Beiwerk oder Nachgedanken behandeln.

Wie engagiert Debatten um die Gewichtung in der Erinnerungspolitik und -kultur mitunter geführt werden und wie verschieden die Ansichten über die Prioritäten sein können, ließ sich exemplarisch an der zum Teil sehr emotional geführten Debatte um den Entwurf eines neuen Rahmenkonzeptes des Ministeriums der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien Anfang 2024 ablesen. Zunehmend in den Fokus wurden die deutsche Demokratiegeschichte, aber auch die Geschichte der Kolonien und der Gesellschaften und Länder in diesen zeitweilig vom Deutschen Reich kontrollierten Gebieten, wie auch die Geschichtsvermittlung der und in die moderne Einwanderungsgesellschaft gestellt. Sie sollten prominent neben die bisher und explizit auch weiterhin präsenten Themen Aufarbeitung der Diktatur in der sowjetischen Besatzungszone und DDR und besonders die Beschäftigung mit NS-Verbrechen und Holocaust treten. Sowohl die Form wie der Inhalt des Konzepts sahen sich scharfer Kritik von zahlreichen Gedenkstätten ausgesetzt, wenngleich am Ende der Kontroverse die Initiierung eines offenen Diskussionsprozesses stand.⁸ Die Diskussionen um Inhalte und in Zeiten harter Sparzwänge implizit auch Ressourcen stehen zugleich emblematisch für die Herausforderung, angesichts begrenzter Mittel in einer zunehmend heterogenen Gesellschaft konsensfähige erinnerungskulturelle Angebote für eine möglichst große Anzahl von Bürgerinnen und Bürgern anzubieten und zu vermitteln.

Doch was genau ist diese »Demokratiegeschichte«? Sie ist in jedem Fall weit mehr als eine Beschreibung der Entwicklung etablierter demokratischer politischer Gemeinwesen, Institutionen und Gesellschaften, so wichtig dieser Punkt bleibt. Demokratiegeschichte setzt vielmehr bereits ein mit dem Eintreten für Grundrechte wie Gleichberechtigung und Rechtsstaatlichkeit, für Gewaltenteilung und politische Mitbestimmung in monarchischen, autoritären und totalitären Staaten. Wo dieses Streben letztlich von Erfolg gekrönt war, blickt sie auf den oft mühevollen Transformationsprozess, durch den das junge demokratische Gemeinwesen mit Leben erfüllt wird. Demokratische Institutionen und Strukturen müssen aufgebaut, demokratisches Handeln gewissermaßen »erlernt« werden, von Personen, die ihrerseits von den unfreien Gesell-

7 — Vgl. ausführlich etwa Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin/Berliner Landeszentrale für politische Bildung (Hg.): Aufbrüche (2023). Freilich schießt begründete Kritik dort über das rechte Maß hinaus, wo sie etablierte Gedenkstätten als Orte »historischer Unterdrückung« geißelt, vgl. ebd., S. 29.

8 — Vgl. beispielhaft für die Positionen und Kontroversen <https://upgr.bv-opfer-ns-militaerjustiz.de/uploads/Dateien/PB2024/Zusammenstellung-erinnerungskultur202402ff-06.pdf>, z. a. 8.7.2024.

schaften geprägt wurden, in denen sie lange Jahre gelebt haben. Wie eingangs erwähnt blickt Demokratiegeschichte auf das Funktionieren von Staat und Gesellschaft in einer etablierten Demokratie, einschließlich des demokratischen Meinungswettstreits und notwendiger Aushandlungsprozesse. Doch sie beleuchtet auch, wie sich demokratische Strukturen gegen Angriffe von Innen und Außen verteidigen. Dies kann in letzter Konsequenz auch bedeuten zu schildern, wie Demokratie enden kann: Sei es, dass sie schrittweise ausgehöhlt oder durch einen gewaltsamen Angriff mit einem Schlag beseitigt wird.

Sie ist eine Geschichte, die sowohl von Konfliktsituationen als auch der Suche nach und der Mühe beim Umsetzen von Konsenslösungen handelt. Denn so unerlässlich das standhafte Eintreten für demokratische Ideale ist, um diese durchzusetzen und gegen Gefahren zu behaupten, so unerlässlich ist es auch, sich im demokratischen Prozess Meinungen, die der eigenen widersprechen, beugen zu können oder mit diesen einen Kompromiss zu finden.⁹

Demokratiegeschichte versteht sich nicht allein als deskriptive Schilderung der Ereignisse, sondern hofft zugleich, Anregungen für demokratisches Handeln im Hier und Jetzt zu geben. Dies mag bereits dadurch erreicht werden, dass sie aufzeigen kann, dass historisch – und damit natürlich auch in der Gegenwart – schrittweise Verbesserungen erzielt werden können, dass Demokratie entwicklungsfähig war und weiterhin ist. Dabei darf sie freilich nicht zu einer zielgerichteten oder gar deterministischen »Erfolgsgeschichte« degenerieren, die wertend einzig auf das parlamentarische repräsentative politische Modell unserer Gegenwart hinausläuft und ausschließlich dieses meint, wenn von Demokratie die Rede ist. Sie muss vielmehr den Wandel des Begriffes im Laufe der Jahrhunderte und Jahrzehnte akzeptieren und die handelnden Männer und Frauen aus ihrer Zeit heraus betrachten.¹⁰ Dabei wird das gegenwärtig dominierende politische Modell der Demokratie nicht alternativlos gesetzt, sondern ebenso andere Formen demokratischer Ordnung und Handelns ernst genommen, seien sie nun direktdemokratische, dialogorientierte, deliberative Teilnehmungsmodelle, Proteste, Bürgerinitiativen und soziale Bewegungen.¹¹ Anknüpfungspunkte zu anderen, in der Vergangenheit oft unterrepräsentierten Zweigen der Geschichtsforschung wie die deutsche Kolonialgeschichte müssen gezielt genutzt werden. Eine deutsche Demokratiegeschichte muss zudem stets offen sein, Impulse aus den Bevölkerungsteilen mit Migrationshintergrund aufzunehmen und diese gezielt anzusprechen.

Neben dem Blick auf die historischen Ereignisse als solche sind es die Orte und Personen der Demokratiegeschichte, die in der Vermittlung oft eine wesentliche Rolle spielen, und deshalb umfassend erforscht werden müssen. Ein Ort der Demokratiegeschichte ist ein solcher, an dem Demokratie und demokratische Grundwerte entwickelt, ausgeformt, gestaltet und weiterentwickelt wurden. Diese Orte können bundesweite Bedeutung haben – für Deutschland kämen auf Antrieb die Paulskirche oder der Berliner Reichstag in den Sinn, auch wenn gerade letzterer eine sehr wechselvolle Geschichte aufweist. Doch auch »kleinere«, regional oder lokal bedeutsame Orte – ob nun weitgehend im historischen Zustand erhalten bzw. restauriert oder aber durch den Lauf der Jahre überformt – wie städtische Rathäuser oder Zentren der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung haben einen Platz in der Erinnerung verdient. Sie verbinden lange vergangene Ereignisse mit dem eigenen Lebensumfeld

9 — Parak: Demokratiegeschichte (2021), S. 17 f.

10 — Parak: Ambivalenzen (2021), S. 11 f.

11 — Parak: Exemplarität (2021), S. 59 f.

der Bürgerinnen und Bürger und können zudem direkt vor Ort erforscht und erfahren werden.¹² Dabei kann auch ein Blick auf den historischen Umgang mit solchen Stätten der Demokratiegeschichte lehrreich sein: Wie sie geehrt, instrumentalisiert, vergessen, wiederentdeckt wurden, sagt sehr viel über die jeweilige Gesellschaft, ihr Geschichtsbewusstsein und Wertesystem aus.

Obwohl die Rolle von Einzelpersonen für den Ablauf historischer Ereignisse nicht überbetont werden darf, und insbesondere der Begriff »Held« in Deutschland nach zwei Weltkriegen und zwei Diktaturen einen oft schalen Beigeschmack hinterlässt, kann die persönliche Perspektive der Geschichte unmöglich beiseitegelassen werden. Dies gilt nicht nur für den Zweck der Darstellung, sondern auch für die Präsentation von Rollenmodellen und Vorbildern, auch und gerade in der Demokratiegeschichte. Die Geschichte von Einzelpersonen zeigt Handlungsoptionen, Brüche und Wandlungen zum Besseren und Schlechteren auf, sie lässt Herausforderungen, gute und weniger gute Kompromisse wie auch Standhaftigkeit unter Druck und Gefahr am konkreten Beispiel sichtbar werden. Gerade indem auf die Präsentation makelloser Heldenfiguren – die ohnehin zumeist nur auf dem Weg der Verwandlung von Fakt in Fiktion präsentiert werden können – verzichtet wird, zeigt Demokratiegeschichte den Bürgerinnen und Bürgern Handlungsoptionen ganz gewöhnlicher Menschen auf. Sie erinnert daran, dass diese bereit, willens und auch in der Lage waren, ihre Lebensverhältnisse zu verändern und zu gestalten, gelebter Beweis, dass es eine Alternativlosigkeit des Hinnehmens nicht gibt.¹³

Freilich muss dabei auch stets der hohe Preis in Erinnerung gehalten werden, den viele Demokraten und Demokratinnen für ihren Einsatz zahlten. Aus diesem Grund scheint der Ansatz, die Größe des Risikos oder Opfers als Kriterium zweitrangig zu betrachten,¹⁴ nicht frei von Schwachpunkten. Zweifelsohne ist das Eintreten für Verbesserungen, das Engagement für das Gemeinwohl in einem demokratischen Gemeinwesen ebenso lobenswert wie für sein Funktionieren notwendig. Doch ebenso selbstverständlich ist ein Eintreten für ein zudem nicht immer trennscharf zu definierendes »Gemeinwohl« noch nicht per se an demokratische Werte und Gesellschaften gebunden. Und das entschlossene Eintreten für demokratische Werte und Verbesserungen unter einem repressiven Regime ist mit einem sehr viel größeren Risiko verbunden und darf nicht nivelliert werden.

Als eine Erzählung historischer Ereignisse, gestützt auf die Schilderung von Einzelschicksalen und physisch verankert durch zahllose Orte der Demokratiegeschichte bleibt diese vor allem eines: Die Geschichte des Ringens um die Durchsetzung von Idealen und Visionen, die in ihrer Zeit oft als kaum realisierbar erscheinen mussten. Sei es das Streben nach Rechts- und Verfassungsstaaten in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, das Eintreten für die Ausweitung des Wahlrechts auf alle Männer ungeachtet ihres Einkommens und Besitzes und mehr und mehr auch auf alle Frauen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, die Überwindung der monarchischen Herrschaften 1918 und der Aufbau der jungen Demokratie, der Widerstand gegen die deutschen Diktaturen des 20. Jahrhunderts. Auch wenn sie oft direkt mit Repressionsgeschichte verbunden ist, vermittelt Demokratiegeschichte weniger eine Perspektive, »gegen« etwas zu sein, als für Ideale einzutreten und damit letztlich auch neue Ideen für die Zukunft anzubieten.¹⁵ Sie will und kann inspi-

12 — Parak: Erinnerungsorte (2020), S. 8 f.; Baasch/Riffel: Demokratiegeschichte (2020), S. 36 f.

13 — Faulenbach: Demokratiegeschichte (2018), S. 46 f.; ausführlich zu dem Thema Parak/Engst (Hg.): Vorbilder (2022).

14 — Parak: Teil I (2022), S. 20 f.

15 — Parak/Engst: Einleitung (2022), S. 5.

rieren und über die rein defensive Abwehr von Bedrohungen hinausgehen. Mit allen Rückschlägen, Um- und Irrwegen sind die Visionen, die letztlich wahr geworden sind, ein Ansporn, auch in der Gegenwart neue Perspektiven zu entwickeln und für deren Umsetzung einzutreten. Demokratiegeschichte bleibt deshalb eine Geschichte des Erreichten wie auch des Wünschenswerten, sie gibt sich bei allem berechtigten Selbstbewusstsein und Stolz auf das Erreichte niemals selbstgefällig zufrieden – und weist damit auch in die Zukunft.

Wir brauchen eine ostdeutsche Demokratiegeschichte?!

Es liegt nahe, Demokratiegeschichte in Deutschland mit einem starken Fokus auf eine gesamtdeutsche Perspektive zu erzählen. Denn obgleich ein deutscher Nationalstaat relativ spät entstand, fand zwischen den einzelnen Ländern ein intensiver Austausch statt, wirkten Ereignisse in dem einen Land oft über die eigenen Grenzen hinaus – die Revolution von 1848/49 ist ein geradezu idealtypisches Beispiel. Zugleich darf die regionale und föderale Perspektive nicht verloren gehen, nicht nur aus Respekt gegenüber lokalgeschichtlichen Perspektiven. Dies sollte freilich nicht in einer wertenden Rangtabelle »fortgeschrittener« und »rückständiger« Länder gipfeln. Die Beachtung von Besonder- und Eigenheiten, der Akteure und Akteurinnen, die vielleicht nur einen begrenzten Wirkungskreis beeinflussten, bietet sich stets an, um die Identifizierung vor Ort zu steigern. Solch eine »engere« Demokratiegeschichte mag auf gesteigertes Interesse stoßen, gerade weil sie die Geschichte der eigenen Stadt und Region vermittelt. Die engagierte Stadträtin oder der Revolutionär von nebenan – ob nun seit langem erinnert oder aber weitgehend vergessen – präsentieren sich als ein weitaus attraktiveres Vorbild als eine Person in einem weit entfernten Teil Deutschlands. Doch braucht es bei Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte eigentlich noch eine eigene »Demokratiegeschichte/Ost«?

Manches spricht auf den ersten Blick dagegen. So kann man einwenden, dass Ostdeutschland als räumliches Konstrukt im heutigen Sinne seine Existenz einem historisch gesehenen kurzen Zeitabschnitt verdankt, von der Teilung Deutschlands in Folge des Zweiten Weltkriegs bis zur Wiedervereinigung 1990 und deren Nachwirkungen. Zuvor besaßen die Grenzen der heutigen »neuen« zu den »alten« Bundesländern beziehungsweise ihren Vorläufern eine weitaus geringere Bedeutung, ja nahmen vielfach einen anderen Verlauf. Es wäre deshalb ebenso fatal wie verfehlt, grundsätzliche historische Unterschiede zwischen diesem nur zeitweiligen »Ost« und »West« zu postulieren. Ausgeschlossen bleibt, diese temporären Grenzen gewissermaßen in der Geschichte zurückzuschreiben oder für bestimmte Aspekte der Demokratiegeschichte einen Alleinvertretungsanspruch zu erheben, sei es diesseits oder jenseits der einstigen deutsch-deutschen Grenze. Dies ist jedoch auch gar nicht das Anliegen eines Appells für die Erforschung und Vermittlung einer ostdeutschen Demokratiegeschichte. Vielmehr geht es darum, in Ostdeutschland für einen aufmerksamen, selbstbewussten, an der einen oder anderen Stelle auch stolzen Blick auf die Regionalgeschichte zu werben. Denn in der Wahrnehmung und Vermittlung von Demokratiegeschichte lassen sich in der Tat auch mehr als 30 Jahre nach der deutschen Einheit gravierende Unterschiede feststellen.

Ostdeutschland hat im 20. Jahrhundert eine viel längere Zeit der Diktatur erlebt, bei allen gravierenden Unterschieden zwischen NS- und

SED-Herrschaft. Dadurch sind demokratische Strukturen, Gepflogenheiten und Traditionen in stärkerem Maße in Vergessenheit geraten. Natürlich wurde auch in der DDR an demokratiegeschichtliche Ereignisse erinnert, mitunter sogar intensiver als in Westdeutschland. Doch war dieses Erinnern stets überformt durch die offiziöse Interpretation einer deterministischen Entwicklung auf die nicht-demokratische DDR-Gegenwart hin. Dies prägte den Blick und engte ihn ein, verzerrte ihn nicht selten. Nach dem Untergang des ostdeutschen Staates trug dies dazu bei, dass so manches Element ostdeutscher Demokratiegeschichte unverdient als desavouiert angesehen wurde.¹⁶ Zwangsläufig präsentierte sich die demokratische Praxis ebenfalls als gebrochen. In der Bundesrepublik konnten nach 1945 vielfach Erfahrungen und Netzwerke aus der Weimarer Republik reaktiviert werden. In Ostdeutschland waren diese Anknüpfungen 1989/90 nahezu unmöglich.

Zudem trug der Prozess der Demokratisierung ab 1990 zu einer gewissen mentalen Distanzierung bei Teilen der Bevölkerung bei. Nach einer kurzen Zeit der eigenständigen Demokratisierung hatte Ostdeutschland das gewachsene demokratische System der Bundesrepublik übernommen. Der Beitritt zum Grundgesetz war eine bewusste und nachvollziehbare Entscheidung, die den günstigen Augenblick für die deutsche Einheit nutzte. Die komplette Übernahme eines entwickelten demokratischen Systems bedeutete aber auch, dass die Aufbau Erfahrung verlorenging, die im Westen bis heute zur Identität der demokratischen Gesellschaft gehört. Den Ostdeutschen fehlt die Erfahrung eines langen, selbsterkämpften Demokratisierungsprozesses, wie ihn die Westdeutschen in den 1950er bis 1970er Jahren erlebten. Weil der ostdeutsche Übergangsprozess zudem entscheidend von der alten Bundesrepublik gesteuert und auch im Osten tiefgreifend durch westdeutsch sozialisierte Verantwortungsträger gestaltet wurde, gibt es in Ostdeutschland die Tendenz, mit der Ordnung der Bundesrepublik zu hadern. Sie wird in Teilen der Gesellschaft nicht als selbst erarbeiteter Identitätsrahmen angesehen, sondern als übernommenes und mit Fehlern versehenes System, das nicht einmal das eigene ist. Dieses distanzierte Verhältnis zum politischen System der Gegenwart wirkt sich auch auf den Blick zurück aus.

Umgedreht findet ostdeutsche Demokratiegeschichte nach, partiell auch vor 1945 in der bundesdeutschen Öffentlichkeit nach wie vor zu wenig Beachtung. Damit ist oftmals eine starke Abwertung verbunden, die darauf fußt, dass für das 20. Jahrhundert die Diktaturgeschichte für Ostdeutschland absolut gesetzt wird. So wird auch heute vielfach postuliert, in der Sowjetischen Besatzungszone habe es 1945 gar keinen demokratischen Neubeginn gegeben. Der Volksaufstand von 1953 ist in der deutschen Erinnerungskultur kaum (mehr) verankert, seine Jahrestage bleiben seit der Abschaffung des Feiertages zu oft auf Kranzniederlegungen beschränkt. Die Oppositionsbewegung in der DDR, namentlich der ersten Jahrzehnte, wird viel zu wenig gewürdigt – und die Friedliche Revolution von 1989 nicht vordergründig demokratiegeschichtlich, sondern auf die deutsche Einheit fokussiert. Nicht zufällig wird sie ikonografisch immer wieder mit dem Umsturz der Berliner Mauer am 9. November verbunden, obwohl es sich dabei nicht um ein dezidiert revolutionäres Ereignis handelt. Der bis in die Mitte der 1980er Jahre zurückgreifende Transformationsprozess findet kaum Berücksichtigung.

16 — Ein gutes Beispiel ist etwa die Geschichte der Arbeiterbewegung, aber auch Elemente der Geschichte der Weimarer Republik, etwa die Abwehr des Kapp-Lüttwitz-Putsches.

Die ostdeutsche Erinnerungskultur befindet sich zugleich seit 1990 in einem tiefgreifenden Nachhol- und Neuorientierungsprozess, der auch aufgrund geringer Ressourcen und anderer Prioritäten von Überforderung gekennzeichnet ist. Neben die umfangreiche Aufarbeitung der SED-Diktatur trat zeitgleich eine Neuinterpretation der NS-Diktatur, die sich von der DDR-Geschichtspropaganda lösen musste. Zugleich waren die ostdeutschen Länder bestrebt, nach ihrer Gründung nach Jahrzehnten der Nichtexistenz eigene Identitäten aufzubauen. Dabei wurde die einfache Lösung gesucht. Sie lag nicht in der aufwendigen Neuerzählung der jüngeren Geschichte etwa in der Weimarer Republik, sondern im Rückgriff auf ältere, angeblich besser gesicherte Traditionen aus der Zeit des Mittelalters und der Frühen Neuzeit. Dadurch speist sich heute die Identität vieler ostdeutscher Regionen aus den Regierungszeiten absolutistischer Herrscher. Die umfassende Sanierung von Schlössern und Herrenhäusern hat diesen Trend baulich untersetzt. Eine solch einseitige Traditionsbildung führte in Verbindung mit der umfassenden Diktaturaufarbeitung zu der falschen Wahrnehmung, es habe in Ostdeutschland vor 1989 keine bedeutsame Demokratiegeschichte gegeben. Die Liste der Auslassungen ist lang. Das Wartburgfest von 1817 steht in der Erinnerung vielfach unter dem Stigma rassistisch-nationalistischer Ausbrüche einiger seiner Teilnehmer. Die revolutionären Kämpfe und das Ringen um fortschrittliche Landesverfassungen beziehungsweise einen deutschen Verfassungsstaat in Ostdeutschland im Zuge der Revolution von 1848/49 werden selten im Unterricht vermittelt. Welcher Schüler, welche Schülerin kann mit Begriffen wie »Dresdner Maiaufstand«, »Gothaer Nachparlament« oder »Erfurter Unionsparlament« schon etwas anfangen? Dass wesentliche Kapitel der Geschichte der Entstehung der SPD und ihr Weg zur Massenpartei, die entschieden gegen ungerechte Wahlgesetze eintrat und die Teilnahme von Frauen am politischen Prozess forderte, in Eisenach, Gotha und Erfurt geschrieben wurden, wird bestenfalls angelegentlich erinnert. Die Erinnerung an die Weimarer Republik leidet auch und gerade in Ostdeutschland mitunter immer noch unter dem ungerechtfertigten Stigma der letztendlichen Zerstörung der ersten deutschen Demokratie, anstatt gleichberechtigt die demokratische Aufbauleistung ab 1918 und die bewundernswerte Verteidigung der jungen Republik gegen zahlreiche Angriffe in den 15 Jahren ihrer Existenz in den Blick zu nehmen.

Diese Defizite im Umgang mit der eigenen Demokratiegeschichte wirken auch heute noch negativ auf die ostdeutsche Gesellschaft ein. Die Vorstellung, die liberale Demokratie sei nur eines von vielen geeigneten Gesellschaftssystemen und in vielen Bereichen nicht das Beste, ist in Ostdeutschland weiter verbreitet als im Westen.¹⁷ Die Systemfrage wird hier öfter gestellt, die Werte des Grundgesetzes sind nicht so stark verankert, wie das für ein stabiles demokratisches Land notwendig wäre. Natürlich wäre es ein fataler Trugschluss, dies als ein allein »ostdeutsches Phänomen« zu betrachten.

Selbstverständlich ist Ostdeutschland in Sachen Forschung und Vermittlung keine tabula rasa. Eine beachtliche Zahl von Museen, Gedenkstätten, Forschungseinrichtungen und zahllose zivilgesellschaftliche Akteure widmen sich Themen der Demokratiegeschichte. Zum Teil sind diese erst nach 1989/90 auf den Plan getreten, zum Teil bauen sie auf langjährige Traditionen auf. Doch angesichts der geschilderten besonderen Umstände und konfrontiert mit zunehmend lautstark

auftretenden populistischen Strömungen in Teilen der Gesellschaft scheint es wünschenswert, ja notwendig, die ostdeutsche Demokratiegeschichte stärker als bisher zu thematisieren und ihre Vermittlung voranzutreiben, bestehende Initiativen enger zu vernetzen. Dafür gibt es sehr gute Voraussetzungen, denn die ostdeutschen Bundesländer können – wie bereits angedeutet – als einer der Hauptschauplätze deutscher Demokratiegeschichte betrachtet werden. Es gibt keinen Mangel an Ereignissen und möglichen Traditionslinien, vielmehr sind lediglich die Wege dorthin verschüttet oder zumindest zugewachsen. Wenn sie wieder freigelegt werden, könnten sie einen wertvollen Beitrag leisten, um die demokratische Gesellschaft in Ostdeutschland zu stützen.

Dieser Ansatz will ostdeutsche Demokratiegeschichte als die Geschichte von Ereignissen verstanden sehen, die auf dem Gebiet der heutigen Bundesländer Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen sowie in den östlichen Teilen Berlins stattfanden – wobei es naheliegend ist, Berlin historisch als Gesamteinheit zu betrachten. Gesamtdeutsche und transnationale Impulse und Ereignisse werden nicht ignoriert und müssen bei einer ostdeutschen Perspektive, wo angebracht, berücksichtigt werden. Die zweifelsohne präsente Demokratiegeschichte in jenen Gebieten des östlichen Mitteleuropas, die zeitweilig zu Deutschland gehörten, aber zwischen 1918 und 1921 bzw. nach 1945 Teil von anderen Staaten wurden, wird nur insoweit betrachtet, wie sie das heutige Ostdeutschland beeinflusste. Sie ist ebenfalls ein Thema, das einer näheren Betrachtung wert wäre, doch wäre dies zwingend nur in enger Kooperation mit den östlichen Nachbarländern angemessen zu realisieren. Bei der Betrachtung der für einen individuellen und regionalen Ansatz unerlässlichen Einzelschicksale ist es naheliegend, auch auf Personen zu blicken, die außerhalb von Ostdeutschland aufgewachsen sind, doch innerhalb seiner Grenzen wesentliche Teile ihrer Wirkungszeit verbrachten. Gleiches gilt für Personen, die im heutigen Ostdeutschland aufwuchsen und ihre Prägung erfuhren, aber wesentliche Teile ihrer Wirkungszeit in anderen Teilen Deutschlands oder im Ausland verbrachten, denn es wäre ein Fehler, die zahlreichen Exilantinnen und Exilanten auszuschließen.

In Folge gilt es, entlang zeitlich chronologisch geordneter Kapitel wesentliche Aspekte ostdeutscher Demokratiegeschichte herauszuarbeiten. Selbstverständlich kann unmöglich jeder Aspekt behandelt werden. Vielmehr soll ein knapper Überblick mit Überlegungen zu wesentlichen Ereignissen, Orten und Personen kombiniert werden. Im Zentrum steht die Frage nach dem Potenzial einzelner Themenbereiche, wesentliche Akteurinnen und Akteure in Forschung und Vermittlung, die bereits erzielten Ergebnisse wie auch mögliche Leerstellen und Potenziale. Dieser Überblick verdankt wesentliche Impulse einer Reihe von Workshops, die sich zwischen Oktober 2023 und Juni 2024 unter Teilnahme von Kolleginnen und Kollegen aus Ost- wie Westdeutschland mit wesentlichen Themen ostdeutscher Demokratiegeschichte beschäftigten. Die fruchtbare Zusammenarbeit ist ein vielversprechender Ansatz für die Ausgestaltung eines demokratiegeschichtlichen Netzwerkes, das hoffentlich in den kommenden Jahren weiter ausgebaut und verstetigt werden kann. Ihnen allen sei für ihre Denkanstöße gedankt.

2

Vorgeschichte zwischen Aufstand und Aufklärung¹ 1525–1772

Während von einem Ende der Geschichte als solcher entgegen einigen Prognosen keine Rede sein kann,² ist es gebräuchlich, Abschnitte und Themenbereiche der Geschichte mit einem bestimmten Zeitpunkt beginnen und enden zu lassen. Aufgrund des Ansatzes der Demokratiegeschichte, auch die Weiterentwicklung der Demokratie zu beschreiben, ist sie glücklicherweise nicht als »endlich« zu betrachten, solange es demokratische Staaten gibt oder Menschen für demokratische Werte und Grundrechte eintreten. Doch wann will man Demokratiegeschichte namentlich auf das heutige Deutschland bezogen eigentlich beginnen lassen?

Vielfach werden als Anfangspunkt die großen Revolutionen am Ende des 18. Jahrhunderts und die Reaktionen darauf in den deutschsprachigen Ländern gewählt.³ Dieser Ansatz ist nachvollziehbar, formierten sich doch in Nordamerika und Frankreich erstmalig demokratische Gemeinwesen, die deutlich erkennbare Vorläufer moderner Demokratien sind. Selbstverständlich verstanden sie unter Demokratie und Gleichheit weiterhin Dinge, die sich grundlegend von den gegenwärtigen Werten unterschieden. So klammerten die jungen Staaten Frauen grundsätzlich von der politischen Teilhabe aus und bewiesen zur Frage der Sklaverei beziehungsweise im Fall der USA auch im Umgang mit der indigenen Bevölkerung eine bestenfalls ambivalente und an Widersprüchen reiche Haltung.

So falsch es wäre über diese und andere Punkte hinwegzusehen, so wenig können vergangene Epochen einzig entlang der heutigen – ihrerseits weiterhin im Wandel befindlichen und nicht universal anerkannten – Wertesysteme gemessen werden. Dies wäre ebenso unhistorisch wie irreführend und versperrt den Blick auf zukunftsweisende Impulse in der Vergangenheit, so unvollkommen sie nach heutigen Maßstäben erscheinen mögen. Stattdessen ist es zielführend, frühere Jahrhunderte stets aus ihrem historischen Kontext heraus zu betrachten. Unter diesen Voraussetzungen ist es möglich, jene Bestrebungen als Teil einer demokratischen Vorgeschichte zu benennen, die in ihrer Zeit auf ein deutliches »Mehr« an Rechtsgleichheit, Inklusion zumindest einiger bisher benachteiligter Bevölkerungsgruppen, nach Grundrechten und politischer Teilhabe ausgerichtet waren. Dies macht die Handelnden nicht zu demokratischen Personen im heutigen Sinne. Es hebt sie jedoch von denen ab, die sich ihrem Streben in den Weg stellten oder erreichte Fortschritte rückgängig machen wollten. Dies ermöglicht Anerkennung und Würdigung dieser prodemokratisch handelnden Personen,

1 — Wesentliche Impulse zur Demokratie-Vorgeschichte erhielten die Autoren im Zuge eines von der GEDG, der Mühlhäuser Museen und der Stadtverwaltung Mühlhausen organisierten Workshop zum Thema »Demokratiegeschichte/Ost – Frühneuzeitliche Wurzeln zwischen Reformation und gewaltsamen Protest« am 29.5.2024 in Mühlhausen. Den Teilnehmenden sei für ihre Denkanstöße gedankt.

2 — Emblematisch für diese Fehlanahme bleibt Fukuyama: End (1992).

3 — Faulenbach: Konzeption (2021), S. 20.

ohne dass in der Schilderung zugunsten eines optimistischen Fortschrittskultes die Fehler ignoriert oder übergangen werden sollen, die sie mit ihren Zeitgenossen teilten.⁴

Ausgehend von diesen Überlegungen plädiert der Initiativplan Demokratiegeschichte/Ost dafür, eine *demokratische Vorgeschichte* in das Gesamtkonzept einzubeziehen. Diese setzt an der Wende vom Spätmittelalter zur Frühen Neuzeit ein und läuft im späten 18. Jahrhundert aus. Die unter diesem Oberbegriff zusammengefassten Strukturen, Personen und Einzelereignisse sollen nicht als Teil einer zielgerichteten Entwicklung verstanden werden, und wie Demokratiegeschichte generell ist auch die Vorgeschichte von Brüchen geprägt. Sie beinhaltet dennoch zahlreiche Bestrebungen, die in ihrer Zeit für ein teils graduelles, mitunter auch radikales »Mehr« an Grundrechten und Partizipation eintraten, auch wenn sie Menschen- und Bürgerrechte nicht entlang heutiger Kriterien dachten. Sie sind es dennoch wert, erinnert zu werden.

Als die Demokratiegeschichte begann

Einen möglichen Ansatzpunkt bietet die vielerorts zu beobachtende Entwicklung der städtischen Selbstverwaltung und Ratsverfassungen, auch wenn diese von einer breiten Repräsentanz lange Zeit weit entfernt blieben. Sie werden ab dem Spätmittelalter zunehmend in den Quellen fassbar und lassen sich in unterschiedlicher Ausprägung bis zum Ende dieses Zeitabschnitts der Demokratiegeschichte nachverfolgen. Aufgrund ihrer lokalen Verwurzelung sind diese Entwicklungsstränge in erster Linie für die örtliche Traditionspflege von Bedeutung. Dass diese gerade in Ostdeutschland eine gewisse Konjunktur erlebt, beweist nicht zuletzt, dass von den 24 Städten, die seit 1990 ihrem Namen den Titel Hansestadt hinzugefügt haben, 13 in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt zu finden sind.⁵ Dieser Selbstvergewisserung durch Rückgriff auf die städtische Vergangenheit ein demokratiegeschichtliches Element hinzuzufügen, erscheint so realisierbar wie vielversprechend. Denn der lokalhistorische Rückblick auf die städtische Vergangenheit hat zumeist zwar keinen primär demokratiegeschichtlichen Impetus. In dem Maße, in dem etwa Rathäuser als Orte der Demokratiegeschichte gedeutet und zu Fokusorten des Selbstverständnisses als demokratisches Gemeinwesen werden, wird jedoch auch die mitunter historisch unscharfe Traditionspflege als eine Geschichte städtischer Selbstermächtigung interessant. Dies gilt besonders, wo sich innerstädtische Debatten und Konflikte um eine Ausweitung der an politischen Entscheidungsprozessen beteiligten Bevölkerungskreise nachweisen lassen, oder wo es um die Herstellung von Rechtssicherheit ging. Es findet sich freilich zum gegenwärtigen Zeitpunkt kein spezifischer ostdeutscher Forschungs- und Vermittlungsort, der sich intensiv diesem Thema unter explizit demokratiegeschichtlichen Gesichtspunkten widmet und flächendeckend vorbildgebend wirken kann. Da es sich um vor allem lokal verankerte Ereignisse handelt, ist generell eine dezentrale Herangehensweise zu empfehlen. Natürliche Partner sind bei diesen Bestrebungen unter anderem die Stadtarchive, von denen allein in Thüringen mehr als 60 zu finden sind. In Kooperation mit städtischen Museen sowie Geschichts- und Heimatvereinen bieten sich lokale Anknüpfungspunkte, deren Erfolgchancen jedoch in hohem Maße von dem örtlichen Interesse abhängen und deshalb von Fall zu Fall

4 — Dreyer: Vorzeit (2022), S. 9–12.

5 — Rostock, Wismar, Stralsund, Greifswald, Anklam, Demmin, Salzwedel, Gardelegen, Havelberg, Osterburg, Werben, Seehausen und Stendal. Rund zwei Dutzend ostdeutsche Städte haben sich dem Städtebund »Die Hanse« angeschlossen, vgl. <https://www.hanse.org/de/staedtebund/mitgliedsstaedte>, z. a. 10.7.2024.

stark voneinander abweichen. Ein flächendeckender Ansatz für einen gezielten Ausbau ist gegenwärtig weder personell noch institutionell realistisch. Vielmehr erscheint es sinnvoll, zunächst anhand konkreter Einzelfälle Möglichkeiten und Potenziale auszutesten, Methoden und Vorgehensweise zu verfeinern und kooperationsbereite Akteure in ein demokratiegeschichtliches Netzwerk einzubinden, und gegebenenfalls schrittweise von diesen ausgehend in die Fläche zu wirken.

Als interessanter Teilaspekt der Thematik erscheinen die in Ostdeutschland in geringer Zahl existierenden Freien und Reichsstädte. Als direkt dem Reich, nicht den Territorialfürsten unterstehende Kommunen genossen sie weitgehende Selbstverwaltungsrechte. Demokratiegeschichtlich ist die Reichsstadtgeschichte in Gegenwart wie Vergangenheit ein wenig genutztes Potenzial. So ist festzustellen, dass bei den beiden mit Sicherheit und langfristig als Reichsstädte belegten ostdeutschen Kommunen, Mühlhausen und Nordhausen, der Status als Reichsstadt lange Zeit bestenfalls als Teil eines latent positiven Selbst- und Geschichtsbildes erinnert wurde. In Mühlhausen fungierte er als Chiffre für eine historische, traditionsreiche Stadt in relativ gutem Erhaltungszustand. Ohne wirklichen politischen Inhalt als Teil eines Selbstbildes der Freiheit von adliger Oberherrschaft, spielte die reichsstädtische Vergangenheit im städtischen Erinnerungskanon und auch in politischen Bestrebungen zugunsten einer Liberalisierung und Demokratisierung des politischen Systems 1848 und 1918 keine wesentliche Rolle. Dazu mag beigetragen haben, dass bereits in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts im Zuge der Eingliederung in das Land Preußen die reichsstädtische Geschichte partiell abgewertet wurde, auch wenn es durchaus personelle Kontinuitäten gab. Äußere Umstände kamen hinzu: Für Nordhausen erwies sich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts die jüngere Geschichte der Stadt als nahezu übermächtig. Angesichts der Nähe zum massenmörderischen KZ Mittelbau-Dora und – zu einem geringeren Maße – in Folge der weitgehenden Zerstörung des Altstadtbestands und der historischen Quellen durch Luftangriffe kurz vor Ende des Zweiten Weltkriegs fällt es anderen Themen schwer, Relevanz zu behaupten.⁶

Mühlhausen hat sich indes im Austausch mit engagierten Bürgerinnen und Bürgern in jüngerer Zeit dazu entschlossen, die reichsstädtische Vergangenheit im Rahmen eines auch auf Touristen zielenden »Branding« gezielt zu nutzen. Unter dem Slogan »Frei seit 1251« wird die reichsstädtische Vergangenheit als Teil der städtischen Tradition prominent herausgestellt.⁷ Jährlich soll stadt-gesellschaftliches Engagement mit einer Einladung zu einem aus inzwischen verschütteter Tradition reaktivierten Heringssessen als Symbol von Zusammenhalt und Freiheit zelebriert werden. Diese Bestrebungen sind mit einem demokratiegeschichtlichen Blick auf die städtische Vergangenheit kompatibel. Im Mühlhäuser Stadtarchiv, der Stadt selbst und in dem Geschichts- und Denkmalspflegeverein präsentieren sich naheliegende Ansprechpartner. Ein solches Selbstbewusstsein und symbolische Feierlichkeiten auch als Feiern demokratischer Werte inhaltlich zu besetzen, könnten sich als vielversprechender Ansatz erweisen. Dies gilt perspektivisch in ähnlicher Form in anderen Städten. Ein Blick auf ostdeutsche Hansestädte könnte sich ebenfalls lohnen. Hier würden sich das Kulturhistorische Museum der Stadt Magdeburg, das einen Schwerpunkt auf Autonomierechte legt, wie auch Partner in weiteren historischen Hansestädten⁸ als Kontaktstellen anbieten. Gerade bei

6 — Vgl. Theilmann: Roland (2014); Wittmann: Geschichtsbilder (2014).

7 — Vgl. <https://marke.muehlhausen.de/>, z. a. 8.7.2024.

8 — Etwa das Altmärkische Museum in Stendal.

der Betrachtung gesamtdeutscher bzw. über das heutige Staatsgebiet hinausreichender Phänomene wie den Reichs- und Hansestädten ist zudem eine Kontaktaufnahme mit überregional aktiven Einrichtungen geboten. Sie wurden bereits über das Projekt informiert und können perspektivisch für eine Kooperation gewonnen werden.⁹

Die »Revolution des gemeinen Mannes«

Das späte 15. und frühe 16. Jahrhundert waren in den deutschen Ländern von einer Reihe Protestbewegungen geprägt, von denen sich der Bauernkrieg von 1525 besonders hervorhebt, auch wenn er ereignisgeschichtlich nicht von den früheren Ereignissen zu trennen ist. Eng zusammenhängend mit der lutherischen Reformation, stellte dieser Konflikt, in dem sich keineswegs nur Bauern erhoben, eine tiefgreifende, wenn auch zeitlich begrenzte Erschütterung dar. Neben dem deutschen Südwesten und Franken war Mitteldeutschland – einschließlich Teilen der heutigen Bundesländer Thüringen und Sachsen-Anhalt – wesentlicher Schauplatz der Protestbewegung. Sie überschritt sich zudem mit massiven innerstädtischen Protesten, in denen neben religiösen Fragen auch um die Vertretung in den Stadträten gerungen wurde. Die historische Debatte über die Bewertung des Bauernkrieges wie auch die Forschung ist noch lange nicht als abgeschlossen zu betrachten. Für den Initiativplan interessant ist zunächst vor allem die Frage, ob man diese Ereignisse als Teil der Demokratieggeschichte einordnen kann. Der Name »Bauernkrieg« etwa erscheint wenig vielversprechend – weder ist ein »Krieg« ein genuin demokratieaffines Ereignis, noch kann man der Bauernschaft der Frühen Neuzeit im heutigen Sinne einen demokratischen Impetus unterstellen. Betrachtet man die Ereignisse näher, relativiert sich dieses Urteil jedoch rasch.

Zunächst einmal ist bemerkenswert, dass das Ereignis bereits seit den großen Revolutionen Ende des 18. Jahrhunderts und verstärkt dann ab dem 19. Jahrhundert mit dem Label einer »Revolution« versehen wurde. Inzwischen ist diese Bezeichnung weit verbreitet, nicht selten als »Revolution des gemeinen Mannes«.¹⁰ Dies machte den Bauernkrieg dafür anfällig, von späteren Revolutionären, oder jenen, die sich dazu erklärten, zu einem Vorläufer oder einer Inspiration erklärt zu werden. Es erzwingt zugleich eine Auseinandersetzung mit dem Thema, denn auch wenn eine Revolution ebenfalls nicht automatisch demokratisch ausgerichtet ist, richtet sie sich doch tiefgreifend gegen den Status quo und hat somit in monarchischen oder anderen nichtdemokratischen Gemeinwesen großes Potenzial, demokratisierend zu wirken – ob dies nun von Anfang an das Ziel war oder nicht.¹¹

Tatsächlich lassen sich für den Bauernkrieg eine Reihe Elemente und auch konkrete Orte identifizieren, die demokratiegeschichtlich interessant scheinen und zum Teil auch bereits inhaltlich bespielt werden. Ereignisse außerhalb des heutigen Ostdeutschlands wirkten – wie etwa die *Memminger Artikel* als »Blaupause« bäuerlicher Forderungen – auf den Betrachtungsraum ein.¹² Mühlhausen, wo eine städtische Umsturzbewegung zeitweilig den von der Opposition getragenen *Ewigen Rat* ins Amt brachte, ist mit dem Museum St. Marien ein wesentliches Zentrum der Wissensvermittlung und als zeitweilige Wirkstätte (und Hinrichtungsort) Thomas Müntzers untrennbar mit den Aufstandsereignissen verbunden. Kaum weniger relevant erscheinen auch weniger markierte Orte. Der bäuerliche *Werrahaufen* – gewissermaßen

9 — Namentlich das Zentrum für Mittelalter- und Frühneuzeitforschung an der Georg-August-Universität Göttingen, das Centrum für Mittelalter- und Frühneuzeitforschung der Universität Münster sowie die Forschungsstelle für die Geschichte der Hanse und des Ostseeraums in Lübeck.

10 — Vogler: Revolution (2023), S. 263, 270.

11 — Zur Diskussion des Revolutionsbegriffs siehe ebd., S. 264–267.

12 — Als Beispiel für einen positiven Bezug auf den Bauernkrieg als Teil städtischer Identität siehe <https://www.memmingen.de/kultur/stadter-freiheitsrechte/historischer-hintergrund.html>, z. a. 12.7.2024.

ein mobiler Ort – konnte im April/Mai zwischen Vacha, Meiningen und Eisenach tausende von bäuerlichen und städtischen Sympathisanten mobilisieren und in Meiningen sogar Graf Wilhelm VI. von Henneberg-Schleusingen zur Annahme ihrer 12 Artikel – identisch übernommen von den Memminger Artikeln – zwingen. Diese Forderungen enthielten neben der Pfarrerwahl und konkreten wirtschaftlichen Verbesserungen auch Punkte wie die Abschaffung der Leibeigenschaft und die Forderung, dass Gerichtsbußen »nach der Sache«, also nach der Tat, nicht nach Belieben oder Gunst verhängt werden sollten. Dies war eine Forderung in Richtung Rechtssicherheit, die klaren Missständen abhelfen sollte. Jenseits der Fachliteratur erinnern nur noch wenige Markierungen an den Haufen – namentlich in Eisenach, wo die adligen Herren über die Anführer brutales Strafgericht hielten.¹³ Ein vergleichbarer Ort zeitweiliger Anerkennung zukunftsweisender Forderungen – diesmal in Gestalt von 24 Artikeln ähnlichen Inhalts – präsentiert sich im sachsen-anhaltischen Stolberg (Harz).¹⁴

Ein widersprüchlicher und dennoch bedeutsamer Ort ist Bad Frankenhausen. Als Schauplatz der katastrophalen bäuerlichen Niederlage in einer Schlacht, die auf Seiten der Aufständischen zum Teil von endzeitlichen Erlösungserwartungen geprägt war, scheint sich der Ort aus demokratiegeschichtlicher Perspektive gewiss nicht anzubieten. Er steht damit vielmehr für eine aufgeheizte Gewaltdynamik auf beiden Seiten, auch wenn die Brutalität der Fürsten in Gestalt des hundertfachen Gefangenemordes bei weitem überwog. Die Forderungen der 14 Artikel der aufständischen Stadtbewohner Frankenhausens und der Bauern des Umlandes – ebenfalls angelehnt an die Memminger Artikel – lässt jedoch neben konkreten Protesten gegen als ungerecht empfundene Abgaben und anderen ökonomischen wie auch religiösen Forderungen ihrerseits solche erkennen, die auf Sicherheit vor willkürlicher Verhaftung zielten und eine Gerichtsbarkeit vor Ort forderten.¹⁵ Mit dem sehr selbstbewusst als »Sixtina des Nordens«¹⁶ bezeichneten Panoramamuseum befindet sich vor Ort ein Ankerpunkt, der eine große Zugkraft für das Publikum besitzt.

Parallel zum Bauernkrieg, mitunter mit diesem verbunden, war die Jahrhundertwende zum 16. Jahrhundert und dessen erste Jahrzehnte von städtischen Konflikten geprägt, in denen vielfach um Fragen der Beteiligung an den Entscheidungsprozessen im Stadtrat gestritten wurde. Diese Proteste erreichten um 1525 einen quantitativen Höhepunkt, ohne dass sie nach der Niederschlagung des Aufstandes schlagartig aufhörten.¹⁷

Was den Bauernkrieg wie die städtischen Protestbewegungen als interessante Themen ausweist, sind neben den konkreten Forderungen auch Fragen nach der generellen Position zur Gewalt im politischen Protest. Die fürstliche und geistliche Propaganda übertrieb die Verbrechen der »Mordischen und Reubischen Rotten«¹⁸ der Aufständischen maßlos, doch kamen Übergriffe in einigen Fällen tatsächlich vor. Zudem wurde von den Aufständischen Gewalt vielfach zumindest angedroht, und stand angesichts der Präsenz großer Scharen von bewaffneten Personen stets implizit im Raum. Dies lädt zu Diskussionen ein, ob sich gerechtfertigte Forderungen delegitimieren, wenn sie mit Zwang erreicht werden sollen, und ab welchem Punkt Gewalteinsetz gerechtfertigt oder gar notwendig ist.

Bei einer Erforschung und Vermittlung des Bauernkrieges unter demo-

13 — Ausführlich zum Haufen siehe Witowski: »Das getan« (2021).

14 — Ausführlich bei Mandry: Bauernkrieg (2021).

15 — Müller: Artikel (1989), S. 83 f.

16 — <https://www.panorama-museum.de/de/>, z. a. 12.7.2024.

17 — Aufschlussreich zur städtischen Perspektive auch über den Bauernkrieg hinaus sind die Beiträge der Tagung »Reichsstadt im Bauernkrieg« vom 12.–14.2.2024, die zeitnah publiziert erscheinen sollen. Siehe derweil die Aufzeichnungen <https://www.reichsstaedte.de/reichsstadt-im-bauernkrieg/>, z. a. 12.7.2024.

18 — Vgl. den Scan eines Exemplars der Luther-Flugschrift <https://daten.digitale-sammlungen.de/~db/0002/bsb00027508/images/>, z. a. 12.7.2024.

kratiegeschichtlichen Gesichtspunkten müssen stets westdeutsche Kolleginnen und Kollegen wie auch Institutionen einbezogen werden. Zum einen war wie erwähnt das historische Aufstandsgeschehen nicht an starre Grenzen gebunden, wie die Wirkung der Memminger Artikel demonstriert. Die Fragen nach der demokratiegeschichtlichen Einordnung der Ereignisse, den richtigen Formen der Vermittlung und nach wesentlichen Forschungsdesideraten können ebenfalls nur gemeinsam erörtert und die Wirkung im Publikum maximiert werden. Im Zuge der Erarbeitung des Initiativplans wurden deshalb bereits erste Kontakte zu westdeutschen Einrichtungen geknüpft.

Auch wenn die Forderungen der Protestierenden sich in eine Demokratie(vor)geschichte einordnen lassen – das moderne Verständnis reagiert mitunter dort mit Unverständnis, wo diese begründet werden. Denn als wesentliche Rechtfertigung neben althergebrachtem Gewohnheitsrecht, das etwa zur Abwehr von neuen Abgaben herangezogen wurde, trat in erster Linie die »richtige«, ursprüngliche, man könnte mit einer Portion Zynismus auch sagen fundamental-fundamentalistische Auslegung des Evangeliums hervor.¹⁹ In gegenwärtigen Tagen ist dies kein Label, das mit Fortschrittlichkeit in Verbindung gebracht wird, auf welche der (abrahamitischen) Religionen es sich auch bezieht. Es wäre jedoch unhistorisch, unsere säkulare Aversion 500 Jahre in der Geschichte zurück zu projizieren. Anfang des 16. Jahrhunderts war »Gottes Wort« die beste, weil mit großer Autorität versehene und auch weithin bekannte Rechtfertigung, die für Forderungen wie Gleichheit, Freiheit(en), Gerechtigkeit, eine Begrenzung unangemessener Abgaben und dergleichen herangezogen werden konnte. Diese Begriffe, so kompatibel sie mit modernen Werten der Demokratie erscheinen, meinten in der Zeit nicht dasselbe wie in der Gegenwart, doch wiesen die Forderungen in eine Richtung, die sie mit dem Heute verbindet.

Der spätmittelalterliche/frühneuzeitliche Spruch »Als Adam grub und Eva spann, wer war da der Edelmann?« war tief in religiösen Metaphern verhaftet und hatte natürlich keine historische Grundlage auf realen Personen. In seiner Zeit aber hatte er geradezu revolutionäre Sprengkraft. Wer es ernst meint mit einem Blick auf die Geschichte aus der Zeit des Geschehens heraus, muss auch bereit sein, Triebkräfte und Argumentationen zu akzeptieren, die heute fremd, wenn nicht gar absurd erscheinen. Es wäre verfehlt, in der Konstruktion einer stringenten Demokratiegeschichte fremden Wertesystemen eine »moderne« Sicht überzustülpen und sie damit zu verfremden. Ein offener Blick auf die Unterschiede und Veränderungen, wenn auch mit mentaler Anpassungsleistung verbunden, ist letztlich fruchtbarer als eine geglättete Erzählung, die einer Konfrontation mit der historischen Wahrheit nicht standhält. Nur so können Bauernkriegsmuseen und andere Einrichtungen eine belastbare und nicht rein konstruierte Verbindung mit der gegenwärtigen Zeit schaffen, die für einen langfristigen Erfolg unverzichtbar ist.

Das Erbe des Bauernkrieges und neue Impulse der Aufklärung

Die verlustreiche Niederschlagung der Aufstände und die brutalen Strafmaßnahmen der Fürsten trugen dazu bei, dass der Bauernkrieg traditionell an dem Stigma des Scheiterns zu tragen hatte. Bis hinein ins 19. Jahrhundert überwog zudem eine fast einhellig negative Perspektive auf die Aufständischen, die sich nur schrittweise zu än-

19 — Siehe auch Vogler: Revolution (2023), S. 276.

dern begann. Insbesondere im Milieu der Arbeiterbewegung sah man Thomas Müntzer hingegen zunehmend als Sozialreformer und bezog sich positiv auf die aufständischen Bauern, was freilich in anderen gesellschaftlichen Milieus nicht ohne Widerspruch blieb. Die Integration des Aufstandes als Teil einer offiziellen »Vorläufergeschichte« des ostdeutschen Staates nach dem Zweiten Weltkrieg war mithin eher eine (noch einmal deutlich intensivierte) Weiterentwicklung bereits bestehender Tendenzen, denn etwas vollkommen Neues. Dabei war das Konzept, Bauernkrieg und Reformation zu einer »frühbürgerlichen Revolution« zusammenzufassen, durchaus innovativ. Zwar trug es schwer am ideologischen Konflikt zwischen Ost und West und natürlich auch am ideologischen Ballast ostdeutscher Geschichtspolitik, gab aber zugleich wertvolle Anstöße.²⁰ Es war freilich diese Indienstnahme, die in Ostdeutschland nach dem Ende der DDR mitunter zu einer gewissen Abwehrhaltung gegenüber dem Thema führte, das »kontaminiert« schien. Befreit man die Darstellung jedoch von ideologischem Ballast, ist es möglich, sowohl die Forschungsleistung ostdeutscher Forscher zu respektieren, deren Blick auf soziologische und ökonomische Aspekte der Proteste wichtige Impulse gab, als auch die zukunftsweisenden Aspekte des historischen Ereignisses an sich zu würdigen.²¹

Inzwischen ist auch in Ostdeutschland eine neue Generation heran-gewachsen, die weder die offiziellen Meistererzählungen der Vergangenheit für bare Münze nimmt noch das Thema an sich wegen seiner Instrumentalisierung zurückweist. Die größte Herausforderung liegt vielmehr darin, ein vergleichsweise fernes historisches Phänomen als weiterhin relevant zu präsentieren. Zudem sind Anpassungen in den Vermittlungsformen notwendig, die sich den gewandelten »Konsumentengewohnheiten« anpassen.²² Die Informationen müssen niedrigschwellig und ohne größeres Vorwissen verständlich sein. Ohne vergangene Zeiten mit den heutigen gleichsetzen zu wollen, können Vergleiche mit sozialen Protesten der Gegenwart gezogen werden. Zwar waren die Forderungen nach Gleichheit und gerechter Besteuerung, angemessenem Umgang mit Allgemeinbesitz etc. vollkommen anders, und zwar primär religiös begründet. In ihren Kernforderungen lassen sich aber Analogien herstellen. Eine verstärkte Popularisierung könnte auch dadurch gelingen, die Auswirkungen der Aufstands-bewegungen um 1525 differenzierter zu bewerten. Dies ist bisher primär ein Diskussionspunkt unter Historikern und Historikerinnen. In der breiten Öffentlichkeit dominiert weiterhin das Bild der katastrophalen Niederlage, wenn überhaupt Kenntnis von den Ereignissen existiert. Dies ist angesichts des Blutvergießens zwar verständlich, bildet aber nur einen Teil der Wirklichkeit ab. Nicht nur blieben die Aufstände auch nach dem militärischen Sieg der Fürsten eine unbequeme Erinnerung, die Ängste vor einer Wiederholung schürte.²³ Die Erfahrung der Schlagkraft unzufriedener Untertanen trug zudem dazu bei, dass die Obrigkeit schrittweise den Zugang auch bäuerlicher Akteure zu Rechtsmitteln verbesserte. Konflikte konnten so auf dem Prozessweg gelöst werden, anstatt sich schlussendlich gewaltsam Bahn zu brechen. Auch wenn von einer faktischen Gleichstellung und Rechtssicherheit im modernen Sinne keine Rede sein konnte, legt die Verrechtlichung der Konfliktlösung beredtes Zeugnis von den konstruktiven Spätfolgen der Aufstände ab. Gewaltsame Konflikte konnten

20 — Wittmann: *Geschichtsbilder* (2014), S. 187–190; ausführliche siehe Dienst: *Reformationsjubiläum* (2023).

21 — Dreyer: *Vorzeit* (2022), S. 10 f.; Vogler: *Revolution* (2023), S. 279–284.

22 — Vgl. für eine Variante das Ausstellungsprojekt »UFRUR! Utopie und Widerstand im Bauernkrieg 1524/25« des Landesmuseums Württemberg, das unter anderem auf KI-Technik setzt, <https://www.bauernkrieg-bw.de/uffrur-ausstellung>, z. a. 23.10.2024.

23 — Mandry: *Bauernkrieg* (2021), S. 337 f.; Witowski: »Das getan« (2021), S. 314 f.

jedoch auch weiterhin sporadisch aufflammen.²⁴ Die implizite Aufwertung der bäuerlichen Position war ein wichtiger Schritt auf dem freilich noch langen Weg zur vollständigen Aufhebung der ländlichen Unfreiheit.

Unter diesen Gesichtspunkten scheint es angemessen, den Bauernkrieg als einen wichtigen Schritt einer demokratischen Vorgeschichte zu betrachten, der auch in der Traditionspflege der Demokratiegeschichte wirksam werden kann und Beachtung verdient. Es wäre unhistorisch, die aufständischen Bauern oder gar den »thüringischen Taliban« Thomas Müntzer²⁵ zu Demokraten zu erklären. Die in den bäuerlichen Artikeln Gestalt gewordenen Forderungen stellten jedoch gegenüber dem Herrschaftsanspruch der Fürsten ein deutliches Mehr an Forderungen nach gesellschaftlichem Ausgleich, Rechtssicherheit und Freiheiten dar.

Wenn auch der Bauernkrieg aus naheliegenden Gründen für Ostdeutschland als das zentrale Ereignis der Demokratie-Vorgeschichte erscheint, sollte die ideengeschichtliche Entwicklung zum 18. Jahrhundert hin und besonders in dessen Verlauf nicht ignoriert werden. Die Aufklärung als Vision einer grundsätzlich auf Vernunft basierenden Erneuerung bereitete Forderungen nach persönlicher Emanzipation von beengenden Traditionen, Bürger- und Menschenrechten den Weg. Dies war eine Entwicklung, die an den heutigen ostdeutschen Bundesländern nicht vorbeiging. Johann Christoph Gottsched wirkte lange Jahre in Leipzig. Seine Bekanntheit – namentlich in Ostdeutschland lässt sich eine Reihe von Straßennamen zu seinen Ehren nachweisen – verdankt der Dramaturg, Literaturtheoretiker und Schriftsteller zwar nicht seinen politischen Ideen. Gleichwohl kam ihm unter anderem bei der Vermittlung französischer Aufklärer für ein deutsches Publikum eine wichtige Bedeutung zu. Der noch bekanntere Christoph Martin Wieland, geboren im heutigen Baden-Württemberg, wirkte mehr als 40 Jahre lang in Erfurt, Oßmannstedt²⁶ und Weimar. Sie und andere Aufklärer stehen dafür, dass das heutige Ostdeutschland wie selbstverständlich Teil der ideengeschichtlichen Entwicklung im deutschsprachigen Raum war – nicht als Teile einer »besonderen ostdeutschen« Entwicklung, aber als gleichberechtigter Rezeptionsraum. Nicht umsonst findet sich in Halberstadt das Gleimhaus – Museum der deutschen Aufklärung.

Wissenslücken und Vermittlungsprobleme

Dass sich Ereignisse, Personen und Orte der Demokratie-Vorgeschichte im heutigen Ostdeutschland in beträchtlicher Zahl verorten lassen, ist angesichts der genannten Beispiele gesichert. Zugleich ist dieses historische Kapitel jedoch eines, bei dem sich in der Bearbeitung erhebliche Herausforderungen in Forschung und Vermittlung stellen. Auch nach der Meinung der mit dem Thema vertrauten Kolleginnen und Kollegen ist es unter dem Gesichtspunkt der Quellen nicht leicht zu fassen. Folglich fällt es schwer, eine für das Verständnis des breiten Publikums hilfreiche Perspektive jenseits einiger weniger Handelnden nachzuzeichnen. Wo möglich besteht das Ziel, diese aus schwarz-weißen Schemata in die Komplexität realer Personen zu heben. Aus den bäuerlichen und städtischen Protestgruppen liegen im Normalfall bestenfalls zu einigen »Rädelsführern« Unterlagen vor. Und selbst dieses Material ist, da zumeist aus der Perspektive ihrer

24 — Schulze: *Entwicklung* (1990), S. 132–134, ebd. auch generell zur Entwicklung des Bauernrechts.

25 — So treffend bei Dreyer: *Vorzeit* (2022), S. 10.

26 — Vgl. dazu und als möglicher Ansatzpunkt das Wielandgut bei Oßmannstedt, <https://www.klassikstiftung.de/wielandgut-ossmannstedt/>, z. a. 10.7.2024.

Widersacher entstanden, in seiner Aussagekraft begrenzt.²⁷ Noch kritischer gestaltet sich die Situation, wenn es gilt der berechtigten Forderung nach Berücksichtigung frauengeschichtlicher Aspekte gerecht zu werden. Diese sind in den Quellen kaum fassbar, von einzelnen Ausnahmen wie Otilie von Gersen verheiratete Müntzer abgesehen. Selbst dort, wo ihre Geschichte zur Sprache kommt, ist sie stets mit der Feststellung großer Desiderate verbunden. Diese Blindheit der Quellen ist umso bedauerlicher, als die weibliche Lebenswirklichkeit und Imagination gleichermaßen durch die Ereignisse um Reformation und Bauernkrieg außerordentlich stark angesprochen wurden.²⁸ Selbst geduldige Detailstudien werden wohl nur partiell Abhilfe schaffen können. Dies sollte selbstverständlich nicht als ein Aufruf zur Resignation vor den Quellenproblemen verstanden werden, sondern als Ansporn, dennoch oder gerade deshalb Quellen neu zu lesen und, wo möglich, Leerstellen zu schließen.

Auch dort, wo Material vorliegt, sei es zu fürstlichen Machthabern, bäuerlichen Rebellen, städtischen Mediatoren, Männern oder ausnahmsweise auch einmal Frauen, ist es bestenfalls für historisch-professionell ausgebildete Forschende und Archivfachkräfte direkt zugänglich. Fragil ist sein Zustand, vor allem aber Schrift und Sprache dem heutigen Leser unverständlich. Die vorliegende Fachliteratur kann wertvolle Einblicke gewähren, ist jedoch ihrerseits für Laien ohne Vorkenntnisse oft nur schwer zu erfassen, zudem nicht immer literarisch leicht zu konsumieren. Hier wäre es aussichtsreich, schrittweise in Kooperation mit Fachkolleginnen und -kollegen aus den Archiven und Gedenkstätten einen Bestand aus exemplarischen Quellen, Literaturrezerten und Texten zu erstellen, der für Interessierte online zugänglich ist und an moderne Konsumentengewohnheiten und den Kenntnisstand der breiten Öffentlichkeit angepasst ist. Da angesichts des 500. Jubiläums des Bauernkrieges die Webpräsenz zu der Thematik erheblich ausgeweitet wurde, existieren bereits wertvolle Angebote, die nicht nur über Veranstaltungen informieren, sondern auch leicht verständlich grundlegende Informationen vermitteln bzw. interaktive Angebote machen und sich an jüngere Konsumenten wenden. Sie sollten unbedingt weiter ausgebaut und verstetigt werden.²⁹ Die mediale Revolution des 16. Jahrhunderts, die zu einer großen Zahl von Flugschriften führte – mitunter versehen mit Bildern und nur spärlichen Texten – kommt einer Erschließung zusätzlich entgegen. Aufbereitet könnten sie helfen, das mit medialen Neuentwicklungen vertraute Publikum bei den eigenen Erfahrungen »abzuholen«.

Ein ambivalentes Thema stellen Reenactment-Elemente dar. Sie sind zum einen geeignet, ein breites Publikum anzusprechen und auch erst einmal anzuziehen – namentlich dort, wo der Fachvortrag und auch das Museum mitunter nicht mithalten können, weil sie nur eine begrenzte Klientel ansprechen. Andererseits besteht eine gewisse Gefahr, Gruppen einzubeziehen, die sehr fragwürdigen politischen Überzeugungen huldigen, bis hin zu rechtsradikalen Versatzstücken. Sie sollten zudem nicht als reine Folklore³⁰ und Tourismusmagnet gedacht werden. Bei sorgfältiger Partnerwahl und im Rahmen eines breitenwirksamen Gesamtkonzeptes darf diese Option nicht beiseitegelassen werden. Bei ausgewogener Balance zwischen Entertainment und Infotainment können auch solche Elemente einen wertvollen Beitrag leisten.

27 — Etwa zum »Werraheufen«, Witowski: »Das getan« (2021), S. 284, 304 f.

28 — Vgl. etwa <http://frauen-und-reformation.de/?s=bio&id=78>, z. a. 10.7.2024.

29 — <https://www.gerechtigkey1525.de/>; <https://kultur.sachsen-anhalt.de/kultur-gestalten/jubilaen/gerechtigkey1525>; <https://www.bauernkrieg2025.de/de-alle> z. a. 12.7.2024.

30 — So etwa die »Ritterfestspiele«, »Mittelaltermärkte« und ähnliche Veranstaltungen, von denen sich auf einschlägigen Seiten für die ostdeutschen Bundesländer dutzende Termine finden lassen, vgl. <https://www.mittelalterkalender.info/mittelaltermarkt/mittelalterfeste-2024-nach-bundesland.php>, z. a. 12.7.2024.

3

Internationale Impulse, deutsche Reaktionen 1773–1847

Das ausgehende 18. Jahrhundert sah international wie in den deutschen Ländern tiefgreifende politische Veränderungen, die sich zunehmend auch auf die (ost)deutsche Demokratiegeschichte auswirken sollten. In den Jahren zwischen der Amerikanischen und Französischen Revolution und dem Vorfeld der Revolutionen von 1848 entstanden auf deutschem Boden erste, wenngleich nur kleinflächige und kurzlebige republikanische Gemeinwesen. Vor allem aber sahen sie die Entstehung der ersten deutschen Verfassungen, und nicht zuletzt die Herausbildung zunehmend politisierter Milieus, in denen neben der nationalen Einheit auch politische Mitbestimmung und Grundrechte eingefordert wurden. Nach den oft graduellen Entwicklungen früherer Jahrhunderte dynamisierte sich die deutsche Demokratiegeschichte in diesen Jahrzehnten ihrer »Frühgeschichte«. Gerade weil diese Ära stets im Schatten der Revolution von 1848/49 stand, verdient sie Aufmerksamkeit. Mit Ausnahme von Einrichtungen an den Orten herausragender Ereignisse gibt es kaum Erinnerungs-, Forschungs- und Vermittlungsorte, die sich dezidiert dieser Epoche unter demokratiegeschichtlichen Aspekten widmen.

Der Unabhängigkeitskrieg der 13 nordamerikanischen Kolonien gegen das englische Mutterland stellte ein erstes »Wetterleuchten« dar. Obgleich die Ereignisse tausende Kilometer entfernt stattfanden, nahmen deutsche Länder direkten Anteil. Mehrere Kleinstaaten stellten insgesamt rund 30.000 Mann als Miettruppen für den Einsatz gegen die Rebellen zur Verfügung. Die Mehrzahl dieser Länder befand sich in Westdeutschland, doch auch das Fürstentum Anhalt-Zerbst im heutigen Sachsen-Anhalt entsandte über 1.000 Soldaten, die allerdings nicht alle im Land aufgewachsen waren.¹ Eine Handvoll deutscher Freiwilliger und Überläufer schloss sich indes den Aufständischen an. Vergleichsweise bekannt ist der in Magdeburg geborene Friedrich Wilhelm von Steuben, der eine wesentliche Rolle bei der Professionalisierung der den britischen Truppen an Disziplin und Kampfkraft unterlegenen Rebellenstreitkräfte spielte. Die Symbolfigur deutsch-amerikanischer Freundschaft kämpfte jedoch besser für die republikanischen Rebellen, als dass er ihre Überzeugungen in jeder Hinsicht teilte.² Steuben fungierte für die Bundeswehr vereinzelt als Namensgeber von Kasernenstandorten, auch vor dem Hintergrund der deutsch-amerikanischen Partnerschaft im Kalten Krieg. In Ostdeutschland findet sich sein Name wiederholt auf Straßenschildern, in Potsdam und Magdeburg stehen Denkmäler zu seinen Ehren. Er wird aber bisher erinnerungspolitisch kaum genutzt.

Die Ereignisse in Nordamerika wurden in der deutschen gebildeten Öffentlichkeit rege diskutiert, wobei namentlich die Entsendung von Miettruppen auf scharfe Kritik stieß. Deutlich formulierte dies etwa der

1 — Kügler: Truppen (1980), S. 113, 120, 128, 140.

2 — Ebd., S. 91–106; <https://www.deutsche-biographie.de/sfz81367.html>, z. a. 21.7.2024.

lange Zeit im heutigen Sachsen-Anhalt wohnhafte Lyriker und Publizist Leopold Friedrich Günther Goeckingk. Bereits 1780 erschienen Benjamin Franklins Werke in deutscher Übersetzung in Dresden.³

Eine Revolution und ihr Kaiser

Zweifelsohne beflügelte die Entstehung einer Republik jenseits des Atlantiks in den deutschen Ländern die Fantasie wie auch die Visionen eines aufgeklärten Publikums. Die Resonanz der Entstehung der Vereinigten Staaten von Amerika wird jedoch bei weitem von den Auswirkungen in den Schatten gestellt, welche die im Sommer des Jahres 1789 ausbrechende Französische Revolution auch für die deutschen Nachbarn mit sich bringen sollte. Generell ist festzuhalten, dass um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert deutsche Demokratiegeschichte nicht gedacht werden kann, ohne über die Grenzen, namentlich die Westgrenze, ideell wie realpolitisch hinauszublicken.⁴ Tradierte Reflexe der Nationalgeschichtsschreibung gegen diese Impulse im Zuge französischer »Fremd-« oder »Oberherrschaft« engen die Perspektive unzulässig ein und haben sich historisch überlebt.

Zwar ist die Historizität des Ausspruchs von Johann Wolfgang von Goethe strittig, der angeblich bereits 1792 das Heraufdämmern einer »neuen Epoche der Weltgeschichte« erkannte, als er den Herzog von Sachsen-Weimar bei einem gescheiterten Feldzug nach Nordostfrankreich begleitete.⁵ Doch die Schlagkraft der revolutionären Armeen sollte schon bald dramatische Auswirkungen auf deutschem Boden haben, zunächst im äußersten Westen. In Bergzabern und Mainz hoben deutsche Jakobiner 1793 mit Rückendeckung französischer Truppen die ersten Republiken auf deutschem Boden aus der Taufe. Diese waren freilich von der militärischen Situation abhängig und blieben eine historische Episode.⁶ Den frührepublikanischen Experimenten fehlt bisher ein angemessener Erinnerungsort, auch wenn es Bemühungen um eine Korrektur gibt.⁷

Unübersehbar und langfristig gestalteten sich die Veränderungen hingegen wenige Jahre später im Zuge des Ausgreifens des Französischen Kaiserreichs. Hier gerieten besonders die Bildung des französisch dominierten Rheinbunds und die Niederlage Preußens im Krieg von 1806/7 zur Initialzündung für eine Welle von Reformbestrebungen, die auch Ostdeutschland erreichen sollte. Zwischen 1806 und 1808 trat abgesehen von den restpreußischen Territorien praktisch ganz Ostdeutschland – das Königreich Sachsen wie auch zahlreiche kleinere Länder zwischen Mecklenburg und Südhüringen – dem Rheinbund bei. Dies bedeutete allerdings keine gleichförmige Entwicklung in allen Mitgliedstaaten, denn wie in den deutschen Ländern insgesamt gab es zwar zeitliche Überschneidungen, aber keine umfassende Gleichzeitigkeit der demokratiegeschichtlichen Entwicklung, ein Phänomen, das sich auch in Folge noch vielfach wiederholen sollte.

In einer Reihe von Ländern ging das Streben nach Modernisierung und moderner Staatlichkeit mit frühkonstitutionellen Reformen einher.⁸ Erster Verfassungsstaat auf deutschem Boden bleibt das von Jérôme Bonaparte regierte Königreich Westphalen, das unter anderem Teile des westlichen Thüringens und Sachsen-Anhalts umfasste. Die *Constitution* vom 15. November 1807 enthielt wesentliche Grundrechte wie Rechtssicherheit, Gewerbe- und Religionsfreiheit, die Abschaffung der Leibeigenschaft und den Verlust adliger Vorrechte. Die Reichsstände

3 — Vgl. ausführlich Wertheim: Un-abhängigkeitskampf (1960).

4 — Noch nicht ausreichend erforscht sind etwa mögliche Impulse der polnischen Verfassung von 1791.

5 — Siehe ausführlich zu Goethe und Valmy bei Bredow: Goethe (1999).

6 — Maser (Hg.): Republik (2023); ausführlich Berkessel/Matheus/Sprenger (Hg.): Republik (2019).

7 — Auf Initiative der GEDG wurde 2023 mit dem Aufbau eines Netzwerkes zur Mainzer und Berzabener Republik begonnen, in dem etwa die Schaffung eines Erinnerungsortes in Mainz geprüft wird.

8 — Schuck: Rheinbundakte (2007), S. 17–24.

als Vertretungskörperschaft agierten ungeachtet ihrer beschränkten Zuständigkeiten protoparlamentarisch und zeigten Ansätze zur Arbeit in Kommissionen wie auch der Bildung von Fraktionen als Vorformen von Parteien. Ungeachtet der Häme gegen den »Besatzungsstaat«, den die Nationalgeschichtsschreibung bis weit in die Bundesrepublik hinein über das kurzlebige Königreich ausgoss, ist festzuhalten, dass Westphalen für die Vermittlung von Ideen moderner Staatlichkeit in Deutschland unverzichtbar war. Nicht nur wurde seine Verfassung zum Impulsgeber für die Konstitutionen weiterer Rheinbundstaaten. Die darin festgeschriebenen Ideen wie staatsbürgerliche Freiheiten, Gleichheit vor dem Gesetz, die Emanzipation der jüdischen Deutschen, Gewerbebefreiung und Gesetzesberatung in einer Repräsentativkörperschaft, wirkten zudem in der liberalen Bewegung des Vormärz weiter. Über diese flossen sie teils direkt, teils indirekt in die Paulskirchenverfassung von 1849 und ihre Erben ein.⁹ Auf ostdeutschem Boden folgten das Landesgrundgesetz des Fürstentums Reuß älterer Linie vom 15. März 1809,¹⁰ die gleichsam »versteckte« da nicht veröffentlichte Konstitution des Herzogtums Sachsen-Weimar-Eisenach vom 20. September 1809¹¹ und die Verfassung von Anhalt-Köthen, die allerdings nur zwei Jahre Bestand haben sollte.¹² Sie alle waren von finanziellen Motiven und dem Wunsch nach Organisation einer modernen Staatsverwaltung angetrieben. Doch die Öffnung ständischer Vertretungsorgane für bürgerliche Mitglieder (Frauen blieben allerdings wie selbstverständlich ausgeschlossen), die Beendigung adliger Standesvorrechte, Gleichheit vor dem Gesetz und die Emanzipation der jüdischen Bürger wiesen in die Zukunft. Der »rheinbündische Konstitutionalismus« ist in der Forschung der letzten Jahre umfassender beleuchtet worden. In der demokratiegeschichtlichen Öffentlichkeitsarbeit ist er jedoch weiterhin unverdientermaßen wenig präsent.¹³

Die Reformbestrebungen Preußens, auch in Reaktion auf das beschämende Versagen von Staat und Armee in der Konfrontation mit Frankreich, gingen nicht so weit, eine Verfassung zu schaffen. Sie sind aber unter demokratiegeschichtlichen Gesichtspunkten vor allem wegen der Stärkung der städtischen Selbstverwaltung und der schrittweisen Ausweitung des Bürger- und Stimmrechts auf immer mehr (männliche) Stadtbewohner von Bedeutung. Ähnliches gilt für die partielle Gleichstellung jüdischer Einwohner, die allerdings insbesondere in den nach 1815 zu Preußen gekommenen Gebieten weiterhin Sonderbestimmungen unterlagen und etwa beim Eintritt in den Staatsdienst massiv benachteiligt wurden.¹⁴

»Bundesdeutsche« und Nationalisten

Die Welle der Verfassungsgebungen hielt auch nach der Niederlage Napoleons einige Jahre an. Die auf dem Wiener Kongress am 8. Juni 1815 verabschiedete Bundesakte kündigte für alle Länder des neu ins Leben gerufenen Deutschen Bundes die Schaffung einer Verfassung an – ein Versprechen, das von mehr als einem Land auf viele Jahre ignoriert wurde, gerade von dem im nördlichen und mittleren Ostdeutschland dominanten Preußen. In Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz erfolgte eine dauerhafte Verfassungsgebung gar erst nach dem Ersten Weltkrieg. Doch gaben sich zwischen 1816 und 1824 allein fünf thüringische Kleinstaaten erstmalig eine Verfassung oder überarbeiteten diese wie Sachsen-Weimar-Eisenach 1816. Besonders letztere

9 — Grothe: Verfassung (2007), S. 31–35, 37–49. Ausführlich zu den Reichsständen siehe Lengemann: Parlamente (1991).

10 — Müller: Verfassung Reuß (2007), S. 65–70.

11 — Müller: Verfassung Sachsen-Weimar-Eisenach (2007), S. 77–87.

12 — Liebmann: Verfassung (2007), S. 108–114.

13 — Es ist deshalb hervorzuheben, dass der Thüringer Landtag Reuß und Sachsen-Weimar-Eisenach in seinem kurzen Abriss der Verfassungsgeschichte erwähnt, vgl. <https://www.thueringer-landtag.de/landtag/geschichte/landesverfassung/>, z. a. 22.7.2024.

14 — Clark: Frühling (2023), S. 609; Herzfeld: Kommune (2020), S. 61 f.; zu den Reformbestimmungen vgl. <https://www.lwl.org/westfaelische-geschichte/que/normal/que1028.pdf>, z. a. 22.7.2024.

erlangte auch überregionale Bedeutung, da sie in vielen Punkten beispielgebend war. Das Wahlrecht blieb zwar an den Besitz eines Hauses gekoppelt, und selbst jene Frauen, für die dies zutraf, konnten ihr Recht nur über Ehemänner oder Vormünder ausüben. Doch insbesondere die ursprünglich sehr weitgehende Pressefreiheit, bald schon das Ziel argwöhnischer Kritik auch der Großmächte Österreich und Preußen, war ein demokratiegeschichtlich bedeutsamer Schritt. Die Befugnisse des Monarchen blieben so gut wie undefiniert und damit weitgehend, doch war er der Verfassung verpflichtet und jeder Thronfolger hatte sie bei seinem Regierungsantritt zu bestätigen.¹⁵

Bereits mit deutlichem Abstand zur Ära der napoleonischen Kriege führten einmal mehr Ereignisse in Frankreich zu neuen, machtvollen Impulsen, als die Julirevolution von 1830 die Bourbonenherrschaft beendete. Kurz darauf erhob sich die belgische Bevölkerung im Süden des Vereinigten Königreichs der Niederlande, um ihre Souveränität vom Norden zu erkämpfen, eine Ausweitung der revolutionären Prozesse erschien daher denkbar. Im Königreich Sachsen waren bereits zuvor konstitutionelle Forderungen auch von reformbereiten Adligen erhoben und im ständischen Landtag diskutiert worden. Doch erst Unruhen in Leipzig und Dresden im September schufen eine Dynamik, in deren Angesicht König Anton von Sachsen einlenkte. Vergleichsweise zügig wurden Entwürfe für eine Verfassung erstellt und der ausgewählte Vorschlag im Frühjahr 1831 von den alten Landständen weitgehend gebilligt. Die sächsische Verfassung vom 4. September 1831, die 87 Jahre Bestand haben sollte, war damit weder vom Monarchen oktroyiert noch von einem revolutionären oder parlamentarischen verfassungsgebenden Gremium geschaffen, sondern vielmehr Ergebnis von Aushandlungsprozessen, die reformistisches Gedankengut mit altständischen Elementen verbanden – im Grunde ein semidemokratischer Prozess. Die Rechte des Monarchen blieben denn auch weitgehend und der monarchische Charakter des Staates wurde festgeschrieben. Persönliche Freiheit, Recht auf freie Ausreise, Gleichheit vor dem Gesetz sowie eine zumindest partielle Gewerbe-, Berufs- und Glaubensfreiheit bedeuteten gleichwohl eine wesentliche Weiterentwicklung. Das aktive Wahlrecht stand in den ersten 30 Jahren des Bestehens der Verfassung weniger als zehn Prozent der Bevölkerung zu. Frauen sowie ökonomisch benachteiligte Männer blieben auf lange Zeit ungehört. Unzufriedenheit mit dem Gang der Ereignisse führte bereits im April in Dresden zu gewaltsamen Zusammenstößen, die jedoch durch massive Truppenpräsenz unterdrückt wurden.¹⁶

Die antinapoleonischen Bestrebungen in Preußen und darüber hinaus, gerne unter der plakativen Bezeichnung »Freiheits-« oder »Befreiungskriege« zusammengefasst, präsentieren sich unter demokratiegeschichtlichen Gesichtspunkten als widersprüchliche Erscheinung. In kaum einer Person wird dies deutlicher als in dem im Brandenburgischen geborenen »Turnvater« Friedrich Ludwig Jahn, der einen Großteil seines Lebens in Ostdeutschland verbrachte. Bis heute erinnern zahlreiche »Jahnstraßen« und andere Markierungen im Stadtbild an ihn, gibt es Jahn-Denkmäler. In Freyburg (Unstrut) in Sachsen-Anhalt findet sich ein Museum zu seiner Person. Pikanterweise von den Nationalsozialisten begründet, hat sich die umfassend überarbeitete Ausstellung lobenswerterweise der Darstellung Jahns in seiner ganzen Widersprüchlichkeit verschrieben. Die von ihm geschaffene

15 — Bleek: Vormärz (2019), S. 30–34.

16 — Donath: Verfassung (2020), S. 347–354.

Turnbewegung wies egalitäre Elemente auf und er selbst entwickelte sich zu einem Kritiker der Ständegesellschaft und Befürworter gesellschaftlicher Chancengleichheit, was ihn mit seiner Forderung nach einem geeinten Deutschland zum Impulsgeber des Vormärz machte. Unter zweifelhaften Begründungen verhaftet, verbrachte Jahn mehr als fünf Jahre seines Lebens in preußischer Haft. Vertrat er im Vormärz fortschrittliche Gedanken, entfremdete ihn seine auf einen deutschen National- und Verfassungsstaat unter preußischer Krone gerichtete Vision im Alter von den demokratischen Bestrebungen des Jahres 1848/49. Sein blindwütiger Nationalismus, pathologischer Franzosenhass und sein Antisemitismus fielen bereits lange zuvor auf.¹⁷ Die vielfach von Jahn beeinflussten Angehörigen des 1813 ins Leben gerufenen Lützowschen Freikorps werden wegen der Uniform ihrer Infanterie, schwarz mit roten Vorstößen und goldenen Knöpfen, mit den späteren Nationalfarben in Verbindung gebracht, doch ist eine direkte Linie nicht gesichert. Militärisch war die Einheit kaum relevant und zeichnete sich durch eine hohe Desertationsrate aus, so dass der propagandistische »Hype« um sie unbegründet war.¹⁸ Als eine auch von Teilen des Bürgertums getragene Bewegung war die antifranzösische Mobilisierung insgesamt dennoch dazu geeignet, die traditionelle Ständeordnung schrittweise aufzuweichen und hatte deshalb durchaus fortschrittliche Elemente. Zugleich stießen ihre bluttriefenden Parolen, die gegenüber französischen wie rheinbunddeutschen Soldaten in Vernichtungsfantasien schwelgten, aus gutem Grunde ab.¹⁹

Politische Feiern und eine Protesta(k)tion

Dieser ambivalente Charakter wirkte auch nach 1815 fort, wie bei dem in direkter Verbindung mit der antifranzösischen Bewegung stehenden Wartburgfest vom 18./19. Oktober 1817 deutlich wurde.²⁰ Die Großversammlung brachte insgesamt mehr als 1.000 Menschen zusammen, zu einem großen Teil Studierende aus den sächsisch-thüringischen Kleinstaaten, doch auch weit darüber hinaus. Vorgeblich zum 300. Jubiläum des Beginns der protestantischen Reformation organisiert, war es weit mehr als eine historische Gedenkveranstaltung. Bereits die Popularisierung der prominent vorangetragenen rot-schwarz-roten Burschenschaftsfahne mit goldenen Stickereien, die sich in den Folgejahren zur schwarz-rot-goldenen Trikolore entwickeln sollte, unterstreicht die Bedeutung des Wartburgfestes als Symbolgeber. Denn wenngleich Symbole nicht überbewertet werden dürfen, können sie doch als Fokuspunkt sinngebende Bedeutung erlangen. Schwarz-Rot-Gold sollte in den Folgejahren nicht nur für die Bestrebungen um einen deutschen Nationalstaat, sondern auch für das Eintreten für einen Verfassungsstaat und schließlich auch für republikanische Bestrebungen stehen. Zudem war das Wartburgfest Premiere einer neuen Art von politischer Veranstaltung, die uns heute nur zu vertraut ist, damals aber in den deutschen Ländern ein Novum darstellte: Initiiert aus Teilen des Volkes heraus, war es von der Obrigkeit im moderaten Sachsen-Weimar-Eisenach geduldet, aber nicht angestoßen. Hier zeichnete sich in Umrissen die Formierung einer neuen Art von Öffentlichkeit ab, Ansätze für die Schaffung eines freien Kommunikationsraumes für die politisch-gesellschaftliche Willens- und Absichtsfindung und den Austausch politischer Ideen. Die in den »Grundsätzen und Beschlüssen des 18. Oktobers« formulierten Punkte wie Verfassungsstaatlich-

17 — Ohmann: Jahn (2009); Krieger: Bedeutung (2022), S. 17 f.

18 — Bauer: Horrido (2000), S. 33 f., 254; Lönnecker: Rebellen (2008), S. 28 f.

19 — Kleßmann: Napoleon (2007), S. 229–231.

20 — Die Überlegungen zur Bedeutung wie dem künftigen demokratiegeschichtlichen Potenzial des Wartburgfestes verdankt die GEDG einem Workshop am 19. Oktober im Rathaus von Eisenach. Der Wartburg-Stiftung und der Stadtverwaltung Eisenach wird für ihre Unterstützung sehr herzlich gedankt, ebenso den anderen Teilnehmenden für ihr Input.

keit, nationale Einheit und unveräußerliche Grundrechte, Freiheit der Person und des Eigentums, Gleichheit vor dem Gesetz, Presse- und Meinungsfreiheit wurden nicht auf der Wartburg geboren. Doch wurden sie hier mit Breitenwirkung in einer grenzüberschreitenden Veranstaltung lautstark artikuliert. Eine rückblickende Bewertung des Wartburgfestes darf selbstverständlich nationalchauvinistische und antisemitische Hetzparolen, die ahistorische Mittelalter- und Germanentümelei mancher Teilnehmenden nicht ignorieren. So wie wesentliche Forderungen des Vormärz und der Revolution von 1848/49 bereits 1817 formuliert wurden, so scheint zugleich eine Definition von Nation auf, die Teile der Bevölkerung marginalisierte oder gar vollständig ausgrenzte. Dies galt für deutsche Juden, zumindest soweit sie sich nicht vollständig assimilierten, zu einem gewissen Ausmaß aber auch für Katholiken, die angesichts des vorgeblichen Anlasses verständlicherweise nicht partizipierten. Namentlich die Bücherverbrennung auf dem Wartenberg wirft zu Recht bis heute einen Schatten auf die Veranstaltung. Zugleich ist anzuerkennen, dass die Schnittmenge der Forderungen des Wartburgfestes und jenen des traditionell weitaus positiver rezipierten Hambacher Festes 15 Jahre später erheblich war und beide Ereignisse nicht voneinander isoliert zu betrachten sind.²¹

Wesentliche weitere zentrale Ereignisse des Vormärz fanden zwar in Westdeutschland statt, besitzen jedoch auch für die ostdeutsche Demokratiegeschichte Relevanz. Das Hambacher Fest zwischen dem 27. Mai und 1. Juni 1832 mit seinen zeitweilig bis zu 30.000 Teilnehmenden wurde zur größten politischen Veranstaltung zwischen 1815 und 1848. Unter dem Eindruck der kurz zuvor erfolgten Niederschlagung des polnischen Aufstandes von 1830/31, mit dem viele liberale Deutsche sympathisierten, und mit wachsendem Abstand von den Koalitionskriegen, manifestierten sich die nationalistisch-fremdenfeindlichen Stimmen im Vergleich zum Wartburgfest dezenter in Ton und Lautstärke. Freilich waren sie keineswegs vollständig verstummt. Die Farben Schwarz-Rot-Gold als Trikolore dominierten, wenn auch nicht unbedingt in der heute vertrauten Reihenfolge, nun erstmals die Optik einer derart großen Veranstaltung. Schon allein auf Grund der Zahl der Teilnehmenden geriet das Fest zu einem zentralen Gründungsmythos des deutschen (National-)Liberalismus.²² Was das Fest auszeichnete, war der Umstand, dass im Vorfeld auch um weibliche Teilnehmende geworben worden war, »deren politische Mißachtung in der europäischen Ordnung ein Fehler und ein Flecken ist«.²³ Als Rednerinnen konnten sie noch nicht auftreten, übernahmen aber während der auf das Fest folgenden Repressionswelle eine wichtige Rolle bei der Hilfe für die Verhafteten.²⁴ Gelegentlich in der damals bayerischen Pfalz und aus der Taufe gehoben von dem gesamtdeutsch operierenden Deutschen Vaterlandsverein zur Unterstützung der Freien Presse, lassen sich dennoch für das Hambacher Fest auch ostdeutsche Verbindungen herstellen. Diese führen unter anderem zurück zum Wartburgfest und es ist angemessen auf sie zu verweisen. Sie dürfen jedoch nicht überbetont werden, waren sie doch nur einer von vielen Entwicklungssträngen, die hier zusammenfließen und in den Folgejahren fortwirkten. Dennoch war »Hambach« ein Großereignis, an dem selbstverständlich auch Menschen aus dem heutigen Ostdeutschland zum Teil prominent partizipierten, und das zugleich in die ostdeutschen Gebiete zurückwirkte.

21 — Bleek: Vormärz (2019), S. 42–48; Hahn: Wartburgfest (2024), S. 72–79; Kreuzmann: Wartburgfeste (2023), S. 5–11.

22 — Bleek: Vormärz (2019), S. 162–173; ausführlich Kreuz: Hambach (2016), siehe online https://www.lpb.rlp.de/fileadmin/download_neu/Landesgeschichte/Hambach_1832.pdf, z. a. 4.8.2024.

23 — Das Hambacher Fest am 27. Mai 1832, in: Kölnische Zeitung v. 27.5.1932.

24 — <https://hambacher-schloss.de/entdecken/hambacher-fest/>, z. a. 4.8.2024.

Heutzutage nicht annähernd im gleichen Maße bekannt wie das Hambacher Fest und doch in seiner Zeit von beträchtlicher Wirkung war der Einspruch von sieben Göttinger Professoren gegen die zum 1. November 1837 erfolgte Kassierung des hannoverschen Staatsgrundgesetzes. Die gemäßigt liberalen Akteure, prominent unter ihnen der im mecklenburgischen Wismar gebürtige und lange Jahre in Ostdeutschland wohnhaft und wirkende Friedrich Christoph Dahmann, handelten nicht aus revolutionärem Elan, sondern zur Wahrung ihrer Integrität auch gegenüber den Göttinger Studentenschaft angesichts einer widerrechtlichen Handlung ihres Königs. Besondere Brisanz und Wirkung erlangte der Einspruch durch die von Studenten eigenmächtig umgesetzte, rasante Vervielfältigung und Popularisierung der *Protestation*, im Grunde das Gegenstück eines heutigen virtuellen »Social Storms«. Diese Öffentlichkeit trug zu der völlig überzogenen Reaktion des Monarchen bei, der mit der umgehenden Entlassung bzw. in einigen Fällen auch Ausweisung der Professoren Märtyrer für die liberale Sache schuf.²⁵ Tatsächlich wurden die Akteure in den folgenden 150 Jahren unter wechselnden politischen Rahmenbedingungen höchst unterschiedlich vereinnahmt. Vielfach galten sie als Vorkämpfer des Liberalismus und freiheitlicher bürgerlicher Werte, doch gab es auch Deutungen als Apostel der nationalen Einheit oder gar der NS-Volksgemeinschaft. Ungeachtet dieser Instrumentalisierung verdienen sie es, erinnert zu werden. Sie sind aber zugleich eine Mahnung, bei der Interpretation und dem gern herangezogenen Aktualitätsbezug geschichtlicher Ereignisse nie deren eigentliche Historizität und Inhalte zu vergessen.²⁶ Wo historische Ereignisse mit abnehmenden oder gar kaum mehr vorhandenen direkten Bezügen zur Rechtfertigung von aktuellen innen- und außenpolitischen Zielen und Handlungen genutzt werden, geht die Redlichkeit im Umgang mit historischen Ereignissen verloren. Dies birgt ferner die Gefahr, sowohl die eigene Botschaft als auch das historische Ereignis als beliebig zu rechtgemachte Hülse zu entwerten.

Wie kann die demokratische Frühgeschichte vermittelt werden?

Ausgehend von dieser notgedrungen unvollständigen Bestandsaufnahme demokratiegeschichtlicher Ereignisse des Zeitraums von etwa 1773 bis 1847 stellt sich die Frage, wie diese für eine moderne Geschichtsvermittlung und Erinnerungskultur nutzbar gemacht werden können.

Ein an dieser Stelle erstmalig konkret aufscheinendes, ebenso faszinierendes wie schwieriges Thema ist die Frage, welche demokratiegeschichtlichen Wurzeln die demokratischen Streitkräfte der Bundesrepublik als Teil ihres Erbes inkorporieren können und wollen. Zwar richtet sich der Initiativplan in erster Linie an die Zivilgesellschaft, doch sind die deutschen Streitkräfte Teil der demokratischen Gesellschaft, nicht eine eigenständige Entität. Es wäre zu begrüßen, wenn die Vermittlung demokratiegeschichtlicher Inhalte in der zivilen Erinnerungskultur mit dem Traditionsverständnis der Parlamentsarmee Synergieeffekte generiert, und nicht getrennt oder gar gegenläufig zu ihr verläuft. Deshalb sollen hier und in Folge einige Überlegungen eingeflochten werden.

Die Bundeswehr hat sich in ihrem neuen Traditionserlass dazu entschlossen, verstärkten Wert auf ihre eigene Geschichte zu legen. Dies ist nur zu begrüßen, doch bleibt darüber hinaus die ganze deutsche Militärgeschichte Resonanzraum der militärischen Tradition, wobei die Wehrmacht (von der Waffen-SS ganz zu schweigen) und

25 — Aufgebauer: Nacht (2008), S. 7–15; Wellenreuther: Protestation (2008), S. 31 f., 41–43.

26 — Ausführlich bei Saage-Maaß: Sieben (2008), S. 45–55.

die Nationale Volksarmee (NVA) mit Ausnahme von Einzelpersonen explizit ausgeschlossen werden.²⁷ Es scheint sinnvoll in Erwägung zu ziehen, auch die Militärgeschichte vor 1918 nicht allein unter operativ-militärischen Gesichtspunkten im Sinne militärischer Innovationen zu betrachten.

Friedrich Wilhelm von Steuben wird mitunter als »Soldat und Demokrat« gewürdigt,²⁸ doch scheint seine ungewöhnliche Karriere weit besser geeignet, symbolhaft erste Ansätze deutsch-amerikanischer Verbindungen zu repräsentieren. Die gilt insbesondere unter dem Gesichtspunkt, wo (ost)deutsche Personen anderen demokratiegeschichtlich in ihrer Zeit fortschrittlichen Bewegungen beistanden.

Zeitgleich wäre beim Blick auf die ersten anderthalb Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts zu überdenken, ob es nicht sinnvoll wäre, in den Traditionslinien der Bundeswehr neben den antifranzösischen Kräften²⁹ auch die Soldaten der Rheinbundstaaten als integralen Bestandteil zu verankern. Ist es wirklich noch zeitgemäß, der traditionellen national-borussischen Geschichtsschreibung zu folgen und jene Streitkräfte in Ost- und Westdeutschland zumindest bis zum Zeitpunkt ihres Seitenwechsels implizit abzuwerten, die als Teil der französisch dominierten Militärkoalition operierten? In ihrer Zeit repräsentierten sie nicht selten Staaten, die als politisch fortschrittlich anzusehen waren. Die traditionell-positive Bewertung der antifranzösischen Kräfte könnte auf diese Weise in einen Kontext gesetzt und relativiert werden.

Verfassungen sind für die Demokratiegeschichte unerlässlich, präsentieren aber in der Vermittlung auch Herausforderungen. Ihre zahlreichen Paragraphen, mitunter gestelzt formuliert und in ihrer Bedeutung nur aus dem historischen Kontext zu erschließen, sind für moderne »Konsumgewohnheiten« schnell abschreckend oder wirken ermüdend. Dennoch sollten gerade die frühen Verfassungen auf ostdeutschem Boden – ohne wertend zwischen den auf französische Impulse zurückgehenden Rheinbundverfassungen und den späteren »bundesdeutschen« zu unterscheiden – als Schritte auf dem Weg zum Verfassungs- und Rechtsstaat stärker herausgehoben werden. Ihre Entstehungsorte könnten schrittweise in das »Netzwerk Verfassungstädte«³⁰ eingebunden und bei Feiern zu den modernen Landesverfassungen mitgedacht werden. Dies bietet sich zudem an, um frühe ostdeutsche Verfassungen zusammen mit den westdeutschen zu erinnern und somit auf gemeinsame Wurzeln moderner Staatlichkeit zu verweisen. Wesentliche Inhalte der Verfassungen sollten zu diesem Zweck niedrigschwellig in populär formulierter Literatur oder digital vermittelt und dabei mit den Zuständen vor dem Inkrafttreten wie auch in ihrer Weiterentwicklung verglichen werden – etwa, wie sich die Zahl der Inhaber eines aktiven oder passiven Wahlrechts entwickelte. Rückschritte sind dabei ebenso interessant wie eine Fortentwicklung, veranschaulichen sie doch, wie wechselhaft Demokratiegeschichte sich gestalten kann.

Die sächsische Verfassung als jene des in dieser Epoche größten ostdeutschen Flächenstaates mit einer Konstitution ist auch wegen ihrer langen Gültigkeit an prominenter Stelle zu behandeln und zu popularisieren. Dies gilt sowohl für ihre Verdienste, ihre teils mehr, teils weniger erfolgreiche Weiterentwicklung wie auch ihre Fehlstellen. Sie wird in wenigen Jahren 200. Geburtstag feiern, ein Jubiläum

27 — <https://www.bmvg.de/de/aktuelles/der-neue-traditionerlass-23232>; <https://www.bpb.de/themen/militaer/deutsche-verteidigungspolitik/199275/die-tradition-der-bundeswehr/#node-content-title-1>, beide z. a. 4.8.2024; ebenso die Synopse der Veränderungen im Vergleich zum Traditionerlass von 1982 <https://www.bundestag.de/resource/blob/557654/bdd4aaf6240c43008ccf1e038a98c134/WD-2-035-18-pdf.pdf>, z. a. 4.8.2024.

28 — Vgl. <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/archiv/531733/friedrich-wilhelm-von-steuben-soldat-und-demokrat/>, z. a. 22.7.2024.

29 — So sind beispielsweise mehrere Kasernen nach Theodor Körner und Ludwig Adolf Wilhelm von Lützow wie auch Gebhard Leberecht von Blücher benannt, Militärs mit ostdeutschem Hintergrund. Auch die NVA ehrte den Namen Lützow, der Namenspatron eines Hubschraubergeschwaders war.

30 — Das »Netzwerk Verfassungstädte« ist ein Projekt der GEDG zur Sichtbarmachung demokratiegeschichtlicher Wurzeln, vgl. <https://www.verfassungsstaedte.de/>, z. a. 22.7.2024.

um, das nicht ungenutzt verstreichen darf.³¹ Eine Beschäftigung mit dem Zustandekommen der Verfassung führt ferner zu der historisch wie in der Gegenwart engagiert diskutierten Frage, wann es einzig sinnvoll ist, im Rahmen des politisch Erlaubten zu handeln, oder angesichts empfundener Ungerechtigkeiten eine gewaltsame Änderung zu erstreben. Die Antwort kann hier wie auch beim Blick auf die Ereignisse von 1848/49 kaum eindeutig ausfallen. Die sächsische Verfassung war zwar einerseits ein wichtiger Schritt vorwärts, andererseits wäre sie ohne die ungehorsamen Zusammenrottungen in Sachsen und die implizite Drohung »französischer Verhältnisse« im Kontext der Julirevolution wahrscheinlich erst zu einem deutlich späteren Zeitpunkt zustande gekommen. Der Umstand, dass der verfassungsgebende Staat sich parallel dazu genötigt sah, tausende Soldaten als Drohkulisse gegen seine eigenen Bürger zusammenzuziehen,³² macht die Grenzen der Reformbereitschaft monarchischer Systeme deutlich.

Auch die *Göttinger Sieben* ordnen sich in den Themenkomplex Verfassungsgeschichte ein. Sie verdienen Aufmerksamkeit als symbolisch aufgeladene Akteure, die sich trotz Risiken zu Wort meldeten, als die Verfassung ihres Landes ausgehebelt wurde. Auch aufgrund aktueller Bezüge ist ihr Handeln bis heute relevant. Personelle Bezüge zu Ostdeutschland wie die Person Dahlmanns ermutigen dazu, auf vorhandene Verbindungen hinzuweisen. Insbesondere aber lädt die rasche Verbreitung der Protestation dazu ein, über Kommunikationswege in der Zeit vor Verbreitung moderner Medien, über Gemeinsamkeiten und Unterschiede zur Gegenwart nachzudenken. Welche Auswirkung hatte die Protestation an ostdeutschen Universitäten bzw. in der Medienlandschaft? Finden sich andere, wenngleich weniger prominente frühe Verfassungskonflikte, die mit der Protestation in ein breiteres Bild eingeordnet werden können? Dies sind aufschlussreiche Ansatzpunkte, denen in der frühen ostdeutschen Verfassungsgeschichte nachgegangen werden sollte.

Für die preußisch regierten Gebiete bietet sich für diesen Zeitraum in Fortsetzung der im vorherigen Kapitel angeregten Beschäftigung mit der städtischen Selbstverwaltung der Blick auf den Wandel der Zusammensetzung der Stadträte an, ebenso die Untersuchung der Reaktion der Stadtgesellschaft auf diese Veränderungen. Einmal mehr kann dies erfolgversprechend wohl nur individuell in Partnerschaft mit lokalen Einrichtungen wie Geschichtsvereinen, Stadtmuseen etc. erfolgen.

Mit Blick auf das Wartburgfest von 1817 sind durch das »Wartburg-Fest der Demokratie« von 2023 und die Folgeveranstaltung von 2024 wesentliche Schritte unternommen worden, um es in der ostdeutschen Demokratiegeschichts-Erinnerung prominenter zu verankern. Auch in der Ausstellung der Wartburg wird das Fest künftig stärker betont werden.³³ Diese Bemühungen sollen auch weiterhin Bestand haben. Die Verbindung aus jährlichen, der breiten Öffentlichkeit zugänglichen Veranstaltungen, europäischen Studierenden-Workshops als Vermittlungsbrücke über die Landesgrenzen hinweg und Fachtagungen als Impulsgeber für die wissenschaftliche Auseinandersetzung sprechen ein breites Publikum an. Sie helfen zugleich, die »Marke« Wartburg in der Gegenwart stärker demokratiegeschichtlich zu besetzen. Der unerlässliche offene Umgang mit

31 — Die GEDG prüft gegenwärtig bereits Möglichkeiten, in Weiterung des laufenden Ausstellungsprojekts »Auf dem Weg zur modernen Demokratie« Orte früher Verfassungen in den Fokus zu stellen und Impulse zu ihrer angemessenen Einbindung in die regionale Erinnerungskultur zu geben.

32 — Deutschland, in: Kölnische Zeitung v. 4.5.1831.

33 — Als Veranstalter des »Fest der Demokratie« wie der Fachtagungen fungiert in Kooperation mit der Stadt Eisenach, der Wartburg-Stiftung und der Friedrich-Schiller-Universität Jena die GEDG, welche die Veranstaltungen initiierte. Siehe zu den Veranstaltungen 2023 die Beiträge in Gesellschaft zur Erforschung der Demokratie-Geschichte (Hg.): Prospect 24 (2024), S. 58–71.

den problematischen Aspekten des Ereignisses wie seiner Instrumentalisierung in späteren Jahrzehnten kann wesentlich dazu beitragen, nationalistische Übernahmeversuche zu erschweren, wie sie sich in verstörender Art und Weise auf dem Hambacher Schloss manifestierten.³⁴ Es wäre empfehlenswert, das Netzwerk des »Fest der Demokratie« schrittweise über das Umfeld Eisenachs auszudehnen. So könnten etwa die ost- wie gesamtdeutschen Einrichtungen, aus denen Teilnehmende 1817 zur Wartburg kamen, als dauerhafte Partner gewonnen werden. Eisenach und eventuell auch Jena (als Ort der Fachtagungen) haben angesichts des breit aufgestellten Programms das Potenzial, sich zu Knotenpunkten in einem Netzwerk entwickeln, das sich besonders den zivilgesellschaftlichen Aspekten des Vormärz widmet.³⁵

Bei der Betrachtung der politischen Feste des Vormärz nach dem Wartburgfest, namentlich des Hambacher Festes, erscheint es zielführend, sowohl bekannte wie auch weniger prominente ostdeutsche Beteiligte biografisch zu beleuchten und in ihren Heimat- und Wirkorten angemessen zu erinnern. Besonderes Augenmerk sollte dabei auf möglichen weiblichen Teilnehmenden liegen. Gleiches gilt für Frauen wie Louise Aston,³⁶ die sich auch jenseits von Großereignissen für die gesellschaftliche und politische Teilhabe der Frauen einsetzten.

Ergänzend sollte die Rezeption von überregional bedeutsamen Ereignissen in den ostdeutschen Regionen und Ländern betrachtet werden. Auf diese Weise kann es gelingen, die geographisch in Westdeutschland zu verortenden Feste nicht nur aus einer ostdeutschen Perspektive zu beleuchten, sondern auch ihre Rückwirkung aufzuzeigen. Sie sind ein Beleg, dass der vormärzliche Liberalismus ein west- wie ostdeutsches Phänomen war und es wert ist, auch in den ostdeutschen Bundesländern erinnert zu werden. Wie das Wartburgfest war das Hambacher Fest kein »Inselereignis«, sondern in einen breiten Kontext einbezogen, auch wenn jeweils andere Regionen als Herkunftsorte der Teilnehmenden dominierten. Hier ist indes weitere Forschungsarbeit dringend vonnöten, auch wenn zu Einzelpersonen wie Fritz Reuter³⁷ und Wilhelm Cornelius³⁸ bereits teils mehr, teils minder umfangreiche Literatur vorliegt. Die Unterlagen der Repressionsorgane bieten wertvolle Hinweise auf interessante Lebensläufe. So kann das vom Bundesarchiv digital zugänglich gemachte »Schwarze Buch« der Bundeszentralbehörde als erste Orientierung dienen.³⁹ Diese Bemühungen sollten mit den zuvor zum Wartburg-Fest skizzierten Bemühungen zusammenfließen. Die Kooperation mit primär in Westdeutschland agierenden Akteuren wie dem Forum Vormärz Forschung⁴⁰ und der Stiftung Hambacher Schloss⁴¹ sollte ebenfalls gesucht werden.

34 — <https://hambacher-schloss.de/stellungnahme/stellungnahme-der-stiftung-hambacher-schloss/>, z. a. 4.8.2024.

35 — Impulse in diese Richtung setzen bereits die Tagung in Jena und das Student Forum, in dessen Rahmen auch unterjährig Kontakt ins Ausland gehalten wird.

36 — Ausführlich siehe Wimmer: Vormärzschriftstellerin (1993).

37 — Hanke: Reformer (2010).

38 — Herzig: Fürst (2016).

39 — BArch, DB 8/7.

40 — <http://www.vormaerz.de/>.

41 — <https://hambacher-schloss.de/>.

4

Umbruchsjahre

1848–1850¹

Wenngleich die frühen Jahre der deutschen Demokratiegeschichte dramatische Ereignisse und manchen wichtigen Entwicklungsschritt aufzuweisen hatten, so stechen doch die Jahre 1848 bis 1850 besonders heraus. Sie sind auf gesamtdeutscher wie regionaler Ebene ein geradezu idealtypisches Beispiel für die Er kämpfung und Etablierung demokratischer Rechte, auch wenn vielfach der Versuch scheiterte, sie dauerhaft mit Leben zu erfüllen.² Das wahrhaft europäische Revolutionsereignis³ und die zum Teil weitgehenden Zugeständnisse der Monarchien ließen mit einmal – nicht nur in den deutschen Ländern – nahezu alles möglich erscheinen. Flächendeckend geltende Grundrechte wie Presse- und Versammlungsfreiheit, politische Mitbestimmung auf der Ebene der Länderverfassungen und Landtage (zumindest für eine Großzahl der erwachsenen Männer) wie auch beim Wahlrecht für ein künftiges deutsches Nationalparlament, soziale Reformen, das Ende adliger Vorrechte und vieles mehr waren augenscheinlich verhandelbar und in Reichweite. Zudem präsentierten sich die Revolutionsjahre als eine Hochphase der Emanzipation bisher deutlich benachteiligter Gruppen. So finden sich zahlreiche gesellschaftlich-soziale wie politische Aktivitäten von Frauen, auch wenn eine gleichberechtigte politische Mitbestimmung noch fern schien. Die deutschen Juden konnten deutliche Fortschritte bei ihrer Gleichstellung mit den deutschen Christen verzeichnen. Dennoch wird dieser kurze Zeitabschnitt zwiespältig erinnert. Denn gemessen an der Frage, inwieweit es gelang, das demokratisch-republikanische »Maximalprogramm« durchzusetzen, muss die Revolution als gescheitert betrachtet werden.⁴ Dies erscheint jedoch als bei weitem zu eng gefasstes, pessimistisches Urteil, denn Europa, und damit natürlich auch die deutschen Länder präsentierten sich 1850 im Vergleich zum vorrevolutionären Zustand in vielen Punkten tiefgreifend verändert, auch wenn das Ausmaß des Wandels von Ort zu Ort schwankte.⁵ Als dauerhaftes Vermächtnis und damit auch implizit Ermütigung für künftige Bemühungen um tiefgreifende Veränderungen blieb infolge der revolutionären Erfahrungen eine Erkenntnis der Bürger und zunehmend auch der Bürgerinnen: Es war möglich, sich selbst wirksam in den gesellschaftlichen Gestaltungsprozess einzubringen, wenngleich zu hohen Kosten und Risiken. Neue Ordnungsvorstellungen und Grundrechte wurden nicht vorgegeben, sondern selbstbewusst eingefordert und vielfach auch tatsächlich erstritten, wenngleich nicht auf Dauer.⁶

Mit der hohen Ereignisdichte und historischen Bedeutung auch über den unmittelbaren Zeitrahmen hinaus, nehmen die Revolution und ihre unmittelbaren Folgeereignisse deshalb einen besonderen Platz in der deutschen Demokratiegeschichte ein. Ihre relative Nähe zur Gegenwart erleichtern es für ein breiteres Publikum, die Gedankenwelt und

1 — Wesentliche Impulse zu diesem Themenkomplex erhielt die GEDG in einem Workshop am 4. Dezember im Erfurter Augustinerkloster. Den Teilnehmenden sei an dieser Stelle noch einmal sehr herzlich gedankt.

2 — Parak: 1848/49 (2021), S. 28 f.

3 — Fuhg: Lokalangelegenheit (2021), S. 53 f.

4 — Schmiechen-Ackermann/Junge: Revolution (2023), S. 14.

5 — Vgl. umfassend dazu Clark: Frühling (2023).

6 — Steinbach: Revolutionen (2021), S. 15.

Lebenswirklichkeit der Akteure und Akteurinnen zu erfassen, selbst ihre Sprache ist für heutige Leser weit verständlicher als die früherer Jahrhunderte. Die Nähe zum historischen Ereignis befördert zudem die historische Erforschung, sodass eine solide Grundlage für die Wissensvermittlung besteht. Insbesondere das 150. Jubiläum Ende der 1990er Jahre war Anlass, zahlreiche Lücken zu schließen, so dass seitdem vor allem abrundende Forschungen zu weniger prominenten Personen, Orten und Ereignissen das Gesamtbild bereicherten.⁷ Dabei sind auch regionale Besonderheiten in den einzelnen heutigen Bundesländern gründlich betrachtet worden, wie ein Blick in die vorliegende Fachliteratur und Quelleneditionen mit ihren oft umfassenden Literaturlisten belegt.⁸ Die folgenden Überlegungen können nicht ansatzweise jeden Aspekt der Demokratiegeschichte dieser Jahre betrachten, sie möchten aber einige als besonders wichtig erachtete Themen herausgreifen. Selbstverständlich herrscht bei der Auswahl Offenheit für Ergänzungen.

Keine friedliche Revolution

Bereits in der Zeit selbst vor der Folie der noch nicht vergessenen Französischen Revolution 1789, doch zugleich bis heute relevant, präsentiert sich drängend die Frage nach der Positionierung zur und Bewertung der revolutionären Gewalt. Für die Ereignisse des Frühjahrs 1848 war direkte Gewalt beziehungsweise die Angst vor ihr, wenn nicht gar konstitutiv, so zumindest von großer Bedeutung. Zwar konzentrierten sich schwere Gewaltausbrüche im Frühjahr 1848 in den deutschen Ländern vor allem auf einige wenige Brennpunkte. In Bedeutung und Erinnerung nicht zu überbieten sind die Barrikadenkämpfe in Berlin am 18./19. März. Die Erfahrung, den Truppen eines militärischen und politischen Giganten wie dem Königreich Preußen in einer direkten Konfrontation standgehalten zu haben, war ein Symbol revolutionärer Schlagkraft. Auch die Beisetzung der Revolutionstoten geriet zu einem machtvollen, zukunftssträchtigen Signal, beteiligten sich doch Vertreter verschiedenster sozialer Schichten und Religionen.⁹ Berlin war indes nicht der einzige Ort, an dem im heutigen Ostdeutschland im Zuge des Eintretens für politische Forderungen beziehungsweise bei Protesten gegen verhasste Vertreter der alten Ordnung Blut vergossen wurde.¹⁰ Damit war revolutionäre Gewalt zwar als akutes Ereignis relativ selten, doch zugleich eine machtvolle Drohkulisse, die weit über ihre Ereignisorte ausstrahlte. Kommunikativ vernetzt, war den herrschenden Monarchen natürlich zudem der Sturz der französischen Monarchie in der Februarrevolution ebenso bekannt wie die Aufstände in Italien und der Beginn der Revolution in Wien. Die Furcht vor dem gewaltsamen Umsturz trug zweifellos erheblich zur Kompromissbereitschaft der Machthabenden bei, insbesondere nachdem das vermeintlich übermächtige Preußen eingelenkt hatte. Deshalb scheint nachgerade paradox, dass in Deutschland die erste Phase der Einhegung der Revolution, die Einberufung des Parlaments in der Paulskirche, weitaus prominenter gefeiert wird als der revolutionäre Vorgang, der dieses überhaupt erst ermöglichte.¹¹ Dies lag zum einen im Umstand begründet, dass die liberalen und gemäßigten Kräfte die Tradierung der Ereignisse in hohem Maße prägen konnten, möglicherweise auch daran, dass die revolutionäre Gewalt nicht *steril* war, sprich, keineswegs einzig und allein politisch zielgerichtet oder defensiv blieb.

7 — Jung: Aktualität (2021), S. 38 f.

8 — Siehe beispielhaft für ostdeutsche Bundesländer Burkhardt: Chronik (1998); Freitag/Puhle (Hg.): Freiheit (1998); Gebhard (Bearb.): Revolution (1998); Hahn/Greiling (Hg.): Revolution (1998); Ludwig/Neemann: Revolution (1999); Lüders: Mecklenburg (1999); Tullner: Revolution (1998).

9 — Kitschun: Demokratie-Gedenkort (2020), S. 70–73.

10 — Tullner: Revolution (1998), S. 47–49.

11 — Steinbach: Revolutionen (2021), S. 11 f.

Die Überwindung der alten Machtstrukturen konnte sich zur mitunter rabiatischen Abrechnung mit verhassten Personen und Orten transformieren. So brannte in Sachsen das Schloss Waldenburg,¹² das Herrenhaus im mecklenburgischen Torgelow am See teilte dieses Schicksal.¹³ Die Besserungsanstalt im Schloss Moritzburg in Zeitz im heutigen Sachsen-Anhalt wurde gestürmt, die Werkstätten verwüstet,¹⁴ vielerorts kam es zu sozial motivierten Unruhen.¹⁵ Zwischenfälle wie diese schienen die angstvollen Visionen drohender Anarchie zumindest partiell zu bestätigen und trugen dazu bei, die grundsätzlich »Recht und Ordnung« verpflichteten Liberalen und die der Frage weitaus ambivalenter gegenüberstehenden Demokraten schrittweise voneinander zu entfremden. Die Paulskirche war auf den ersten Blick viel besser geeignet, eine »gesäuberte« Vision der Revolution zu memorialisieren. Nach einer Phase der relativen Ruhe war ab Ende 1848 eine zweite ausgeprägte Phase revolutionärer Gewalt zu beobachten. Sie präsentierte sich zunehmend defensiv, resultierte aus dem Willen zur Verteidigung revolutionärer Errungenschaften gegen die zunehmend selbstsicher und selbstherrlich auftretenden Vertreter der traditionellen Ordnung. Diese wussten sich freilich in zumindest loser Übereinkunft mit Teilen von Milieus, welche die ursprüngliche Revolution vorangetrieben, begrüßt und sich in die Ausgestaltung der sozialen und politischen Reformen eingebracht hatten. Von Geschlossenheit bei der Frage, ob man das bis zum Sommer 1848 Erreichte bereits als zu sicherndes Ziel betrachten konnte oder nur als Zwischenschritt, konnte keine Rede mehr sein.¹⁶ Die Auseinandersetzungen, bei denen das Militär mehrfach mit großer Brutalität vorging, kosteten Ende 1848/Anfang 1849 in Ostdeutschland zumindest so viele Menschenleben wie die ursprünglichen Revolutionen. Allein in Erfurt waren 27,¹⁷ in Dresden während des Maiaufstandes 1849 wohl um die 230 Tote zu verzeichnen,¹⁸ weitere Opfer etwa in Leipzig¹⁹ und Bernburg.²⁰ Dabei hatten die Ereignisse mitunter geographisch weit ausgreifende Auswirkungen. Für die Unterstützung des Dresdner Aufstandes finden sich nicht nur Mobilisierungsbemühungen in sächsischen Gemeinden,²¹ auch in den thüringischen Regionen meldeten sich hunderte Freiwillige, deren Einsatz jedoch zumeist an der schnellen Niederschlagung des Aufstands scheiterte.²²

Hinzuzuzählen sind ferner die Opfer »externer« Gewalt: Eine beträchtliche Zahl Menschen ostdeutscher Herkunft trat während des badi-schen Aufstands im Frühjahr 1849 auf der Seite der Revolutionäre mit der Waffe in der Hand für ihre Überzeugungen ein. Einige von ihnen bezahlten dies mit dem Leben.²³ Viele Menschen büßten den Einsatz für die Revolution mit dem Verlust der Heimat. Auf der Flucht vor einer rachsüchtigen Justiz verließen etwa nach dem Maiaufstand mehrere tausend Menschen das Königreich Sachsen.²⁴

Die Gesamtzahl der Toten lässt sich gegenwärtig nicht mit Sicherheit benennen, doch zweifellos verloren wenigstens 700 bis 800 Ostdeutsche im Zuge der Revolutionsereignisse gewaltsam ihr Leben, dazu kommen die Opfer miserabler Haftbedingungen. Viele weitere trugen schwere, wenn nicht gar bleibende Verletzungen davon.

Die traditionellen Vorstellungen von Militanz und militärischer »Männlichkeit« wurden 1848/49 wiederholt durchbrochen. Integraler Bestandteil jeder Betrachtung von revolutionärer und konterrevolutionärer Gewalt muss ein Blick auf weibliche Beteiligte und Betroffene sein.

12 — Ludwig/Neemann: Revolution (1999), S. 11 f.

13 — Lüders: Mecklenburg (1999), S. 153.

14 — Burkhardt: Chronik (1998), S. 146 f.

15 — Tullner: Revolution (1998), S. 56–59.

16 — Gebhard (Bearb.): Revolution (1998), S. 17; Lüders: Mecklenburg (1999), S. 155; Ludwig/Neemann: Revolution (1999), S. 21, 24 f.

17 — Burkhardt: Chronik (1998), S. 154.

18 — Ruhland: Maiaufstand (1995), S. 36.

19 — Sängler: Rolle (2023), S. 54.

20 — Geffarth: Eskalation (1998), S. 140 f.

21 — Ruhland: Maiaufstand (1995), S. 32 f.

22 — Falk: Chronik (1998), S. 60, 77, 128.

23 — Ebd., S. 77; Büloff: Orte (2020), S. 80 f.; Gebhard (Bearb.): Revolution (1998), S. 20; Lüders: Mecklenburg (1999), S. 156; Tullner: Revolution (1998), S. 195, 222.

24 — Clark: Frühling (2023), S. 932.

Die Teilnahme von Frauen an den Kämpfen in Berlin, Dresden und Erfurt ist vielfach belegt, einzelne Frauen ostdeutscher Herkunft waren zudem an den Kämpfen in Süddeutschland beteiligt, teils als Männer verkleidet, teils ohne ihr Geschlecht vollkommen zu maskieren. Bisher sind nur einzelne dieser Kämpferinnen biografisch betrachtet worden. Selbst jene, die prominenter erinnert werden wie das Dienstmädchen Pauline Wunderlich, die am Dresdner Maiaufstand teilnahm und eine mehrjährige Haftstrafe verbüßte, oder die in Köthen geborene Elise Aue verheiratete Blenker, die sich einer Freischar im Badischen anschloss, sind der breiteren Öffentlichkeit kaum bekannt. Diese militante Teilnahme von Frauen an der Revolution war eher demokratisch-revolutionär als explizit durch den Willen zum Kampf für eine mögliche politische Gleichstellung motiviert, doch der Einsatz für universale Freiheitsrechte ist selbstverständlich keinesfalls geringer zu gewichten.²⁵

Die brennende Verfassungsfrage

Für die deutsche Verfassungs- und Parlamentsgeschichte als Kernelement der Demokratiegeschichte sind die Revolutionsjahre eine der wichtigsten Epochen überhaupt. Nur 1918–1920 und die Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg übertreffen sie an Bedeutung, wenn es darum geht Verfassungsnormen mit weitreichender Wirkung zu schaffen. Das erste gesamtdeutsche Parlament in der Paulskirche in Frankfurt a. M. ist zu Recht ein wesentlicher Fokuspunkt der Betrachtung der Revolution, und auch zuletzt prominent erinnert worden.²⁶ Aus der Perspektive einer ostdeutschen Demokratiegeschichte ist dabei die Beteiligung der Abgeordneten aus der Region von großem Interesse. Personen wie Robert Blum, der wesentliche Jahre seines politischen Lebens in Leipzig verbrachte und von dort in das Parlament entsandt wurde, sind biografisch gut erforscht und auch erinnerungskulturell präsent.²⁷ Dies gilt jedoch nicht für die Mehrzahl der Abgeordneten. Vorliegende Forschungen²⁸ wirken kaum über den fachwissenschaftlichen Kreis hinaus, sind aber eine gute Basis für künftige Initiativen. Auch der eigentliche (in den ostdeutschen Gebieten indirekte) Wahlvorgang, in dem es von Land zu Land zum Teil erhebliche Unterschiede in dem Anteil der stimmberechtigten Männer gab, ist noch immer nicht in jedem Fall abschließend rekonstruiert.²⁹ Die Paulskirchenverfassung ist weder in Ostdeutschland geschaffen worden, noch wäre es redlich den Anteil ostdeutscher Abgeordneter an ihrem Zustandekommen über Gebühr zu betonen. Die machtvolle, mitunter auch gefährvolle Reichsverfassungskampagne, in der sich auch im heutigen Ostdeutschland zahllose Deutsche von Landtagsabgeordneten bis zu einfachen Bürgerinnen und Bürgern lautstark für die Verfassung aussprachen und ein Bekenntnis zu ihr ablegten, ist als politische Großkampagne jedoch kaum zu überschätzen. Dies gilt auch wenn ihr Ziel letztlich scheiterte und sich die Beteiligten an der Frage, ob der Einsatz von Gewalt für ihre Durchsetzung statthaft sei, letztlich zerstritten.³⁰ Dieses Massenbekenntnis zur ersten deutschen Gesamtverfassung, die zur Patin der Weimarer Verfassung und des Grundgesetzes wurde, ist der Erinnerung zweifellos wert.

Auf dem ersten Blick war das Paulskirchenparlament im Mai/Juni 1849 dramatisch mit seinem Ziel gescheitert, einen gesamtdeutschen Verfassungsstaat zu schaffen. Immer mehr Abgeordnete hatten sich teils auf Druck ihrer Landesregierungen, teils infolge von Richtungs-

25 — Beutin: Töchter (1999), S. 98 f., 105 f.; Hummel-Haasis (Hg.): Schwestern (1982), S. 105–108, 235–239; Seipold: Handlungsorte (2024), S. 70–72.

26 — Vgl. das Paulskirchenfest 2023, <https://www.hessenschau.de/kultur/paulskirchenfest-2023-in-frankfurt-das-sind-die-besten-veranstaltungen-v5-paulskirche-jubilaeum-veranstaltungen-100.html>, z. a. 14.8.2024.

27 — Faludi/Zänker (Hg.): Robert Blum (2023).

28 — Etwas Best: Region (1998); Henning: Paulskirchenabgeordneten (1998).

29 — Tonndorf: Wahlen (1995).

30 — Gebhard (Bearb.): Revolution (1998), S. 20; Möller: Reichsverfassungskampagne (1998); Ludwig/Neemann: Revolution (1999), S. 29 f.; Lüders: Mecklenburg (1999), S. 156.

kämpfen zurückzogen, und das Restparlament war schließlich nach Spaltung und einem kurzzeitigen Umzug nach Stuttgart gewaltsam aufgelöst worden.³¹ Über das Erbe seiner Verfassung als Impulsgeber künftiger Staatsgrundgesetze hinaus lebte das Parlament jedoch in zwei politischen Großereignissen fort, die sich im heutigen Ostdeutschland verorten lassen. Unter preußischer Federführung verhandelte man nun über die Schaffung eines von den Hohenzollern dominierten Bundesstaates. Rund 150 ehemalige, zumeist liberale Abgeordnete des Paulskirchenparlaments – die überzeugten Demokraten blieben der Veranstaltung wegen ihrer Offenheit gegenüber den preußischen Plänen fern – berieten sich dazu im Juni 1849 im *Gothaer Nachparlament*. Der gebräuchliche Name ist etwas irreführend, denn es handelte sich nicht um ein formales Gremium. Wohl aber fungierte das Treffen als wichtige »Scharnierveranstaltung« für einen neuerlichen Anlauf, sowohl die gewünschte nationale Einigung als auch die Bewahrung wesentlicher Bestandteile der Paulskirchenverfassung zu gewährleisten. Wenngleich vielfach mit Bedenken, fanden sich die meisten Teilnehmenden bereit, an dem Versuch mitzuwirken.³² Dieser folgte im März/April 1850 in Gestalt des *Erfurter Unionsparlaments*. Dieses setzte sich aus zwei Kammern zusammen: Dem Staatenhaus, berufen von den Regierungen und Parlamenten der teilnehmenden Länder, und den gewählten Abgeordneten des Volkshauses. Während Sachsen keine Vertreter entsandte, waren neben Preußen die anhaltischen, thüringischen und mecklenburgischen Länder vertreten. In vielerlei Hinsicht erschien das Volkshaus als konservativ gewandelte Version des Paulskirchenparlaments, und auch die entworfene Verfassung atmete diesen Geist. Das relativ gleiche Männerwahlrecht bei der Wahl zur Nationalversammlung in der Paulskirche war durch ein Dreiklassenwahlrecht ersetzt worden. Wesentliche Punkte einschließlich großer Teile des umfassenden Grundrechtskatalogs waren indes aus der Frankfurter Verfassung von 1849 übernommen worden. Erfurt schien die Chance zu bieten, auf politischem Wege und nicht wie zwei Jahrzehnte später durch »Eisen und Blut« einen deutschen Nationalstaat zu schaffen. Letztlich scheiterte das Projekt jedoch, da zahlreiche deutsche Länder ihre Beteiligung zurückzogen oder erst gar nicht vertreten waren. Zudem übten Österreich und auch Russland Druck aus, um einen Machtzuwachs Preußens zu verhindern.³³ Die traditionelle Machtpolitik innerhalb wie außerhalb der deutschen Länder hatte sich letztlich als übermächtig erwiesen. Dies sollte aber nicht zu dem Trugschluss verführen, »Nachparlament« und Unionsparlament als komplette Fehlschläge in das erinnerungspolitische Raritätenkabinett der Bedeutungslosigkeit zu verbannen. Symbolisch stand insbesondere das Unionsparlament dafür, dass nach 1848/49 selbst viele Monarchen eingesehen hatten, dass die Bürger und ihre (selektiv) gewählten Vertreter als wichtige Akteure zu akzeptieren waren, anstatt auf die vorrevolutionäre »Fürstendiplomatie« zu setzen. Die Öffentlichkeit nahm das Ereignis wahr und partizipierte angeregt an ihm, ein Ereignis, das nichts mehr mit der Zuschauerperspektive auf Fürstenkongressen zu tun hatte. Erfurt war damit nach Frankfurt ein wesentlicher Lernort politischer Debattenkultur, eine Schule des Parlamentarismus und der Ausformung politischer Parteien. Dass diese Impulse nicht in der Verstetigung eines länderübergreifenden Parlaments gipfelten, ändert wenig an der Bedeutung.

31 — Ausführlich zur Parlamentsgeschichte Engehausen: Werkstatt (2023).

32 — Vgl. zur Einordnung Wasielewski: Demokratie (2024), S. 80–85.

33 — Lengemann: Parlament (2000), S. 11–54; Raßloff: Unionsparlament (2023), S. 15–24.

Während zunächst in Frankfurt a. M., später dann in Gotha und Erfurt um den gesamtdeutschen Verfassungsstaat gerungen wurde, machten die deutschen Länder ganz eigene Erfahrungen, die sich von Land zu Land deutlich unterscheiden konnten. Jene, die bereits eine Konstitution besaßen, sahen sich mit der Forderung nach deren Erweiterung konfrontiert. Vielleicht noch gebieterischer wurden Forderungen dort formuliert, wo die Monarchen bisher standhaft-starrsinnig jedes Verfassungsansinnen abgeschmettert hatten. Dies betraf mit Preußen den größten deutschen Flächenstaat, aber beispielsweise auch Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz. Wahlgesetze wurden erachtet, die Landtage, soweit bisher überhaupt mehr als rein ständische Versammlungen, wandelten sich rapide. Politische Vereine schossen allerorten aus dem Boden, ein Stück weit Vorformen der Ortsorganisationen politischer Parteien, in jedem Fall Beweis für politisches Engagement von Befürwortern wie auch Kritikern der Revolution.³⁴

In Sachsen entstand mit mehr als 70 »Vaterlandsvereinen« die stärkste demokratische Regionalorganisation der deutschen Länder, und die sächsische Linke bewies ihre Schlagkraft, indem sie in beiden Kammern des Landtags bei den Wahlen zum Jahresende 1848 eine Mehrheit erobern konnte. Der sächsische Landtag war ein hochpolitisiertes Gremium, das letztlich vor allem noch einmal in der Zustimmung der Reichsverfassung gemeinsamen Grund fand. Die sich in Sachsen formierenden Protogewerkschaften und Arbeiterkommissionen fokussierten sich zunächst eher auf soziale Fragen. Ihre gezielte Kooperation mit den Vaterlandsvereinen ließ freilich erkennen, dass der »Vierte Stand« erkannt hatte, wie sehr die Volksvertretung ihr eigenes Leben beeinflussen konnte. Die sächsischen Arbeitervereine intensivierten schrittweise ihre Zusammenarbeit, und als sich die deutschen Arbeitervereine in ihrer Gesamtheit eine Struktur gaben, avancierte Leipzig zu einer wesentlichen Schaltstelle der Allgemeinen Deutschen Arbeiterverbrüderung als Nukleus der politischen Arbeiterbewegung.³⁵

Die Dinge gerieten sogar in Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz in Bewegung, wo die Revolution auf eine fast intakte Feudalgesellschaft traf. Dutzende Reformvereine wurden begründet, und demokratische Abgeordnete konnten im Landtag die Mehrheit erobern. Nach langwierigen Verhandlungen mit den Monarchen stand immerhin für Mecklenburg-Schwerin eine Verfassung mit einem moderaten Grundrechtskatalog. Nach dem Ende der Revolution jedoch gelang es der altadligen Ritterschaft, den vorrevolutionären Zustand wiederherzustellen. Einen regulären Landtag, der diesen Namen verdiente, sollte es nach oder vielmehr gegen ihren Willen in den beiden Mecklenburgs erst wieder 68 Jahre später geben.³⁶ Selbst das »reaktionäre« Preußen wählte einen moderateren Weg. Im Dezember 1848 vom König oktroyiert, im September des Folgejahres konservativ verschärft und zum 31. Januar 1850 endgültig festgeschrieben, war die preußische Verfassung trotz Dreiklassenwahlrecht und anderen Einschränkungen von den vorrevolutionären Zuständen weit entfernt und ein deutlicher Fortschritt. Die Gleichheit der Preußen vor dem Gesetz, Religionsfreiheit, Unverletzlichkeit des Eigentums sowie die Meinungsfreiheit – gesetzgeberisch beschlossene Beschränkungen vorbehalten – waren aufgenommen worden. Der preußische Landtag war ein ständiges Parlament, die überkommene Gerichtsbarkeit der adligen Rittergutsbesitzer gehörte der Vergangenheit an, ebenso die meisten feudalen Dienste und Lasten.³⁷

34 — Sekatzek: Verein (1998), S. 75–82.

35 — Förster: Landtag (2024), S. 36–45; Zeise: Sachsen (1995), S. 4–7.

36 — Lüders: Mecklenburg (1999), S. 153–157.

37 — Boldt: Verfassung (1980), S. 224 f., 228 f., 239 f.; Gebhard (Bearb.): Revolution (1998), S. 22; umfassend auch Kotulla: Tragweite (1992).

Manche Verfassungen gingen selbst für Verhältnisse der Revolution weit. Anhalt-Dessau und Anhalt-Köthen schrieben sich in ihr Staatsgrundgesetz, dass sie demokratisch-monarchische Länder wären, zugleich fand sich in den Dokumenten ein Satz, der im nahezu gleichen Wortlaut aus der Weimarer Verfassung und dem bundesdeutschen Grundgesetz weit bekannter ist: »Alle Gewalten gehen vom Volke aus.« Das gegenrevolutionäre Roll-back war in Anhalt allerdings umso gründlicher und begrub die brisanten Formulierungen und viele weiteren Neuerungen tief.³⁸ Längeres Leben war der Verfassung von Sachsen-Gotha beschieden, dessen Landesherr Ernst II. eine schillernde Figur der liberalen Nationalbewegung war. Das Staatsgrundgesetz bestätigte einen umfassenden Grundrechtskatalog. Es sprach allen unabhängigen, unbescholtenen Männern über 25 Jahren das aktive Wahlrecht für das Landesparlament zu, ebenso das passive, wenn sie seit zwei Jahren ihren Wohnsitz im Land hatten. Der Monarch konnte das Parlament zwar vertagen oder auflösen, war in solchen Fällen aber an enge Fristen gebunden, es erneut einzuberufen oder einen neuen Landtag wählen zu lassen.³⁹

Ringens um Gleichberechtigung

Die Frauen der deutschen Länder blieben vorerst, und noch auf viele Jahre, von politischer Teilhabe als Wählerinnen und Gewählte ausgeschlossen. Die Mehrzahl der männlichen Revolutionäre sah dies nicht als wesentlichen Missetand. Das hieß freilich nicht, dass die weibliche Bevölkerungshälfte die Umbruchszeit passiv beobachtete oder nur auf die Entwicklungen reagierte. Auf die Teilnahme von Frauen an den revolutionären Kämpfen wurde bereits eingegangen. Frauen beteiligten sich aktiv an den Aktionen der Demokratischen und Liberalen Vereine, engagierten sich auf dem traditionellen Feld der Sozialfürsorge. Namentlich in den Folgejahren leisteten sie einen wesentlichen Beitrag bei der Hilfe für die politischen Gefangenen und ihre Familien. Dies konnte Aktivistinnen wie Adele Erbe und Anna Kuschmann vom Deutschen Frauenverein Altenburg ihrerseits zum Ziel von polizeilichen Repressionen machen. Nicht anders erging es dem Dresdner »Frauen-Verein zur Unterstützung hilfsbedürftiger Familien«.⁴⁰ Auch wenn Frauen nicht in offizieller Funktion am parlamentarischen Leben teilnehmen konnten, so waren etwa die Frauen der Abgeordneten in Gotha und Erfurt sehr aktiv. Ihre Netzwerke und Wirkungsmöglichkeiten über ihre Partner sind bisher noch nicht ausreichend erforscht.

Für die politisch-gesellschaftliche Frauenbewegung, die als organisierte Kraft erst im Entstehen begriffen war, erwiesen sich diese Jahre von zentraler Bedeutung, bereiteten die erhebliche Ausweitung in den kommenden Jahren gleichsam vor. Akteurinnen wie Louise Otto, bekannt unter ihrem späteren Ehenamen Otto-Peters, konnten unter den geänderten Bedingungen zumindest zeitweilig mit enormer Breitenwirkung agieren. Die erste längere Zeit herausgebrachte »Frauen-Zeitung« erschien zwischen 1849 und 1853 in Sachsen und dem heutigen Thüringen. Bemühungen um die Verbesserung der Frauenbildung und die zunehmende Organisation von Vereinen, deren Ziele über traditionelle Fürsorgeziele hinausgingen, legten den Grundstein für die Kampagnen künftiger Jahre, auch wenn sie vielfach die politischen Ziele in den Jahren nach der Revolution verbergen mussten.⁴¹

38 — Tullner: Revolution (1998), S. 165 f., 204 f., 223–245.

39 — Staatsgrundgesetz (1849), S. 6 f., 13 f., 19–21.

40 — Beutin: Töchter (1999), S. 100–105; Hummel-Haasis (Hg.): Schwestern (1982), S. 15, 40 f., 55–58; Wolff: Frauen (2023), S. 30; Schötz: Frauen-Verein (2024), S. 79–86.

41 — Beutin: Töchter (1999), S. 105 f. Zu Louise Otto-Peters siehe Überblicksartig <https://www.digitales-deutsches-frauenarchiv.de/fakteurinnen/louise-otto-peters>, z. a. 14.8.2024.

Ein auch in Ostdeutschland hochaktuelles Thema der Revolutionsjahre war die vielerorts noch ausstehende Gleichstellung jüdischer Deutscher. Die Revolution präsentierte sich ihnen gegenüber mit einem bizarren Janusgesicht. Das Streben um Freiheit und politische Mitwirkung, das Gefühl, dass alles möglich war, konnte verbunden mit nationaler Aufwallung auch in antisemitischen Übergriffen gipfeln. Lag das Epizentrum dieser dunklen Seite der Revolution eher im deutschen Westen und Südwesten, kam es auch in Ostdeutschland zu Angriffen und Plünderungen. Andererseits war es etwa in Anhalt-Dessau der Druck aus der Mehrheitsbevölkerung, der einen widerstrebenden Monarchen zu emanzipatorischen Reformen zwang. Juden konnten nun in Gemeinderäte und Stadtverordnetenversammlungen gewählt werden. Ein Satz wie »...hier giebt's keine Juden und Christen, hier giebt's nur Abgeordnete.« ist Anlass, auf einen Landtag wie den anhaltisch-dessauischen stolz zu sein. Freilich sollten wie in vielen anderen auch in diesem Land die gegenrevolutionären Bestrebungen die errungenen Fortschritte weitgehend zunichtemachen. Nur ein geschätztes Fünftel der deutschen Juden profitierte dauerhaft von der Revolutionsgesetzgebung, bedrückendes Testament, wie tief eingefressen der Antisemitismus bei den traditionellen Entscheidungsträgern war. Die flächendeckende Gleichstellung erfolgte erst im Vorfeld der Reichsgründung.⁴²

Vom Umgang mit dem revolutionären Erbe

Wie eingangs skizziert ist der Wissensstand zu den Revolutionsjahren ein sehr guter, auch wenn in einigen Punkten noch Bedarf für Ergänzungen besteht. Insgesamt betrachtet stellt sich deshalb weniger die Frage nach der Verbesserung eines möglicherweise defizitären Wissensstandes, als vielmehr jene, wie es gelingen kann, dieses wichtige Kapitel deutscher Demokratiegeschichte noch effektiver zu vermitteln und in seiner Bedeutung zu vergegenwärtigen. Die Veröffentlichungen und Initiativen um das Jubiläum 2024/25 haben den Wissensstand noch einmal erweitert und zudem Strukturen geschaffen, an die in den kommenden Jahren angeknüpft werden kann. Insbesondere für Ostdeutschland gilt dabei: So wichtig die Vermittlung der Grundzüge und Zentralereignisse der Revolutionsjahre auch ist, so bedeutsam bleibt für eine langanhaltende Wirkung in der Fläche die regionale Perspektive. Die Revolution verlief in Mecklenburg nicht in gleicher Weise wie in Thüringen, und die Dresdner Erinnerung muss notwendigerweise anders gestaltet werden als jene in Berlin. Die gute Quellen- und Literaturlage erleichtert dies ungemein. Oft sind historische Zeitungen aus den Revolutionsjahren erhalten, sei es bereits digitalisiert⁴³ oder in den örtlichen Archiven. Zahlreiche Flugblätter und Karikaturen, Prosaberichte, aber auch Gedichte bieten ein breites Spektrum relativ leicht verständlicher medialer Zugänge, die mit moderatem Arbeitsaufwand für den Einsatz in der Jugendlichen- und Erwachsenenbildung aufbereitet und zur Verfügung gestellt werden können. Es wäre zielführend, um einen Abriss der allgemeinen Ereignisse herum regionsspezifische Texte anzubieten, um den Zugang zu erleichtern und die Attraktivität zu erhöhen. Die breite Streuung der Revolutionsereignisse – Demonstrationen, Petitionen, die Gründung politischer Vereine, die Wahlvorgänge um die Frankfurter Nationalversammlung und die jeweiligen Landtage, Aktivitäten der Reichsverfassungskampagne, schließlich

42 — Bergmann: Tumulte (2020), S. 234–272; Clark: Frühling (2023), S. 619; Lemke: Judenemanzipation (1998), S. 98–102.

43 — Siehe für Thüringen etwa <https://zs.thulb.uni-jena.de/content/main/journalList.xml#D>; das Deutsche Zeitungsportal bietet über Schlagwortsuche bequemen Zugang zu Zeitungen aus ganz Deutschland, auch aus Sachsen und Sachsen-Anhalt, vgl. <https://www.deutsche-digitale-bibliothek.de/newspaper>.

aber vielfach auch der Einmarsch von Militär und die polizeilich-juristische Repression von Aktivistinnen und Aktivisten – ermöglicht es, zumindest in Mittel- und Großstädten, stets auch ganz lokale Bezüge und Bezugspersonen zu ermitteln, Revolutionsorte gewissermaßen zu erwandern und die Revolutionäre (und Konterrevolutionäre) in der Nachbarschaft zu entdecken. Hier ist eine enge Kooperation mit den Stadtarchiven und -museen sowie mit historisch interessierten Heimat- und Ortsvereinen zielführend. Im Rahmen der Erarbeitung des Initiativplans wurde mit einigen Akteuren bereits erfolgreich Kontakt geknüpft, namentlich in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Den Wissensstand zur Revolution im ländlichen Raum noch weiter auszubauen, wäre dabei eine wertvolle Ergänzung.

Jeder Blick auf die Jahre 1848 bis 1850 muss selbstverständlich ihre Opfer einbeziehen, aber auch nach den Personen und Motiven der Täter fragen. Die Revolution war in ihrer zeitweiligen Durchsetzung wie in der Unterdrückung kein blut- und gewaltarmer Vorgang. Eine Betrachtung führt unweigerlich einmal mehr zum Diskurs, wann Gewalt im Streben nach Veränderung gerechtfertigt, vielleicht gar unvermeidlich ist, und wann sie über das Ziel hinauschießt, und das Erreichbare gefährdet. Gerade bei den Revolutionsereignissen fällt eine klare Antwort schwer. Soll die Suche nach Vorbildern sich auf die »Helden der Überwindung« fokussieren, die Maßstäbe verrücken und den Status quo machtvoll überschreiten? Oder muss auch, vielleicht sogar insbesondere den »Helden der Übererfüllung« Respekt gezollt werden, deren außergewöhnlicher Einsatz im Rahmen der bestehenden Ordnung bleibt?⁴⁴ Um diese Frage wird auch in der Gegenwart mitunter scharf gestritten.⁴⁵

Mit dem Friedhof der Märzgefallenen in Berlin existiert ein herausragender Gedenkort der Revolutionsopfer. Seine Bedeutung ergibt sich nicht nur aus dem historischen Kontext, sondern auch aus dem Umgang mit dem Ort lange nach dem Ereignis. Trotz staatlicher Obstruktionen behielt er im monarchischen Preußen und Deutschland seine Bedeutung bei, wurde in der Weimarer Republik erneut zum Ruheort für Revolutionstote und zum Ort staatlichen Gedenkens. Die NS-Diktatur vernachlässigte ihn, während die DDR sich seiner zu bemächtigen trachtete. Gegenwärtig wird er neugestaltet und das Erinnerungskulturelle Angebot schrittweise ausgebaut.⁴⁶ Er ist zentraler Ansprechort, doch sollte auch anderen Toten der Revolution gedacht werden. Dies hat sich wenn möglich in Kooperation zwischen den Orten des Geschehens zu vollziehen, sei es im ostdeutschen Dresden, wo etwa die Erinnerungswerkstatt *Denk Mal Fort* unter dem Motto »Wir machen unseren Dreck alleene« mit innovativen Formaten aktiv ist,⁴⁷ sei es in der westdeutschen Bundesarchiv-Erinnerungsstätte in Rastatt. Mit beiden wurde bereits im Zuge der Arbeit an dem Initiativplan Kontakt geknüpft.

Selbstverständlich geht es nicht darum, Märtyrer auf ein Podest zu heben, auch wenn der Einsatz für die Ziele der Revolution Respekt abnötigt. Vielmehr eignen sich die Toten dazu, sowohl namhafte als auch kaum bekannte Einzelschicksale unterschiedlichen Geschlechts, sozialer Herkunft und Religionszugehörigkeit zu beleuchten. Hier kann vielfach noch ergänzende Forschungsarbeit geleistet werden. Dies schließt die Exilierten ein. Der Beitrag, den die »48er« in ihrer neuen Heimat leisteten, namentlich in den USA, wird im Ausland weit stärker

44 — Parak: Teil I (2022), S. 20 f.

45 — Vgl. etwa die Kontroversen zu Bong: Flamme (2022), das unverhohlen den »Helden der Überwindung« huldigt; beispielhaft für die Kritik siehe <https://www.hsozkult.de/publicationreview/id/reb-135241>, z. a. 13.8.2024.

46 — Kitschun: Demokratie-Gedenkort (2020), S. 70–74.

47 — Vgl. <https://denkmalfort.de/wir-machen-unseren-dreck-alleene/>, z. a. 16.8.2024.

anerkannt als in ihrem Mutterland, auch wenn es inzwischen Diskussionen um ein Denkmal in Erinnerung an die Exilanten gibt.⁴⁸ Wie sich diese in ihrem weiteren Leben politisch engagierten, wie und ob sie die Herausforderungen, gänzlich neu anzufangen meisterten, lädt ein zum Nachdenken über die Frage wie Menschen mit solchen Brüchen in ihrem Leben umgehen. Es zeigt, dass Demokratiegeschichte keine reine National-, sondern auch ein Stück weit Migrationsgeschichte ist, ist sie doch oft begleitet von der Migration und damit Verbreitung von Menschen oder Ideen.

Ein Blick auf die menschlichen Kosten der Revolution erinnert vor allem aber daran, wie hoch der Preis für das Eintreten für demokratische Errungenschaften sein kann. Die Errungenschaften, die heutzutage selbstverständlich sind, waren vielfach sehr teuer erkaufte. Zugleich sollten Diskussionen um die Rechtmäßigkeit des Gewalteinsetzes nicht vermieden und doch stets offen geführt werden. Sie dürfen weder diesen kategorisch als irreguliert verdammen noch als unvermeidlich allzu bereitwillig akzeptieren. Arrogante Fremdurteile gegenüber Revolutionsereignissen der Vergangenheit und Gegenwart, die ihr Anliegen durch ein vermeintliches »zu wenig« an Gewalteininsatz verfehlten oder durch ein gefühltes »zu viel« entwerteten, sind angesichts eines ehrlichen Blickes auf die deutsche Geschichte nicht angemessen.

Die Revolutionsereignisse werfen einmal mehr die Frage auf, wo Demokratiegeschichtsschreibung und Traditionspflege der Bundeswehr als Streitkraft einer Demokratie zusammenfließen können, womöglich noch mehr als die antinapoleonischen Kriege. Problematisch präsentieren sich die traditionellen Träger militärischer Tradition, denn das Vorgehen preußischer Truppen gegen die Revolutionäre in Berlin im März 1848 wie die Niederschlagung des Badischen Aufstands und der Einsatz preußischer und sächsischer Soldaten in Dresden 1849 erscheint schwerlich als traditionsstiftend. Nicht nur gingen die Ziele und Folgen der Einsätze über die Wiederherstellung von »Ruhe und Ordnung« deutlich hinaus. Auch die Art und Weise, wie mit besiegten Gegnern und zum Teil auch Zivilisten verfahren wurde, widersprechen eklatant nicht nur den heutigen, sondern oft auch historischen Vorstellungen eines angemessenen Gewalteinsetzes.

Ob nicht vielleicht die revolutionären Verbände als Traditionsspenden fungieren können, ist indes eine höchst kontroverse Frage. Sie waren nicht parlamentarisch legitimiert, und ihr Einsatz nicht frei von anarchischen Erscheinungsformen, was bei einer amorphen Streitmacht mit höchst unterschiedlichem Organisationsgrad und fragilen Kommandostrukturen wenig überrascht. Dies macht sie für eine reguläre Streitmacht als Vorbilder wenig attraktiv, doch ist es als Delegitimierung wirklich ausreichend? Aus ostdeutscher Perspektive betreffen solche Überlegungen vor allem die Beteiligten an den Barrikadenkämpfen in Berlin und des Dresdner Maiaufstandes, ebenso die ostdeutschen Freiwilligen des Badener Aufstandes. Dass es sich in den genannten Fällen um ein Ringen um ein objektives »Mehr« an Mitbestimmung und Bürgerrechten handelte, steht außer Zweifel. Insbesondere bei den Kämpfen des Jahres 1849 ging es um die Durchsetzung der ersten deutschen Gesamtverfassung gegen den Widerstand der erstarkenden monarchischen Opposition. Ihre demo-

48 — Bungert: Forthy-Eighters (2023); Fuhg: Lokalangelegenheit (2021), S. 58.

kratiegeschichtliche Bewertung ist damit relativ eindeutig. Gerade mit Blick auf den badischen Aufstand wurde der Bezug zum militärischen Aspekt, zur Verteidigung der Verfassung durch eine bewaffnete Volksbewegung, von keinem anderen als Bundespräsident Gustav W. Heinemann bereits vor einem halben Jahrhundert hervorgehoben.⁴⁹ Dass hier traditionelle Formen militärischen Gehorsams überschritten wurden, indem etwa preußische Militärangehörige sich in Baden am Kampf gegen Bundestruppen unter preußischer Führung beteiligten, ist andererseits ebenfalls offenkundig. Dies führt unweigerlich zu der Frage, ob einer Armee, die sich als Bürger in Uniform verstehen will, demokratischen Grundwerten und der pluralen Gesellschaft mehr verpflichtet ist als einem Ideal unbedingten militärischen Gehorsams, die prorevolutionären Kämpfer, ob nun Militärpersonal oder zivile Freiwillige beiderlei Geschlechts, nicht möglicherweise als fruchtbarere Vorbilder fungieren könnten als ihre Gegner. Einige von ihnen sind bereits in der stadthistorischen, nicht aber militärischen Erinnerung »angelangt«, wie etwa der als »Kriegsverräter« hingerichtete Potsdamer Maximilian Dortu,⁵⁰ andere trotz oder vielleicht auch wegen ihrer Thematisierung in der DDR wenig bekannt.⁵¹ Bei sorgfältiger Abwägung dieser Fragen könnte es sich im Falle einer bejahenden Antwort als zukunftsfruchtig erweisen, weitere Beispiele zu identifizieren, sie hervorzuheben, und zivilgesellschaftliches Erinnern stärker mit militärischer Traditionspflege zu verbinden.

Einigkeit und Recht und Freiheit – per Verfassung?

Während heutzutage das freie, gleiche und geheime Wahlrecht eine Selbstverständlichkeit ist, das längst nicht von allen dazu Berechtigten wahrgenommen wird, erscheint es lohnend darauf zu blicken, wie sich der erste gesamtdeutsche Wahlkampf überhaupt vollzog. Wie präsentierten sich die Kandidaten, welche politischen Lager vertraten sie oder schlossen sie sich an, wie füllten sie ihr Mandat aus, und wie gingen sie schließlich mit den Rückschlägen des gesamtdeutschen Projektes um? Die politischen und medialen Kampagnen einschließlich der Verbreitung von Falschinformationen der Revolutionsjahre unterscheiden sich in der Form der genutzten Medien, doch ihre Mechanismen spiegeln sich vielfach in der Gegenwart wider. Eine Kooperation mit dem Gedenkort Paulskirche ist naheliegend, insbesondere aber mit der Erinnerungsstätte des Bundesarchivs in Rastatt. Wenn möglich, sollten mit beiden Einrichtungen Wege gesucht werden, ostdeutsche Akteure auch in Westdeutschland bekannter zu machen. Gleichfalls lohnend erscheint es, in ihren Heimat- und Wirkungsorten auf ein gesteigertes Bewusstsein für die Abgeordneten hinzuwirken. Die Reichsverfassungskampagne ist ein Paradebeispiel für eine von einem breiten Spektrum gesellschaftlicher Kräfte getragene Kampagne, und sollte in ihrem Ablauf, den Erscheinungsformen und bedeutsamen Teilnehmenden unbedingt erinnert werden. Dass ein so vermeintlich sprödes Dokument wie eine Verfassung derartige Begeisterung aktivieren kann, sollte als Inspiration verstanden werden, auch unsere gegenwärtige Verfassung nicht selbstverständlich hinzunehmen.

Mit Gotha und Erfurt finden sich zwei Orte wesentlicher Folgeereignisse der Frankfurter Nationalversammlung auf ostdeutschem Boden. Beide wurden in der öffentlichen Wahrnehmung lange Zeit ignoriert,

49 — Vgl. das Manuskript seiner Rede »Die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte«, einsehbar unter <https://www.bundesarchiv.de/themen-entdecken/vor-ort-entdecken/ausstellungen/dauerausstellung-rastatt/virtuelle-fuehrung-eg-raum-h/>, z. a. 24.8.2024.

50 — Büloff: Orte (2020), S. 80–84.

51 — Siehe etwa Barthel: August Bernigau (1983).

erhaltene historische Orte erhielten vielfach keine Markierung. Das 175. Jubiläum wurde zum Anlass genommen, um prominent an beide Ereignisse zu erinnern. In Gotha erinnerten Abendveranstaltung und Tagung an das Ereignis.⁵² 2025 wird Erfurt seinerseits mit mehreren Veranstaltungen und Angeboten das Unionsparlament ins öffentliche Bewusstsein rücken.⁵³ Die GEDG war bzw. ist an beiden Kampagnen intensiv beteiligt. Die Jubiläen sind willkommener Ansatz, das historische Wissen auszuweiten und in der Öffentlichkeit Präsenz zu zeigen. Diese Popularisierung sollte jedoch unbedingt über die Jubiläen hinaus Bestand haben, sei es vor Ort (auch durch virtuelle Markierungen im Stadtgebiet), wenn möglich aber auch überregional. Die Diskussion über und das Erinnern an den frühen gesamtdeutschen Parlamentarismus darf nicht mit dem Ende der Frankfurter Nationalversammlung abbrechen.

Es scheint naheliegend, einige Ereignisorte der Revolution »pädagogisch-touristisch« stärker als bisher zu nutzen. Sie werden nicht dieselbe »Zugkraft« wie etwa die Berliner Einrichtungen in Erinnerung an die deutsch-deutsche Grenze oder das KZ Buchenwald bei Weimar entwickeln können. Dennoch sollte der Friedhof der Märzgefallenen, das Augustinerkloster in Erfurt und andere wesentliche Revolutionsorte wie etwa wesentliche Schauplätze des Maiaufstandes in Dresden als Ziel für Klassenfahrten, Schulexkursionen etc. auch über das nähere Umfeld hinaus ins Auge gefasst werden. Unterstützt durch Materialsammlungen für den schulischen Einsatz in Klassen unterschiedlicher Jahrgänge könnte so die demokratiegeschichtliche Vermittlung in der Kinder- und Jugendlichen-Bildung befördert werden.

Von nicht geringerer Bedeutung für die ostdeutsche Demokratiegeschichte ist das Ringen um die Landesverfassungen. Ungeachtet der gebrochenen (Verfassungs-)Geschichte der ostdeutschen Bundesländer handelt es sich bei ihnen um die Vorläufer der heutigen Landesverfassungen. Der Einsatz für eine in ihrer Zeit fortschrittliche Verfassung – wenn auch nicht mit unserem modernen Demokratieverständnis deckungsgleich – mit garantierten Grundrechten war ein wesentlicher Entwicklungsschritt. Dies gilt umso mehr, als die Vorstellungen, was die Verfassungen enthalten sollten, in einer zunehmend politisierten Öffentlichkeit wie in den Landesparlamenten intensiv diskutiert wurde. Die Wahlen der Jahre 1848/49 können als Geburtsstunden des modernen Wahlkampfes und der Formierung politischer Parteien auf Länderebene betrachtet werden. Für weite Teile Ostdeutschlands waren die Revolutionsjahre die ersten, in denen sie überhaupt eine Verfassung erhielten, auch wenn diese nicht selten anschließend modifiziert oder vollständig kassiert wurde. Jede Feier der modernen ostdeutschen Länderverfassungen und jede Traditionspflege der Landesgeschichte tut gut daran, dieses Kapitel prominent in Erinnerung zu behalten. Die Stadtmuseen in den ehemaligen Landeshauptstädten sind folgerichtige Ansprechpartner, um auch vor Ort diese Aspekte der Demokratiegeschichte angemessen zu erinnern. Ehemalige Tagungsorte sollten zumindest virtuell markiert werden.

Das Thema lädt indes nicht nur zum Feiern oder auch zum Bedauern über verpasste Gelegenheiten ein, sondern bietet sich auch für Diskussionen darüber an, wie sich die Vorstellungen politischer Repräsentation gewandelt haben, und sich womöglich auch in Zukunft

52 — Vgl. https://www.gotha.de/datei/anzeigen/id/13941,53/flyer_gothaer_nachparlament.pdf, z. a. 14.8.2024. Für einen Tagungsbericht siehe Wasielewski: Demokratie (2024), S. 80–85, die Beiträge werden voraussichtlich in 2025 publiziert erscheinen.

53 — Vgl. https://www.erfurt-web.de/Erfurter_Unionsparlament_1850, z. a. 14.8.2024.

noch wandeln werden. Es sei an dieser Stelle nur daran erinnert, dass etwa die Überlegung, das Wahlalter abzusenken, durchaus auch gegenwärtig noch Anlass für Debatten bietet.⁵⁴ Das Zustandekommen, die Unterminderung oder aber auch der Fortbestand der Verfassungen und Landtage eröffnet zudem einen Blick auf Akteure, die man mit Demokratiegeschichte nicht unbedingt in Verbindung bringt – die Monarchen und ihre oft adligen Minister. Zwischen Aufgeschlossenheit und hartnäckiger Obstruktionspolitik manifestierte sich ein breites Feld von Handlungsmustern, und zumindest die liberalen Strömungen waren zumeist bereit, im Konsens nach Lösungen zu suchen. Demokratiegeschichte ist immer auch eine Geschichte des Kompromisses, auch wenn sich wie so oft die Frage stellt, wo die Grenzen zu ziehen sind, wann genau ein Nachgeben, wann ein Beharren auf dem eigenen Standpunkt angebracht ist. Die Reformpolitik war keineswegs per se folgenlos, und sollte nicht zugunsten eines alleinigen Fokus auf die Befürworter radikaldemokratischer Veränderungen abgetan werden, auch wenn diese unseren gegenwärtigen Vorstellungen näherstehen. Auch unterhalb der Maximalforderungen wurden Ergebnisse erzielt, die den Weg für eine schrittweise Liberalisierung bereiteten.

Auch jenseits der aktiven Teilnahme an revolutionären Kämpfen sind die Revolutionsjahre für die (ost)deutsche Frauengeschichte ein Zeitraum von zentraler Bedeutung. Mit der Louise-Otto-Peters-Gesellschaft e.V.⁵⁵ existiert eine Ansprechpartnerin, die in den letzten Jahren wesentlich dazu beigetragen hat, das Thema weit über die Person der Namensgeberin hinaus in der Leipziger Erinnerungslandschaft zu verankern. Sie fungiert bereits als Vernetzungsinstitution auch auf Landes- und Bundesebene. Eine Popularisierung anderer Akteurinnen sollte in enger Kooperation mit dem bestehenden Netzwerk geschehen. Die erreichten Ergebnisse zeigen, was möglich ist und sind Vergleichsfolie, wie es gelingen kann, Frauengeschichte als integralen Bestandteil der Demokratiegeschichte zu verankern. Dafür bedarf es allerdings einer besseren Verknüpfung von akademischer Forschung und zivilgesellschaftlichen Initiativen.

Die Teilhabe von Frauen an der Vereinstätigkeit, ihr Engagement für politische Verfolgte und das publizistische Auftreten in Zeitungen bieten zahlreiche Ansätze. Dies ist freilich eines der Felder, auf denen noch Forschungsarbeit vonnöten ist. Wie im Fall der deutschen Juden verweist es zudem auf die »blinden Flecken« der Revolution, auf Gruppen, für deren politische und gesellschaftliche Gleichstellung selbst auf Seiten der Revolutionäre nur begrenztes Engagement vorhanden war, bzw. die in besonders hohem Ausmaß von der Zurücknahme der Errungenschaften der Revolution betroffen wurden. Ihre Einbeziehung weitet den Blick für eine inklusivere Wahrnehmung der Revolution, als dies eine rein politisch fokussierte Darstellung der Ereignisse ermöglicht. Respekt vor der Revolution darf niemals so weit führen, dass Elemente wie der Antisemitismus in beträchtlichen Teilen der Gesellschaft, keineswegs nur bei den Gegnern der Revolution, vergessen wird. Dies gilt auch für die oft problematische Positionierung etwa zu den slawischen Völkern und ihren politischen Ambitionen auf Selbstbestimmung, die für Ostdeutschland wegen der Nähe zu Gebieten mit polnischer Bevölkerung ein durchaus relevantes Thema war.

54 — Vgl. <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2022/kw41-pa-inneres-wahlalter-913446>, z. a. 14.8.2024.

55 — Zu Aktivitäten und Profil siehe <https://www.louiseottopeters-gesellschaft.de/>, z. a. 16.8.2024.

5

Von Revolution zu Revolution

1850–1918¹

Wenngleich die Revolutions- und Umbruchsjahre 1848 bis 1850 keinesfalls auf eine Geschichte des Scheiterns reduziert werden dürfen, hatten sich doch viele Hoffnungen nicht erfüllt. Die galt für parlamentarisch-demokratische Erwartungen wie für solche auf die Besserstellung diskriminierter Bevölkerungsteile. In der Demokratiegeschichte scheint die Versuchung deshalb groß, kurzerhand zur Novemberrevolution von 1918 zu »springen«, als viele dieser Hoffnungen schließlich Wirklichkeit werden konnten. Doch die sieben Jahrzehnte der Zwischenzeit waren demokratiegeschichtlich nicht ereignislos. Wesentliche Akteure der deutschen Demokratiegeschichte wie die Arbeiter- und Frauenbewegung formierten sich nach den Anfängen in den Revolutionsjahren zu zunehmend selbstbewussten Bündnissen, wenngleich es keinen gradlinigen Weg zum Erfolg gab. Parteien modernen Typus entstanden, und bei aller Stagnation liberalisierten sich auch die Wahlgesetze für einige Länderparlamente. Dies konnte dazu führen, dass sich die Mehrheiten deutlich verschoben. Diese Faktoren tragen dazu bei, dass insbesondere das Kaiserreich beim Rückblick im Sinne einer liberalen Demokratiegeschichte in den letzten Jahren mitunter vergleichsweise positiv bewertet wird – was indes nicht ohne Widerspruch blieb.²

Norddeutscher Bund und Deutsches Reich

Der preußisch-österreichische Krieg des Jahres 1866 sah zum letzten Mal ostdeutsche Länder formal auf gegnerischen Fronten eines bewaffneten Staatenkonflikts: Sachsen, Sachsen-Meiningen und Reuß älterer Linie standen an der Seite der Österreicher, während sich die Mehrheit der ostdeutschen Staaten wie auch natürlich die preußischen Gebiete im Lager der Hohenzollern fanden. Preußen verzichtete anders als gegenüber mehreren westdeutschen Gegnern auf Annektierungen, bestand aber darauf, dass die Länder sich dem während des Krieges geschaffenen Norddeutschen Bund mit seinen Verbündeten anschlossen, in dem sich auf diese Weise ganz Ostdeutschland wiederfand. Teil des Bündnisvertrags war die Errichtung eines Bundesstaates auf Grundlage einer Verfassung, die mit einem Parlament verhandelt werden sollte. Die demokratiegeschichtliche Brisanz lag in dem Umstand, dass dieser Reichstag durch die allgemeine, gleiche, geheime und unmittelbare Stimmabgabe aller mindestens 25 Jahre alten männlichen Staatsbürger geformt wurde. Fast die Hälfte der gut 300 Abgeordneten waren gemäßigte oder linke Liberale, doch fanden sich auch zwei Sozialdemokraten darunter, die von sächsischen Wahlkreisen entsandt wurden. Das Parlament trat am 24. Februar 1867 in Berlin zusammen und tagte in der Leipziger Straße 3 im Herrenhaus, der Ersten Kammer des Preußischen Land-

1 — Viele Anregungen zu den Themenbereichen Arbeiterbewegung und Frauenbewegung konnten dank zweier Workshops im Juni 2024 in Kooperation mit Dr. Justus H. Ulbricht von Denk Mal Fort e. V., Dresden, und der Louise-Otto-Peters-Gesellschaft e. V., Leipzig, aufgenommen werden. Den Mitwirkenden und Teilnehmenden sei an dieser Stelle noch einmal sehr herzlich gedankt.

2 — Ausführlich, wenn auch kritisch dazu vgl. Gatzka: Weimar (2023).

tags, heute Sitz des Deutschen Bundesrates. Die in Folge unter Mitwirkung des Reichstags erarbeitete Verfassung des Norddeutschen Bundes hatte lediglich vier Jahre Bestand. Sie beinhaltete anders als die Verfassung von 1849 keinen Grundrechtekatalog, denn solche Aspekte blieben den Landesverfassungen vorbehalten. Dies war insbesondere für liberale Abgeordnete aus Mitgliedsländern ohne moderne Verfassung ein wunder Punkt, etwa für jene aus den mecklenburgischen Ländern. Sie konnten mit ihren Forderungen nach einem garantierten Minimum an Rechten jedoch nicht durchdringen. Das für seine Zeit weitgehende Wahlrecht, die Festschreibung der Entscheidungsfreiheit der Abgeordneten wie auch die Bekräftigung, dass jeder Bundesbürger in jedem Teilstaat volle Rechte genießen würde, waren indes demokratiegeschichtlich relevante Folgen, zumal diese Verfassung anders als jene von 1849 in Kraft trat.³ Auch für das namentlich von dem Rostocker Moritz Wiggers von der Deutschen Fortschrittspartei beförderte »Gesetz betreffend die Gleichberechtigung der Konfessionen in bürgerlicher und staatsbürgerlicher Beziehung« von 1869 sollte der Norddeutsche Reichstag in Erinnerung bleiben. Dies beseitigte für die deutschen Juden im Bundesgebiet rechtlich alle Beschränkungen der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte, was insbesondere öffentliche und politische Ämter einschloss.⁴ Leider bedeutete dies keine faktische Gleichberechtigung oder das Ende von Vorurteilen und Diskriminierungen im Alltag. Es war jedoch ein wesentlicher Schritt vorwärts.

Emotional und propagandistisch aufgeladen, war die Ausrufung des Deutschen Kaiserreiches am 18. Januar 1871 in Versailles ein Ereignis, an dem die deutschen Parlamente nicht gestaltend beteiligt waren, und das für sich genommen demokratiegeschichtlich nur indirekt von Belang ist. Dies galt jedoch nicht für die Folgen: Die Verfassung des Norddeutschen Bundes wurde im Zuge des Beitritts der süddeutschen Staaten modifiziert und am 14. April vom neuen gesamtdeutschen Reichstag angenommen. Zwei Tage darauf von Kaiser Wilhelm I. ausgefertigt, trat das »Gesetz betreffend die Verfassung des Deutschen Reiches« am 4. Mai 1871 in Kraft. Es folgte in weiten Teilen der Verfassung des Norddeutschen Bundes, was bedeutete, dass die schließlich knapp 400 Abgeordneten nach allgemeinen, geheimen und direkten Wahlen der männlichen, über 25 Jahre alten Staatsbürger der deutschen Länder gewählt wurden. Auch in dieser Verfassung fehlte ein Grundrechtekatalog.⁵ Wirklich geheim war die Stimmabgabe zudem erst ab 1903, und auch danach nicht immer gänzlich unbelastet von sozialer Einflussnahme.⁶ Das Kaiserreich war ein monarchischer Staat auf gesamtdeutscher wie – mit Ausnahme der Hansestädte Bremen, Hamburg und Lübeck – auf Ebene der Einzelstaaten, doch konnte der Reichstag beträchtlichen Einfluss auf die Gesetzgebung nehmen. Die Mehrzahl der von der Bürokratie vorgebrachten Gesetzesvorlagen wurde im Reichstag vor Verabschiedung geändert, und gerade die deutsche Innenpolitik fand im nicht immer konfliktfreien Austausch zwischen Ministerialbeamten und Parlamentariern statt.⁷ Dabei ist nicht von der Hand zu weisen, dass sich die Reichstagsmehrheit jahrelang auch für die parlamentarische Absegnung repressiver Gesetze namentlich gegenüber der erstarkenden Sozialdemokratie hergab. Eine deutsche Demokratiegeschichte kann das erste dauerhafte gesamtdeutsche Parlament dennoch nicht ignorieren.

3 — Fenske: Parteiengeschichte (1994), S. 101–103; Pollmann: Parlamentarismus (1985), S. 207–210; Sautter: Geschichte (2004), S. 99–102, 105 f.

4 — Karge: Wiggers (1999), S. 277; Pollmann: Parlamentarismus (1985), S. 474.

5 — Sautter: Geschichte (2004), S. 120–122, 128–130.

6 — Gatzka: Weimar (2023), S. 45.

7 — Fenske: Parteiengeschichte (1994), S. 104 f.

Eine auch vor dem Hintergrund gegenwärtiger Debatten zur kolonialen Vergangenheit höchst interessante Episode stellte der Wahlkampf von 1907 dar. Im dritten Jahr des Aufstands der Nama und Herero im heutigen Namibia gegen die deutschen Kolonialherren war der Reichstag Ende 1906 aufgelöst worden, weil eine Mehrheit aus Zentrumspartei, SPD und den Minderheitenparteien den Nachtragsetat für die Finanzierung der massenmörderischen Militäroperationen abgelehnt hatte. Der folgende Wahlkampf wurde von den Befürwortern in Gestalt der Konservativen und weiten Teilen des politischen Liberalismus mit deutlich rassistischen Untertönen in ihren Äußerungen über die »Hottentotten« geführt. Vorbei an der Realität wurde der Urnengang zur Schicksalsfrage über Deutschlands gesamte Position in Übersee hochstilisiert, die angeblich vom Ausgang der Kämpfe abhinge. Wer sich weigerte, diese zu unterstützen, geriet in den Ruch des Landesverrätters. Der Wahlkampf brachte somit das Kolonialthema mitten in die deutsche Öffentlichkeit und den politisch-parlamentarischen Prozess, wenngleich häufig als Zerrbild prokolonialer Propaganda. Die Opposition hingegen kritisierte das brutale Vorgehen der Expeditionstruppen, verwies auf frühere Skandale und stellte im Fall der SPD das Kolonialprojekt als Ganzes in Frage. Durch taktische Bündnisse gelang es Liberalen und Konservativen, die Stichwahlen in zahlreichen Wahlkreisen insbesondere gegen die Sozialdemokraten für sich zu entscheiden, so dass sich die Mehrheitsverhältnisse im Reichstag deutlich verschoben. In der Kolonialpolitik leiteten die Ereignisse jedoch eine gewisse Liberalisierung im Umgang mit den Einheimischen ein, ohne dass sich allerdings im Aufstandsgebiet die Bedingungen besserten.⁸

Zwischen Reform und Reaktion – die Landtage

Der Blick auf die deutschen Landtage beweist einmal mehr, wie ungleichzeitig die demokratiegeschichtliche Entwicklung selbst in einem relativ überschaubaren geographischen Rahmen verlaufen konnte. Dabei finden sich allein in den ostdeutschen Landesteilen frappierende Gegensätze. In Mecklenburg-Strelitz und Mecklenburg-Schwerin entstand bis 1918 überhaupt keine parlamentarische Vertretung auf Landesebene, die diesen Namen verdient hätte. Vielmehr war die Besetzung des ständischen Landtags entweder in Form der Ritterschaft an Grundbesitz gebunden, oder fiel den Bürgermeistern einer der 49 Städte der sogenannten Landschaft zu.⁹ In beiden Ländern war es politischen Parteien lange Zeit praktisch unmöglich, jenseits von »Wahlkreisvereinen« tätig zu werden. Erst das neue Reichsvereinsgesetz von 1908 gab umfassendere Wirkungsmöglichkeiten. Letztlich gelang es etwa in Mecklenburg-Strelitz nur der Nationalliberalen Partei und den Sozialdemokraten, eine vergleichsweise stabile Basis aufzubauen.¹⁰ Wesentlich dynamischer gestaltete sich die Entwicklung in Sachsen. Dort war 1850 zunächst der vorrevolutionäre Landtag gegen den Widerstand vieler Abgeordneter wieder eingesetzt worden. Nach kleineren Reformen war es dann der Beitritt zum Norddeutschen Bund, dessen für seine Zeit weitgehendes Reichstag-Wahlrecht den Druck in Richtung tiefgreifender Reformen deutlich erhöhte, ein Argument, das explizit auch so vorgebracht wurde. Trotz deutlicher Verbesserungen blieb das sächsische Wahlrecht jedoch nach der Reform von 1868 hinter dem

8 — Becker: Hottentotten-Wahlen (2013), S. 177–187.

9 — Frost: Aufbruch (2019), S. 6 f.

10 — Rehmer/Strasen: Mecklenburg-Strelitz (2011), S. 95.

des Reichstags zurück, so dass aufgrund des weiterhin bestehenden Mindestzensus nur etwa 10 Prozent aller Staatsbürger für die Zweite Kammer stimmberechtigt waren, während etwa der doppelte Anteil an den Reichstagswahlen partizipieren konnte. Im Dezember 1895 beantragte die Sozialdemokratie für die Zweite Kammer das gleiche, allgemeine und direkte Wahlrecht für alle Staatsangehörigen ab dem vollendeten 21. Lebensjahr, auch für die bisher ausgeschlossenen Frauen. Konservative wie Liberale verbündeten sich daraufhin und setzten ein vermögensabhängiges Dreiklassenwahlrecht durch. Dies führte dazu, dass die Sozialdemokratie zeitweilig ganz aus dem Landesparlament verdrängt wurde, obwohl sie zeitgleich in immer mehr sächsischen Reichstagswahlkreisen die Mehrheit der Wähler auf ihrer Seite wusste. Erst 1909 besserte sich dieser unhaltbare Zustand durch ein Bündnis der Liberalen und Sozialdemokraten, obwohl weiterhin sozial und wirtschaftlich privilegierte Wähler mehr als eine Stimme abgeben konnten. Diese teilweise Lockerung des restriktiven Wahlrechts ließ die Zahl der sozialdemokratischen Abgeordneten im Landtag von einem auf 25 hochschnellen.¹¹

In den thüringischen Kleinstaaten bot nach dem Ende der Revolution von 1848/49 der preußisch-österreichische Druck auf die Tilgung revolutionärer Verfassungselemente einen willkommenen Anlass für die Staatsregierungen, viele Errungenschaften rückgängig zu machen. In der Schwebe hängende Verfassungsprojekte wurden abgebrochen, die im Zuge der Revolution geschaffenen Wahlgesetze merklich verschärft. Einzig Sachsen-Coburg und Gotha widersetzte sich dieser Entwicklung und blieb auch in der 1852 neu erlassenen Verfassung liberalem Gedankengut verbunden. In weiten Teilen Thüringens herrschte ab Mitte der 1850er Jahre eine Mischung aus privilegiertem und allgemeinem Wahlrecht, wobei neben dem Adel auch bessergestellte Bürger zu den Privilegierten zählten. Nicht selten wurde ein Teil der Abgeordneten direkt vom Monarchen ernannt. Selbst nach der Eingliederung in den Norddeutschen Bund und schließlich in das Deutsche Reich wurde das Reichstagswahlrecht ungeachtet aller Forderungen nicht vollständig für die Landtagswahlen übernommen. Wahlrechtsreformen brachten Verbesserungen, blieben aber Stückwerk. Mitunter wurde die Gewichtung der Stimmen zuungunsten der Unterprivilegierten sogar verschärft. Ein ähnliches Bild bot sich auf kommunaler Ebene, zum Teil in grotesker Art und Weise – konnte doch mitunter eine Person bis zu zehn Stimmen abgeben. Der Reformstau baute unterschwellig immer mehr politischen Druck auf, der sich – günstige Rahmenbedingungen vorausgesetzt – früher oder später unweigerlich entladen musste.¹² Ungeachtet dieser Einschränkungen schrieb freilich ausgerechnet ein thüringischer Kleinstaat deutschlandweit Geschichte: Obwohl in Schwarzburg-Rudolstadt ein Viertel der Abgeordneten einzig von den Höchstbesteuerten gewählt wurde, gelang es der SPD 1911 erstmalig in einem deutschen Parlament die absolute Mehrheit zu erringen. Die Landtagsauflösung als Notbehelf der Regierenden fruchtete nicht, so dass man ab 1912 einen Modus Vivendi fand, der mit Franz Winter einen Sozialdemokraten erstmalig ins Amt eines Landtagspräsidenten brachte. Der aus Frankenhausen stammende Winter teilte sich den Geburtsort mit August Welke, der 1871 in Schwarzburg-Rudolstadt als erster Sozialdemokrat überhaupt in einem deutschen Landesparlament einen Sitz erringen konnte.¹³

11 — Matzerath: Varianten (2019), S. 213–215, 222–232.

12 — Jonscher: Verfassungsgeschichte (1993), S. 29–41.

13 — Lengemann: Landtag (1994), S. 35–41.

Für die preußischen Teile des heutigen Ostdeutschlands in Gestalt von Brandenburg sowie Teilen von Sachsen-Anhalt, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern sah das 19. Jahrhundert den Beginn einer regionalen parlamentarischen Tradition. Bereits in den 1820er Jahren waren in den preußischen Provinzen modernisierte Provinzialstände entstanden, die für regionale Fragen eine gewisse Beschlusskompetenz erhielten.¹⁴ Namentlich 1872 und 1875 weitete der preußische Staat die Befugnisse zahlreicher Provinzen im Sinne einer effizienteren Verwaltung erheblich aus. Die Stände avancierten als Provinziallandtage zu einem zentralen Organ der Selbstverwaltung. Ihre Besetzung erfolgte indirekt durch die Entscheidung der nach dem Dreiklassenwahlrecht gewählten Vertreter der Kreistage und Stadtverordnetenversammlungen der entsprechenden Provinz. Die Landtage traten üblicherweise jährlich für einige Wochen zusammen. Als regelmäßig tagendes Gremium fungierte der aus ihnen gebildete Provinzialausschuss aus etwa einem halben bis einem Dutzend Personen. Dem Ausschuss beziehungsweise dem vom Landtag gewählten und vom König bestätigten Landesdirektor (später zumeist Landeshauptmann genannt) als höchstem kommunalem Beamten, oblag die Regelung der Tagesgeschäfte der Provinzialselbstverwaltung. Dazu zählten die provinzielle Gesundheits- und Sozialfürsorge, wesentliche Bereiche der Wirtschafts- und Infrastrukturförderung, aber auch für die »provinzielle Identität« zentrale Elemente wie die Denkmalpflege sowie die Unterstützung historischer und kultureller Vereine und Einrichtungen. Die Provinz zog zur Finanzierung unter anderem staatlich genehmigte Abgaben ein und verwaltete ihr eigenes Vermögen.¹⁵ Die von Berlin aus eingesetzten Oberpräsidenten, meist auswärtige Verwaltungsbeamte mit adligem Hintergrund, hatten als höchste politische Beamte der Provinzen weitreichende Leitungs- und Aufsichtsfunktionen über die provinziellen Verwaltungen, fungierten aber zugleich als Mittler zwischen Provinz und Landesregierung.¹⁶ Zwar fehlten den Selbstverwaltungsorganen legislative und steuerrechtliche Befugnisse im Sinne von Landesregierungen, sie konnten aber den Alltag und die Entwicklung ihrer Provinz wesentlich beeinflussen. Natürlich entsandten die Wahlkreise der Provinzen Vertreter in den preußischen Landtag, doch die Regionalparlamente waren ihrer Provinz unmittelbar verbunden und tagten auch vor Ort. Die Provinzhauptstädte Magdeburg und Potsdam avancierten nach dem Ende Preußens zu Landeshauptstädten und sind es heute erneut.

Die Geburt des modernen Parteiensystems

Die Existenz kontinuierlich tätiger Parlamente auf Landes- wie Reichsebene mit trotz aller Einschränkungen bedeutsamen Einflussmöglichkeiten auf Haushalt und Gesetzgebung bedeutete für die gesamte politische Infrastruktur einen ungewohnten Stresstest. Als Ablösung der ständischen Landtage der Vergangenheit bedeutete dies eine tiefgreifende und folgenschwere Änderung, die im zunehmenden Absterben oder doch der umfassenden Reform von mitunter über Jahrhunderte praktizierten Herrschafts- und Entscheidungsstrukturen gipfelte, wenn auch nicht überall oder gar gleichzeitig. Um Interessen wirksam vertreten zu können, waren belastbare Bündnisse nötig. Dies galt zum einen für die Fraktionsbildung in den Parlamenten. Stets aufs Neue individuelle Absprachen auszuhandeln war ebenso zeit-

14 — Fenske: Parteiengeschichte (1994), S. 38.

15 — Schadewitz: Amt (1996), S. 121–131; Frie: Wohlfahrtsstaat (1993), S. 9–16; Lilla: Provinzialausschuss (2011), S. 216–225.

16 — Klein: Beamte (1988), S. 14 f.

aufwändig wie unzuverlässig. Aber auch der Prozess der Mobilisierung von Wählerstimmen präsentierte sich als Herausforderung. Eine angewachsene Zahl von Wählern bedeutete, dass künftig wesentlich mehr Personen erreicht und überzeugt werden mussten. Zusätzlich zu den Landtagswahlen fanden nun alle drei, dann alle fünf Jahre Reichstagswahlen statt. Und diese präsentierten sich als zunehmend konfrontativ. Die Zahl der Kandidaten pro Reichstagswahlkreis stieg: In den letzten zwei Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg bewarben sich im Schnitt vier Personen für jeden Sitz. Da die Entscheidung nach dem Mehrheitswahlrecht fiel – entscheidend war nicht, wie viele Wähler die Partei insgesamt im Reich mobilisieren konnte, sondern wie viele Wahlkreise sie zu gewinnen vermochte – kam Stichwahlen eine gesteigerte Bedeutung zu.¹⁷ All dies verlangte nach einem zunehmend professionellen Wahlkampf. Diese Faktoren begünstigten die Bildung stärker strukturierter politischer Verbände, ein Impuls in Richtung der in der Gegenwart dominierenden Mitgliederparteien. Initiativen für weiträumig operierende, stabile politische Bündnisse hatte es bereits zuvor in Ansätzen gegeben. So hatten sich im Juli 1859 in Eisenach einige Dutzend Demokraten und einzelne Liberale aus deutschen Mittelstaaten getroffen, welche die alte Forderung nach einer Nationalversammlung und deutschen Gesamtverfassung verbunden mit der Aufforderung nach einer preußischen Führungsrolle reaktivierten. Im Folgemonat führten Gespräche mit Hannover Liberalen ebenfalls in Eisenach zu einer Annäherung, die im September 1859 in der Gründung des Deutschen Nationalvereins gipfelte.¹⁸ Dieser wirkte später eng mit der 1861 gegründeten Deutschen Fortschrittspartei zusammen. Entstanden aus einer Fraktion des Preußischen Landtags, wird diese mitunter als erste moderne deutsche Partei bezeichnet, wenngleich sie keine dauerhaft agierende Regionalstruktur entwickelte, und vor ihrem raschen Abstieg in der zweiten Hälfte der 1860er Jahre eine Honoratiorenpartei blieb.¹⁹ Freilich wird die Ehre der ersten Parteigründung von anderen Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen dem radikaldemokratischen *Centralmärzverein* der Revolution von 1848/49 zugerechnet, dessen Zentralkomitee zunächst in Berlin saß, und später über Köthen nach Leipzig ausweichen musste.²⁰ Ab 1866 formierte sich die Nationalliberale Partei, namentlich aus Vertretern des rechten Flügels der Fortschrittspartei. 1867 bis 1878 im Norddeutschen Reichstag und Reichstag des Deutschen Reiches stark vertreten, sollte die Partei ungeachtet einer wechselhaften, von Rückschlägen nicht freien Geschichte bis zum Ende des Kaiserreiches bestehen bleiben. Sie besaß unter anderem in Teilen Mecklenburgs und in den thüringischen Kleinstaaten starken Rückhalt. Ungeachtet deutlicher Verluste ab Ende der 1870er konnte sie bis zuletzt immer wieder ostdeutsche Wahlkreise gewinnen.²¹ Es würde zu weit gehen, hier die gesamte deutsche Parteiengeschichte zwischen 1870 und 1918 im Detail nachzuzeichnen, da namentlich im liberalen Lager Parteineugründungen und Abspaltungen keine Seltenheit waren. Zugleich entwickelten sich die liberalen und konservativen »Bodenorganisationen« in Bezug auf Dichte und Mitgliederzahl in Teilen Ostdeutschlands wie etwa in Sachsen erst im frühen 20. Jahrhundert im zunehmenden Maße. Freilich betrieb man mitunter bereits einen durchaus modern anmutenden Wahlkampf mit dem Masseneinsatz von Flugblättern und Wählertransport per Auto-

17 — Fenske: Parteiengeschichte (1994), S. 109–111.

18 — Ebd., S. 86 f.

19 — Ausführlich siehe Biefang: National-preußisch (1997).

20 — Fenske: Parteiengeschichte (1994), S. 64–66.

21 — Fenske: Parteiengeschichte (1994), S. 92 f., 101 f., 106, 112; <https://www.wahlen-in-deutschland.de/kuKarte1912.htm>, z. a. 9.9.2024.

mobil. Gustav Stresemann verdiente sich erste politischen Meriten in Sachsen.²² Den kaiserzeitlichen Konservativismus, etwa in Gestalt der Deutschkonservativen Partei, als Teil einer Demokratiegeschichte zu betrachten, erscheint indes wenig aussichtsreich. Insbesondere gegenüber der Sozialdemokratie waren die Konservativen Garanten repressiven Vorgehens, zudem traten sie entschieden jeder Liberalisierung des Wahlrechts entgegen und suchten die verbliebenen Vorrechte des Adels zu verteidigen. Von einem Eintreten im Sinne eines »Mehr« in Sachen politische Mitbestimmung, Gleichberechtigung und dergleichen blieben sie weit entfernt, auch wenn Bündnisse mit den Liberalen nicht undenkbar waren. Zudem huldigten nicht wenige Konservative dem »traditionellen«, religiös konnotierten Antisemitismus. Insbesondere Sachsen ermöglichte antisemitischen Gruppen frühe Erfolge und war Ort der ersten beiden Internationalen antijüdischen Kongresse.²³

Für die reichsweit agierenden Parteien jenseits der Sozialdemokratie war Ostdeutschland keine dauerhafte Basis von zentraler Bedeutung. Wahlkreise konnten von Urnengang zu Urnengang den Besitzer wechseln, was für eine bewegliche politische Situation spricht.²⁴ Für den deutschen Liberalismus des 19. Jahrhunderts war Ostdeutschland indes keineswegs bedeutungslos, war es doch Herkunfts- und Wirkraum zahlreicher wichtiger Persönlichkeiten. Der gebürtige Sachse Hermann Schulze-Delitzsch war einer der Gründungsväter des deutschen Genossenschaftswesens, des Deutschen Nationalvereins und der Fortschrittspartei.²⁵ Zu seinen Mitstreitern gehörte der lange Jahre im heutigen Sachsen-Anhalt wirkende Hans Viktor von Unruh, der schließlich auch an der Entstehung der Nationalliberalen Partei wesentlichen Anteil hatte.²⁶ In der Deutschen Fortschrittspartei, später in der Nationalliberalen Partei prominent tätig war der »Alt-48er« und zeitweilige Exilant Wilhelm Loewe, geboren und aufgewachsen in Magdeburg.²⁷ Der Linksliberale Johannes Kaempff, aufgewachsen in Brandenburg und Zeit seines Lebens vor allem in Berlin tätig, brachte es nicht nur zum Fraktionsvorsitzenden der Freisinnigen Volkspartei, sondern auch zum Präsidenten des Deutschen Reichstages.²⁸ Diese Liste ließe sich problemlos erweitern. Heute zumeist vergessen, stehen diese Männer und ihresgleichen für die politische Ausformung Deutschlands an der Wende zum 20. Jahrhundert, für wechselhafte Lebenswege, die sich holzschnittartigen Urteilen entziehen.

Als Besonderheit des traditionell zu dieser Zeit überwiegend protestantischen Ostdeutschlands ist festzuhalten, dass die katholische Zentrumspartei schwach vertreten war, ein Zustand, der sich auch in der Weimarer Republik erhalten und ungeahnte Auswirkung haben sollte.

Der Vierte Stand erwacht

Für die deutsche Arbeiterbewegung begann das Jahrzehnt nach der Revolution 1848/49 mit scharfen Einschränkungen. Der Überwachungsdruck schränkte die Organisationsmöglichkeiten drastisch ein. Erst ab Ende der 1850er Jahre wurde das Vereinsrecht liberaler gehandhabt, so dass 1862 bereits über 100 Arbeiterbildungsvereine in den deutschen Ländern aktiv waren. Der Wunsch, auch politisch tätig werden zu können, blieb jedoch groß. Sachsen und die thüringischen Kleinstaaten boten für diese Bestrebungen mehr Spielraum als Preußen. Wohl auch deshalb gründeten am 23. Mai 1863 Delegationen

22 — So etwa in Sachsen, vgl. Pohl: Liberalismus (1997), S. 104 f., 108–113.

23 — Fenske: Parteiengeschichte (1994), S. 135–142; Retallack: Konservativen (1997), S. 134–144.

24 — Zur Verteilung der Wahlkreise vgl. anschaulich <https://www.wahlen-in-deutschland.de/akurtwahlg.htm>.

25 — Siehe für einen Abriss der Biografie <https://genostory.de/hermann-schulze-delitzsch-1808-1883-192>, z. a. 6.9.2024.

26 — Siehe <https://www.magdeburg.de/index.phtml?La=1&sNavID=37.181&mNavID=1.100&object=tx%7C37.3459.1>, z. a. 6.9.2024.

27 — Schwachenwalde: Wilhelm Loewe (1998).

28 — Vgl. <https://www.deutschebiographie.de/gnd116013710.html#ndbcontent>, z. a. 6.9.2024.

aus dem heutigen Ost- wie Westdeutschland in Leipzig in der (nicht mehr erhaltenen) Gaststätte Colloosseum, später Pantheon genannt, den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein.²⁹ Die SPD beruft sich bis heute auf dieses Gründungsdatum und feierte 2013 das 150. Jubiläum mit prominenten Gästen.³⁰ Die schrittweise Annäherung an linksliberal-demokratische Konkurrenzorganisationen, an denen neben westdeutschen Vereinen auch eine Anzahl ostdeutscher Organisationen etwa aus Chemnitz und Leipzig mitwirkten, wie auch an die Sächsische Volkspartei bereiteten den Boden für einen mitgliederstarken Zusammenschluss. Am 7./8. August 1869 gipfelte ein Treffen in Eisenach im Gasthaus »Goldener Löwe« und dem (nicht mehr erhaltenen) Hotel »Zum Mohren« in der Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Mit Forderungen nach einem allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht für die Parlamente wie die Gemeindevertretungen, Aufhebung aller Sondervorrechte, Trennung von Kirche und Staat und Abschaffung aller einengenden Presse-, Vereins- und Koalitionsgesetze präsentierte sich die Partei demokratiegeschichtlich als sehr progressiv.³¹ Nach der Reichsgründung sondierten die Sozialdemokratische Arbeiterpartei und der noch nicht mit ihr fusionierte Teil des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins ihre Gemeinsamkeiten. Einmal mehr wurde Ostdeutschland zum Schauplatz eines wichtigen Schrittes der deutschen Parteiengeschichte, als sich die Delegierten beider Organisationen vom 22. bis 27. Mai 1875 in Gotha im Kaltenwasser'schen Saal, der späteren Gaststätte Tivoli, trafen und den Zusammenschluss zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands vereinbarten. Das verabschiedete Programm war marxistisch, wenngleich der sozialistische Staat mit gesetzlichen, nicht mit revolutionären Mitteln erreicht werden sollte, die Forderungen radikaldemokratisch. Dieses historische Ereignis wird bis heute am Ort angemessen markiert.³² Binnen weniger Jahre vervielfachte die Partei ihre Wählerschaft, nur um ab Ende der 1870er unter verschärften Repressionsdruck zu geraten. Zwei Attentatsversuche auf Kaiser Wilhelm I. boten den Vorwand für die Durchsetzung des »Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie«, obwohl keine klare Verbindung zwischen der Partei und den Anschlägen bestand. Das Gesetz sollte von 1878 bis 1890 in Kraft bleiben. Wenngleich nicht immer und überall sofort rücksichtslos gehandhabt, setzte es die Arbeiterbewegung unter schweren Druck. Doch trotz über 1.500 Verhaftungen, hunderten administrativen Vertreibungen vom Wohnort und zahlreichen Vereinsverboten gelang es den Behörden nicht, die Sozialdemokratie zu zerschlagen. Vielmehr verfestigte sich ein sozialdemokratisches Milieu, das immer mehr Arbeiter an sich binden konnte. Weiterhin zu den Wahlen zugelassen, konnte die formell aufgelöste Partei ihre Position behaupten. Der Parteitag anlässlich der formellen Neugründung, nunmehr als Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), fand Mitte Oktober 1890 statt, wieder in Ostdeutschland – diesmal im Lokal »Zum Hofjäger« in Halle (Saale), und damit auf preußischem Boden.³³ Von den 24 darauffolgenden Parteitag bis einschließlich 1917 fanden einer in Berlin und neun in anderen ostdeutschen Städten statt, allein drei davon in Jena. Bereits 1891 war auf dem Parteitag in Erfurt die Forderung nach dem Frauenwahlrecht ins Parteiprogramm aufgenommen worden.³⁴ Auch dies war ein bedeutsamer Schritt nach vorne, forderte doch erstmals eine bedeutsame politische Partei das volle Stimmrecht für Frauen.

29 — Fenske: Parteiengeschichte (1994), S. 99.

30 — Siehe <https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Joachim-Gauck/Reden/2013/05/130523-150-Jahre-SPD.html>, z. a. 3.9.2024.

31 — Fenske: Parteiengeschichte (1994), S. 94, 100 f.; zu den Lokalitäten siehe <https://www.august-bebel-gesellschaft.de/>, z. a. 3.9.2024.

32 — Fenske: Parteiengeschichte (1994), S. 143 f.; zur Hausgeschichte und dem Parteiprogramm siehe am historischen Ort <https://www.tivoli-gotha.de/geschichte/>, z. a. 4.9.2024.

33 — Fenske: Parteiengeschichte (1994), S. 144 f.; <https://spd-halle.net/839/hofjaeger-schorre/>, z. a. 4.9.2024.

34 — Siehe unter anderem mit Tagesordnungen, Chroniken und Originaldokumenten <https://library.fes.de/parteitage/index-pt-1890.html>; <https://library.fes.de/parteitage/index-pt-1900.html>; <https://library.fes.de/parteitage/index-pt-1910.html>, alle z. a. 4.9.2024.

Bürgerliche und sozialdemokratische Frauenbewegung blieben freilich auch nach diesem Datum voneinander getrennt. Während die bürgerlichen Frauen zumindest in Punkto politischer Zielstellungen vor allem auf ihre eigene gesellschaftliche Schicht blickten, versprachen sich sozialdemokratische Frauen eine Umsetzung ihrer Ziele im Kontext ihrer eigenen Partei. Die Sozialdemokratie war in der Lage, Frauen in bemerkenswertem Umfang für die Mitgliedschaft zu interessieren – von den fast 1,1 Millionen Parteimitgliedern vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs stellten sie rund ein Sechstel.³⁵ Der Zusammenschluss in Gewerkschaften wie ein Netz aus Freizeit-, Kultur- und Sportvereinen schuf eine exklusiv proletarisch-sozialistische Gegenwelt zur bürgerlichen Gesellschaft, vor allem dort, wo eine starke Konkurrenz wie etwa in Gestalt der weit ausdifferenzierten katholischen Vereine fehlte. Im protestantischen Ostdeutschland waren deshalb günstige Ausgangsbedingungen vorhanden. Allerdings war die gewonnene Wählerschaft noch lange nicht deckungsgleich mit einem gefestigten sozialdemokratischen Milieu, was sich in aller Deutlichkeit erst in den Weimarer Jahren zeigen sollte.³⁶ Nichtsdestotrotz ist festzuhalten, dass die politisierte Arbeiterbewegung und das von ihr geprägte zivilgesellschaftliche Milieu ein wesentlicher Faktor der Identität für einen beträchtlichen Anteil der Ostdeutschen im Kaiserreich und der Weimarer Republik darstellte. Wo man sich zuvor in den Hinterzimmern von Gaststätten getroffen hatte – mitunter nach Berufsgruppen getrennt – expandierten die Gewerkschaften dermaßen, dass neue Möglichkeiten gefunden werden mussten, um zusammenzukommen. Die Selbstorganisation und Selbstermächtigung fand sogar im Stadtbild sichtbare Ausprägung durch Schaffung eigener Gebäude als Konzentrationspunkt und Ausdruck wachsenden Selbstbewusstseins. Orte wie das Dresdner Volkshaus oder sein Pendant in Gestalt des Volksparks Halle (Saale) waren nicht nur im Kaiserreich Fokus sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen politischen und gesellschaftlichen Lebens. Sie avancierten auch nach dessen Sturz in revolutionären Zeiten oder angesichts gegenrevolutionärer Bedrohung während des Kapp-Lüttwitz-Putsches zum gleichsam natürlichen Sammelpunkt. Mitunter spielten sie sogar nach langer Umkodierung im sozialistischen Staate während der Friedlichen Revolution und dem politischem Neuanfang 1989/90 eine Rolle.³⁷ In den letzten Jahren des Kaiserreiches präsentierte sich die Sozialdemokratie in Teilen Ostdeutschlands als politisch dominant: Bei der Reichstagswahl von 1912 trug sie in zahlreichen Wahlkreisen in den heutigen Bundesländern Berlin, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sowie partiell auch in Brandenburg den Sieg davon.³⁸ Doch die wenigsten hätten sich träumen lassen, dass die Partei sechs Jahre darauf flächendeckend Regierungsverantwortung übernehmen würde.

Die nicht-sozialdemokratisch geprägte Arbeiterbewegung konnte in Ostdeutschland indes nur im begrenzten Umfang Fuß fassen. 1903 betrug der ostdeutsche Anteil der in christlichen Gewerkschaften organisierten Männern und Frauen nicht einmal drei Prozent. Die meisten von ihnen konzentrierten sich in Berlin. Nur bei einzelnen kleineren christlichen Gewerkschaften wie jener der Buchdrucker und bei den Heimarbeiterinnen für Kleider- und Wäschekonfektionen und verwandte Berufe stellten ostdeutsche Mitglieder einen bedeutsamen Anteil. Da die meisten christlichen Gewerkschaften im katholischen Milieu entstanden waren, wirkte sich an diesem Punkt einmal mehr

35 — Fenske: Parteiengeschichte (1994), S. 146; Schaser: Frauenbewegung (2020), S. 54–57.

36 — Walter: Sachsen (1991), S. 213–220.

37 — Buschak: Volkshaus (2017), S. 18–24; Fikentscher: Volkspark (2020), S. 53–55.

38 — Siehe optisch <https://www.wahlen-in-deutschland.de/kuKarte1912.htm>, z. a. 4.9.2024.

die konfessionelle Struktur Ostdeutschlands aus. Die liberalen Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften präsentierten sich namentlich in Brandenburg (ohne Berlin), Pommern und der Provinz Sachsen deutlich stärker, wo sie 1903 zwischen 15 und etwas mehr als 21 Prozent vertraten. In den thüringischen Ländern, Sachsen und beiden mecklenburgischen Staaten konnten sie indes nur etwa sechs bis sieben Prozent der organisierten Arbeitskräfte gewinnen. Lediglich im kleinen Anhalt konnte die liberale Konkurrenz der Sozialdemokratie fast ein Fünftel der organisierten Männer und Frauen überzeugen.³⁹ Im Vergleich zur Sozialdemokratie blieben sie jedoch eine deutlich schwächere Minderheit. Als Bestandteil ostdeutscher Demokratiegeschichte erscheinen die liberalen und christlichen Gewerkschaften deshalb in erster Linie für Regionalperspektiven relevant. Sie sollten indes nicht völlig ignoriert werden.

Frauen verschaffen sich Gehör

Frauen blieben auf gesamtdeutscher wie auf Landesebene bis zum Sturz der Monarchien vom aktiven und passiven Wahlrecht ausgeschlossen. Doch dies hieß keineswegs, dass die Jahre 1850 bis 1918 ereignislos für den Kampf um ihre Gleichberechtigung verlaufen wären. Sie begannen vielmehr mit deutlichen Einschränkungen: Das preußische Vereinsgesetz von 1850 verbot neben Schülern und Lehrlingen auch Frauen die Mitwirkung an politischen Vereinen und die Teilnahme an politischen Versammlungen. Bis 1908 formal gültig, wurde das Verbot vielfach auch von anderen deutschen Ländern übernommen. Die sich formierende Frauenbewegung musste deshalb sorgfältig abwägen, welche Forderungen erhoben werden konnten, ohne dass ein Verbot der Organisationen drohte. Viele Gruppen engagierten sich vordergründig auf den »unproblematischen« Gebieten der karitativen Fürsorge und Bildungsförderung. In der Realität waren Frauen – wenn auch nicht in exponierter Position – selbstverständlich schon vor 1908 auch in politischen Vereinen und Parteien vielfältig aktiv und nahmen engagiert an Veranstaltungen teil. Sie unterliefen die absurden Verbote durch Mitwirkung in der Propagandaarbeit, bei der Mitgliederwerbung und im Wahlkampf. Trotz aller Hindernisse formierte sich die Frauenbewegung insbesondere im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts zunehmend als Massenorganisation mit großer Breitenwirkung. Abgesehen von der Sozialdemokratie trat bis kurz vor Ende des Kaiserreiches kaum eine Partei offen für das Frauenwahlrecht ein. Einzig der Nationalsozialer Verein, eine liberale Partei mit geringer Breitenwirkung, nahm die Forderung ebenfalls in ihr Programm auf. Bis unmittelbar vor der Novemberrevolution standen große Teile der männlichen und auch ein Teil der weiblichen Deutschen der Frage des Frauenwahlrechts ablehnend oder indifferent gegenüber. Zweifellos aber hatten die Aktivitäten der Frauenbewegung wesentlich dazu beigetragen, den Weg für die Einführung des Frauenwahlrechts im Zuge der Revolution zu ebnet.⁴⁰

Das heutige Ostdeutschland war in diesen Jahren ein wesentlicher Schauplatz der Frauenbewegung, ein Umstand, der noch stärker als bisher markiert werden sollte. 1865 sah die Gründung des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins in Leipzig unter Leitung von Louise Otto-Peters. Zahlreiche Ortsvereine entstanden in den folgenden Jahren und die Vereinspublikationen erlangten erhebliche Breitenwir-

39 — Schneider: Gewerkschaften (1982), S. 65, 74, 86–89, 95, 104 f., 107–111; ausführlich zu den liberalen Organisationen Fleck: Sozialliberalismus (1994), S. 364–371, 745–750.

40 — Einen guten Einblick bietet Schaser: Frauenbewegung (2020).

kung. Der Verein trat mit seinen Forderungen nach Verbesserung der Frauenbildung und Ausweitung der beruflichen Freiräume zunehmend in die Öffentlichkeit, darüber hinaus konnte er selbst auf dem Feld der Bildung tätig werden. In den ersten Jahrzehnten war der Allgemeine Deutsche Frauenverein sehr stark von seinen mitteldeutschen Zentren Leipzig und ab den 1880ern auch Dresden geprägt, bevor sich der Schwerpunkt nach Berlin zu verlagern begann.⁴¹ Zahlenmäßig schwächer, aber für die Gleichstellung der Frauen ebenfalls von enormer Bedeutung, wurde der Allgemeine Deutsche Lehrerinnen-Verein am 27. Mai 1890 im thüringischen Friedrichsroda von anfangs weniger als 100 Pädagoginnen gegründet. Er konnte seine Mitgliederzahl binnen zehn Jahren auf 11.000 erhöhen. Der Verein trat entschieden nicht nur für die Besserstellung der vielfältig benachteiligten Lehrerinnen ein, sondern wurde zu einem maßgeblichen Akteur bei der Verbesserung der Frauenbildung generell.⁴² Dresden sah 1894 unter anderem auf Betreiben von Margarethe Bennewitz die Eröffnung der ersten Frauenrechtsschutzstelle im Deutschen Reich, die kostenlosen Rat für Frauen und Mädchen aller sozialen Schichten anbot. Diesem ersten Angebot folgten rasch weitere, darunter in ostdeutschen Städten wie Dessau, Halle (Saale), Leipzig und Magdeburg. Bei Beginn des Ersten Weltkriegs betrug ihre Zahl etwa 100 und stieg in den vier Folgejahren noch einmal deutlich.⁴³ Es waren Aktivitäten wie diese, die Frauen zunehmend zu ihrem Recht als Staatsbürgerinnen verhalfen. Im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts öffneten sich schließlich auch die deutschen Universitäten schrittweise für die reguläre Immatrikulation von Studentinnen, die sächsische in Leipzig 1906 vergleichsweise früh, die Rostocker Universität in Mecklenburg hingegen erst 1909, ein Jahr nach der Öffnung preußischer Hochschulen wie in Berlin und Halle (Saale).⁴⁴

Als das Heute begann, Gestalt anzunehmen

Diese Aufzählung demokratiegeschichtlicher Ereignisse der Jahre zwischen 1850 und 1918 ließe sich fortsetzen, doch stellt sich bereits bei den genannten Punkten die Frage, wie sie erinnerungskulturell besser nutzbar gemacht werden können. Der Norddeutsche Reichstag und sein gesamtdeutsches Pendant während des Kaiserreiches sind Gremien, die nicht als Kernthemen deutscher Demokratiegeschichte gelten. Angesichts der Kurzlebigkeit des Norddeutschen Bundes und dem Ruf des Kaiserreiches als Obrigkeitsstaat verwundert dies wenig, wird der Wirklichkeit allerdings nicht gerecht. So war der Reichstag ein zentrales parlamentarisches Parkett, auf dem sich politische Kultur entwickeln konnte, Parteien dem Test wechselnder Mehrheiten und unerwarteter Herausforderungen unterzogen wurden. Gesetze wie jenes zur Gleichstellung der Religionsgemeinschaften stellten wesentliche Schritte auf dem Weg zum Rechtsstaat dar, so unvollkommen ihre Umsetzung auch war. Vor allem musste der Umstand, dass für dieses Gremium das gleiche, freie und geheime Männerwahlrecht galt, überall dort als Ansporn fungieren, wo noch immer Stimmen nach Besitz und Steueraufkommen gewichtet wurden. Dieser Gegensatz hielt den partiell auch erfolgreichen Kampf für eine Wahlrechtsverbesserung auf Landes- und kommunaler Ebene am Leben und lieferte den Forderungen handfeste Argumente. Bereits durch seine Existenz war der Reichstag damit auch auf Länderebene wirksam.

41 — Richter / Wolff: Demokratiegeschichte (2018), S. 10 f., 25–29; Wolff: Respekt (2019), S. 138.

42 — Vgl. <https://www.digitales-deutsches-frauenarchiv.de/akteurinnen/allgemeiner-deutscher-lehrerinnenverein-adlv>, z. a. 30.8.2024; Der Allgemeine Deutsche Lehrerinnen-Verein, in: Hamburgische Schulzeitung v. 20.6.1900.

43 — Gröning: Beratungsstellen (2009), S. 23–25; zu Bennewitz siehe Kleinau: Bennewitz (2019).

44 — Schaser: Frauenbewegung (2020), S. 51.

Für eine ostdeutsche Demokratiegeschichte sind die Reichstagswahlkämpfe in den entsprechenden Wahlkreisen wie die Persönlichkeiten der Abgeordneten interessant. Stichwahlen geben Einblick in die Bereitschaft von Parteien, miteinander taktische Bündnisse einzugehen. Die Rückwirkung gesamtdeutscher Gesetze auf der regionalen Ebene führen in das Spannungsfeld zwischen rechtlichem Anspruch und gelebter Umsetzung. Es scheint lohnend sich bewusst zu machen, wie die jeweilige Region das Mehrheitsverhältnis im Reichstag beeinflusste, welche politischen Positionen vertreten wurden und wie sich dies gegebenenfalls im Laufe der Zeit wandelte. Die Frage, inwieweit sich Abgeordnete »ihrer« Region, der Partei oder anderen Interessenlagen verpflichtet sahen, stellte sich im ausgehenden 19. nicht anders als im beginnenden 21. Jahrhundert.

Der Reichstagswahl von 1907 kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Dies gilt umso mehr, als sie erinnerungskulturell kaum präsent ist, selbst dort, wo die Kolonien in Unterricht oder Öffentlichkeit thematisiert werden.⁴⁵ Auch in Ostdeutschland musste sich die SPD, namentlich in zahlreichen thüringischen und sächsischen Wahlkreisen, ihren meist liberalen Kontrahenten geschlagen geben.⁴⁶ Der nationalistisch-rassistisch unterfütterte Wahlkampf und die taktischen Wahlbündnisse verfehlten ihre Wirkung nicht. Der enge Zeitrahmen und das konkrete Ereignis macht es einfach, quellenmäßig Zugang zu finden. Gestützt auf die oft erhaltenen regionalen Zeitungen lassen sich die Wahrnehmung der Ereignisse in Übersee wie die Wahlkampf-Argumentationsmuster mit konkretem Ortsbezug nachvollziehen. Arbeitsmaterialiensammlungen oder Textgrundlagen können so zielgerichtet aufbereitet werden. Wie präsentierte sich die aufgeheizte Debatte Ende 1906 und Anfang 1907 regional in Ostdeutschland? Die Zeitungsberichte zum Kolonialkrieg, Argumentationsmuster der Sozialdemokratie wie ihrer Gegenkandidaten geben Einblick, wie im Kaiserreich über die »Anderen« geredet, welche Bilder (re)produziert wurden. Wortwahl und Perspektive legen Wurzeln wie Reichweite rassistischen Denkens offen, weisen aber auch darauf hin, dass Kolonialunrecht auch in der Zeit des Geschehens nicht einhellig befürwortet wurde. Dies verbindet den Einblick in einen Wahlkampf in der (nicht so) »guten alten Zeit« mit aktuellen Debatten zu Deutschlands kolonialer Vergangenheit. Auch die Bedeutungszuschreibung des Konflikts ist aufschlussreich, lassen sich doch Argumentationsmuster aufzeigen und mit anderen Beispielen in Beziehung setzen, in denen Konflikte durch selektive Vermittlung der Realität und Falschinformationen zu Fragen des Seins oder Nichtseins hochstilisiert und argumentative Gegner in den Rang von »Vaterlandsverrättern« gerückt wurden, eine wenig demokratische Taktik, da sie jede Verhandlung und möglichen Diskurs sabotiert.

Ein Blick auf föderaler Ebene ist zum einen vor dem Hintergrund landesgeschichtlicher Traditionspflege von Interesse. Jede Selbstvergewisserung ländlicher und regionaler Identität sollte neben der jüngeren Vergangenheit oder gar »fürstengeschichtlichen Anekdoten« auf die wechselhafte parlamentarische Vorgeschichte der heutigen Landtage schauen. Die Personen, die in den Parlamenten vertreten waren, stammen aus dem unmittelbaren geographischen Kontext, ihr Handeln prägte die Lebenswelt in der »engeren Heimat«. Die Sitzungsorte sind oftmals noch erhalten, Parlamentsgeschichte damit greifbar.⁴⁷ Die Wahlrechtseinschränkungen nach der Revolution 1848/49, mitunter

45 — Becker: Hottentotten-Wahlen (2013), S. 187 f.

46 — Vgl. <https://www.wahlen-in-deutschland.de/kuKarte1903.htm>; <https://www.wahlen-in-deutschland.de/kuKarte1907.htm>, beide z. a. 26.8.2024. Die ohnehin traditionelle Schwäche des Zentrums in Ostdeutschland verhinderte für diese Partei wesentliche Verschiebungen.

47 — So etwa in Thüringen die langjährigen Tagungsorte in Weimar (Fürstenhaus), Rudolstadt (ab 1905 im heutigen Amtsgericht Rudolstadt), Sondershausen (Amtsgericht bzw. Landratsamt), Altenburg (Landratsamt), Gotha (Landschaftshaus) und Greiz (Landratsamt). Siehe zur Geschichte der Orte Winkler: Tagungsorten (1994).

auch in späteren Jahrzehnten, erinnern daran, wie leicht politische Rechte und Errungenschaften verloren gehen können. Ihre Auswirkungen lassen sich leicht verständlich rekonstruieren und vermitteln. So kann etwa anhand der eigenen Gemeinde demonstriert werden, welche Gruppen wie viele Stimmen hatten, wer von Entscheidungen ausgeschlossen blieb und vieles mehr. Personen wie Winter und Welke verdienen es, prominent erinnert zu werden.

Dies gilt in ähnlicher Form für die preußischen Provinziallandtage. Ihre Befugnisse waren zwar begrenzt, und die indirekte Wahl über das Dreiklassenwahlrecht wenig repräsentativ. Dennoch war die begrenzte Ermächtigung der Region gegenüber der Zentralregierung bedeutsam, um schrittweise ein eigenes Bewusstsein auch in Form einer politischen Repräsentanz auszuprägen. Der moderne Föderalismus von Brandenburg, aber auch der aus früheren Ländern und ehemaligen Provinzen zusammengesetzten Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Thüringen steht zumindest partiell in der Tradition der provinziellen Selbstverwaltung. Es wäre verfehlt, ausgerechnet diese politische Komponente zu ignorieren, wenn es um Traditionspflege der Bundesländer geht, insbesondere vor dem Hintergrund der 1919/20 erfolgten Demokratisierung der Provinziallandtage. Ihre Tagungsstätten sind als Orte der Demokratiegeschichte zu betrachten und sollten angemessen markiert und erinnert werden.

Während die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung von der SPD wie der Partei Die Linke als Teil ihrer Tradition verstanden wird, fehlen solche tatsächlichen oder auch nur postulierten Verbindungslinien der anderen demokratischen Parteien des heutigen Ostdeutschlands zu den Parteien der Jahre vor 1918, im Grunde auch zu jenen der Weimarer Republik. Vielfältige Um- und Neubildungen sowie massive Änderungen im politischen Milieu angesichts der tiefen Systembrüche des 20. Jahrhunderts sind die Ursache. Dies beschränkt die Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit den Stiftungen der Parteien für gemeinsame Projekte. Jenseits der ehemaligen Landtagsgebäude mangelt es zudem an »Leuchttürmen«, die sich eignen, das Thema wirkungsvoll in der Fläche zu präsentieren. Dies sollte jedoch nicht dazu führen, die Parteiengeschichte als Teil der ostdeutschen Demokratiegeschichte zu ignorieren. Dabei fällt der Gesamtbefund keineswegs einhellig negativ aus: Viele grundlegende, zum Teil aber auch detaillierte Informationen aus regionaler oder gesamtdeutscher Perspektive liegen publiziert vor.⁴⁸ Um diese auch jenseits des akademisch-historischen Umfelds zu nutzen, scheint es ratsam, eine individuelle Perspektive zu stärken, die auch komparative Elemente haben sollte. Die Biografien relevanter Politiker, ob nun Landtags- oder Reichstagsabgeordneten, können als Kollagen von Vertretern des breiten Parteienspektrums Hintergründe und persönliche Spielräume beleuchten helfen. Vergleicht man dabei etwa die Akteure wie auch den Ablauf eines Wahlkampfes in solch parteipolitischen »Notstandsgebieten« wie Mecklenburg-Strelitz mit beispielsweise jenen in Sachsen, scheint einmal mehr die Ungleichzeitigkeit historischer Strukturen auf. Besonders interessant erscheint es, Biogramme nicht nur nebeneinander zu legen, sondern sie auch über tiefe politische Brüche hinweg nachzuverfolgen, sei es in einigen Fällen ihr Verhalten im Kontrast zu ihren »Jugendjahren« 1848/49, sei es nach der Reichsgründung 1871, sei es über die Novemberrevolution 1918/19 hinaus.

48 — Siehe etwa Kühne: Handbuch (1994); Lässig/Pohl (Hg.): Sachsen (1997); Reibel: Handbuch (2007); Schröder: Parlamentarier (1995).

Die Geschichte der Arbeiterbewegung bleibt relevant

Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in den Jahren der Monarchie hat naturgemäß starke demokratiegeschichtliche Elemente. Materiell, politisch und sozial unterprivilegiert, wenn auch keineswegs in sich selbst geschlossen und einander gleichgestellt, ging es der Arbeiterschaft neben handfesten materiellen Verbesserungen im Sinne einer gerechteren Behandlung um politische Partizipation für jene, deren Stimme an der Wahlurne (auf Landesebene) nicht selten als solche zweiter oder dritter Klasse gewogen wurde. Dieser Kampf begünstigte auch die Gleichberechtigung anderer benachteiligter Gruppen. Es war ein Ringen gegen harte Widerstände, das anschaulich demonstriert, wie schwer es sein kann, demokratische Grundrechte selbst in einem vergleichsweise funktionierenden Rechtsstaat zu erkämpfen.⁴⁹ Zahlreiche Forderungen, deren Erfüllung heute als selbstverständlich gesehen wird, standen in den Programmen sozialdemokratischer Parteien. Dass dieses Ringen ein Aspekt der Demokratiegeschichte mit starken ostdeutschen Bezügen ist, ist offenkundig – die Verortung zahlreicher wesentlicher Ereignisse wie das starke Abschneiden der Sozialdemokratie bei den Reichstags- und zum Teil auch in Landtagswahlen sind ein klarer Beleg.

Zugleich befindet sich dieses Thema in einem eigentümlichen Schwebezustand. Zwar ist der Forschungsstand ein guter. Aufgrund der Bedeutung der Geschichte der Arbeiterbewegung als vermeintlich gesetzmäßiger Fortschritt hin zum sozialistischen Staat entwickelte die DDR-Geschichtsforschung spätestens ab den 1950er Jahren ein starkes Interesse. Personen und Ereignisse wurden – wenngleich vielfach mit einem von der vorherrschenden Ideologie gefärbten Blick – erforscht, Ereignisorte markiert, Erinnerungsberichte gesammelt.⁵⁰ Dazu kommen auch in jüngerer Vergangenheit neue Regionalstudien.⁵¹ Zugleich ist anzumerken, dass das Thema seit 1989/90 im öffentlichen Bewusstsein weiter Kreise der Bevölkerung zurückgetreten, wenn nicht gar in Verruf geraten ist. Gerade seine »staatstragende« Rolle in der realsozialistischen autoritären Diktatur lässt es vielfach suspekt erscheinen. Die verordnete Erinnerung hatte viel an Bindekraft eingebüßt, und mit dem maroden Staat schienen sich auch seine Helden und Heldinnen erledigt zu haben. Im politisch linken Spektrum hingegen hielten sich nicht selten die Narrative aus 40 Jahren DDR. Diese Erinnerung zwischen unkritischem Lagerdenken und unreflektierter Zurückweisung prägte nicht zuletzt den Umgang mit den historischen Plätzen, die mitunter nur noch von Milieugruppen respektiert werden. Einstmals bedeutsame Lokalitäten wie der weiter oben erwähnte Volkspark Halle (Saale) erlebten zumindest eine längere Phase der Nichtnutzung, bevor im günstigsten Fall eine schrittweise Sanierung begann.⁵² Drastisch trat dies beim Weimarer Volkshaus zutage. Trotz seiner historischen Bedeutung lange Jahre der Verwahrlosung preisgegeben, erwarb die Stadt das Gebäude schließlich Anfang 2024, um es zu erhalten.⁵³

Auch wenn die Instrumentalisierung der Geschichte der Arbeiterbewegung in Ostdeutschland im Umgang mit der Thematik zu besonderer Sorgfalt mahnt, wäre es ein nicht zu rechtfertigender Verlust, sie zu vernachlässigen. Es ist eine Geschichte, die sich sowohl anhand zentraler »Leuchttürme« in Gestalt von Orten wichtiger Ereignisse beleuchten lässt, als auch anhand dezentraler, »kleiner« Schauplät-

49 — Zumindest auf deutschem Boden, in den Kolonien agierte das Kaiserreich schwerlich als solcher.

50 — Siehe für das Beispiel Dresden Starke: Linke (2017), S. 82–89. Mit zahlreichen Beispielen siehe stellvertretend für viele vergleichbare Werke Institut für Denkmalpflege in der DDR (Hg.): Gedenkstätten (1974).

51 — Retallack: Sachsen (2023); Vogel: Abriss (2017).

52 — Fikentscher: Volkspark (2020), S. 55 f.

53 — Vgl. <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/mitte-thueringen/weimar/volkshaus-verkauft-denkmalschutz-insolvenz-100.html>, z. a. 4.9.2024.

ze, die sich in zahlreichen Kommunen finden. Neben den Volks- und Gewerkschaftshäusern sind dies Vereinsstandorte, Bildungs- und Freizeiteinrichtungen, Zeitungsredaktionen und vieles mehr. Aber auch die Spuren der Erinnerung selbst, wie beispielsweise (teilweise vernachlässigte) Denkmäler, Straßennamen – sowohl noch vorhandene als auch inzwischen wieder verschwundene – erinnern an historische Ereignisse wie an den Umgang mit ihnen.

Die »Leuchttürme« bieten sich selbstverständlich an, um große Linien und nicht minder große Ereignisse zu markieren, an die von ihnen ausgehende Wirkung zu erinnern und über die oft sehr variablen Biografien der dort hervorgetretenen Männer und Frauen auch einen ganz persönlichen Zugang zu ermöglichen. Sie können Ankerpunkte eines Netzwerkes sein, das kooperativ und einander ergänzend eine Reise durch die Geschichte ermöglicht. Ihr Schicksal in späteren Jahrzehnten steht anschaulich für den Umgang mit der Vergangenheit, regt zu Fragen nach wechselnden Prioritäten und respektvollem Umgang über sich wandelnde Rahmenbedingungen hinweg an. Wo sie überformt oder gar ganz verschwunden sind, lohnt eine virtuelle Rekonstruktion. Moderne technische Möglichkeiten ermöglichen den Blick in die Vergangenheit, auch auf individuelle Persönlichkeiten. Der dafür benötigte Wissensschatz ist vorhanden. In Städten wie Halle (Saale) oder Dresden existieren in Gestalt der Stadtmuseen oder Vereinen wie *Denk Mal Fort* Partner für gemeinsame Vorhaben, die über den Initiativplan bereits informiert wurden und an den vorbereitenden Workshops teilnahmen. Formate wie die in Dresden angebotenen Rundgänge zu den Alltagsspuren der Arbeiterbewegung können als Inspiration für andere Städte fungieren, wo freilich vielfach noch Systematisierungsarbeit zu leisten wäre.⁵⁴ Dies vorausgesetzt, ermöglichen es die erwähnten kleineren Orte, diesen Themenbereich der Demokratiegeschichte in der Fläche auch jenseits der größeren Zentren zu vermitteln. Auch lokale Demokratieorte weisen oft über eine bestimmte Zeitepoche hinaus, wurden im Kaiserreich wie in der Weimarer Republik genutzt, im Nationalsozialismus mitunter gewaltsam besetzt, in späteren Jahrzehnten neuen Nutzungen zugeführt. Nicht selten sind sie sogar noch physisch vorhanden und bieten sich als Anknüpfungspunkt an. Basierend auf vorliegendem Material, eventuell ergänzt um gezielte Recherchen zu noch fehlenden Details und wesentlichen Akteurinnen und Akteuren vor Ort, lässt sich die Geschichte der Arbeiterbewegung im Kaiserreich und darüber hinaus an ganz konkreten Beispielen vor der Haustür des Publikums erzählen. Hier bietet sich die Partnerschaft mit örtlichen Vereinen, sei es Nachbarschaftsorganisationen, Sport- und natürlich Heimat- und Geschichtsvereinen an, mit denen zusammen man eine ganz eigene, lokal verankerte Geschichte vermitteln kann. Neben klassischen Medienformen wie Vorträgen, gedruckten oder virtuellen Texten erscheinen auch alternative Formate denkbar. Viele der Bürgerinnen und Bürger in den ostdeutschen Ländern sind noch als Kinder mit Liedern der Arbeiterbewegung aufgewachsen. Diese in ihrer Geschichte aufzugreifen und in einen breiteren Kontext zu setzen, ermöglicht einen emotionalen Zugang, der wirkungsvoller sein mag als nüchterne Wissensvermittlung allein. Filme aus DDR-Produktion zur Geschichte der Arbeiter bzw. Arbeiterbewegung sind zwar wegen des propagandistischen Sub-

54 — In Halle fand ein solcher Rundgang 2013 statt und könnte gegebenenfalls ergänzt und bearbeitet wiederholt werden, vgl. Schmidt: Orte (2015).

textes nicht unproblematisch, laden aber zugleich dazu ein, historisch kontextualisiert und ergänzt zu werden. Ein niedrigschwelliges, attraktives Vermittlungsangebot ließe sich so an den konkreten Ort angepasst entwickeln, wobei es naheliegend ist, zunächst einen Toolkit zu entwickeln, das dann an die örtlichen Gegebenheiten angepasst angewandt werden kann.

Frauengeschichte ist Demokratiegeschichte

Ungeachtet ihrer langen Geschichte gibt es für die deutschen Frauenbewegungen keinen zentralen Erinnerungsort oder ein weithin bekanntes Museum, an dem sich Geschichtsvermittlung und -forschung fokussieren. Dezentrale Erinnerungszeichen in Städten und Gemeinden widmen sich mitunter lokalen Aktivistinnen, haben aber selten mehr als eine örtlich eng begrenzte Wirkung. Dies ermutigt dazu, einerseits das bestehende Netz an materiellen Markierungen auszubauen, aber auch immaterielle Erinnerungsorte einzubeziehen. Generell ist beim Blick auf Demokratiegeschichte stets danach zu fragen, wie Frauen im jeweiligen Zeitabschnitt und Kontext mitwirken konnten und auch, wie ihre Rolle wahrgenommen und bewertet wurde, wobei die lange Zeit vorherrschende patriarchalische Perspektive kritisch zu hinterfragen ist.⁵⁵ Jede Bemühung, Frauengeschichte verdientermaßen als integralen Bestandteil der ostdeutschen Demokratiegeschichte zu verankern, ist neben der Kooperation mit den lokalen und regionalen Initiativen auf Zusammenarbeit mit den landesweit wirkenden Institutionen angewiesen. Zu nennen wären etwa das Archiv der deutschen Frauenbewegung,⁵⁶ das Digitale Deutsche Frauenarchiv⁵⁷ und der FrauenMediaTurm.⁵⁸ Diese vermitteln ihrerseits vielfach bereits Inhalte zu ostdeutschen Akteurinnen und sind deshalb ausgezeichnete Multiplikatoren für die Verbreitung etwaiger Neuerkenntnisse. Sie wurden über den Initiativplan informiert und sind für die Möglichkeiten einer Kooperation offen. Naheliegende Ansprechpartnerinnen in Ostdeutschland sind die Gleichstellungsbeauftragten auf Landes- wie auf lokaler Ebene, die erfahrungsgemäß Kooperationsvorhaben positiv gegenüberstehen.

Ein wesentlicher Schritt, der in mehreren ostdeutschen Ländern bereits besritten wurde, ist die Schaffung spezifisch frauengeschichtlicher Angebote, etwa in Form der »FrauenOrte«, die für Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt neben anderen Informationen interaktive Karten mit zahlreichen, zumeist personenbezogenen Vermerken präsentieren.⁵⁹ Diese Angebote sollten unbedingt gezielt auf Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin ausgeweitet werden, wo möglich mit der institutionellen Unterstützung der Länder. Ein Austausch zwischen den bestehenden Initiativen existiert bereits, so dass sich länderübergreifende Gemeinschaftsprojekte anbieten. Die erfassten Orte sind nicht alle Orte der Demokratiegeschichte, sondern umreißen beispielsweise auch historische weibliche Lebenswelten. Hier wäre es eventuell sinnvoll, in einem künftigen Schritt begleitendes Informationsmaterial, online verfügbare Flyer etc. anzubieten, um bestimmte Orte wegen ihrer demokratiegeschichtlichen Bedeutung besonders hervorzuheben. Ein noch intensiverer Austausch mit der akademischen Forschung zur Identifizierung weiterer »FrauenOrte« und Bereicherung des Informationsangebots wie von den Initiativen gewünscht, wäre eine

55 — Wolff: Frauenbewegungen (2021), S. 19 f.

56 — Siehe <https://addf-kassel.de/>.

57 — Siehe <https://www.digitales-deutsches-frauenarchiv.de/>.

58 — Siehe <https://frauenmediatum.de/>.

59 — Vgl. <https://frauenorte-brandenburg.de/karte/>; <https://frauenorte-sachsen.de/>; <https://frauenorte.net/frauenorte/>, alle z. a. 30.8.2024.

wertvolle Bereicherung. Die entsprechenden Bemühungen sollten deshalb gezielt unterstützt werden. Frauengeschichtliche Perspektiven könnten so noch breiter im akademischen Betrieb verankert und akademische Forschungserfahrung effektiver der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Der Allgemeine Deutsche Frauenverein und seine zentralen Akteurinnen sind etwa in Leipzig fest in der örtlichen Erinnerungskultur verankert, namentlich dank der Aktivitäten der Louise-Otto-Peters-Gesellschaft. Ausgehend von diesem Beispiel liegt nahe, auch die Ortsvereine in anderen ostdeutschen Städten stärker ins öffentliche Bewusstsein zu rücken, ihre Lokalitäten zu markieren und die örtlichen Akteurinnen zu beleuchten. Dies gilt auch für andere exemplarische »Erstlingsfälle« wie die erste Rechtsberatungsstelle für Frauen in der Stadt, die ersten Studentinnen an einer Hochschule etc. Neben den prominenten Aktivistinnen verdienen auch die »Kämpferinnen in der zweiten Reihe« Aufmerksamkeit. Hier besteht freilich vielfach noch erheblicher Forschungsbedarf, da oft bestenfalls allgemeine Informationen, aber wenige Details oder ausführliche persönliche Hintergründe bekannt sind.⁶⁰ Die relative Nähe zu den historischen Ereignissen macht es aber wesentlich leichter als in früheren Kapiteln der Frauengeschichte, Lücken zu schließen. Die Aktivitäten, Erfolge wie auch Rückschläge der ostdeutschen Frauenbewegung als Teil einer gesamtdeutschen Bewegung sind es wert, als Meilensteine auf dem Weg zur Gleichstellung der weiblichen Hälfte der deutschen Bevölkerung erinnert zu werden. Dass die Gleichstellung von Männern und Frauen inzwischen in weiten Teilen der Gesellschaft als selbstverständlich angesehen wird – wenn auch nicht in jedem Feld faktisch umgesetzt ist – sollte das Bewusstsein für frühe Errungenschaften schärfen, anstatt sie dem Vergessen zu überantworten. In Kooperation mit örtlichen Initiativen bietet sich jenseits der virtuellen Markierung und Wissensvermittlung schließlich auch die Möglichkeit, in geeigneten Fällen eine physische Markierung anzustreben, sei es in Form von einer Gedenktafel, oder wo möglich in Straßennennungen, auch um dem Ungleichgewicht von geehrten Frauen und Männern entgegenzuwirken. Es wäre sehr lohnend, demokratiegeschichtlich relevante Frauen prominent in diese Bemühungen einzubeziehen.



Die erste deutsche Demokratie

1918–1933¹

Die Zeitspanne zwischen der Novemberrevolution 1918, die das Ende der deutschen Monarchien einläutete, und der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 als Auftakt zur Etablierung der NS-Diktatur, währte gerade einmal 14 Jahre und drei Monate. Dieser historische Wimpernschlag war jedoch einer der bedeutendsten und folgenreichsten Zeitabschnitte in der deutschen Demokratiegeschichte. Das Projekt des Initiativplans sieht ihn deshalb als zentralen Themenbereich, dessen Sichtbarmachung und Vermittlung besondere Bedeutung zukommt. Nicht nur wurden die ersten deutschen Demokratien auf Länder- wie gesamtdeutscher Ebene errichtet, zudem stehen die Jahre geradezu idealtypisch für nahezu jeden Aspekt einer Geschichte der Demokratie: Das revolutionäre Erkämpfen, der Aufbau demokratischer Strukturen und Einrichtungen, das Erlernen der Praxis von Demokratie, das Funktionieren und mit-Leben-erfüllen demokratischer Institutionen, ja einer (zumindest partiell) demokratisierten Gesellschaft mit allen damit verbundenen Erfolgen wie Rückschlägen, und ebenso die Verteidigung der Demokratie gegen Angriffe – doch am Ende auch ihre Aushöhlung und Zerstörung. Die Welt der Weimarer Republik, die den Wandel vom wilhelminischen Obrigkeitsstaat zu einem Gemeinwesen der souveränen Staatsbürger und Staatsbürgerinnen gestaltete und damit in vielem das »Heute« vorausnahm, ist der Gegenwart zudem sprachlich, gedanklich wie auch medial trotz rund 100 Jahren Abstand noch immer sehr nahe und vielfach für Forschende, Vermittelnde und das rezipierende Publikum leichter zugänglich als frühere Epochen.

Zugleich präsentiert sich das Erinnern an »Weimar« nicht frei von Brüchen. Es war besonders ihr Ende, das den Blick auf die erste deutsche Demokratie prägte. Die Weimarer Republik geriet aus dieser Perspektive oft zur reinen Vorgeschichte von NS-Diktatur, Zweitem Weltkrieg und Holocaust, die alles Innovative und Zukunftsweisende der Jahre 1918 bis 1933 überschatteten. Mithin überwogen in der west- wie gesamtdeutschen öffentlichen Wahrnehmung und Erinnerung – ungeachtet mancher Verneigungen vor den demokratischen Leistungen und herausragenden Persönlichkeiten – über Jahrzehnte die mahnenden Apelle und kritischen Blicke auf tatsächliche oder vermeintliche Schwachstellen, Fehler und Versäumnisse. Dies wandelte sich in der offiziellen Gedenkkultur vor allem mit dem Näherrücken des 100. Jahrestages der Revolution von 1918.² Ein gutes Beispiel war die Rede von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier 2018, der, ohne kritische Aspekte auszusparen, die Worte Philipp Scheidemanns vom 9. November 1918 echote: »Es lebe die deutsche Republik!«,³ und der Nationalversammlung in Weimar sowie der von ihr geschaffenen Verfassung Respekt zollte.⁴ Landesweit wurde das Jubiläum mit einer Vielzahl von

1 — Dieses Kapitel verdankt viele Anregungen einem Workshop am 17. November 2023 in Dessau-Roßlau. Den Mitwirkenden und Teilnehmenden sei an dieser Stelle noch einmal sehr herzlich gedankt.

2 — Faulenbach: *Vergessen* (2018), S. 15, ausführlicher Cornelißen: *Republik* (2023), S. 174–187.

3 — Vgl. <https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2018/11/181109-Gedenkstunde-Bundestag.html>, z. a. 17.9.2024.

4 — Vgl. <https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2019/02/190206-Weimar-100-Jahre-Reichsverfassung.html>, z. a. 17.9.2024.

Veranstaltungen begangen, die weit über ein simples Festprogramm mit Ansprachen hinausgingen. Mehrere Archive stellten aufschlussreiche Quellen in digitalisierter Form zu Verfügung, allerdings blieben diese Angebote bedauerlicherweise vielfach zeitlich begrenzt.⁵ Mitunter wurden in der Vermittlung auch andere mediale Wege beschritten: So gestaltete beispielsweise die Stadt Weimar einen virtuellen Rundgang mit Spielszenen und historischen Fotos.⁶ Denn obwohl traditionelle Vermittlungsformen ihre Bedeutung behalten, ist der Schritt ins Virtuelle doch unvermeidbar. Es scheint der Überlegung wert, gerade beim künftigen Ausbau digitaler Angebote die Interessierten aller Altersklassen beim Finden und der Zusammenstellung der gewünschten Inhalte zu unterstützen, virtuelle Angebote stärker zu vernetzen und auf diese Weise die Medienkompetenz der Anbietenden zu steigern.

Die Eröffnung eines »Haus der Weimarer Republik« direkt gegenüber dem historischen Sitz der Nationalversammlung 1919 im Weimarer Theater war ein wesentlicher, in seiner Bedeutung für die angemessene Präsentation des Themas kaum zu überschätzender Schritt, bot er doch Gewähr, über das naturgemäß flüchtige Jubiläum hinaus nachhaltig zu wirken.⁷ Als Kooperationspartner bietet sich das Haus weit über sein geographisches Umfeld hinaus an, und wirkt bereits mit zahlreichen Institutionen, insbesondere mit der GEDG, zusammen.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Revolution 1918/19 und die Weimarer Republik – zumindest momentan – in der deutschen Erinnerungslandschaft »angekommen« sind. Auch die Forschungssituation zu einer großen Bandbreite an Themen rund um die Weimarer Jahre ist eine gute, nicht zuletzt dank der bereits verstrichenen oder anstehenden Jubiläen.⁸ In der öffentlichen Wahrnehmung freilich sind die selektiven, vielfach auch in die Irre führenden Bilder von der Republik als Krisenraum, vielleicht noch als kulturelle Blüte oder gar Scheinblüte im Angesicht der drohenden politischen Katastrophe, weiterhin virulent und werden durch viele mediale Formate eher befördert.⁹ Aktuelle innen- wie außenpolitische Krisenerscheinungen lassen weiterhin die zumeist angstvolle Frage nach der möglichen Rückkehr der negativ konnotierten »Weimarer Verhältnisse« laut werden,¹⁰ was zugleich beweist, wie gegenwärtig die Epoche bleibt. Vor diesem Hintergrund ist es umso wichtiger, die demokratiegeschichtlichen Aspekte der Jahre 1918 bis 1933 stärker herauszustellen. So wichtig die Errichtung wie auch die Frage nach dem *Wie?* des Untergangs der Republik bleibt, darf der Fokus nicht vor allem auf den dramatischen, wenn nicht gar traumatischen Anfangs- und Endjahren der Republik liegen. Auf Grund der Vielfalt an demokratiegeschichtlichen Elementen, welche sich in den Weimarer Jahre auf nahezu allen Ebenen von Staat und Gesellschaft finden lassen, kann ein Überblick an dieser Stelle freilich nur eine exemplarische Auswahl kurz aufgreifen.

Die erste deutsche Republik und Ostdeutschland

An der besonderen Bedeutung der Weimarer Republik für eine spezifisch ostdeutsche Demokratiegeschichte kann kein Zweifel bestehen. Bereits der heute gebräuchliche Name verweist auf eine ostdeutsche Stadt und verankert sie im Sinne eines »Branding«. Die Wahl Weimars als zeitweiliger Sitz der Nationalversammlung und damit auch als Geburtsort der Verfassung von 1919 war nicht alternativlos, doch erfolgte sie ebenso wenig willkürlich. Vielmehr bot sich die Stadt als

5 — Riffel/Wunnicke: Demokratiegeschichte (2018), S. 49–52. Weiterhin online ist ein Angebot der Deutschen Nationalbibliothek: <https://portal.dnb.de/opac.htm?query=cod%3Dd026&method=simpleSearch&cqlMode=true>, z. a. 17.9.2024.

6 — Vgl. https://www.weimarer-republik.net/_rundgang_/index.php?clang=0, z. a. 17.9.2024.

7 — Vgl. mit zahlreichen Angeboten <https://www.hdwr.de/>, z. a. 17.9.2024.

8 — So findet sich der Begriff »Weimarer Republik« ausweillich einer Suche in einem gängigen Bibliotheksportal in mehr als 10.000 deutschen Buch- und Aufsatztitel, vgl. <https://gvk.k10plus.de/>, z. a. 17.9.2024.

9 — Cornelißen: Republik (2023), S. 187 f.

10 — Wirsching: Weimar (2020), S. 39–42.

vergleichsweise sicheres Ausweichquartier sowie als »neutraler«, gewissermaßen ausgleichender Ort zwischen dem preußischen Norddeutschland und dem zentrifugaler Tendenzen verdächtigen Süden an.¹¹ Dass auch die Weimarer Verfassung selbst wesentliches Erinnerungselement ist und – nicht nur, aber besonders – verankert um Weimar und den Unterzeichnungsort Schwarzburg präsent bleiben sollte, versteht sich von selbst. Von der lange Zeit dominierenden Fokussierung auf angebliche oder tatsächliche Schwachstellen der Verfassung hat sich die Perspektive zunehmend der Betrachtung der zukunftsweisenden Elemente zugewandt. Die Festschreibung des Staates als Republik wie die Integration der Grundrechte als bindender Rechtsatz, aber auch der sozialpolitische Impetus sticht dabei besonders hervor.¹² Nicht verschwiegen werden darf, dass etwa die Gleichstellung von Mann und Frau zwar formuliert, aber nicht als Rechtsgrundsatz in jeder Hinsicht umgesetzt wurde.¹³

Doch auch über die Nationalversammlung und die Verfassung hinaus haben ikonographisch bedeutsame Elemente der Republik in Ostdeutschland und in dem Wirken von Ostdeutschen ihren Ursprung. Das Bauhaus, bis heute wesentliches architektonisch-lebensweltliches Symbol der Zwischenkriegszeit, befand sich bis 1925 in Weimar. Zugleich war seine faktische Vertreibung ein Ergebnis gezielter Regierungspolitik eines rechtsbürgerlichen Kabinetts. Es fand Aufnahme im ebenfalls ostdeutschen Anhalt, wo eine stabile Mitte-Links-Regierung ihm bessere Bedingungen bot, auch wenn es weiterhin von der politischen Rechten angefeindet wurde.¹⁴

Die Weimarer Jahre prägten auch jenseits des Bauhauses und seiner Werke architektonisch das Bild der deutschen Städte, nicht nur mit der Offenheit für moderne Hochhausbauten.¹⁵ Auch wenn nicht per se von einer »demokratischen Architektur« gesprochen werden kann, der Impetus, die Wohnverhältnisse der Bevölkerung nachhaltig zu verbessern, speiste sich auch aus dem sozialpolitischen Anspruch der Republik und war ein wesentlicher Antrieb für die Bautätigkeit der Zwischenkriegszeit.¹⁶ Diese Spuren bieten sich als Ankerpunkte für physische und virtuelle Rundgänge an, an denen episodenhaft politische Ereignisse wie der Alltag der ersten deutschen Demokratie wieder in Erinnerung gerufen werden können.

Jenseits solcher steinernen Zeugnisse wurden zentrale optische Elemente der Weimarer Republik von dem Reichskunstwart Edwin Redslob geschaffen, einem gebürtigen Weimarer, der jahrelang im heutigen Thüringen gewirkt hatte. Der von ihm »modernisierte« Reichsadler findet sich in der bundesdeutschen Ikonographie und begleitet bis heute sportliche und politische Ereignisse.¹⁷

Zugleich ist die Wahrnehmung der Weimarer Jahre trotz dieser gewichtigen Verankerung in Ostdeutschland eine zwiespältige, auch nicht zuletzt dies ein Erbe der Geschichte. In den 40 Jahren der DDR galt die Revolution von 1918/19 an sich als zwar positiv bewertetes Ereignis, letztlich aber als missglückter Versuch, abgewürgt von bürgerlichen Gegnern und »verräterischen« Sozialdemokraten. Dies prägte zugleich das Bild von der auf die Revolution folgenden Republik. Für ihre fortschrittlichen Elemente und Errungenschaften hatte man kaum Lob übrig.¹⁸ Dass die DDR sich dennoch vielfältig positiv auf die Zwischenkriegszeit bezog, zahlreiche Heldenfiguren wie »Teddy« Thälmann oder der »Kleine Trompeter« Fritz Weineck auf das engste

11 — Ausführlich Holste: Weimar (2018), S. 126–136, 141–155.

12 — Vgl. Dreier: Reichsverfassung (2023), S. 82–93.

13 — Heinsohn: Ort (2023), S. 120 f., 127.

14 — Droste: Bauhaus (1998), S. 113 f., 120; Regener: Freistaat (2019), S. 66–68.

15 — Vgl. mit Beispielen u. a. aus Berlin, Chemnitz, Dresden, Gera, Leipzig und Magdeburg https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_historischen_Hochhäuser_in_Deutschland, z. a. 7.10.2024.

16 — Vgl. als Lokalbeispiele Kopetzki/Fischer: Gartenstadt- (1995); Kupperbusch: Mietskasernen (2010).

17 — Schumann: Weimar (2023), S. 109; zu Redslob vgl. kurz <https://www.deutsche-biographie.de/gnd118743759.html#ndbcontent>, z. a. 18.9.2024.

18 — Ausführlich zum Thema Reuther: Republik (1988).

mit ihr verbunden waren, stellte keinen Widerspruch dar. Nicht zuletzt hatten viele führende SED-Mitglieder ihre formenden politischen Jahre in dieser Zeit erlebt. Der memorialisierende Rückgriff erfolgte zudem unter dem Gesichtspunkt, ob sich daraus eine Tradition für das staatssozialistische Gemeinwesen konstruieren ließ. All das, wofür die Heldenfiguren in der Weimarer Republik (noch) erfolglos gekämpft hatten, galt nun als verwirklicht. Zahlreiche Erinnerungsorte mit direktem Bezug zur Weimarer Zeit wurden deshalb restauriert oder neu geschaffen,¹⁹ und im Kontext des jährlichen Festkalenders vielfach mehr oder minder intensiv geschichtspolitisch »bespielt«. Diese einstige offiziöse Sichtweise ist schon lange nur noch eine Minderheitenposition, wirkt aber nach. Die Korrektur und Ergänzung des Erinnerungs- und Gedenkangebots ist noch bei weitem nicht abgeschlossen. Jedes Angebot für eine zeitgemäße Weiterentwicklung der Erinnerung an die Weimarer Republik muss sich deshalb mit dem Fortbestehen von Elementen der staatssozialistischen Narrative auseinandersetzen. Dies sollte freilich nicht dazu führen, dass Ereignisse und Personen im Umkehrschluss nur wegen ihrer Indienstnahme vor 1989 unreflektiert als gewissermaßen »belastet« verworfen werden.

Ein geglückter Neuanfang im Reich und den Ländern

Wohl nur angesichts der sich abzeichnenden militärischen Niederlage und dem tiefgreifenden Ansehensverlust der alten Mächte nach mehr als vier Jahren massenmörderischem Materialkrieg und schwersten Belastungen für die »Heimatfront« war ein solch tiefgreifender Umbruch denkbar, wie er sich 1918/19 im Deutschen Reich vollzog. Die Initialzündung für die Novemberrevolution war die Matrosenrevolte in Kiel und Wilhelmshaven, ein Ereignis, an dem sich die westdeutsche Erinnerungskultur über Jahrzehnte mal mehr, mal weniger schmerzhaft rieb.²⁰ Wenn die Revolution prominent erinnert oder auch gefeiert wird, so liegt der Fokus vor allem auf diesen Ereignissen und der Reichshauptstadt Berlin, wo der Seitenwechsel des in Naumburg aufgestellten Magdeburger Jägerbataillons Nr. 4 als schlagkräftige Einheit eine wesentliche Rolle spielte.²¹ Die doppelte Ausrufung der Republik, zunächst durch Philipp Scheidemann am Reichstag und sodann als sozialistische Republik durch Karl Liebknecht am Stadtschloss, die damit gewissermaßen ein gespaltenes Ereignis war, wurde auch erinnerungspolitisch zum Scheidepunkt. Sollte die DDR Liebknechts Proklamation Respekt, so wurde diese in West- und Gesamtdeutschland nicht als gedenkwürdig betrachtet.²² Hier lag das Augenmerk auf Scheidemanns Tat, auf deren Würdigung angesichts des 100. Jubiläums bereits eingangs verwiesen wurde.

Was indes oft in den Hintergrund gerät, ist die Tatsache, dass korrekterweise statt von der Novemberrevolution von einer Vielzahl an *Novemberrevolutionen* zu sprechen wäre. Denn so zentral der Sturz der Hohenzollern und die Ausrufung der gesamtdeutschen Republik war – parallel zu ihr, mitunter vorausseilend oder auch mit einigen Tagen Verspätung, stürzten in ganz Deutschland die gekrönten Häupter, erste Schritte auf dem Weg zum demokratischen Neuanfang auf Landesebene. Dass sich dies zwar mitunter voll Dramatik, zumeist aber ohne Blutvergießen vollzog, ist ein Spezifikum der Novemberereignisse und zugleich Verdienst der Revolutionäre wie auch der politischen Akteure, Bürgerlichen wie Mehrheits- und Unabhängige Sozialdemokraten.

19 — Vgl. mit zahlreichen markierten Orten Institut für Denkmalpflege in der DDR (Hg.): Gedenkstätten (1974), etwa im Bezirk Neubrandenburg mehr als ein Dutzend Lokalitäten, vgl. ebd., S. 113–130.

20 — Zu Ereignis wie Rezeption siehe Kinzler/Tillmann (Hg.): Stunde (2018).

21 — Umfassend zu den Berliner Ereignissen siehe Niess: Revolution (2017), S. 18–50.

22 — Ausführlich Juhnke/Prokasky/Sabrow (Hg.): Mythos (2018); Mühlhausen: Ausrufung (2022).

Die Mehrzahl der Revolutionäre, die in der Übergangssituation in Arbeiter- und Soldatenräten die Macht ausübten, bekannten sich frühzeitig zur parlamentarischen Demokratie und suchten oft auch den Schulterschluss mit bürgerlichen Akteuren, um angesichts drängender wirtschaftlicher Probleme und administrativer Herausforderungen die Umbruchskrise meistern zu können.²³ Dabei ist zu betonen und würdigen, dass die Revolutionäre selbstverständlich nicht wissen konnten, wie widerstandsarm die alten Machthaber abtreten würden. In dem Moment, in dem sie sich zur Meuterei oder Streik entschlossen, gingen sie ein erhebliches Risiko für Leib und Leben ein. Auch den Revolutionspolitikern der ersten Stunde war ihr Amt selten in die Wiege gelegt worden, und es ist beeindruckend, wie sie sich den unverhofften Herausforderungen stellten und diese vielfach auch meisterten. Dieses revolutionäre und revolutionspolitische Erbe – in Ostdeutschland präsent in fast einem Dutzend ehemaliger Landeshauptstädte und zahlreichen anderen Orten – verdient es, als dezentraler Einsatz zum Erkämpfen von Demokratie erinnert und gewürdigt zu werden. Es hält in seiner Bedeutung dem Vergleich mit der Friedlichen Revolution von 1989 und namentlich dem Mauersturz stand, spielt aber jenseits runder Jubiläen in der Würdigung am »Schicksalstag« 9. November gegenüber den Ereignissen an der Berliner Mauer wie auch dem mahnenden Gedenken an die Novemberpogrome von 1938 nur eine marginalisierte Rolle.²⁴ Dies ist verständlich, zugleich aber eine Engführung, die zur Korrektur einlädt. Ein angemessenes Erinnern auch an 1918 ist nicht als Konkurrenz zu den dominierenden Themen des 9. November zu verstehen, kann aber aus demokratiegeschichtlicher Perspektive eine wertvolle Bereicherung darstellen. Nicht nur, aber vor allem in den ehemaligen Landeshauptstädten wäre der 9. November als ohnehin herausgehobener Tag eine passende Gelegenheit der Rückschau. Mit den Sitzungsorten der lokalen Räte, wichtigen Demonstrationsorten und -routen, aber auch den Stätten fürstlicher Demission finden sich bis heute Schauplätze der Demokratiegeschichte, die in den Veranstaltungskalender aufgenommen werden können. Dies gilt in Ostdeutschland umso mehr, da sich ein vergleichender Blick auf die 71 Jahre auseinander liegenden revolutionären Ereignisse und ihre Folgen 1918/19 und 1989/90 aufdrängt, als es einmal mehr darum ging, einen Übergang zu gestalten, Demokratie zu organisieren. Zwar gab es keine direkten Traditionslinien, viele der zu bewältigenden Herausforderungen ähnelten sich gleichwohl.

Parallel zur Weimarer Nationalversammlung und Verfassungsgebung für Gesamtdeutschland vollzog sich 1918 bis 1920 auf Länderebene eine schrittweise Demokratisierung. Eigene Verfassungen wurden verhandelt und beschlossen, was auch die Einführung des Frauenwahlrechts auf Landes- und Kommunalebene beinhaltete. Bereits fünf Wochen vor den Wahlen zur Deutschen Nationalversammlung am 19. Januar 1919 konnten Frauen nicht nur in lokalen Urnengängen,²⁵ sondern auch bei den Parlamentswahlen in den ostdeutschen Ländern Mecklenburg-Strelitz und Anhalt am 15. Dezember 1918 erstmalig gleichberechtigt ihre Stimme abgeben. In beiden Fällen setzte die klare Wahlsiegerin in Gestalt der Mehrheits-SPD auf ein Bündnis mit den bürgerlichen Kräften, um den Umbruch möglichst reibungslos zu gewährleisten. In diesen Ländern gingen auch die neuen demokratischen Verfassungen der Weimarer voraus, und das am 29. Januar 1919 einstimmig verabschiedete Landesgrundgesetz von Mecklen-

23 — Vgl. etwa die Thüringer Ereignisse in den Länderskizzen bei Faludi/Bartuschka (Hg.): Heimat (2020), S. 29–155; für Sachsen-Anhalt Wagner/Hettling (Hg.): Zeiten (2019); für Sachsen Szejmann: Traum (2000), S. 14–20; Schmeitzner: Revolution (2019), S. 63–91; für die Mecklenburger Länder Manke/Ostrop/Wiese (Hg.): Novemberrevolution (2019).

24 — Ausführlich zur Bedeutung des Datums vgl. Niess: 9. November (2021).

25 — Schon zuvor hatten etwa Ende November 1918 in mehreren Städten Sachsens auch Frauen ihre Stimme bei der Wahl der Arbeiter- und Soldatenräte abgeben können, Schmeitzner: Revolution (2019), S. 85 f.

burg-Strelitz war die erste demokratische Verfassung Deutschlands überhaupt. Sie war ein Bekenntnis zum Föderalismus und hob zudem die überkommenen Rechte des Adels und der Rittergutsbesitzer auf. Des frühen Zeitpunkts ihres Entstehens bewusst, legten die Abgeordneten fest, dass die Verfassung vom folgenden Landtag überprüft werden sollte.²⁶ Sie bewiesen damit Einsicht in den Umstand, dass ein demokratisches Gemeinwesen bereit sein muss, sich anzupassen. Der Residenzschlossverein Neustrelitz e.V. hat sich des in Kriegsfolge zerstörten Gebäudes angenommen, das einst Sitzungsort des Landtages war, und arbeitet engagiert daran, diesen Ort der Landes- und Demokriegesgeschichte wieder nutzbar zu machen.²⁷

Der Verfassungsgebungsprozess fand mit dem größten Land, Preußen, erst am 30. November 1920 seinen weitgehenden Abschluss.²⁸ Einen einzigartigen Fall stellte das thüringische Verfassungswerk dar, fungierte es doch als Rahmen für ein Land, das erst 1920 neu entstanden war. Nur der Sturz der Monarchien und der Einsatz der demokratischen Politiker, insbesondere des linken und vielfach auch linksbürgerlichen Lagers, erlaubte die von einer breiten parlamentarischen Mehrheit demokratisch legitimierte Überwindung der seit Jahrzehnten kritisierten mitteldeutschen Kleinstaaterei. Das neue Thüringen unterschied sich in einigen Punkten sowohl von den ursprünglichen »großthüringischen« Planungen als auch von seiner heutigen Gestalt. Die preußisch-thüringischen Gebiete einschließlich der heutigen Landeshauptstadt Erfurt blieben noch fern, das kleine Teilland Sachsen-Coburg entschloss sich – demokratisch legitimiert in einem Volksentscheid – für die Angliederung an Bayern. Zweifellos war es eine Sternstunde ostdeutscher Demokratiegeschichte, als sich am 1. Mai 1920 sieben Länder zu einem neuen Gemeinwesen fusionierten, die einzige derartige Neuschöpfung der Weimarer Republik. Die Verfassung Thüringens trat am 12. Mai in Kraft.²⁹ Zu Recht wurde am 100. Jahrestag an diese Errungenschaften würdigend erinnert,³⁰ wenn auch in Folge der Corona-Pandemie das Programm Beschränkungen unterlag. Beispiele wie Mecklenburg-Strelitz und Thüringen ermutigen dazu, intensiver als bisher auch auf andere Landesverfassungen in Ostdeutschland zu schauen.

Einschneidend fiel gleichfalls die Umgestaltung der preußischen Provinziallandtage aus. Zwar wurde ihre Selbstverwaltungskompetenz nur partiell erweitert, eine angekündigte umfassende Reform blieb aus. Dennoch gelten die Weimarer Jahre als Blütezeit der Selbstverwaltung, kam den Provinziallandtagen doch nicht zuletzt aufgrund des erweiterten sozialstaatlichen Engagements eine für den Alltag vieler Menschen wichtige Rolle zu. Vor allem intensivierten sich das politische Leben innerhalb der einstigen Ständeversammlungen, sehr zum Leidwesen der »Ehemaligen«. Nach Inkrafttreten der neuen Landesverfassung Preußens wurden die Provinziallandtage direkt und gleichberechtigt von Männern und Frauen ungeachtet ihrer Besitzverhältnisse gewählt. Der politische Wettbewerb und die Präsenz von Parteien hielten damit auch auf dieser politischen Ebene Einzug.³¹ Die Provinziallandtage wurden zu einem Lern- und Erscheinungsort praktizierter Demokratie. Inzwischen ist ihre Geschichte grundlegend, wenn auch nicht umfassend erforscht worden.³² In der öffentlichen Wahrnehmung spielen diese Vorgänger heutiger Parlamente jedoch zumeist unverdient eine marginale Rolle.

26 — Regener: Freistaat (2019), S. 52–59; Rehmer / Strasen: Mecklenburg-Strelitz (2011), S. 31–40.

27 — Vgl. <https://info0340093.wixsite.com/rsv-ntz>, z. a. 9.10.2024.

28 — Kienitz: Landesverfassung (2021), S. 72–93.

29 — Ausführlich zum Einigungsprozess siehe Faludi / Bartuschka (Hg.): Heimat (2020).

30 — Siehe <https://justiz.thueringen.de/aktuelles/medieninformationen/detailseite/adams-100-jahre-thueringer-verfassung-grund-zum-feiern-und-mahnung>; <https://www.thueringer-landtag.de/presse/pressemitteilungen/2020/100-jahre-thueringen/>, beide z. a. 9.10.2024.

31 — Engeli / Hübener: Provinziallandtag (1999), S. 98–100; Kienitz: Landesverfassung (2021), S. 430–444.

32 — Siehe etwa Engeli / Hübener: Provinziallandtag (1999), S. 101–121; Inachin: Durchbruch (2004), S. 156–169; Tullner: Landtagsgebäude (1999), S. 53–64.

Weimarer Politik, Politiker und Politikerinnen – besser als ihr Nachruf

Das Bild tief gespaltener politischer Lager, von sich gegenseitig blockierenden Parteien und handlungsunfähigen Parlamenten, von vorzeitig durch Koalitionsbruch und Misstrauensvoten gestürzten Regierungen, die in rascher Folge wechseln, ist beim Rückblick auf die Jahre zwischen 1918 und 1933 stets präsent: Immerhin lassen sich 13 Reichskanzler aufzählen.³³ Ähnliche Beispiele lassen sich auch in Ostdeutschland auf Landesebene finden: Das Land Thüringen sah zwischen seiner Entstehung 1920 und dem Beginn der NS-Diktatur fünf Regierungschefs,³⁴ Sachsen gar sieben, wobei Richard Lipinski als Vorsitzender des Rates der Volksbeauftragten in den ersten Revolutionswochen wie auch der 1923 kurzzeitig eingesetzte Reichskommissar Rudolf Heinze nicht einmal mitgerechnet sind.³⁵ Vielfach vergessen werden jedoch manch eindrucksvolle Gegenbeispiele: Der Sozialdemokrat Heinrich Deist amtierte zwischen 1919 und 1932 fast ununterbrochen als Regierungschef von Anhalt, gestützt auf ein dauerhaftes Bündnis mit den bürgerlich-liberalen Kräften.³⁶ So mancher verdiente Ministerpräsident in Ost wie West ist heute der Öffentlichkeit nicht mehr bekannt. Nicht vor 2022 konnte beispielsweise der erste demokratische »Landesvater« Thüringens, Arnold Paulssen, mit einer Gedenktafel geehrt werden. Infolge der GEDG-Initiative benannte der Freistaat seine Vertretung in Berlin ein Jahr später in Arnold-Paulssen-Haus um.³⁷ Solche Korrekturen früherer Versäumnisse ermutigen zu weiteren Initiativen, wenngleich auch der kritisch-warnende Rückblick auf Ministerpräsidenten, die der Demokratie einen Bärendienst erwiesen, ebenso lehrreich wie notwendig ist.³⁸

Zudem darf der Reigen an Persönlichkeiten wie auch die vielfach häufigen Kabinettswechsel nicht den Blick darauf versperren, dass die Weimarer Jahre zugleich aufschlussreiche Beispiele für die Kunst des Kompromisses geben, auch jenseits von naheliegenden Koalitionen wie etwa zwischen Sozialdemokraten und Linksliberalen oder den bürgerlichen Parteien. Da es in monarchischen Zeiten keine auf Parlamente gestützte Parteien-Regierungen gegeben hatte, war das Schmieden belastbarer Bündnisse trotz deutlicher Unterschiede, das Aushandeln von Ministerposten und die Kompromissfindung zwischen den Zielen und Überzeugungen der Parteien als Grundlage einer zumindest zeitweise funktionierenden Regierungsführung etwas, das erst mühsam erlernt und geübt werden musste.³⁹ Es gelang gleichwohl auch in Ostdeutschland vielfach. So konnte etwa in den mecklenburgischen Ländern die rechtsbürgerliche Deutsche Volkspartei (DVP) schon lange vor den Berliner Stresemann-Kabinetten zeitweilig in breite Koalitionsregierungen eingebunden werden.⁴⁰ Die Fähigkeit zum Kompromiss, nötigenfalls auch ohne Koalition, blieb bis zur Zerstörung der Republik präsent. Obgleich zuvor hochgradig zerstritten, kooperierten die SPD und die bürgerlichen Parteien Sachsens nach der Landtagswahl vom 22. Juni 1930, um das geschäftsführende Beamtenkabinetts von Walther Schieck bis zum Ende der Republik im Amt zu halten.⁴¹ Erfolge wie Mühen der Weimarer Koalitionsregierungen lassen sich in den ostdeutschen Ländern oft »hautnah« nachvollziehen, fanden doch Redebeiträge der Landtags-sitzungen vielfach Aufnahme in den Lokalzeitungen. Sie zeigen auf, wie Zusammenarbeit funktionierte und wo sie scheiterte, oft unter

33 — Schumann: Weimar (2023), S. 99.

34 — Wahl u. a.: Regierungschefs (2007), S. 19–47.

35 — Schmeitzner / Wagner (Hg.): Macht (2006), S. 10, 15, biographische Skizzen S. 52–256.

36 — Vgl. Ziegler: Verhältnisse (2001).

37 — Zum Festakt siehe <https://gedg.org/aktuelles/der-vergessene-landesvater/>; zur Thüringer Vertretung <https://thueringen.de/thueringen-in-berlin/das-haus>, beide z. a. 10.10.2024.

38 — Für Thüringen Richard Leutheußer, dessen Rechtskabinetts das Bauhaus aus Weimar vertrieb, und natürlich Erwin Baum, der als erster mit der NSDAP formell koalierte. Auch sie sind biographisch wenig erforscht.

39 — Gatzka: Weimar (2023), S. 46 f.

40 — Wieden: Regierungen (1978), S. 10; Rehmer / Strasen: Mecklenburg-Strelitz (2011), S. 37.

41 — Wagner: Walther Schieck (2006), S. 249–253.

Rahmenbedingungen, die eine weit größere Herausforderung darstellten als die gleichfalls nicht spannungsarme Gegenwart. Die Politik der Welt von gestern wird auf diese Weise nachvollziehbar und nacherlebbar, kann in innovativer Art und Weise aufbereitet und popularisiert werden.⁴²

Mit der Einführung des aktiven Frauenwahlrechts war eine Kernforderung der Frauenbewegung erfüllt worden. Zugleich hatten Frauen ab Ende 1918 nicht nur die Wahl, für welche Partei oder Person sie ihre Stimme abgeben wollten – sie konnten sich auch selbst für lokale, regionale, Landes-, Provinzial- und Reichsparlamente zur Wahl stellen. Die in jüngerer Zeit umfassender betrachtete und auch der Öffentlichkeit nahegebrachte Erna Weiland⁴³ in Mecklenburg-Strelitz war »lediglich« die allererste Vertreterin von Deutschlands erster Politikerinnengeneration. Weibliche Abgeordnete blieben indes stets eine kleine Minderheit, die nur in einigen Stadtparlamenten mehr als maximal ein Zehntel der Sitze einnehmen konnte. Parteien und Parlamente sahen den Eintritt von weiblichen Abgeordneten als mehr oder minder willkommene Ergänzung, nicht als Anlass einer tiefgreifenden Neudefinition. Die politischen Themen, für die Frauen im Parlament gemäß des Schubladendenkens ihrer Parteien wie auch teilweise aufgrund eigener Prägung primär das Wort erhoben, waren die traditionell seit langem in der Frauenbewegung stark vertretenen: Wohlfahrt, Jugendarbeit, Frauen- und Mädchenbildung, Fragen der Berufstätigkeit und der »Sittlichkeit«. Dies blieben wichtige Themen, doch infolge der Rollenzuschreibung präsentierten sich die Beiträge der Parlamentarierinnen für das Tagesgeschäft selten als prägend.⁴⁴

Der Wissensstand zu Deutschlands frühen Parlamentarierinnen in und aus Ostdeutschland hat sich inzwischen deutlich gebessert.⁴⁵ Gerade bei den Einzelpersonen und besonders auf lokaler Ebene bleibt aber oft ein großer Forschungsbedarf. Zudem stellt sich die Frage, wie weit das vorhandene Wissen popularisiert werden kann: Selbst traditionelle Formen des Gedenkens wie Straßennamen und Gedenktafeln haben Seltenheitswert. Beispielhaft für eine deutliche Weiterung des Angebots ist das von Gotha aus realisierte Projekt »Nur Hundert Jahre – die Aktualität von Frauenwahlrecht und Frauenpolitik«, das weibliche Abgeordnete unterschiedlichster politischer Gremien für bisher zehn thüringische Städte in Plakatausstellungen sichtbar machte, weitere sind in Vorbereitung.⁴⁶ Initiativen wie diese scheinen ein vielversprechender Weg, das Bewusstsein vor Ort zu schärfen. Sie erweitern in ihrer Vorbereitung den oft begrenzten Forschungsstand und können Impulse geben, verdiente Politikerinnen im Gedenken zu verankern. Auf der Ebene von Landgemeinden sollten exemplarische Initiativen zur Erforschung der Präsenz und Tätigkeit von Politikerinnen in den Gemeinderäten unbedingt gefördert oder initiiert werden. Natürlich bedeutete die Freiheit zu politischem Handeln auch, dass Frauen sich je nach ihrer politischen Zugehörigkeit klar gegen die Republik positionieren konnten und etwa das nationalistische Programm der rechtsradikalen Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) punktgenau vertraten.⁴⁷ Wie jedes Kapitel der Demokratiegeschichte ist auch das der weiblichen Partizipation keineswegs eine ungebrochene Erfolgsgeschichte, noch erwiesen sich Frauen als die besseren Demokratinnen.

42 — Denkbar wären etwa die Umsetzung von historischen Redebeiträgen in Posts in den sozialen Medien, szenische Lesungen und dergleichen mehr.

43 — Siehe etwa Frost: Erna Weiland (2022); <https://strelitzius.com/2021/03/10/personlichkeit-der-demokratiegeschichte-neue-spur-von-erna-weiland-gefunden/>, z. a. 10.10.2024.

44 — Heinson: Ort (2023), S. 122–124.

45 — Siehe beispielhaft Inachin: Parlamentarierinnen (2005); Stolze: Herren (2007); Vogel: Landtagskandidatinnen (2018); Wobbe / Mittelsdorf (Hg.): Frauen (2003).

46 — Siehe online für Gotha <https://mediathek-al-thueringen.jimdoweb.com/ausstellung-frauenwahlrecht/>, z. a. 10.10.2024.

47 — Inachin: Parlamentarierinnen (2005), S. 105 f.

Die Parteiengeschichte der Weimarer Jahre ist ein vergleichsweise gut erforschtes Kapitel, auch wenn es an Detailuntersuchungen für die Landesverbände jenseits der SPD vielfach noch mangelt.⁴⁸ Hier wären weitere Forschungen sehr zu begrüßen. Angesichts nicht selten drastisch wechselnder Wahlergebnisse sah sich jede Partei vor große Herausforderungen gestellt, und die vergleichsweise dichte Folge von Wahlkämpfen auf kommunaler, Landes- und Reichsebene bedeuteten einen Zwang zu permanentem Aktionismus, um mit der Wählerschaft in Kontakt zu bleiben. Wie sich die Parteien präsentierten, welche medialen Mittel sie verwendeten, mit welcher Sprache und welchen Bildern sie kommunizierten, ist dank zahlreicher überlieferter Wahlplakate und Zeitungen leicht nachzuvollziehen und medial ansprechend zu vermitteln. Aufschlussreich ist auch, wie die Parteien sich zu den großen Fragen der Republik positionierten – wie sie etwa angesichts des Kapp-Lüttwitz-Putsches 1920 agierten, im Krisenjahr 1923, aber auch angesichts der Herausforderung der Reichspräsidentenwahlen oder wesentlicher Entscheidungen in der Außenpolitik. Die Stimmen aus der ein Jahrhundert entfernten Vergangenheit können noch heute hörbar gemacht werden und führen zurück in die krisenhaften wie stabileren Jahre der Republik.

Das Verhalten der Parteien in den Ländern und Provinzen und ihre lokalen Akteure in den wechselhaften Jahren der Weimarer Republik vermitteln einen aufschlussreichen Eindruck, was es bedeutet Demokratie mit Leben zu erfüllen. Erfolge wie Rückschläge erzählen von den Mühen und Gefahren, aber auch wie lohnend der Einsatz sein kann. Dies sind Erfahrungen, die sich nahtlos mit dem Agieren politischer und gesellschaftlicher Akteurinnen und Akteure der Gegenwart verbinden lassen – auch jenseits von Parteistrukturen.

Als potenzielle Partnerorganisationen in Forschung und Vermittlung bieten sich eine Reihe von etablierten Institutionen an. Die Landeszentralen für politische Bildung oder die Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien sind natürliche Ansprechpartner. Mögliche Partner können sich indes auch in den gegenwärtigen Parteien finden lassen. Während SPD und die Linke sich auch in Ostdeutschland ungeachtet aller Brüche auf das historische Erbe beziehen und deshalb naheliegende Ansprechpartner sind, gestaltet sich die Situation bei anderen Parteien komplex. Auch wenn über die nach 1945 neu gegründeten Parteien, die ihrerseits 1989/90 in westdeutsche Parteien aufgingen, Verbindungslinien zur Weimarer Republik aufscheinen, identifizieren sich CDU und FDP kaum mit ihren entfernten Verwandten. Ein wenig untersuchtes Feld ist die Naturfreund- bzw. Naturschutz- und Umweltbewegung, die in der Weimarer Republik einen bemerkenswerten Aufschwung erlebte. Sie agierte bereits mit einem politischen Subtext, wenngleich man sie nicht nahtlos mit heutigen Parteien wie Bündnis 90/Die Grünen in Verbindung bringen kann.⁴⁹ Die politischen Stiftungen aller demokratischen Parteien sollten dennoch gleichermaßen als Partner für Forschungs- und Vermittlungsprojekte zur Geschichte der Parteien in der Weimarer Republik angesprochen werden. Ist auch die Verankerung in der Breite der Gesellschaft aufgrund der in Ostdeutschland notorisch geringen Mitgliederzahl ausbaufähig, kann doch die Beschäftigung mit der Geschichte der Parteien daran erinnern, dass bereits ihre Vorläufer für die Demokratie eintraten.⁵⁰

48 — Vorliegende ostdeutsche Beispiele sind etwa Grünzig: Fanatiker (2020); Hesselbarth: Geschichte (2017); Stang: Partei (1994).

49 — Vgl. <https://digital.slub-dresden.de/werkansicht/df/383162/45>; <https://saxorum.hypotheses.org/5620>, beide z. a. 11.10.2024. Eine tiefergehende Untersuchung bietet Lukaßen: Koalitionen (2010), siehe zu Berlin und Brandenburg ebd., S. 43–111.

50 — Die Stiftungen der Parteien wurden bereits über den Initiativplan informiert.

Wenngleich in der Gegenwart gerne mit Schlagworten wie »Partei der Besserverdienenden« gearbeitet wird, vom Impetus verstehen sich bestenfalls kleine Splitterparteien ohne politische Bedeutung explizit als spezifische Interessenvertreter einer ökonomischen Gruppe. Dies präsentierte sich in den Weimarer Jahren anders. Geprägt durch heute kaum vorstellbare wirtschaftliche Verwerfungen und den daraus resultierenden Forderungen sowie noch immer berufsständischen Traditionen nahe, konnten reine Interessenvertretungsparteien wesentliche Anteile der Wählerschaft für sich mobilisieren. Angesichts oft knapper Mehrheiten in den Landtagen gerieten sie so mitunter zum Zünglein an der Waage. In Mecklenburg agierten diese Gruppen in der Mitte des politischen Spektrums und waren zu Koalitionen nach links wie rechts bereit. Gerade die bäuerlichen Parteien zeichnete mitunter eine gewisse Abneigung gegenüber der Stadtbevölkerung aus, Ausdruck einer latenten Spannung zwischen Stadt und Land. Zugleich drohten die Interessenparteien zwischen den ideologischen Frontlinien zerrieben zu werden.⁵¹ Der Thüringer Landbund, seit 1924 permanent Teil der wechselnden Regierungskoalitionen, firmierte hingegen von Anfang an im rechten politischen Lager. Seine Kooperation mit der NSDAP 1930 und erneut 1932 trotz schlechter Erfahrungen bei der Einbindung der Rechtsradikalen bewies ideologische Starrsinnigkeit bei einem katastrophalen Mangel an Weitsicht.⁵² Eine ostdeutsche Demokratiegeschichte muss sich auch dieser Parteien annehmen.

Neue Zeiten auch in der Zivilgesellschaft

Demokratie zu leben bedeutete ein nach den Erfahrungen von Monarchie und Erstem Weltkrieg ungewohntes Mehr an Verantwortung, aber auch an Freiheiten, nicht nur politisch, sondern auch gesellschaftlich-persönlich. Es ist aufschlussreich, wie viele Menschen diese Möglichkeiten nutzten und legt Zeugnis ab von den nicht immer als direkte Folge der politischen Umwälzungen erkennbaren Fortschritten. Zumindest im städtischen Umfeld testeten Menschen in den Weimarer Jahren Grenzen weitaus freier aus, als dies bisher möglich gewesen war. Vorstellungen von Männlichkeit und Weiblichkeit wandelten sich, konnten sich nun wandeln, ohne dass eine polizeiliche Reaktion drohte. Sexuelle Identitäten wurden in Frage gestellt, neue Beziehungsmodelle konnten sich erproben. So viel Freiheit und Veränderung machte allerdings so manchem Angst, stieß auf Abwehr und Abwertung – vor allem bei Vertretern des traditionell von der Sozialordnung bevorzugten »starken« Geschlechts, aber auch bei traditionell eingestellten Frauen.⁵³ Mathilde Vaerting, bei ihrer Berufung nach Jena 1923 die erste ordentliche Professorin an einer deutschen Volluniversität, legte gar offen die Axt an die verbreitete Überzeugung, dass sich Männer und Frauen qua Geburt durch spezifische Eigenheiten voneinander unterscheiden. Sie argumentierte überzeugend, dass geschlechter-spezifische Eigenschaften nicht auf natürlichen Gegebenheiten fußen, sondern unter anderem im Sinne des Erhalts der bestehenden Verhältnisse in Elternhaus und Schule anerzogen wurden. Diese und andere Thesen brachten ihr freilich neben einer für ihre Zeit beachtlichen Bekanntheit auch eine zum Teil unversöhnliche Opposition an ihrer Hochschule ein, und sie fand sich in ihren zehn Jenaer Jahren stets in der Position der Außenseiterin.⁵⁴ Bezogen auf die Gesamtheit

51 — Kasten: Herren (2011), S. 392–396.

52 — Wahl u. a.: Regierungschefs (2007), S. 39–41, 45.

53 — Jähner: Höhenrausch (2022), S. 304–327, ausführlich zur Sexualität Marhoefer: Sex (2015).

54 — Vgl. ausführlich zu Vaerting und ihrer späten Ehrung in Jena Faludi (Hg.): Mathilde Vaerting (2023).

der weiblichen Bevölkerung blieb die »neue Frau« der Weimarer Jahre eine Minderheit, die sich zudem eher in den größeren Städten manifestierte. Auf dem Weg zur tatsächlichen Gleichberechtigung brachte die Weimarer Republik zahlreiche wichtige Fortschritte. Doch an manchem Punkt blieb es bei Postulaten, nicht zuletzt, weil der Republik keine 15 Jahre vergönnt blieben.⁵⁵

Traditionelle Normen waren schon vor den Weimarer Jahren infrage gestellt worden. Doch nun konnten sich erstmals alternative Lebensformen relativ frei entfalten. Wie sich dies lokal und regional im Einzelfall vollzog und mit welchen Gegenreaktionen zu rechnen war, ist jedoch bisher nicht umfassend erforscht worden. Sichtbar eignet sich das Thema aber bereits gegenwärtig für einen Rückblick auf die Wurzeln aktueller Debatten und reizt zu Vergleichen, lassen sich doch viele gegenwärtige Argumente und (Abwehr-)Reaktionen wiedererkennen.

Vergleichbares galt auch im kulturellen Bereich, der sich in den Weimarer Jahren überaus lebendig präsentierte, gerade auch in Ostdeutschland. Auf die Rolle des durchgehend in Ostdeutschland ansässigen Bauhauses für die materielle Kultur der Weimarer Jahre wurde bereits eingegangen. Ikonographisch bis heute präsent sind die Produktionen, die in den UFA-Filmstudien im brandenburgischen Nowawes (heute Babelsberg) entstanden. Doch nicht nur die junge Filmindustrie, die in diesen Jahren ihren eigentlichen Durchbruch erlebte, trug zu der bunten Vielfalt der Weimarer Jahre bei. Auch jenseits der medial überrepräsentativen Kulisse Berlins⁵⁶ präsentierte sich das kulturelle Leben in der Demokratie überaus wechselhaft, stieß aber zugleich permanent auf Gegenstimmen. Weimar sah im September 1922 den Internationalen Kongress der Konstruktivisten und Dadaisten. Die Beteiligten besuchten mehrfach das benachbarte Jena, wo das Publikum freilich zum Teil feindselig auf die ungewohnten Inhalte reagierte.⁵⁷ Auch in Weimar konnten angesichts der Konfrontation mit dem Neuen mitunter wütende Forderungen nach einem Eingreifen der Polizei lautwerden.⁵⁸ Die Spuren dieses vielfältigen »Kulturkampfes« lassen sich auch 100 Jahre nach den Ereignissen noch nachzeichnen und sind ein dankbares Feld für Diskurse über Tradition und Innovation, über den Unterschied von Stadt und Land. Zwar darf das Bild von den »Goldenen Zwanzigern« nicht verklärend überbetont werden,⁵⁹ sie hoben sich dennoch in ihren pluralistischen Möglichkeiten markant von den Jahren vor 1918 und nach 1933 ab.

Das deutsche Vereinswesen hatte sich im gesellschaftlichen, während des 19. Jahrhunderts auch im politischen Leben schon lange vorher reichhaltig entwickelt. Gleichwohl bedeutete die Demokratisierung in vielerlei Hinsicht einen Quantensprung, dessen Auswirkungen vielfach bis heute nachwirken. So war selbst in dem moderat liberalisierten Reichsvereinsgesetz von 1908, das zweifellos seinerzeit einen Fortschritt dargestellt hatte, Jugendlichen bis 18 Jahren die Mitgliedschaft in politischen Vereinen untersagt geblieben. Die Weimarer Verfassung aber setzte jenseits der Bestimmungen des Strafrechts keine Grenzen mehr für die Vereinsfreiheit. Die Jugendorganisationen der politischen Parteien konnten sich wie zahlreiche andere Gruppen unter diesen Bedingungen formieren und aufblühen.⁶⁰ Bereits im August 1920 trafen sich rund 2.000 Jungen und Mädchen der sozialdemokratischen

55 — Heinsohn: Ort (2023), S. 127–129.

56 — Medial transportiert nicht zuletzt durch Formate wie die mehrteilige Fernsehserie Babylon Berlin.

57 — Siehe ausführlich bei Wendermann: Kongress (2008).

58 — Faludi: Weimar (2019), S. 243–245.

59 — Tuchel: Anknüpfungspunkte (2018), S. 24.

60 — Für eine Einführung in das Thema siehe Stambolis: Jugendbewegungen (2023), S. 104–119, für die bürgerlichen Parteien Krabbe: Zukunft (1995). Eine ostdeutsche Regionalstudie für die Sozialdemokratie bietet Wasser: Wirken (1997).

Arbeiterjugendbewegung zum Reichsjugendtag in Weimar.⁶¹ Auch jenseits eines politischen Rahmens gaben die neuen Möglichkeiten, verbunden mit dem sozial- und bildungspolitischen Anspruch der jungen Demokratie, aber auch die Herausforderungen von Krise und Not mächtige Impulse. Die Volkshochschulbewegung⁶² wie auch die Organisationen der Arbeiterwohlfahrt⁶³ waren Kinder der ersten Zwischenkriegsjahre und nahmen in Folge eine rasante Entwicklung. Ihre Spuren lassen sich in zahlreichen ostdeutschen Städten nachvollziehen. Wohl eher eine Geburt der Krise war die *Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft*, Vorläufer der Deutschen Forschungsgesellschaft, die Anfang 1920 in Berlin entstand und bald die deutschen Akademien und zahlreiche weitere Akteure vereinte.⁶⁴ An der Binnendemokratie der Institution wie auch der demokratischen Überzeugung ihrer Akteure gab es freilich berechtigte Zweifel, und die Förderung für völkische Wissenschaftler wurde offen kritisiert.⁶⁵

Die Vielzahl gesellschaftlicher Akteure, welche in dem Freiraum der jungen Republik entstanden, lässt sich hier unmöglich nachzeichnen. Die wenigen genannten Beispiele müssen deshalb als Hinweis genügen und sollen als Ansporn verstanden werden, in Kooperation mit den heute bestehenden Nachfolgeorganisationen in den ostdeutschen Städten die mitunter verschütteten Weimarer Wurzeln – ob nun prodemokratisch oder nicht – bewusst zu vergegenwärtigen. Sie sind ein weiterer Hinweis darauf, wie viel unsere heutige Gesellschaft den nicht einmal anderthalb Jahrzehnten der ersten deutschen Demokratie verdankt.

Reichstag, Landtage und andere politische Gremien waren für das Funktionieren der jungen Republik auf allen Ebenen von entscheidender Bedeutung. Kaum weniger wichtig aber war die Frage, wie die neue politische Ordnung angenommen wurde, inwieweit das Staatsvolk sie wirklich als die ihre betrachtete. Dies manifestierte sich nicht nur im Abstimmungsverhalten an den Wahlurnen, sondern auch darin, wie weit Bereitschaft bestand sich im Alltag zur Demokratie zu bekennen. Das schloss ein, das Erreichte im staatsbürgerlichen Stolz zu feiern. Stießen Festlichkeiten anlässlich des Revolutionsdatums 9. November selbst im linksbürgerlichen Lager auf Ablehnung,⁶⁶ bestand anfangs Hoffnung, den Jahrestag der Reichsverfassung erfolgreich zu einem zentralen Bestandteil einer die Republik bejahenden Feierkultur zu gestalten. Der Verfassungstag, ab den frühen 1920ern feierlich am oder um den 11. August jährlich begangen, konnte freilich nie die Akzeptanz der gesamten Bevölkerung gewinnen. Ungeachtet der oft reservierten bis ablehnenden Haltung im konservativ-bürgerlichen Lager entwickelte sich bis Mitte der 1920er eine republikanische Feierkultur, bei der insbesondere der in Magdeburg gegründete republikanische Wehrverband *Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold* ab 1924 prominent hervortrat.⁶⁷ Auf zahllosen regionalen Veranstaltungen, machtvoll auch auf großen zentralen Feiern, demonstrierten bis 1932 jedes Jahr aufs Neue hunderttausende Menschen ihr Bekenntnis zur Republik. Großereignisse auch in ostdeutschen Städten wie 1924 in Weimar,⁶⁸ 1927 in Leipzig, insbesondere aber der Aufmarsch von 75.000 Reichsbannerleuten 1929 in Berlin, demonstrierten unübersehbar: Die Redewendung von der Weimarer Republik als Demokratie ohne Demokraten und Republik ohne Republikaner, ein Bild, das ursprünglich ohnehin ihre Verächter gemalt hatten, entsprach nicht der Wahrheit.⁶⁹

61 — Faludi: Weimar (2021), S. 202–222; <https://www.rlorenz.de/texte/reichsjugendtag-der-arbeiterjugend-1920-in-weimar/>, z. a. 15.10.2024.

62 — Nicht wenige Volkshochschulen sind sich dieses Erbes durchaus bewusst und erinnern daran, 2019 erschien zudem eine Sonderbriefmarke anlässlich des 100. Jubiläums, vgl. https://www.vhs-jena.de/de/wir_ueber_uns/geschichte/649495; https://www.vhs-weimar.de/fileadmin/redaktion/Buch_100JahreVHS/html5.html#/1; <https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Pressemitteilungen/Briefmarken/2019/2019-03-27-PM14.html>, alle z. a. 13.10.2024.

63 — Siehe <https://awo.org/service/kampagnen/jubilaeumsjahr/>; <https://www.awo-mv.de/wir-feiern-100-jahre-awo.html>, z. a. 13.10.2024.

64 — Ausführlich zu den Weimarer Jahren vgl. Wagner: *Notgemeinschaften* (2021), S. 21–152.

65 — Ebd., S. 138–146.

66 — Vergleiche die Reaktion in Thüringen, als die Linksregierung von August Frölich ihn 1921 zum Feiertag erhob, *Die Notgesetze vor dem Landtag*, in: *Jenaer Volksblatt* (Zweites Blatt) v. 12.11.1921.

67 — Poscher: *Verfassungsfeiern* (1999), S. 11–20.

68 — Siehe zu 1924 die eigens herausgebrachte Schrift, Kindermann: *Jahrestag* (1924).

69 — Schumann: *Weimar* (2023), S. 100, 109.

Ein Blick zurück auf die Verfassungsfeiern ist vielerorts nicht nur über städtische Archive, sondern dank des relativ festen Datums der Feiern niedrigschwellig auch mittels historischer Zeitungen möglich, lässt sich zum Teil dank historischer Aufnahmen gar visualisieren. Die Orte der Ereignisse sind mitunter noch vorhanden und können besucht werden. Die Quellen vermitteln einen guten Eindruck der Ereignisse wie auch der zeitgenössischen Rezeption, die in einem Blatt des rechtsbürgerlichen Lagers naturgemäß ganz anders ausfiel als von Seiten der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei oder der Sozialdemokratie. Auch ein Vergleich mit dem Tag der Deutschen Einheit als gegenwärtiges Pendant bietet sich förmlich an, vielleicht gar als ein Brückenschlag zur Vergangenheit zwischen der gegenwärtigen Republik und ihrer Vorgängerin. Auch wenn in Ostdeutschland Massenaufmärsche zur Feier eines Verfassungs- oder Staatsgeburtstages zu leicht Assoziationen mit den Ritualen der DDR wecken können, Weimar feierte seine Verfassung durchaus auch mit selbst heute noch innovativen Elementen – etwa 1930 in Thüringen mit einer Sternfahrt des Deutschen Autoklubs nach Weimar, an der rund 170 Fahrzeuge teilnahmen.⁷⁰ Dies war umso aufsehenerregender, als im Land der ersten NSDAP-Regierungsbeteiligung von staatlicher Seite keine Hilfe zu erwarten war.

Die Verteidiger der Demokratie

Die Verteidigung der Demokratie fand auf zahlreichen Ebenen statt und beschränkte sich keineswegs auf die klassischen Akteure in Justiz, Beamtenschaft und bei den Sicherheitskräften, die als erste in den Sinn kommen mögen. Sie speiste sich vielmehr auch aus der Gesellschaft heraus. Größter, vielfach auch optisch besonders hervortretender Akteur war das bereits erwähnte Reichsbanner, dessen Gründung im Februar 1924 auf einer Konferenz in Magdeburg beschlossen wurde. Mehrheitlich von Sozialdemokraten geprägt, aber auch für Anhänger der Zentrumspartei und der Deutschen Demokratischen Partei offen, konnte der Wehrverband, der sich als Schutz gegen die Feinde der Republik von links wie rechts verstand, schließlich rund 1,5 Millionen Mitglieder mobilisieren.⁷¹ Mit der Nachfolgeorganisation findet sich ein in Ost- wie Westdeutschland aktiver Kooperationspartner, der auch das historische Erbe anschaulich präsentiert. Die Gedenkstätte Deutscher Widerstand verfügt in ihrem Schaudapot über zahllose eindrucksvolle historische Fotos, Exponate und Druckschriften, die über eine digitale Sammlung einsehbar sind.⁷² Forschungsstand und Vermittlungsmöglichkeiten sind aus diesem Grund gut. Was das Reichsbanner wie auch die mit ihr eng verbundene Eiserne Front⁷³ so attraktiv macht, ist ihr Charakter als Massenphänomene, deren Aktivitäten und Akteure sich nahezu überall nachweisen lassen und damit direkt in den geographischen Referenzrahmen des Publikums verweisen. Historische Berichte – aus der Reichsbannerzeitung selbst wie aus anderen Quellen – und Fotos ermöglichen es, eine lebendige Geschichte vom Einsatz für die Demokratie in Ostdeutschland zu vermitteln, die durch archivierte Erinnerungen wie auch Informationen aus der juristischen Aufarbeitung von politischen Verbrechen der späten Weimarer Jahre ergänzt werden können. Gestützt auf die vielfältigen Quellen ist es möglich, neben traditionellen Vermittlungsformen wie Ausstellungen und Vor-

70 — Verfassungsfeier der deutschen Autosportler in Weimar, in: *Jenaer Volksblatt* v. 11.8.1930.

71 — Ausführlich Elsbach: *Reichsbanner* (2019).

72 — Vgl. <https://www.reichsbanner.de/reichsbanner-heute>; für Biogramme, historische Informationen, Angaben zum Schaudapot und digitaler Sammlung <https://www.reichsbanner-geschichte.de/>, beide z. a. 11.10.2024.

73 — Einen Überblick bietet Elsbach: *Front* (2022).

trügen auch populärwissenschaftliche Publikationen oder alternative Methoden der Präsentation wie etwa Bildgeschichten als ebenso anschaulich wie authentisch einzusetzen. Zudem bietet sich ein Austausch mit heutigen zivilgesellschaftlichen Akteuren und Akteurinnen an, die sich unter mitunter sehr schwierigen Bedingungen für Pluralität und Demokratie einsetzen.

Die anderen zahlenmäßig starken Wehrverbände der Weimarer Zeit erscheinen hingegen nur aus einer vergleichenden Perspektive interessant, auch wenn sie zum Teil ebenfalls ostdeutsche Wurzeln haben. Über das historische Urteil zu den Schlägergarden der SA kann kein Zweifel bestehen, doch auch der in Magdeburg gegründete DNVP-nahe *Stahlhelm* stand im Lager der Republikfeinde auf der Rechten. Der 1924 in Halle (Saale) entstandene kommunistische *Rotfrontkämpferbund* stellte sich zwar offen gegen die Rechtsradikalen, doch war seine Beziehung zur Republik, ihren Vertretern und Verteidigern vielfach konfrontativ. So können die Wehrverbände jenseits des Reichsbanners zwar keinesfalls unreflektiert gleichgesetzt werden und müssen erforscht werden, als positive Bezugsgrößen einer demokratiegeschichtlichen Vermittlung erscheinen sie jedoch ungeeignet.

Wird die Frage nach einer demokratiegeschichtlichen Betrachtung der Verteidigung und Wehrhaftigkeit der Weimarer Republik durch bewaffnete Formationen gestellt, so erweist sich der vermeintlich naheliegende Weg – etwa die Streitkräfte der ersten deutschen Demokratie als Bezugspunkte in die Tradition der Bundeswehr einzu beziehen – rasch als problematisch. Der weitgehende Gewaltverzicht der militärischen Entscheidungsträger der monarchischen Streitkräfte ungeachtet anderslautender Befehle in der Umbruchssituation von 1918 trug zweifellos zum schnellen und blutarmen Sieg der Revolution bei.⁷⁴ Doch scheint fragwürdig, dass bereits die pure Negation von Handeln der bewaffneten Kräfte zugunsten der alten Mächte lobend zu würdigen ist. Mehr noch, das tatsächliche Handeln der an ihre Stelle tretenden Freikorps, Reichswehr und verbündeter Formationen ist höchst zwiespältig zu bewerten.

Die zahlenmäßig beträchtlichen, in ihrem Vorgehen nicht selten brutalen und oft auch eigenmächtigen Kombattanten im Baltikum, Posen und Schlesien verbieten sich für eine positive Bezugnahme zusätzlich auch aus Rücksichtnahme auf die betroffenen Länder.⁷⁵ Doch auch innerhalb des heutigen deutschen Staatsgebiets kam es nicht zuletzt in Ostdeutschland zu bewaffneten Auseinandersetzungen, obgleich die Revolution scheinbar vollständig gesiegt hatte und eine organisierte Gegenrevolution zunächst ausblieb. Die Konflikte entzündeten sich vielmehr ähnlich wie 1848/49 an der Frage, ob das bereits Erreichte ausreichend sei, oder die Revolution nicht vielmehr weitergetrieben werden müsse. Das verbal brachiale und mitunter auch durch tatsächliche Gewalt unteretzte Auftreten der Linksradikalen förderte zusammen mit der ein gutes Jahr nach der russischen Oktoberrevolution verbreiteten, wenn auch irrationalen Bolschewismusfurcht die Bereitschaft für eine harte, ja unmenschliche Gegenreaktion, die auch von Teilen der Sozialdemokratie mitgetragen wurde. Im Landesinnern agierten die Streitkräfte deshalb mit grundsätzlicher Billigung der Reichs- und Länderregierungen zwar zur Niederschlagung (linker) Bedrohungen in Kampfhandlungen, die mitunter das Ausmaß von regel-

74 — Vgl. Platt: Anfang (2023).

75 — Bartuschka/Elsbach: Baltikum (2023); Elsbach: Grenzkämpfe (2023), S. 95–107.

rechten Schlachten annahmen und auch den Einsatz schweren Geräts umfassen konnten – aus militärischer Sicht weit mehr als Kleinkriegsscharmützel. Doch kennzeichnete beginnend mit der Niederschlagung des »Spartakusaufstands« im Januar 1919 und abschließend in der Niederschlagung der Roten Ruhrarmee im Frühjahr 1920 ein solches Ausmaß an Gewaltexzessen gegen gegnerische Kombattanten wie gegen unbeteiligte Zivilisten die Ereignisse, dass auch in diesem Fall eine positive Bezugnahme ausgeschlossen ist.⁷⁶ Dies blieb nicht der einzige dunkle Fleck auf dem Andenken der Reichswehr. In der wenngleich nur kurzzeitigen Fundamentalkrise des gegenrevolutionären Kapp-Lüttwitz-Putsches im März 1920 stellte sich gerade einmal einer der sieben Divisionskommandeure unmissverständlich und offen auf Seiten der rechtmäßigen Regierung. Wie viele Offiziere taktierten die übrigen oder stellten sich gar offen auf Seiten der Meuterer – letzteres war insbesondere im Nordosten der Republik der Fall. Ähnlich wie die Reichsregierung in Berlin fanden sich mehrere Landesregierungen verraten, mussten fliehen oder wurden zeitweilig abgesetzt.⁷⁷ Dieses beschämende Gesamtbild militärischer Illoyalität darf freilich nicht den Blick für die Gegenbeispiele verschleiern. In Ostdeutschland fanden sich zahlreiche Personen, mehrheitlich in den Reihen von Soldaten und Unteroffizieren, die weit besser als Vorbilder geeignet erscheinen als ihre Kommandeure. In mehreren Garnisonsorten verweigerten die Männer ihren verräterischen Vorgesetzten den Befehl und ließen den Putsch damit ins Leere laufen, nahmen sie mitunter sogar fest.⁷⁸ Republiktreue Zeitfreiwillige machten während ihres Thüringen-Einsatzes die Mordtaten ihrer »Kameraden« publik, im brandenburgischen Hennigsdorf organisierte Reserveleutnant Werner Meier die Ortswehr zum Schutz vor den Putschisten.⁷⁹ Zweifellos könnte eine systematische Aufarbeitung des Putschgeschehens weitere Beispiele finden und Akteure namhaft machen. Es bleibt eines der großen Versäumnisse der Republik, dass auch nach dem Putsch keine umfassende, entschlossene juristische und militärrechtliche Aufarbeitung der Ereignisse erfolgte. Dies verhinderte nicht nur eine Reform der Streitkräfte, es musste zwangsläufig auch wesentliche Teile der Bevölkerung vor den Kopf stoßen, denen nicht entging, dass die militärischen und paramilitärischen Täter praktisch straflos ausgingen.

Letztlich blieben Ansätze auf der Strecke, die deutschen Streitkräfte im Zuge des politischen Umbruchs tiefgreifend zu demokratisieren. Die frühen demokratischen Regierungen sympathisierten zwar zum Teil mit Initiativen wie dem *Republikanischen Führerbund*, der 1920 bis zu 18.000 Militärs, Polizeioffiziere und zivile Unterstützer umfasste. Sie waren aber nicht bereit, den Konflikt mit der Militärführung zu riskieren, auf die sie angewiesen zu sein glaubten. Forderungen des Führerbundes wie die Besetzung aller militärischen Leitungsstellen mit Republikanern, dauerhafte Gewährung des aktiven und passiven Wahlrechts für Militärangehörige und vollständige Unterstellung der Armee unter die Zivilgewalt waren zukunftsweisend. Die Reichswehrführung konnte sich freilich der Reformer effektiv entledigen. So wurden zahlreiche prorepublikanische Offiziere entlassen. Sie spielten bereits keine relevante Rolle mehr, als die Reichswehr auf Friedensgröße heruntergeschrumpft als Armee in einer Republik, aber nicht als Armee der Republik Anfang der 1920er Jahre die Gestalt annahm, die sie bis 1933 behalten sollte.

76 — Braune: Sicherung (2023), S. 336. Für eine aufschlussreiche Schilderung der Wirkung von Suggestionen siehe Jones: Anfang (2017).

77 — Vgl. Faludi: Kapp (2023), S. 68–86; Inachin: Durchbruch (2004), S. 61 f., 102.

78 — Vgl. mit Beispielen für Sachsen-Anhalt Könnemann/Schulze (Hg.): Kapp (2002), S. 686–688; für das thüringische Altenburg ebd., S. 765–768.

79 — Lübcke/Elsbach: Einigkeit (2023), S. 107–109.

Zumindest in einem Punkt gelang es freilich, erhebliche Fortschritte im Vergleich zum Kaiserreich oder der weitgehenden Macht der Obersten Heeresleitung im Weltkrieg zu erzielen. Schrittweise verbesserte sich die Unterstellung der Streitkräfte unter zivile Kontrolle. Die Armee wandelte sich zugleich zu einer uniformen Streitmacht, in der die bis dato formal eigenständigen Verbände von Gliedstaaten wie etwa Bayern aber auch Sachsen integriert werden konnten. Mit dem Reichspräsidenten war nun ein demokratisch gewählter Volksvertreter Oberbefehlshaber, bis 1928 fungierte ein Zivilist als Reichswehrminister – so kontrovers der erste Amtsinhaber bis 1920, der gebürtige Brandenburger Gustav Noske, auch bleibt. Selbst in Krisenzeiten konnte das Militär nicht mehr gewohnt souverän agieren, sondern erhielt Zivilkommissare zur Seite gestellt, deren Gegenzeichnung für Maßnahmen der örtlichen Kommandeure notwendig war. Männer wie Arnold Paulssen in Thüringen, Walther Schreiber in Sachsen-Anhalt (beide 1920) und Otto Hörsing in Sachsen (1921) standen für die Eingrenzung der militärischen Befehlsgewalt, werden aber als Akteure bei der Betrachtung der Ereignisse nicht immer ausreichend berücksichtigt. Auch wenn das Gewaltmonopol des Reiches fragil blieb, Konzepte wie der Staatsbürger in Uniform und die Parlamentskontrolle der Armee waren keine Neuschöpfung nach 1945, sondern wurden in der Weimarer Republik erdacht und partiell auch umgesetzt. Diese Vorwegnahme des Aufbaus der Bundeswehr als Parlamentsarmee verdient Anerkennung. Das vorepublikanisch geprägte Offizierskorps fremdelte indes mehrheitlich mit diesen Innovationen, und der Republik blieben nicht ausreichend ruhige Jahre vergönnt, um einen umfassenden Gesinnungswandel auf evolutionärem Wege zu erzielen.⁸⁰ Es scheint vielversprechend, auch die ostdeutschen Akteure für eine Militärreform zu erforschen und namhaft zu machen.

Ob man den Reichswehreinsatz im Herbst des Krisenjahrs 1923 gegen die parlamentarisch legitimierten sozialdemokratisch-kommunistischen Regierungen Sachsens und Thüringens als Beispiel für die Wehrhaftigkeit der Republik heranziehen kann und soll, bleibt umstritten. Die Reichsregierung bewies ihre Handlungsfähigkeit angesichts zahlloser gleichzeitiger Krisen. Sie steuerte jeglichen Putschüberlegungen kommunistischer Hitzköpfe entgegen und sicherte den mitteldeutschen Raum für einen möglichen Konflikt gegen das offen aufrührerische Bayern. Bei der Reichsexekution in Sachsen und Absetzung der dortigen Regierung respektive dem Einmarsch in Thüringen behielt Berlin weitgehend die Kontrolle über die militärische Macht und managte den zügigen Übergang zu stabileren Verhältnissen. Zugleich aber wurde bereits von Zeitgenossen der Marschbefehl als gefährlicher Präzedenzfall betrachtet, dessen Rechtfertigung keineswegs über alle Zweifel erhaben sei. Zudem musste das einmal mehr von der Reichsregierung geduldete brutale Vorgehen der Truppe, die Dutzende Tote und weit mehr Verletzte zu verantworten hatte, das Ansehen der republikanischen Staatsform schädigen, insbesondere da man die zeitgleichen rechtsgerichteten, verräterischen Umtriebe in Bayern mit demonstrativem Langmut beobachtete. Wenig überraschend erreichte die Regierungskoalition Stresemann angesichts dieser Ereignisse für die Sozialdemokraten ihre Sollbruchstelle.⁸¹

80 — Braune: *Sicherung* (2023), S. 337, 340–344, 347 f.

81 — Vgl. Ulrich: *Deutschland* (2022), S. 142–168.

Verteidiger der Demokratie fanden sich freilich nicht selten auch ganz spontan zusammen, wie sich etwa während des Kapp-Lüttwitz-Putsches erwies.⁸² Die Weimarer Arbeiter, die sich am 13. März 1920 teils in Absprache mit ihrer Landesregierung, teils eigenmächtig Waffen beschafften und die putschende Sicherheitspolizei entwaffneten, waren in der überwiegenden Mehrheit ebenso wenig linksradikale Wirtsköpfe wie die Geraer, die zwei Tage darauf in achtstündigen Kämpfen mehr als 1.000 meuternde Soldaten und Paramilitärs festsetzten und der reußischen Landesregierung die Rückkehr ermöglichten.⁸³ Als semilegale Verbände mögen sie modernen Ordnungsvorstellungen widersprechen, zudem suchte die DDR-Propaganda sie zu Vorläufern der bewaffneten Formationen des ostdeutschen Staates zu adeln.⁸⁴ Andererseits scheint offenkundig, dass solche spontane und dezentrale Militanz einen wesentlichen Beitrag zum Totlaufen des Putschversuches leistete. Angesichts der Schwäche der Republik und des Versagens der traditionellen Verteidiger mussten Akteure aus der Zivilgesellschaft in die Bresche springen – freilich konnte dieser Aktionismus auch aus dem Ruder laufen. Vergleichbare Formen von spontaner Mobilisierung aus der Gesellschaft heraus fanden sich auch zu anderen Anlässen. So traten beispielsweise im Juli 1922 die Arbeiter der Firma Carl Zeiss, Jena in den Ausstand, um die Beurlaubung von mehreren Dutzend Kollegen für den Hilfsdienst in der Polizei zu erzwingen. Sie sahen darin einen Beitrag zum Schutz der Republik in der aufgeheizten Situation nach dem Mord an Walther Rathenau.⁸⁵ Die Bereitschaft durch Streik, nötigenfalls aber auch durch Gewalteininsatz für die Erhaltung der revolutionären Errungenschaften einzutreten, war ein wesentlicher Bestandteil der Verteidigung der Republik. Die Motive der Beteiligten waren komplex, und nicht jeder war tadelloser Demokrat oder Demokratin im heutigen Sinn. Dennoch verdient der mutige Einsatz in zahllosen Städten und Gemeinden Ostdeutschlands Respekt und sollte erinnert werden.

Wie die Republik zerstört wurde

Wie eingangs erwähnt, wäre es irreführend, das Bild von der Zerstörung der Republik ihre Wahrnehmung dominieren zu lassen. Gleichwohl muss eine demokratiegeschichtliche Betrachtung auch den Verlust der Demokratie beleuchten, nicht zuletzt, weil vielfach die Frage formuliert wird, wie viel *Gestern* im *Heute* zu finden ist. Die reflexartige Frage nach oder Furcht vor der Rückkehr der »Weimarer Zustände« mag man widersprechen oder bedauern, sie herablassend zu verwerfen wäre ebenfalls unangemessen. Historische Ereignisse können freilich ebenso wenig nahtlos auf die Gegenwart übertragen werden, und unreflektierte Gleichsetzungen sind einer abgewogenen Debatte und Ursachenforschung eher abträglich. Der Untergang der Republik 1933 war kein Automatismus und stieß auf energische, wenn auch letztlich erfolglose Gegenwehr, auch das muss erinnert werden.⁸⁶ Dennoch ist der Blick zurück auch auf das Ende der Republik nicht nur aus wissenschaftlicher Neugier relevant. Er hilft auch daran zu erinnern, wie fragil die Demokratie ist und dass es des Einsatzes auf allen Ebenen von Politik und Gesellschaft bedarf, um sie zu erhalten. Die ostdeutschen Länder der Weimarer Republik ermöglichen solche Betrachtungen an einer Vielzahl von

82 — Vgl. exemplarisch die im Rahmen eines Ausstellungsprojektes erstellte Karte für den mitteldeutschen Raum, die zur Erweiterung einlädt in Faludi: *Gegenrevolution* (2021), S. 88 f.

83 — Bartuschka: *Gewaltoligopol* (2021), S. 53–56, 61 f.

84 — Vgl. Faludi: *Konflikt* (2021), S. 253–260.

85 — Beilegung des Konflikts im Zeißwerk, in: *Jenaer Volksblatt* v. 10.7.1922.

86 — Lübcke/Elsbach: *Einigkeit* (2023), S. 70–72; Sabrow: *Weg* (2023), S. 218–223.

Beispielen, schon vor der fatalen Entscheidung, Adolf Hitler am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler zu ernennen. Die Schwächung der Demokratie begann bereits mit Herrschaft republikseptischer bürgerlicher Kabinette, die sich bereitwillig-blind von völkischen Demokratiefeinden tolerieren ließen. Die Entlassung von Beamten prorepublikanischer Gesinnung und ein ideologisches Roll-back sowie die oft weitgehende Toleranz gegenüber Rechtsradikalen vermochten die Demokratie noch nicht zu zerstören. Sie halfen aber selbst in den stabileren Jahren der Weimarer Republik und mehr noch in Krisenzeiten dem Erhalt und später dem Aufstieg der offenen Demokratiefeinde. Der angerichtete Schaden ließ sich auch bei der Rückkehr der prorepublikanischen Parteien in die Regierungsverantwortung nicht in gleicher Schnelligkeit beheben. Beispiele dafür finden sich etwa in Mecklenburg-Schwerin 1924–1926 und 1929/30 wie auch in Thüringen 1924–1927.⁸⁷ In noch höherem Maße galt dies, wenn rechtsbürgerliche Parteien NSDAP-Mitgliedern zur Regierungsverantwortung verhalfen, wie 1930 in Thüringen, erstmalig in ganz Deutschland. Dieses Bündnis zerbrach rasch, aber in doppelter Torheit machten die selben Akteure sich im Juli 1932 nunmehr in der Juniorrolle zum Steigbügelhalter für einen NSDAP-Ministerpräsidenten.⁸⁸ Das so lange Jahre sozialdemokratisch-linksliberal regierte Anhalt sah im Frühjahr 1932 die erste NSDAP-geführte Landesregierung überhaupt.⁸⁹ Ende 1932 präsentierten sich die Nationalsozialisten neben Thüringen und Anhalt auch in Mecklenburg-Schwerin als regierungsführend, in Mecklenburg-Strelitz waren sie Teil eines rechten Koalitionskabinetts.⁹⁰ Das auch weite Teile Ostdeutschlands umfassende Preußen blieb unter dem zwischen Frühjahr 1920 und Frühjahr 1932 mit kurzen Unterbrechungen amtierenden Ministerpräsidenten Otto Braun zwar lange ein Bollwerk der Demokratie. In den preußischen Provinzen Brandenburg und Sachsen hatten jedoch bereits 1929 fast 40 Prozent der Wähler den Republikfeinden auf der Linken in Gestalt der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) oder Rechten (DNVP, NSDAP und kleinere Rechtsparteien) ihre Stimme gegeben. In Pommern stellten prorepublikanische Abgeordnete infolge der starken Position der DNVP bereits ab 1925 eine Minderheit dar.⁹¹ Dies relativiert auf regionaler Ebene die zweifellos gerechtfertigte Darstellung Preußens als Bollwerk der Republik, auch wenn die Einflussmöglichkeiten der Provinziallandtage begrenzt waren. Offenkundig hatten Ende der 1920er/Anfang der 1930er Jahre ein beträchtlicher Teil der Ostdeutschen den Parteien der Republik das Vertrauen entzogen und setzen dieses in ihre Feinde. Es wäre selbstverständlich verfehlt, mit plumpen Linien Gleichsetzungen mit der heutigen Situation zu zeichnen, zumal dies kein spezifisch ostdeutsches Phänomen war.⁹² Die Länderbeispiele eignen sich gleichwohl für einen analytischen Blick, wann und wie Demokratiegegner eine Mehrheit erlangen können, wie sich dies auf den politischen Prozess auswirkt, und wie sie operieren, wenn sie mit legalen Mitteln an die Macht gelangen. Neben der emblematischen »Machtergreifung« 1933 gab es bereits partielle Vorwegnahmen, die für eine regionalhistorische Betrachtung umso mehr von Bedeutung sind, weil hier der schleichende Tod der Demokratie nicht durch die Entscheidung in einer weit entfernten Metropole ausgelöst wurde, sondern sich direkt aus dem Wahlverhalten vor Ort speiste.

87 — Inachin: Durchbruch (2004), S. 48 f., 53 f.; Kasten: Herren (2011), S. 334–337; <https://www.benjaminhoff.de/de/article/4145.heute-vor-100-jahren-der-thueringer-ordnungsbund-paktiert-mit-den-volkischen.html>, z. a. 10.10.2024.

88 — Wahl u. a.: Regierungschefs (2007), S. 39–41, 45.

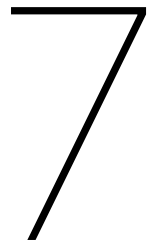
89 — Vgl. Tullner: Dessau (2006).

90 — Inachin: Durchbruch (2004), S. 55–57, 125.

91 — Vgl. <https://www.wahlen-in-deutschland.de/awpltwalg.htm>, z. a. 11.10.2024.

92 — So fanden sich etwa Nationalsozialisten seit 1930 auch in Westdeutschland als Regierungsbeteiligte in Braunschweig, vgl. Rogge: Beispiel (1998).

Die Jahre der ersten deutschen Republik beschränkten den Bogen vom Erkämpfen der Demokratie, über ihren Aufbau, das Leben in ihr und ihre Verteidigung bis zu ihrer Zerstörung. Dabei war das Ergebnis niemals sicher oder naturgegeben. Die Republik hätte bereits 1919/20 oder 1923 scheitern können, und sie hätte ebenso das Jahr 1933 überleben können. Zweifellos war sie schon lange vor ihrer Zerstörung keine ungebrochene Erfolgsgeschichte. Der erste Anlauf eines demokratischen Staates war nicht frei von gravierenden Fehlern, was gerade angesichts der zahlreichen internen wie externen Herausforderungen und der Unerfahrenheit der Akteure in der ungewohnten Regierungsverantwortung wenig überrascht. Doch auch als sie schließlich unterging, war die Republik alles andere als ein Nullsummenspiel, in dessen Ergebnis Deutschland in Ost wie West alles verloren hatte, was ab 1918 erreicht worden war – und noch einiges mehr. Ungeachtet der totalitären Diktatur der Folgejahre wirkte die Weimarer Republik über ihr Ende hinaus und wies in mehr als einer Hinsicht in die Zukunft, begründete ein Erbe, an das 1945 angeknüpft wurde und das sich auch in der Gegenwart noch finden lässt. Diese zukunftsweisenden Impulse lassen sich in Ostdeutschland vielerorts nachweisen. Es mag illusorisch wirken, eine Zeit zu imaginieren, in der der Begriff »Weimarer Verhältnisse« nicht mehr zuerst einen negativen Unterton hat, nicht nur für Gefahr und Chaos steht, für zu viel Nachsicht gegen die Feinde auf der Rechten und zu oft brutaler Härte gegen jene auf der Linken, sondern zeitgleich für Innovation, Chancen und mutigen Einsatz für die Demokratie. In Zeiten, wo auch die gegenwärtige Demokratie gerade in Ostdeutschland vor alten wie neuen Herausforderungen steht, erscheint es aber ein lohnendes Vorhaben, im Blick zurück auch eine Inspiration für Gegenwart und Zukunft zu finden.



Demokratiegeschichte und totalitäre Diktatur 1933–1945

Wohl keine Epoche der deutschen Geschichte ist gegenwärtig präsenter in der bundesdeutschen Erinnerungskultur, historischen Literatur und der Gedenkstättenlandschaft als die zwölf Jahre der totalitären NS-Diktatur. Die historische Verantwortung für die deutschen Verbrechen, namentlich für den Zivilisationsbruch des Holocaust, und die Verpflichtung, an sie zu erinnern und im Sinne eines »Nie wieder!« jegliche Wiederholung des verübten Unrechtes zu verhindern, ist Kern des moralischen Selbstverständnisses Gesamtdeutschlands. Diese Position entwickelte sich freilich erst im Ergebnis eines Prozesses, der sich in Westdeutschland über Jahrzehnte hinzog.¹ Der momentan gültige Grundkonsens von ihrer dominierenden Position wird zudem (wieder) in Frage gestellt: Die politische radikale Rechte fabuliert von einer »erinnerungspolitischen Wende um 180 Grad.«² Nicht damit gleichzusetzen, aber ebenfalls kontrovers wird zugleich gegenwärtig die Angemessenheit des mitunter nivellierenden Vergleichs mit anderen Verbrechen diskutiert, namentlich in der deutschen Kolonialära.³ Er kann jedoch als von einer großen Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger anerkannt gelten, und es besteht Grund zu der Hoffnung, dass dies Bestand hat. Die ostdeutsche Situation ist eine besondere, da diesseits der damaligen deutsch-deutschen Grenze wesentliche frühe Abschnitte des erwähnten Diskussionsprozesses aufgrund der Teilung in zwei Staaten unbemerkt blieben oder nicht umfassender rezipiert wurden. So wurde der Holocaust vor 1989/90 in Ostdeutschland mahndend erinnert, rückte aber erst in den Jahren nach der deutschen Wiedervereinigung im Zuge des fortgesetzten Diskurses um eine angemessene deutsche Erinnerungskultur in das Zentrum des Gedenkens. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte er im memorialen Schatten anderer Themen und auch anderer Verbrechen wie etwa des massenmörderischen deutschen Vernichtungskrieges namentlich auf dem Gebiet der Sowjetunion gestanden, der aufgrund wechselnder Gedenkprioritäten in der aktuellen Erinnerung bedauerlicherweise nur noch begrenzt thematisiert wird.⁴ Der Fokus auf die deutschen Verbrechen ist mehr als nachvollziehbar, ja erscheint unverzichtbar. Im Rahmen des Initiativplans stellt sich zugleich die Frage, ob die Zeit der NS-Diktatur, die sich nicht nur weit un-demokratischer präsentierte als alle auf sie folgenden politischen Systeme, sondern auch weitaus repressiver als die deutschen Monarchien in vorherigen Jahrhunderten, im Rahmen einer demokratiegeschichtlichen Betrachtung eine relevante Rolle spielen kann und soll. Doch obgleich dieser Abschnitt deutscher Historie aus einer solchen spezifischen Perspektive weit weniger zentral erscheint als andere, ist es unmöglich ihn zu ignorieren, und auch er bietet relevante Erkenntnisse.

1 — Frei: Vergangenheit (2022), S. 37–45.

2 — Vgl. dazu Lay: Kyffhäuserkult (2023), S. 14–18.

3 — Vgl. beispielhaft die Diskussion in Friedländer u. a. (Hg.): Verbrechen (2022); Neiman/Wildt (Hg.): Historiker (2022).

4 — Vgl. dazu Schulze/Neiman: Vergangenheitsbewältigung (2022). So wurde 2024 des 80. Jahrestages der Befreiung von Leningrad zurückhaltend gedacht, vgl. <https://germania.diplo.de/ru-de/-/2641746#:~:text=Das%20Auswärtige%20Amt%20am%2027.01,die%20Menschen%20in%20Leningrad%20gebracht,z.a.16.10.2024>.

Eine Diktatur entsteht im Zeitraffer

Das erste Jahr des »Dritten Reiches« präsentierte sich geradezu »idealtypisch« als abschreckendes Beispiel, wie schnell und umfassend Demokratie im Angesicht eines rücksichtslosen Angriffs gegen ihre Fundamente verloren gehen kann. Binnen weniger Wochen wurden die in der Weimarer Verfassung festgehaltenen Grundrechte außer Kraft gesetzt und die Massenverhaftung von Angehörigen der Opposition begann – zunächst vor allem der kommunistischen und bald auch sozialdemokratischen. Die Länderparlamente in Ost- wie Westdeutschland mussten sich mit Ausnahme des am 5. März 1933 gewählten preußischen Landtags gemäß den Wahlergebnissen der bestenfalls halbfreien Reichstagswahl vom selben Datum neu bilden, was den Nationalsozialisten und ihren rechtsbürgerlichen Steigbügelhaltern die absolute Mehrheit garantierte. Zwei Gesetze zur Gleichschaltung der Länder von Ende März/Anfang April 1933 beschnitten zugleich die Befugnisse der Länderparlamente drastisch, die damit keine relevante Entscheidungsgewalt mehr besaßen. Die Auflösung der Landtage Anfang 1934 war nur der letzte Schritt in der Liquidierung von Demokratie und Föderalismus auch auf Länderebene.⁵ Bürgermeister und Gemeinderäte entgingen ihrerseits nicht den politischen Säuberungen. Auch für die preußischen Provinzen folgte nach einer letzten halbfreien Wahl am 12. März 1933, die große Gewinne der NSDAP in West- wie Ostdeutschland brachte, ein rasches Ende für den parlamentarischen Betrieb wie für die Selbstverwaltung der Provinzen als Ganzes.⁶ Die Landeshauptmänner wurden künftig ernannt und nicht mehr gewählt, die Zuständigkeiten der Provinziallandtage drastisch reduziert und diese wie die Provinzialausschüsse im Dezember desselben Jahres ganz aufgelöst. Die Oberpräsidenten, inzwischen ihrerseits durch neues Personal ersetzt, rückten zu Dienstherren der Provinzverwaltung auf, die fortan nach dem Befehlsprinzip funktionierte.⁷

Als Zerrbild der Gründung Thüringens in den ersten Jahren der Weimarer Republik kann ihr Gegenstück in der Diktatur betrachtet werden: Mit dem 1. Januar 1934 trat der Zusammenschluss von Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz in Kraft. Zwar war auch dieser von den beteiligten Landtagen im Frühjahr 1933 beschlossen worden, aber anders als in Thüringen 1920 hatte es zu keiner Zeit einen Aushandlungsprozess auf Augenhöhe gegeben. Vielmehr vollzog sich der Zusammenschluss nach den Maßgaben der neuen Machthaber. Für das kleinere Strelitz gemahnte der Prozess eher an eine feindliche Übernahme.⁸

Die Gleichschaltung der Länder und die regionale Machtsicherung der Nationalsozialisten, die zum Teil bereits gründlich beleuchtet worden ist,⁹ bietet sich an, um die reichsweiten Vorgänge in der Vermittlung mit einer regionalen Perspektive zu ergänzen und so als eine ganz »eigene« Geschichte zu erzählen. Auch wenn die Entscheidungen über Deutschlands politische Zukunft in der Reichshauptstadt fielen, die Umsetzung vor Ort war es, welche die Menschen in den Ländern und Provinzen direkt tangierte. Personen und Vorgänge können so im engeren Umfeld dargestellt werden, vollzog sich die Entmachtung zahlloser demokratisch gewählter Vertreter doch auf allen politischen Ebenen. Ostdeutsche Länder, Städte und Gemeinden können gestützt auf lokale und regionale Studien relativ einfach nachvollziehen, wie Landtage entmachteten,

5 — Post: Machtübernahme (2013), S. 35–44; Rehmer/Strasen: Mecklenburg-Strelitz (2011), S. 220, 225 f.

6 — In Brandenburg und Pommern errangen die Nationalsozialisten die absolute Mehrheit, in der Provinz Sachsen 48,1 Prozent, vgl. <https://www.wahlen-in-deutschland.de/awpltwalg.htm>, z. a. 16.10.2024.

7 — Engeli/Hübener: Provinziallandtag (1999), S. 120–122.

8 — Rehmer/Strasen: Mecklenburg-Strelitz (2011), S. 221–227.

9 — Siehe beispielhaft Scheffczyk: Übergang (2020); Wagner: Macht-ergreifung (2004), am Beispiel von Halle (Saale) Schmuhl: Sturm (2006).

Rathäuser »besetzt« und die Zerschlagung der Republik zelebriert wurde. Die letzten halbfreien Wahlen zum Reichstag, Preußischen Landtag und den Provinziallandtagen lohnen ihrerseits einer Betrachtung als Kampf um Mehrheiten in einer Gesellschaft, in der die Demokratie bereits massiv angegriffen wurde.

Bisher nicht umfassender aufgearbeitet und damit wesentliche Forschungslücke ist der Austausch der Beamtenschaft, der zeitgleich einsetzte, auch wenn er in seiner Intensität regional schwankte. Durch das »Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums« wurden Anhänger der linken Parteien, vielfach aber auch Liberale und vor allem deutsche Juden in großer Zahl entlassen. Von den ohnehin gerade einmal 55 Professorinnen und Privatdozentinnen an deutschen Universitäten traf es jede zweite. Antisemitismus und politische Verfolgung ging hier mit Sexismus Hand in Hand.¹⁰ Wer zu welchem Zeitpunkt aus welcher Position in der Ministerialbürokratie, Justiz, Polizei, Bildungsapparat und anderen Bereichen entfernt wurde, und welches Personal an die Stelle der Entlassenen trat, ließe sich indes nur durch umfassende biographische Recherchen fundiert ermitteln, die freilich auf der zumeist guten Überlieferungslage der ministerialen Beamten-Personalakten möglich wäre. Eine solche Forschungsarbeit wäre für das Verständnis des Transformationsprozesses von der Republik zur Diktatur von großer Bedeutung. Dies gilt auch für die Prüfung, ob, beziehungsweise welche, Beamten zunächst noch versuchten, im Geist der bis dahin geltenden Rechtsstaatlichkeit zu wirken und welche sich warum willfährig vom Dienst für die Republik verabschiedeten, um für die Diktatur tätig zu werden. Ein solches Vorhaben könnte beispielsweise in Partnerschaft mit universitären Projekten wie etwa Dissertationsvorhaben erfolgen, wobei die Forschungsergebnisse von Anfang an nicht nur für die Publikation, sondern auch für die pädagogische Arbeit aufbereitet werden könnten.

Von der offenen Opposition zum Widerstand im Untergrund

Anzuerkennen und zu erinnern ist zugleich, dass selbst im Prozess der Zerstörung der Demokratie Beispiele zu finden waren, in denen von ihren Vertretern und Verteidigern mehr als einmal großer Mut bewiesen wurde. Als der gebürtige Berliner Otto Wels am 23. März 1933 für die SPD-Fraktion in der als Ersatzreichstag fungierenden Berliner Krolloper die Ablehnung zum Ermächtigungsgesetz bekundete, war das ein Appell, in dem sich die Errungenschaften der Weimarer Republik noch einmal unübersehbar und bewunderungswert manifestierten.¹¹ Das moralische Versagen der bürgerlichen Parteien, die – wenn auch zum Teil mit schweren Bedenken – für das Gesetz stimmten, ist freilich ebenso wenig zu leugnen. Wels' Protest wie auch die trotz der ständigen Gefahr brutaler Angriffe auch in Ostdeutschland oft machtvollen Demonstrationen von Reichsbanner und Eiserner Front in den Wochen nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler waren eine Manifestation der Standhaftigkeit gegen die neuen Machthaber nach den Buchstaben des Gesetzes.¹² Es ist beeindruckend, dass namentlich die SPD weiterhin beträchtliche Wählerzahlen mobilisieren konnte – etwa anlässlich der Reichstagswahl in Anhalt um die 30, in Sachsen ca. 26, in Schwerin mehr als 24 und in mehreren anderen ostdeutschen Gebieten immer noch um die 20 Prozent der abgegebenen Stimmen.¹³ Beispiele der Verweigerung gegen Druck und drohende Gewalt in Ostdeutschland

10 — Bechthold: Wissenschaft (2004), S. 4 f.

11 — Faulenbach: Vergessen (2018), S. 15 f., siehe auch mit dem Link zur Rede <https://www.reichsbanner-geschichte.de/personen/person/wels-otto>, z. a. 16.10.2024.

12 — Siehe für Ostdeutschland exemplarisch: Schwere Zusammenstöße in Chemnitz, in: Dresdner Neueste Nachrichten v. 7.2.1933; Saalschlacht in Weißenfels, in: Volksblatt v. 17.2.1933; Sozialdemokratische Kundgebung, in: Dresdner Neueste Nachrichten v. 28.2.1933; Berlin bleibt Rot!, in: Vorwärts v. 28.2.1933.

13 — Vgl. <https://www.wahlen-in-deutschland.de/awrtw.htm>, z. a. 16.10.2024.

könnten markiert, virtuelle Karten von prodemokratischen Demonstrationen und Aktionen in der Transformationszeit erstellt werden und die medial dominanten Bilder von jubelnden Menschenmengen und Fackelumzügen der siegreichen Rechtsradikalen kontrastieren helfen, welche zwar einen gewichtigen Teil des Geschehens des Jahres 1933 abbilden, aber nicht die ganze Wahrheit.

Auch in den Folgejahren gab es unterhalb des direkten Widerstandes Bestrebungen, demokratische Werte und Netzwerke am Leben zu erhalten. Insbesondere im Arbeitermilieu suchte man, in scheinbar unpolitischen Organisationen wie Sport- und Musikvereinen die bedrohten Kontakte zu Gleichgesinnten zu pflegen. Dies musste nicht selten unter den argwöhnischen Blicken von Polizeispitzeln geschehen und konnte jederzeit zu Gegenreaktionen des Regimes führen, wie etwa Quellensammlungen aus dem heutigen Sachsen-Anhalt belegen.¹⁴ Der gebürtige Berliner Franz Künstler, Reichstagsabgeordneter der SPD, nutzte in der ersten Hälfte der NS-Diktatur erfolgreich Sängervereine, um Kontakte aufrechtzuerhalten.¹⁵ Auch in der Provinz Brandenburg überlebte das sozialdemokratische Milieu zumindest ansatzweise in solchen Rückzugsräumen, aus denen sich insbesondere nach Beginn des Krieges auch Widerstandshandlungen speisten.¹⁶ Auch wenn nonkonformes Handeln nicht notwendigerweise politisch motiviert war, als Herausforderung des Mobilisierungs- und Kontrollanspruchs des Regimes galt es nahezu automatisch als politische »Straftat«.¹⁷ Zahlreiche Beispiele, aus den erhaltenen Unterlagen der NS-Polizei- und Justizorgane relativ einfach zu rekonstruieren, regen dazu an, zivilgesellschaftliche Initiativen zu erinnern und mit historischen Orten oder der Geschichte heutiger Vereine und Initiativen in Verbindung zu bringen. Dabei sollten sie nicht mit dem lebensgefährlichen Widerstand gleichgesetzt werden, auch wenn eine klare Grenzziehung im Einzelfall sehr schwerfällt,¹⁸ und das Risiko für Leib und Leben auch bei scheinbar trivialen nonkonformen Äußerungen und Handlungen unter anderem vom Zeitpunkt einer möglichen Strafverfolgung abhängen konnte.

Schon bald war offensichtlich geworden, dass angesichts des rücksichtslosen Vorgehens der Gegner der Demokratie eine legale Gegenwehr an der Wahlurne, auf der Straße oder im Parlament aussichtslos war. Die erwähnten Resilienzzräume waren als Rückzugsmöglichkeit von großer Bedeutung, eine ernsthafte Herausforderung des Regimes stellten sie jedoch nicht dar. Zugleich gab es jedoch während der gesamten Zeitdauer der NS-Diktatur auch aktiven Widerstand, der auf die Schwächung und schließlich Zerstörung des Regimes zielte. Es ist dieser Kampf im Untergrund und Exil, der den wesentlichen Bereich der Demokratiegeschichte im Nationalsozialismus darstellt.

Dabei ist bereits einleitend festzuhalten, dass Widerstand stets nur das Werk einer kleinen Minderheit war. Viele Menschen, auch vormalige Demokraten, passten sich an die neuen Gegebenheiten an, agierten letztlich systemkonform und damit auch systemerhaltend. Sie handelten vielfach aus bereits vorhandener oder angeeigneter antidemokratischer Überzeugung, aus Opportunismus oder Furcht. Andere ließen sich trotz ursprünglich anderer Wertevorstellungen von der Propaganda und den Scheinerfolgen der Nationalsozialisten überzeugen. Die Notwendigkeit von Widerstand war zwar klar und unübersehbar erkennbar für Menschen, die sich ihre moralischen Werte erhalten hat-

14 — Meier: Repression (2021), S. 56–66.

15 — Vgl. <https://www.reichsbanner-geschichte.de/personen/person/kuenstler-franz>, z. a. 19.10.2024.

16 — Bethge: Antifaschismus (2004), S. 23–26.

17 — Langer: Panzertruppe (2007), S. 30.

18 — Vgl. dazu Retzlaff: Arbeiterjugend (1993), S. 73–78.

ten. Der Entschluss, allein oder in kleinen Gruppen tätig zu werden, fiel angesichts des ablehnend-feindseligen gesellschaftlichen Umfeldes und der drohenden drakonischen Strafen jedoch nicht leichter. Zum Widerstand wurden solche Überlegungen, wenn sie im Bewusstsein des bestehenden Risikos für Freiheit und Leben in den Versuch mündeten, die herrschenden Zustände grundlegend zu ändern.¹⁹

Zugleich stellt sich bei einer Betrachtung des Widerstandes aus demokratiegeschichtlicher Perspektive die Frage, wie *demokratischer Widerstand* im engeren Sinne zu definieren ist. Nichtkonformes Verhalten konnte eine Vielzahl ganz individueller Gründe haben und war nicht zwangsläufig politisch motiviert. Moralische oder religiöse Überzeugungen, aber auch ganz individuelle Erfahrungen mit den neuen Machthabern mochten ebenfalls zum Auslöser werden. Doch selbst wenn widerständisches Handeln politisch motiviert war, musste es nicht zwangsläufig auf die Durchsetzung einer Demokratie in Deutschland zielen.

Selbstverständlich sind Handelnde des 20. Jahrhunderts wie ihre Vorgänger aus ferner Vergangenheit aus ihrer Zeit zu beurteilen. Zugleich sollte jedoch berücksichtigt werden, dass diese Männer und Frauen bereits Erfahrungen mit dem Leben in einer Demokratie besaßen. Wenn sie nicht danach strebten, diese in gleicher oder modifizierter Form wiederzubeleben, ist in Frage zu stellen, ob sie demokratisch handelten. Im Sinne des Initiativplans wird deshalb vorgeschlagen, den Fokus auf diejenigen Personen zu richten, die in ihren Zielen nicht signifikant hinter die Standards der Weimarer Republik zurückgingen. Dieses Anliegen vertraten jedoch nicht die kommunistischen Widerstandskämpfer, zahlenmäßig die bei weitem bedeutendste Gruppe der aktiven Gegner des NS-Regimes, die ihren Mut mit zahllosen Opfern bezahlten. Ob sie nun für räterepublikanische Ziele oder eine Übernahme des sowjetischen Vorbildes eintraten, im Vergleich zur Weimarer Republik (nicht der NS-Diktatur) hätte diese einen deutlichen Rückschritt in den Punkten politische Partizipation und Rechtssicherheit bedeutet. Darin standen sie nicht allein. Viele Akteure des Widerstandes mit militärischem und konservativem Hintergrund imaginierten das künftige Deutschland nach dem Ende der totalitären Diktatur ebenfalls nicht als Demokratie in der Art der zerstörten Republik, sondern als autoritär-ständischen oder gar monarchischen Staat.²⁰ Gewiss hätte jeder dieser Pläne im Falle des Gelingens ein weniger repressives, massenmörderisch-aggressives Land geschaffen als das »Dritte Reich«. Jeder Widerstand gegen dieses, wie auch immer motiviert, ist deshalb grundsätzlich *positiv* zu bewerten. Dies sollte jedoch in einer Betrachtung des deutschen (und natürlich auch des nichtdeutschen) Widerstandes im Reichsgebiet erfolgen, nicht aber unter dem Sammelbegriff der Demokratiegeschichte. Ein unscharfer Gebrauch des Begriffes demokratischer Widerstand lädt nicht nur zum Widerspruch ein, er weicht auch von dem ursprünglich definierten Anliegen einer Demokratiegeschichte ab. Der Appell für eine Eingrenzung der Definition ist aber nicht als Plädoyer für eine holzschnittartige Unterteilung der Akteure und Akteurinnen in Widerständler erster und zweiter Klasse zu verstehen, wie sie in Ost- wie Westdeutschland unter gegensätzlichen ideologischen Vorzeichen über Jahrzehnte praktiziert wurde, wenngleich sich im Laufe der Jahre Raum für Anpassungen und Korrekturen fand.²¹ Es geht auch nicht darum, bestimmte Gruppen

19 — Inachin: Widerstand (2007), S. 25.

20 — Ebd., S. 19.

21 — Hoffmann: Alibi (2024), S. 61–64; Leo: Ausflug (2007), S. 126–132.

oder Personen aus dem Gedenken zu verstoßen, sondern lediglich den Fokus dafür zu schärfen, was explizit als Demokratiegeschichte definiert werden kann. Dieses Anliegen ist stets offen zu kommunizieren, um gerade in Ostdeutschland die Gefahr zu minimieren, als bevorzogene Lehrmeister wahrgenommen zu werden, die an örtlichen Traditionen des Gedenkens rühren wollen.

Eine mögliche und auch nötige Unterscheidung ist denn auch mit so viel Fingerspitzengefühl wie Flexibilität vorzunehmen, fällt doch eine klare Einordnung der handelnden Personen oft schwer. Zu keiner Zeit darf der offene Diskurs mit abweichenden Einschätzungen gescheitert werden. Stattdessen muss die Bereitschaft bestehen, Korrekturen vorzunehmen. Die komplexe Lebenswirklichkeit des Widerstandes erschwert mitunter eine klare Kategorisierung, denn ideologische Überzeugungen konnten sich wandeln, Trennmauern nicht nur emporwachsen, sondern auch an Bedeutung verlieren. Ungeachtet vorangegangener harter Konflikte in den Weimarer Jahren fanden sich etwa Angehörige der sozialdemokratischen Sozialistischen Arbeiterjugend im Raum Magdeburg und Berlin mit kommunistischen Akteuren und Akteurinnen im gemeinsamen widerständigen Handeln zusammen,²² im mecklenburgischen Neubrandenburg und Friedland kooperierten die lokalen Leiter von Rotfrontkämpferbund und Reichsbanner in der vollkommen richtigen Erkenntnis, dass die Bedrohung durch die Nationalsozialisten jeden früheren Konflikt überwog.²³ Der gebürtige Dresdner Herbert Wehner, nach dem Krieg ranghohes Mitglied der westdeutschen SPD, wandte sich erst in Exil und Internierung vom Kommunismus ab.²⁴ Zugleich finden sich auch Männer und Frauen, die diesen Weg in umgedrehter Richtung beschritten: Der Magdeburger Werner Bruschke, langjähriger SPD-Funktionär und zeitweilig Mitglied des Landtages der preußischen Provinz Sachsen, wurde als Mitglied des Widerstandes gegen die NS-Diktatur jahrelang in Gefängnissen und Konzentrationslagern inhaftiert. Nach dem Krieg unterstützte er den Zusammenschluss von SPD und KPD und war unter anderem 1949 bis 1952 Ministerpräsident des neuen Landes Sachsen-Anhalt der DDR.²⁵ Personen wie diese dogmatisch auszugrenzen, wie es in der Vergangenheit mitunter beim Streit um die »richtige« Form des Widerstandes geschehen ist,²⁶ wäre zweifellos ein Verlust, stehen sie doch exemplarisch für die wechselhaften und mitunter gebrochenen Lebenswege im »Jahrhundert der Ideologien«. Es sind gerade solche aus heutiger Sicht widersprüchliche Biografien, die in der Beschäftigung Raum für Diskussionen und Nachdenken beim Publikum lassen.

Die vielen Gesichter des Widerstandes

Als Geschichte einer kleinen Minderheit, die sich zudem heterogen präsentierte, bietet es sich an, dem Publikum den demokratischen Widerstand gegen den Nationalsozialismus in erster Linie anhand von Einzelschicksalen nahezubringen. Zum einen können so exemplarisch unterschiedliche sozial und politisch verortete Gruppen und die von ihnen angewandten, mitunter sehr unterschiedlichen Handlungsstrategien beleuchtet werden. Widerstand konnte in konspirativer Zusammenarbeit zur Informationsbeschaffung bestehen, dem Versuch einer aufklärenden Gegenpropaganda über Flugblätter, Sabotageakten gegen Kriegswirtschaft, Verwaltungs- und Repressionsapparat,

22 — Retzlaff: Arbeiterjugend (1993), S. 147 f., 152 f.

23 — Rehmer/Strasen: Mecklenburg-Strelitz (2011), S. 234 f.

24 — Vgl. <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographische-datenbanken/herbert-funk-wehner>, z. a. 18.10.2024.

25 — Präsidentin des Landtages von Sachsen-Anhalt (Hg.): Verfolgt (2020), S. 115.

26 — Erinnert sei an die Ausladung Wehners als Redner auf der Gedenkfeier für den 20. Juli im Jahr 1978, <https://www.stiftung-20-juli-1944.de/reden/berlin-war-die-hauptstadt-des-widerstandes-gegen-den-nationalsozialismus-dietrich-stobbe-20071978>, z. a. 18.10.2024.

Vorbereitungen für eine Zeit nach dem Ende der Diktatur und vieles mehr. Seine Rahmenbedingungen schwankten je nach Zeit und Umfeld erheblich. Sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Widerstand war insbesondere ein Phänomen der frühen Diktaturjahre. Ab etwa 1935 präsentierte er sich in Folge der massiven Repressionsmaßnahmen zunehmend geschwächt.²⁷ Dies bedeutete jedoch keineswegs, dass er aufhörte. Ausgerechnet die erinnerungskulturell gegenwärtig vergleichsweise prominente Militärverschwörung des 20. Juli 1944 hing in ihrer Hoffnung auf eine gesellschaftliche Breitenwirkung auch von der Kooperation mit sozialdemokratischen Politikern und Gewerkschaftskreisen ab.²⁸

Widerstand zu leisten, gestaltete sich in einem ländlichen, vielfach personell überschaubaren Umfeld wie im ländlichen Pommern und den beiden mecklenburgischen Ländern anders, vielfach auch schwieriger als im großstädtischen Raum. In Kleinstädten und Landgemeinden waren die politischen Überzeugungen einzelner Personen oder Familien aus der Zeit vor der Diktatur bekannt, Fremde fielen fast unweigerlich auf.²⁹ Individuelle Geschichten können zudem bestens verdeutlichen, dass die Frauen und Männer im Widerstand Menschen aus dem Alltag waren, hervorgehoben vor allem durch ihre Taten, aber ansonsten nicht von ihren Nachbarn zu unterscheiden. Um Widerstand zu leisten, bedurfte es großen Mutes und einer festen Überzeugung, nicht aber einer herausragenden Persönlichkeit, überlegenen Wissens oder gar einer privilegierten gesellschaftlichen Position. Gerade die Alltäglichkeit des Widerstandes kann deshalb zugleich als Inspiration fungieren. Sie demonstriert, dass auch scheinbar gewöhnliche Menschen das Zeug zum Vorbild hatten. Zudem lassen sich so stets auch geographisch naheliegende Beispiele finden. Denn auch wenn nur eine Frau oder ein Mann unter tausenden sich gegen das Regime stellte, finden sich doch in nahezu jeder Stadt einzelne inspirierende Beispiele, deren Lebens- und Wirkungskreis sich mit dem des Publikums hätte überschneiden können.

Vielfach liegen bereits lokale und regionale Studien vor, die zumindest die Namen, mitunter auch Biogramme von Personen des Widerstandes bereitstellen.³⁰ Für ergänzende Recherchen, aber ebenso für die Identifizierung unbekannter Akteure und Akteurinnen haben sich die Unterlagen der NS-Justiz als ergiebige Quelle erwiesen, namentlich die Prozessakten, Gnadensachen und Strafregister der Sondergerichte wie auch Material des für »Hoch- und Landesverrat« zuständigen Reichsgerichts in Leipzig beziehungsweise des Volksgerichtshofs in Berlin.³¹ Selbstverständlich ist bei der Verwendung von Tätermaterial Vorsicht geboten, gleichwohl kann es wertvolle Einblicke in Widerstandshandlungen geben. Weitergehende Recherchen können den Weg der Männer und Frauen durch Haftanstalten, Gerichte und Konzentrationslager verfolgen, was direkte Anknüpfungspunkte zur Kooperation mit Gedenkstätten bietet.

Beispiele für demokratischen Widerstand lassen sich in Ostdeutschland vielfältig nachweisen. Als Teil der *Robinson-Strassmann-Gruppe*, der einzigen reichsweit agierenden liberalen Widerstandsorganisation, fand sich im heutigen Mecklenburg-Vorpommern das Netzwerk um Hans und Margarethe Lachmund. Nachdem die ursprüngliche Gruppe durch Verhaftung oder Flucht der Anführer weitgehend immobilisiert wurde, hielten die Lachmunds weiterhin Kontakt mit anderen

27 — Faulenbach: Republik (2023), S. 32.

28 — Heinz: Forschungen (2023), S. 27f.

29 — Inachin: Widerstand (2007), S. 21.

30 — Vgl. etwa in Thüringen Gedenkstätte Amthordurchgang (Hg.): Hakenkreuz (2009); Grün: Bürger (2005); Kaiser: Aufrecht (2011); sehr hilfreich, wenn auch knapp siehe Thüringer Verband der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten/Studienkreis deutscher Widerstand 1933–1945 (Hg.): Wegweiser (2003).

31 — Langer: Panzertruppe (2007), S. 26 f., 32–36.

Widerstandsgruppen.³² Der sächsische Sozialdemokrat Carlo Mierendorff, der sich unermüdlich dafür einsetzte, die heterogenen Widerstandsgruppen für ein gemeinsames Handeln zu gewinnen, zählt zu den gründlicher erforschten Akteuren des Widerstandes,³³ doch finden sich Schul- und Straßennamen zu seinen Ehren vor allem in Westdeutschland. Noch weniger Aufmerksamkeit wird den Sozialdemokraten und Gewerkschaftlern um Hermann Maaß und Georg Spiegel gezollt, die in Brandenburg agierten und schließlich auch den Kontakt zu den militärischen Widerstandskreisen herstellten.³⁴ Für den militärischen Widerstand finden sich gleichfalls zahlreiche personelle Bezüge nach Ostdeutschland aufgrund familiärer Herkunft und Ausbildung.³⁵ Viele seiner Vertreter können allerdings nicht als Demokraten betrachtet werden. Ein Mann wie der gebürtige Merseburger Graf Wolf-Heinrich von Helldorff, um ein besonders markantes Beispiel aufzugreifen, hatte sich nicht »nur« von der Propaganda des Regimes täuschen lassen, er hatte schon vor 1933 gegen die Republik gekämpft. Helldorff fand im Laufe des Krieges zu der Erkenntnis, dass Hitler beseitigt werden müsse, hatte wiederholt Kontakt zu Claus Schenk Graf von Stauffenberg und anderen Verschwörern und war in die Planungen zum 20. Juli 1944 eingebunden. Doch dies ändert nichts an seiner Beteiligung an antisemitischen Übergriffen und anderen Verbrechen.³⁶ Ungeachtet dieses zwiespältigen Befundes sind jedoch besonders die Verbindungen des Militärwiderstandes mit zivilen Akteuren aus dem demokratischen Lager zu beleuchten. Anders als gelegentlich in der Vergangenheit darf der Fokus nicht primär bei den Militärs liegen und die übrigen Akteursgruppen beiseitegelassen werden.³⁷ Für Berlin liegen Recherchen zu einem Netzwerk von Kontaktstellen in Form von Läden und Kleinbetrieben vor, die für die Kommunikation zwischen Widerstandskämpfern genutzt wurden.³⁸ Es erscheint lohnend, vergleichbare Netzwerke und Kontaktstellen auch an anderen Orten nachzuzeichnen und in der Erinnerung zu markieren. Der Landtag von Sachsen-Anhalt erinnert in seinem Gedenkort im Foyer neben anderen ehemaligen Abgeordneten auch an Minna Bollmann. Die Halberstädterin leitete jahrelang den Frauenbildungsverein in ihrer Heimatstadt, war Abgeordnete der Deutschen Nationalversammlung in Weimar und des Preußischen Landtages. Nach 1933 wurde ihre Gaststätte zu einem Treffpunkt von Oppositionellen. Denunziert und einer drohenden Verhaftung gewärtig, schied sie Ende 1935 von eigener Hand aus dem Leben.³⁹

Manche Widerstandsgruppen gründeten sich weniger auf gemeinsame politische Überzeugungen, sondern fanden sich in der Fluchthilfe für Verfolgte zusammen wie die *Gemeinschaft für Frieden und Aufbau*. In tausenden Kettenbriefen riefen die Angehörigen Menschen zum selbstständigen Denken und passiven Widerstand auf.⁴⁰ Widerstandshandlungen aus Jugendgruppen heraus entzogen sich oft einer schematischen Einordnung. Die Jungen und Mädchen orientierten sich zumeist an »linken« Gedankenbildern, stammten zum Teil aus sozialdemokratischen, kommunistischen oder sozialistischen Familien oder waren gar keinem bestimmten politischen Lager zuzuordnen.⁴¹ Als Beispiel jugendlicher Revolte sind sie von großem Interesse in ihren Bemühungen, sich dem Kontrollanspruch des Regimes zum Teil auch mit gewaltsamen Aktionen gegen die Hitlerjugend entgegenzustellen.

32 — Borries: Ehepaar (2007), S. 82–87; ausführlich zur Robinson-Strassmann-Gruppe siehe Sassin: Liberale (1993), zum Mecklenburger Netzwerk ebd., S. 98–102, 399 f.

33 — Vgl. Ulrich: Carlo Mierendorff (2018).

34 — Bethge: Antifaschismus (2004), S. 25 f.

35 — Vgl. die Hinweise für Sachsen und Mecklenburg-Strelitz bei Dannenberg: Revolution (2020), S. 407–411; Rehmer/Strasen: Mecklenburg-Strelitz (2011), S. 242–258.

36 — Vgl. ausführlich Harrison: Kämpfer (1997).

37 — Coppi: Widerstand (2007), S. 10–12.

38 — Heinz: Forschungen (2023), S. 32–34.

39 — Präsidentin des Landtages von Sachsen-Anhalt (Hg.): Verfolgt (2020), S. 24 f. Zu der Gaststätte siehe <https://frauenorte.net/frauenorte/bollmanns-gaststaette-in-halberstadt/>, z. a. 19.10.2024.

40 — Vgl. Schieb-Samizadeh: Gemeinschaft (1991).

41 — Beispielhaft https://www.gdw-berlin.de/vertiefung/biografien/personenverzeichnis/biografie/view-bio/wolfgang-schieweg/?no_cache=1, z. a. 19.10.2024; grundsätzlich Lange: Meuten (2015), S. 35–53, 87–90.

In seinen hier nur kurz skizzierten vielfältigen Facetten, die sich beliebig erweitern ließen, bietet der demokratische Widerstand gegen die NS-Diktatur reichhaltiges Material für eine erinnerungskulturelle Nutzung.

Als die Demokratie aus Deutschland fliehen musste

Wenngleich der Widerstand auf deutschem Boden zentrales Thema einer Demokratiegeschichte der Jahre der NS-Diktatur bleibt, dürfen transnationale Aspekte darüber nicht in Vergessenheit geraten. Zahllose Männer, Frauen und Kinder flohen vor der Diktatur über die Grenzen. Das Exil war nicht nur Hoffnung auf ein Leben in Sicherheit, es wurde auch zu einem Raum, in dem die Werte und Ideen der Weimarer Republik überleben konnten. Dabei bedeutete die ursprüngliche Ausreise mitunter nur den Beginn einer mühsamen und gefährlichen Odyssee, als Rückzugsräume wie Österreich, das Saarland und die Tschechoslowakei bereits in den 1930ern in den deutschen Machtbereich gerieten, Frankreich, Norwegen und die Beneluxstaaten 1940 von der Wehrmacht besetzt oder dominiert wurden. Doch ungeachtet aller Gefahren und ganz persönlicher Not, gewannen namentlich die politischen Emigranten vielfach im Austausch mit Gleichgesinnten neue Inspirationen, entwickelten Vorstellungen für ein Deutschland nach der Zerschlagung der Diktatur und traten für die Beschleunigung ihrer Niederlage vielfach auch selbst aktiv ein. In der *Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien* formierte sich ein wesentlicher Baustein für die Wiedergeburt der SPD auf deutschem Boden.⁴² Dennoch ist die erzwungene Emigration von einer halben Million Menschen bis heute in der deutschen Erinnerung vergleichsweise wenig präsent. Eine stärkere Betrachtung bietet sich deshalb nicht nur vor dem Hintergrund aktueller Migrationsbewegungen zwingend an. Die Beschäftigung mit der Vergangenheit mag nicht nur Lücken im Wissen und Gedenken an die Emigration der Diktaturjahre vervollständigen. Sie kann zudem dazu beitragen die Sensibilität für aktuelle Ereignisse zu erhöhen und zugleich in der modernen Zuwanderungsgesellschaft jene anzusprechen, die ihrerseits aktuelle Erfahrungen mit Verfolgung und Flucht gesammelt haben, sei es persönlich oder im Familien- und Bekanntenkreis.

Politische Aktivisten stellten nur einen Teil der Menschen dar, die nach 1933 aus Deutschland flohen, doch gewannen sie für Nachkriegsdeutschland eine weitaus größere Bedeutung als ihre Zahl vermuten ließe, da die Rückkehrer unter ihnen – anders als etwa unter den jüdischen Deutschen, die nicht in das Land des Holocaust zurückkehren wollten – mit annähernd 50 Prozent vergleichsweise hoch war. Die bestehende Wahrnehmungslücke des globalisierten Aspektes der NS-Geschichte soll das Projekt eines Exilmuseums in Berlin schließen helfen, das sich gegenwärtig noch im Aufbau befindet und vielfältige Aspekte vom Weg ins Exil, dem Leben im Ausland wie auch dem Weg zurück thematisieren möchte.⁴³ Auch die Gesellschaft für Exilforschung hat sich des Themas angenommen.⁴⁴ Wesentliche Akteure der demokratischen Emigranten wie die Sozialdemokratische Partei Deutschlands im Exil (Sopade) sind bereits erforscht, zahlreiche zentrale Dokumente veröffentlicht worden.⁴⁵ Ihre von Kontaktleuten zusammengestellten Berichte aus Deutschland sind wertvolle Quellen für die Ereignisse im Reich, die auch für Ostdeutschland zahlreiche Hinweise auf Akte des Widerstandes und damit Impulse für weitergehende Recherchen geben.⁴⁶

42 — Vgl.: Piper: Exil (2023), S. 155–165.

43 — Vgl. ausführlich Stölzl: Projekt (2021); <https://stiftung-exilmuseum.berlin/de>, z. a. 18.10.2024.

44 — Vgl. <https://www.exilforschung.de/>, z. a. 18.10.2024.

45 — Etwa Buchholz / Rother: Parteivorstand (1995); Eiber: Sozialdemokratie (1998).

46 — Vgl. Behnken (Hg.): Deutschland-Berichte (1980), online <https://collections.fes.de/historische-presses/periodical/titleinfo/329308>, z. a. 18.10.2024.

Die Wege ins Exil und der dort fortgesetzte Einsatz gegen die Diktatur lassen sich bereits gegenwärtig für ostdeutsche Demokraten in vielfältiger Form nachzeichnen, etwa unter Abgeordneten mit Bezug zum heutigen Sachsen-Anhalt, die von Belgien, der Tschechoslowakei und den USA aus wirkten.⁴⁷ Manche Exilanten sind als bekannte Personen der Zeitgeschichte vergleichsweise gut erforscht und präsent wie der Magdeburger Erich Ollenhauer,⁴⁸ an den in West-, nicht aber in Ostdeutschland außerhalb Berlins mehrere Straßennamen erinnern.⁴⁹ Das 1975 eingeweihte Erich-Ollenhauer-Haus in Bonn war mehr als zwei Jahrzehnte Parteizentrale der SPD.⁵⁰ Andere sind fast vergessen wie Otto Thiele, Reichsbanner-Funktionär aus Dresden, im Exil in der Tschechoslowakei und Schweden, der für die Sopade längere Zeit als Grenzsekretär für Ostsachsen fungierte.⁵¹ Nur wenig besser steht es um den aus dem Raum Magdeburg stammenden Gustav Ferl, ab 1933 im Exil in Belgien, später in Frankreich und den USA.⁵² Dass Raum ist für Verbesserung in Recherche wie Vermittlung erscheint offenkundig. Das geplante Exilmuseum wird für künftige Recherchen eine wertvolle Unterstützung sein, da eine Datenbank geplant ist, welche die Männer und Frauen erfassen wird, die vor der NS-Diktatur flohen.⁵³ Gestützt auf vorliegende wie auf noch zu leistende Recherchen kann es gelingen, die Wege ins Exil wie auch das Wirken im Ausland genauer nachzuzeichnen, und in Deutschland wieder präsenter zu machen. Vergleichende Betrachtungen mit Exilgruppen späterer Jahre und der Gegenwart bieten sich dabei an.

Im Exil konnte zumindest partiell auch ein wesentlicher Aspekt der Weimarer Jahre überleben, der auf deutschem Boden erbarmungslos unterdrückt wurde: Die Möglichkeit der freien Meinungsäußerung. Seit der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine wesentliche Forderung der Akteure und Akteurinnen der Demokratiegeschichte, hatte sie nach 1933 auf deutschem Boden keinen Raum mehr, abgesehen von Flugblättern, die unter erheblichem Risiko im Untergrund hergestellt und verteilt oder von außen ins Land gebracht wurden. Im Exil aber konnten nach heutigem Kenntnisstand rund 450 Druckerzeugnisse erscheinen. Diese waren keineswegs durchgehend politischer Natur. Der Umstand, dass sie nur im Ausland erscheinen konnten, gibt ihnen indes sämtlich einen politischen Subtext, und sie sind für eine Geschichte des Exils unverzichtbare Quellen.⁵⁴ Die Deutsche Nationalbibliothek hat mit Förderung der Deutschen Forschungsgesellschaft 30 der Blätter digitalisiert.⁵⁵ In ihnen finden sich sowohl die zeitgenössischen Stimmen des Exils als auch vielfach die Perspektive auf die Heimat.

Orte des Gedenkens, Wege des Erinnerns

Wie eingangs erwähnt ist nicht nur die Forschung zum Nationalsozialismus sehr breit aufgestellt, auch das Vermittlungsangebot gestaltet sich reichhaltig. Wesentlicher Bestandteil sind die Gedenkstätten an den Standorten von KZ-Stammlagern, in Ostdeutschland sind dies Buchenwald, Mittelbau-Dora, Ravensbrück und Sachsenhausen.⁵⁶ Dazu kommt ein engmaschiges Netz von Gedenkstätten an den Orten ehemaliger KZ-Außenlager, NS-Haftstätten und anderen Orten mit Bezug zu NS-Verbrechen.⁵⁷ Zudem finden sich zahlreiche individuelle Erinnerungsmale in den einzelnen Gemeinden und Städten: Gedenksteine auf den Friedhöfen, Erinnerungstafeln an Opfer des Nationalsozialismus an

47 — Präsidentin des Landtages von Sachsen-Anhalt (Hg.): Verfolgt (2020), S. 18, 28, 31, 41 f.

48 — Vgl. <https://www.deutschebiographie.de/gnd118589857.html#ndbcontent>, z. a. 18.10.2024.

49 — Unter anderem in Berlin Frankfurt a. M., Neu-Isenburg, Oberursel (Taunus), Offenbach und Wiesbaden.

50 — Vgl. <https://www.wegderdemokratie.de/erich-ollenhauer-haus>, z. a. 19.10.2024.

51 — Vgl. <https://library.fes.de/fulltext/sozmit/1944-060.htm>, z. a. 18.10.1944.

52 — Vgl. <https://www.reichsbanner-geschichte.de/personen/person/ferl-gustav>, z. a. 18.10.2024.

53 — Laut Aussage Beteiligter wird eine Suche nach Geburtsorten oder Wohnorten vor der Ausreise möglich sein, die eine geographische Eingrenzung sehr erleichtert.

54 — Für einen partiellen Überblick vgl. Maas: Handbuch (1990).

55 — Vgl. https://www.dnb.de/DE/Sammlungen/DEA/Exilpresse/exilpresse_node.html#doc57146bodyText2, z. a. 18.10.2024. Für den Widerstand im Exil besonders interessant erscheinen hier unter anderem Neuer Vorwärts, Sozialistische Warte und Die Zeitung.

56 — Die Webseiten bieten reichhaltige Informationen und verweisen auf zahlreiche Angebote, vgl. <https://www.ravensbrueck-sbg.de/>; <https://www.ravensbrueck-sbg.de/>; <https://www.stiftung-gedenkstaetten.de/?Stiftung%20Gedenkstätten%20Buchenwald%20und%20Mittelbau-Dora>, alle z. a. 18.10.2024.

57 — Hinweise zu Gedenkstätten bietet <https://www.gedenkstaettenforum.de/gedenkstaetten/> gedenkstaetteneubersicht; für das viel umfassendere Angebot markierter Orte vgl. beispielhaft für den Regierungsbezirk Magdeburg in Sachsen-Anhalt https://www.rosalux.de/fileadmin/Is_sanh/pdf/2020/2005_Handbuch_Niemals_vergessen_Gedenkort.pdf, z. a. 19.10.2024.

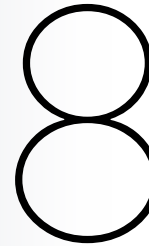
ihren Wohnorten und das in den 1990ern angelaufene, ab 2000 amtlich genehmigte Projekt der »Stolpersteine«, die zunächst vor allem an die Opfer rassistischer NS-Verfolgung erinnerten, inzwischen aber auch zunehmend auf andere Opfergruppen verweisen.⁵⁸ Zumindest ein Teil dieser Gedenkelemente wird namentlich an Tagen mit besonderem Bezug zur Thematik der NS-Diktatur wie dem 9. November, dem 27. Januar oder Terminen in zeitlicher Nähe zu Befreiung und Kriegsende erinnerungskulturell genutzt, wenngleich sie ansonsten das Schicksal der meisten Denkmäler teilen und als Teil des gewohnten Umfeldes mit dem Hintergrund verschwimmen. Demokratiegeschichtliche Aspekte wie die Verfolgung von Demokraten und ihr Widerstand gegen den Nationalsozialismus werden in den Gedenkstätten nicht selten als Teil des Gedenkens inkludiert, wenngleich es selbstverständlich Anspruch ist, auch andere Opfergruppen angemessen zu erinnern. Einige Einrichtungen stellen den Widerstand besonders in den Mittelpunkt und sind für die Stärkung einer demokratiegeschichtlichen Perspektive von besonderer Bedeutung wie etwa die Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin. Diese zeigte sich an einer Kooperation im Zuge des Initiativplan-Projektes interessiert.⁵⁹ Doch auch mit den anderen etablierten Akteuren und Akteurinnen muss der Kontakt weiter ausgebaut werden. Es ist stets zu betonen, dass die Stärkung demokratiegeschichtlicher Aspekte der NS-Geschichte nicht als Konkurrenzrählung, sondern als Ergänzung der Erinnerung an NS-Verbrechen und ihre Opfer fungieren soll. Die mitunter spürbare Zurückhaltung gegenüber dem Projekt könnte so abgebaut werden. Sie war möglicherweise auch Folge der intensiven Diskussionen um den neuen Gesamtentwurf eines neuen Rahmenkonzeptes zur Erinnerungskultur Anfang 2024,⁶⁰ die bei einigen Beteiligten den Eindruck erweckten, die Demokratiegeschichte solle mit anderen neuen Ansätzen auf Kosten bestehender Formate ausgebaut werden – Bedenken, die es zu zerstreuen gilt. Als Partner in der Forschung und Vermittlung sind gerade die großen KZ-Gedenkstätten unverzichtbar. Inhaltlich ist eine Zusammenarbeit ohnehin naheliegend, da viele Widerstandskämpfer nach ihrer Verhaftung in KZ-Stamm- oder Außenlagern inhaftiert waren. Zudem können die Gedenkstätten auf langjährige Erfahrung und ein etabliertes Netzwerk von Partnerorganisationen zurückgreifen. Hier erscheinen von vorneherein gemeinsam konzipierte und umgesetzte Projekte vielversprechend. In Kooperation könnte ein geographisch weite Teile Ostdeutschlands abdeckender Pool von demokratiegeschichtlich interessanten Einzelfällen aufbereitet und als Arbeitsgrundlagen in der Jugendlichen- und Erwachsenenbildung angeboten werden, wobei es naheliegend wäre, virtuelle Angebote mit Printmaterial zu kombinieren.

Die Jahre der NS-Diktatur werden mit Recht stets ein Abschnitt der deutschen Geschichte bleiben, der nur mit Verantwortungsgefühl und der Bereitschaft, sich schmerzhaften Fragen zu stellen, erinnert und vermittelt werden kann. Die Geschichte des demokratischen Widerstandes taugt nicht als Schuldabwehr und Ehrenrettung für die Mehrheitsgesellschaft, blieben die Handelnden doch weitgehend auf sich gestellt. Als Inspiration und Beleg, dass die Notwendigkeit für Widerstand erkennbar und dieser auch möglich war, sind sie jedoch aus einer deutschen Demokratiegeschichte nicht wegzudenken. Ihre ostdeutschen Vertreterinnen und Vertreter verdienen es, angemessen erinnert zu werden.

58 — Vgl. <https://www.stolpersteine.eu/>, z. a. 18.10.2024.

59 — Siehe mit reichhaltigen Onlineangebot einschließlich zahlreicher Biogramme <https://www.gdw-berlin.de/home/>, z. a. 18.10.2024.

60 — Vgl. <https://upgr.bv-opfer-ns-militaerjustiz.de/uploads/Dateien/PB2024/Zusammenstellung-erinnerungskultur202402ff-06.pdf>, z. a. 8.7.2024.



Hoffnungsvoller Neuanfang und Scheitern 1945–1948¹

Die deutsche Bevölkerung war 1945 im Unterschied zu 1918 nicht in der Lage, in der großen Mehrheit gar nicht willens, sich von ihrer politischen Führung zu befreien und aus eigener Kraft einen politischen Neuanfang zu wagen. Viele Männer und Frauen, die vor und nach 1933 für Demokratie und Menschenrechte eingetreten waren, hatten dies in den Jahren der NS-Diktatur mit langjähriger Haft, ja mit ihrem Leben bezahlt. Nicht wenige Überlebende waren psychisch und physisch am Ende, oder zögerten, aus dem Exil zurückzukehren. Die Zerstörungen im Land waren immens. Millionen von deutschen Flüchtlingen und Vertriebenen mussten versorgt werden. Es ist eine beeindruckende Leistung, dass es mit Hilfe der Besatzungsmächte unter diesen Bedingungen gelang, in Westdeutschland binnen vier Jahren die Voraussetzungen für eine funktionierende parlamentarische Demokratie zu schaffen. In Ostdeutschland präsentiert sich das Ende dieser kurzen Zeitspanne grundlegend anders, denn die am 7. Oktober 1949 gegründete Deutsche Demokratische Republik war nur dem Namen nach eine Demokratie. Zeitlich eine Marginalie, sind die Jahre zwischen Kriegsende und doppelter Staatsgründung dennoch deshalb relevant, weil sich in ihnen das heutige Ostdeutschland als geographischer und politischer Rahmen herausbildete. Bis zu diesem Zeitpunkt waren die ostdeutschen Gebiete von den Entwicklungen in den Einzelländern geprägt gewesen oder hatten Erfahrungen im Rahmen grenzübergreifender Ereignisse gesammelt. Ob Bauernkrieg 1525, die Revolution 1848/49, die Novemberrevolutionen 1918, die Zerstörung der Weimarer Republik und Machtsicherung des Nationalsozialismus – stets waren die ostdeutschen Gebiete Handlungsraum, ostdeutsche Menschen Subjekte wie Objekte der politischen Entwicklung gewesen. Was es aber bis dahin nicht gegeben hatte, war ein Erfahrungsraum »Ostdeutschland« mit definierten Grenzen, dessen Menschen eine deutlich andere Entwicklung erlebten als jene im Westen von Deutschland.

Zugleich verdeckt jedoch einmal mehr das »Ende des Pfades« den Weg selbst. Angesichts der Gründung der DDR, die als staatssozialistische Diktatur mehr als 40 Jahre Bestand haben sollte, geraten die Jahre der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) vielfach in der Rückschau zur reinen Vorgeschichte, einem Schritt auf dem Weg zum Ergebnis, das vermeintlich nur so und nicht anders aussehen konnte. So ist denn auch das Urteil mitunter ebenso eindeutig wie abwertend: Eine demokratische Vorgeschichte der DDR habe es nicht gegeben, und auch auf Ebene der Länder in der SBZ hätten nie wirkliche Gestaltungschancen bestanden.² Unter dieser Prämisse wäre eine ostdeutsche Demokratiegeschichte der Jahre 1945 bis 1948 und in Verlängerung weiter bis 1989 einzig aus einer Perspektive von Opposition und Widerstand zu erzählen.

1 — Dieses Kapitel wie auch das folgende verdanken viele Anregungen einem Workshop am 25. April 2024 auf dem Campus für Demokratie in Berlin. Den Mitwirkenden und Teilnehmenden sei sehr herzlich gedankt.

2 — Thüsing: Neuanfang (2003), S. 198.

Dem wird überzeugend entgegengehalten, dass ein solch ultimatives Narrativ partiell Erzählmuster des Kalten Krieges und der untergegangenen ostdeutschen Diktatur fortschreibt, welche die Entwicklung ab 1945 mal negativ, mal positiv interpretiert als zielstrebig ausgerichtet, wenn nicht gar unvermeidlich präsentierten. Ein Ereignis allein vom Ende her zu betrachten, engt jedoch die Möglichkeit ein, Facetten und Chancen in der Entwicklung ausgewogen zu bewerten. Deshalb argumentieren andere Forschende quellengestützt dafür, die Transformationsphase ab 1945 als zunächst im Ausgang weitgehend offen zu betrachten, und die ostdeutschen Länder als wirkungsvolle Akteure – zumindest bis in das Jahr 1947 hinein. Kann die Entwicklung in der SBZ somit auch als ein durchaus hoffnungsvoll begonnener Versuch betrachtet werden, einen Ausweg aus einer politisch-moralischen Sackgasse der deutschen Geschichte zu finden?³ Entstanden vielleicht gar Traditionen, an die sich später für einen demokratischen Neuanfang wieder anknüpfen ließ?⁴

Für den Initiativplan sollen die Möglichkeiten einer solchen Perspektive unter demokratiegeschichtlichen Gesichtspunkten ausgelotet werden. Nicht in Abrede zu stellen ist, dass die Debatte über die Einschätzung der SBZ-Geschichte nicht als abgeschlossen betrachtet werden kann und weitere Forschungsarbeit auf diesem Gebiet dringend nötig ist.

Neue Länder, neue Parteien

Der Übergang von der Kriegs- zu einer Nachkriegsgesellschaft vollzog sich in Ostdeutschland aufgrund der militärischen Lage nicht überall gleichartig. Für Thüringen, Teile Mecklenburgs und Sachsens ging dem Einrücken sowjetischer Truppen eine mehrmonatige Präsenz westallierter Truppen voraus, in der bereits neue Amtsträger eingesetzt wurden und – von den Westalliierten zumeist eher unterdrückte – Versuche politischer Neuorganisationen stattfanden.⁵ Auch demokratische Sozialisten wie der aus dem KZ Buchenwald befreite Hermann Brill, ab Juni 1945 kurzzeitig von den Amerikanern ernannter Regierungspräsident, meldeten sich mit Entwürfen, die zur Einheit der linken Parteien aufriefen und Visionen einer künftigen Demokratie mit stärker Beteiligung des Volksmassen an Politik und Verwaltung – nach der Vernichtung der Wurzeln des Nationalsozialismus – skizzierten. Zugleich zeichnete sich Thüringen bereits in seiner künftigen geographischen Gestalt durch Einbeziehung bisher preußischer Landesteile ab, obwohl es Kontroversen um die Gliederung und die Wahl der Hauptstadt gab. Letztlich setzte man aber auf Kontinuität und beließ diese in Weimar.⁶ Für Sachsen-Anhalt, gebildet aus dem Zusammenschluss des Landes Anhalt sowie den 1944 geschaffenen Provinzen Magdeburg und Halle-Merseburg (zuvor Teil der Provinz Sachsen), und für Mecklenburg-Vorpommern, das aus den 1934 zusammengeschlossenen Ländern Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz sowie den westlich von Oder und Neiße gelegenen Teilen der Provinz Pommern entstand, ist die frühe Nachkriegszeit ebenfalls Geburtsstunde.⁷ Und obwohl Preußen erst im Februar 1947 offiziell aufgelöst wurde, behandelte die Besatzungsmacht auch die um die Gebiete östlich von Oder und Neiße verringerte Provinz Brandenburg faktisch wie ein Land.⁸ Diese Neustrukturierungen kamen nicht demokra-

3 — Vgl. die umfassende Studie zu Thüringen, die eine offene Betrachtung überzeugend stützt: John: Ära 1 (2023) und John: Ära 2 (2023), zu Forschungsstand, -perspektiven und -defiziten siehe John: Ära 1 (2023), S. 64–83, exemplarisch für Thüringen ebd., S. 84–100.

4 — Müller: Gründungen (1999), S. 524.

5 — Vgl. zu Thüringen John: Ära 1 (2023), S. 153–201; mit zahlreichen Quellen Schley (Hg.): Thüringen (2016).

6 — John: Ära 1 (2023), S. 161 f., 168–186.

7 — Ebd., S. 182, 342 f.; Müller: Gründungen (1999), S. 525 f.

8 — Schreckenbach/Künzel: Land (1999), S. 137.

tisch zustande, was in der historischen Situation auch nicht realisierbar gewesen wäre. Es handelte sich primär um administrative Entscheidungen, die indes ein Eigenleben entwickelten. So wurden die Länder in ihrer neuen Gestalt als politische Einheiten mit Leben erfüllt, eine prägende Erfahrung für die Gestalt aller ostdeutschen Flächenländer mit Ausnahme Sachsens.⁹ Dies wirkte auch in ihrer Neugründung 1990 nach.

Wesentlich für einen politischen Neuanfang war die Neugründung des während der NS-Diktatur zerschlagenen Parteiensystems. Anders als in den westlichen Besatzungszonen, wo die Parteistrukturen sich zeitlich später von der Basis her entwickelten, gestaltete in der SBZ ein Befehl der Besatzungsbehörde vom 10. Juni 1945 den Rahmen, indem er die Gründung antifaschistischer Parteien zuließ. Beginnend mit der KPD, die von Anfang an als »Partei der Besatzungsmacht« galt und wesentlich von der Moskauer Exil-Führung geprägt, wenn auch noch nicht vollständig kontrolliert wurde, folgten in den nächsten Wochen Gründungsaufrufe der SPD, der im Unterschied zur alten Zentrums- und überkonfessionellen Christlich-Demokratischen Union (CDU) und der Liberaldemokratischen Partei (LDP), die der ehemaligen DDP nahestand.¹⁰ Die ostdeutsche SPD außerhalb Berlins sah sich im April 1946 zu einem Zusammenschluss mit der KPD zur Sozialistischen Einheitspartei (SED) genötigt, wenngleich eine beträchtliche Zahl Sozialdemokraten an der Parteibasis den Zusammenschluss nicht grundsätzlich ablehnte. Zunächst war diese eine vergleichsweise heterogene Partei, in der etwa in Thüringen insbesondere ehemalige KZ-Häftlinge, aber auch frühere kommunistische Oppositionelle einen starken Anteil hatten. Schrittweise sollte die SED, verstärkt ab der zweiten Jahreshälfte 1947 und vollendet durch eine Reihe von »Säuberungen« ab 1948, indes zu einer weitgehend uniformen stalinistischen »Partei neuen Typus« unter Führung linientreuer Exilkommunisten um Walter Ulbricht mutieren, in der abweichende Stimmen an den Rand gedrängt und unterdrückt wurden.¹¹

Die Geschichte der Parteien in der SBZ ist in einer Reihe von Veröffentlichungen beleuchtet worden.¹² Sie bleibt ein demokratiegeschichtlich relevantes Thema, bei dem eine Annäherung über Lebensläufe wie die Parteiengeschichte möglich ist. Die Entwicklung der regionalen Parteistrukturen, aber auch Lebensläufe zwischen Kooperation, Anpassung, Repression und Exil geben Einblick in die hoffnungsvollen Anfänge wie auch ihr Scheitern.

Wenn es einen Zeitabschnitt gibt, welcher die vielversprechenden Anfänge aber auch die Widersprüchlichkeit des politischen Neuanfangs einfängt, dann sind dies die Monate zwischen Spätsommer 1946 und Mitte 1947. Am Anfang standen die Gemeindevahlen im September und die Landtagswahlen am 20. Oktober 1946. Sie waren in der Durchführung frei, allgemein und geheim. Dass NS-Aktivisten ausgeschlossen, als nominelle NSDAP-Angehörige eingeschätzte Personen auf das aktive Wahlrecht beschränkt blieben, war andert-halb Jahre nach Kriegsende nachvollziehbar. Kritisch zu beurteilen war hingegen der Umstand, dass die Besatzungsbehörden die SED im Wahlkampf tatkräftig begünstigt und ihre Rivalen LDP und CDU etwa durch unzureichende Zuteilung von Druckpapier oder verschleppte Zensurkontrollen behindert hatten. Die bürgerlichen

9 — Vgl. zusammenfassend zur Gliederung der SBZ Mielke: Auflösung (1995), S. 21–24.

10 — John: Ära 1 (2023), S. 223 f., ausführlich zu Thüringen ebd., S. 274–300.

11 — Ebd., S. 289–293; Malycha: Transformation (1999); Suckut: Parteien (2000), S. 34–49.

12 — Exemplarisch siehe: Frölich (Hg.): Parteien (1994); Richter/Rißmann (Hg.): Ost-CDU (1995); Suckut: Parteien (2000); für Regionalstudien etwa Louis: Partei (1996); Triebel: CDU (2019).

Parteien schnitten dennoch vergleichsweise gut ab und erzielten in Sachsen-Anhalt und Brandenburg eine knappe Mehrheit, obgleich die SED in allen Landtagen stärkste Partei wurde. Wenngleich nur semidemokratisch legitimiert, bildeten die Wahlen ein Fundament für die Parlamentarisierung der Gesetzgebung. Die sich kurz darauf konstituierenden Landtage waren in den folgenden Monaten Schauplatz intensiver Arbeit, die sowohl von harten Debatten als auch von Kompromissen geprägt war. Der thüringische Landtag trat erstmalig am 21. November 1946 im Weimarer Hotel Elephant als provisorischer Tagungsstätte zusammen. Der erste brandenburgische Landtag tagte am 22. November im Plenarsaal des Potsdamer Regierungsgebäudes, heute Sitz der Stadtverwaltung. Mit einem Frauenanteil von 18 Prozent übertraf er jeden Landtag der Weimarer Jahre.¹³ Nach zwölf Jahren ohne parlamentarische Vertretung war die Wahl der Nachkriegslandtage ein Ereignis, welches verdient, erinnert zu werden. Ihre Tagungsorte gehören zur demokratiegeschichtlichen Topografie der Länder. Dies gilt auch für die Landesverfassungen, die zwischen dem 20. Dezember 1946 (Thüringen) und dem 28. Februar 1947 (Sachsen) verabschiedet wurden. Die Verfassungen regelten den parlamentarischen Betrieb, die Verwaltung und Gesetzgebung. Sie alle enthielten Bestimmungen zum Verbot von nationalem, religiösem und rassistischem Hass. Mal lediglich knapp genannt, mal detailliert ausformuliert, fanden sich zudem Grundrechte, einschließlich der Gleichheit vor dem Gesetz, der persönlichen, Meinungs-, Gewissens- und Glaubensfreiheit, der Unverletzlichkeit der Wohnung und des Kommunikationsgeheimnisses.¹⁴ Die Landesverfassungen basierten auf einem SED-Entwurf für eine gesamtdeutsche Verfassung einer »Deutschen Demokratischen Republik«, wurden aber in den Landtagen adaptiert und angepasst. Sie orientierten sich an der Verfassungsgesetzgebung der Weimarer Republik, hatten aber an einigen Punkten Konsequenzen aus den Erfahrungen der NS-Diktatur gezogen. Trotz strittiger Punkte, etwa bei der fehlenden strikten Trennung zwischen Legislative und Judikative, boten sie eine tragfähige Grundlage für eine weitere demokratische Entwicklung.¹⁵ Diese Möglichkeit blieb ihnen indes verwehrt. Wachsende Differenzen zwischen den Besatzungsmächten stärkten Zentralisierungstendenzen in der SBZ. Die Sowjetunion änderte schrittweise ihren Kurs hin zu einer Positionssicherung in Ostdeutschland unter der Regie einer willfährigen und auch aus eigenem Machtinteresse handelnden SED. Damit einher ging ein verschärftes Vorgehen gegen oppositionelle Kräfte. Im Verlauf des Jahres 1948 verschlechterte sich die Situation zunehmend.¹⁶ Das Scheitern eines demokratischen Neuanfangs zeichnete sich ab diesem Zeitpunkt immer deutlicher ab. Dies entwertet jedoch nicht die Verfassungen der ostdeutschen Länder, umso mehr als sie für die ehemaligen preußischen Gebiete erste »eigene« Verfassungen jenseits einer preußischen Landeskonstitution darstellten. Auch wenn sie binnen weniger Jahre ausgehöhlt und schließlich mit der Auflösung der Länder in der DDR 1952 gänzlich beseitigt wurden, bleiben sie wesentliche Elemente der Landesgeschichte.¹⁷ Die näher rückenden 80. Jahrestage von Landtagswahlen, Konstituierung und Verfassungsgebung sollten im Interesse einer Auseinandersetzung mit relevanten Punkten ostdeutscher Demokratieereignisse nicht unkommentiert verstreichen.

13 — John: Ära 2 (2023), S. 1145–1157; Schreckenbach/Künzel: Land (1999), S. 144, 191.

14 — Fischer/Künzel (Hg.): Verfassungen (1989), S. 286–335; Marek: Verfassungen (1999), S. 329–342.

15 — Vgl. für Thüringen bei John: Ära 2 (2023), S. 1166–1174, für Brandenburg Schreckenbach/Künzel: Land (1999), S. 150–152.

16 — Agethen: CDU (1994), S. 53–55; John: Ära 1 (2023), S. 26–31.

17 — Vgl. am Beispiel Mecklenburg-

Gesellschaftliche Impulse

Über den Neuanfang im politischen Leben dürfen indes gesellschaftliche Initiativen nicht vergessen werden, die ihrerseits von der politischen Entwicklung geprägt wurden. Die Wiedereröffnung der deutschen Universitäten war dabei ein wichtiger, wenn auch umstrittener Bestandteil. Rechtes Gedankengut hatte sich seit den frühen Jahren der Weimarer Republik an den deutschen Universitäten wiederholt manifestiert.¹⁸ Studentenschaft und Lehrpersonal hatten sich ab 1933 in der großen Mehrheit bereitwillig für das NS-Regime und den Krieg mobilisieren lassen oder selbst mobilisiert.¹⁹ Trotz verständlicher Zweifel empfanden die Besatzungsoffiziere nicht selten auch einen gewissen Respekt vor dem Ruf der deutschen Wissenschaft, und entschlossen sich die Wiedereröffnung der Universitäten schrittweise zu ermöglichen, wobei Jena am 15. Oktober 1945 den Anfang machte. Mehrfach trat die Sowjetische Militäradministration in Thüringen in den Folgejahren als Fürsprecherin und Ansprechpartnerin auf, die den deutschen Akteuren Gestaltungsspielraum einräumte, wenngleich sie dort eingriff, wo sie ihre Interessen bedroht sah. Personell wie auch durch Übernahme der alten Universitätsverfassung aus Weimarer Jahren präsentierte sich die Universität im Geiste der Kontinuität. Nach dem Motto »Erst eröffnen, dann entnazifizieren« war die erste Phase des Universitätsbetriebs von personeller Dynamik geprägt. Allerdings handelte es sich bei Neuberufungen anstelle belasteter Personen zumeist um altgediente Ordinarien, etwa aus den inzwischen an Polen abgetretenen Gebieten. Unterschwellig schwelte freilich auch ein innerdeutscher Konflikt mit den Bildungsfunktionären der KPD/SED, die mit einer gewissen Berechtigung die Universitäten als Orte der bildungsbürgerlichen Abschottung und Ausgrenzung betrachteten und auf soziale Öffnung drängten. Infolgedessen schwankte die Hochschulpolitik zwischen pragmatischen Kompromissen und harten Konflikten. Die ab 1947 verstärkt schwellenden Spannungen etwa um die Frage der Zulassung der Studierenden und die Wahl der Studentenräte wie auch die generelle Entwicklung der Universität entluden sich in der Universitätskrise des Jahres 1948, in der zwei Rektoren ihr Amt aufgeben mussten und mit Otto Schwarz der erste SED-Rektor ins Amt gelangte.²⁰ Nach pragmatischen Anfängen mit beachtlichen Freiräumen kollidierte einmal mehr der autoritäre Führungsanspruch der SED mit der Resilienz der Lehrerschaft und Studierenden.

Ein unverdient nur wenig erinnertes Kapitel ist die Selbstorganisation von Frauen in der unmittelbaren Krisensituation. Sie vollzog sich in der SBZ mit Billigung, nicht selten auch Förderung von Besatzungsoffizieren. Zunächst primär auf die Meisterung des von Mangel geprägten Alltags ausgerichtet, existierten 1946 nicht weniger als 7.000 Frauenausschüsse mit rund 250.000 Angehörigen in Berlin und der SBZ. Die oft über Parteigrenzen hinausreichende Hilfe und Selbsthilfe war auch ein Akt der Selbstermächtigung nach der Erfahrung von Fremdbestimmtheit. Bald artikulierten sich zudem Forderungen wie gleiche Bezahlung und Versorgung für Frauen wie Männer, Mitbestimmungsrechte in den Betrieben und völlige rechtliche Gleichstellung. In einer Zeit in der Millionen Männer im Krieg gefallen oder in Gefangenschaft waren, wodurch sie in Familien und Gesellschaft fehlten, und klassische Männlichkeitsvorstellungen durch die Niederlage des betont

Vorpommerns bei Müller: Gründungen (1999), S. 535–537.

18 — Siehe etwa die Rolle studentischer Zeitfreiwilliger im Kapp-Lüttwitz-Putsch in Mitteldeutschland, Faludi: Gegenrevolution (2021), S. 24 f., 40–43, 72.

19 — Exemplarisch siehe Hoßfeld u. a. (Hg.): Wissenschaft (2003).

20 — John: Ära 2 (2023), S. 1082–1088; Kaiser: Verdrängung (2011), S. 241–246; Kaiser: Transformation (2009), S. 598–619.

maskulin auftretenden Nationalsozialismus diskreditiert waren, schien mit einmal unter dem Druck des Notwendigen tiefgreifende Veränderung möglich und nötig. Zunächst auf föderaler Ebene entstanden oft paritätisch zusammengesetzte Koordinationsorgane der lokalen Frauenausschüsse. Die am 13./14. Juni 1946 im Berliner Theater am Schiffbauerdamm erfolgte Gründung des *Zentralen Frauenausschusses der SBZ* war ein frauengeschichtliches Großereignis. Ungeachtet von Einflussversuchen der SED präsentierte sich die Leitung auch hier zunächst vielfältig. Der ein Dreivierteljahr darauf gegründete *Demokratische Frauenbund Deutschlands* war zu diesem Zeitpunkt noch nicht die angepasste SED-Massenorganisation, zu der er erst durch die schrittweise Verdrängung der Gründungsmitglieder werden sollte.²¹ Relevante Daten der ostdeutschen Frauengeschichte der Nachkriegszeit auf Landes- wie Gesamtzonenebene werden sich in den kommenden Jahren zum 80. Mal jähren, und wären es wert, einen Blick zurück auf diesen Versuch eines Neubeginns zu werfen. Die Aktivitäten der lokalen Frauenausschüsse wie der Zentralen Landes-schüsse sind zudem wenig erforscht, die Orte ihres Wirkens kaum bekannt, obwohl sie als Ausdruck emanzipatorischer Selbstorganisation der Erinnerung verdienen.

Sämtliche Besatzungsmächte hatten zunächst das Erscheinen von Zeitungen unterbunden, doch lockerte sich in der SBZ diese Vorschrift frühzeitig mit der Zulassung von Parteien und Gewerkschaften. Parteizeitungen waren die ersten Blätter, die erscheinen konnten. Nichtkommunistische Zeitungen erfuhren in Punkto Umfang oder Auflagenhöhe Benachteiligungen, allerdings unterlagen auch die Blätter der KPD/SED der Zensur. Ab Ende 1945 konnten auch Privatpersonen die Herausgabe von Blättern beantragen. Einzig an das sowjetische Pressesystem gewöhnt, hatten die Besatzungsoffiziere sichtlich Probleme, sich an gelegentlich kritische Töne in den Zeitungen zu gewöhnen. Die Blätter waren so zu einem Spagat zwischen der Lesererwartung und den Vorstellungen der Zensoren genötigt. Die Aufhebung der Vorzensur im Herbst 1946 erleichterte den Publikationsprozess, doch setzten die sowjetischen Behörden weiterhin einen engen Rahmen. Neben dem naheliegenden Verbot pronazistischer und militaristischer Inhalte galt dies auch für Texte, die Unruhe oder Widerstand hervorrufen mochten. Eine vollkommen freie Presse existierte zu keinem Zeitpunkt, wiewohl 1946/47 Freiräume bestanden. Die nicht an eine Partei gebundenen Blätter blieben jedoch publizistisch eine Episode, und ab 1948 wurden die meisten Blätter schrittweise eingestellt.²² Das Pressesystem der SBZ bleibt eine aufschlussreiche Quelle, an der die Existenz wie das Schwinden von Spielräumen sichtbar wird.

Die Schattenseite des Neuanfangs

Diese Aufzählung erinnerungswertiger Ansätze eines politischen und zivilgesellschaftlichen Neuanfangs mit demokratischem Potenzial darf freilich nicht dazu verleiten, die repressiven Aspekte der SBZ kleinzureden. Deshalb muss eine demokratiegeschichtliche Betrachtung der Jahre 1945 bis 1948 stets die Aspekte der Opposition und des Widerstandes gegen die Einschränkung politischer Freiheiten angemessen berücksichtigen. Denn auch wenn die SBZ keine Diktatur war und die Einschränkung deutscher Souveränitätsrechte so kurz nach dem von der Bevölkerungsmehrheit gestützten Vernichtungs-

21 — Ausführlich vgl. Bühler: *Eigenmächtig* (2022).

22 — Siehe ausführlicher Strunk: *Zensur* (1996).

krieg außer Frage stand, der Wunsch nach freier demokratischer Entwicklung sah sich an vielen Punkten reglementiert. Dies manifestierte sich etwa bei dem zu einem erheblichen Teil durch Druck und Nötigung zustande gekommenen Zusammenschluss von SPD und KPD zur neuen »Einheitspartei« SED.²³ Wer offen opponierte, wie etwa die hochrangigen sächsischen Parteimitglieder Arno Haufe und Arno Wend, riskierte Verhaftung und langjährige Haftstrafen. Jegliche Versuche der westdeutschen SPD, analog zu den Aktivitäten der Sopade während der NS-Diktatur über ihr sogenanntes Ostbüro ein Netzwerk ostdeutscher Vertrauensleute aufzubauen, bedeutete für die Beteiligten ein hohes Risiko. Und sogar bloße Anzeichen zivilen Ungehorsams wie das Tragen von weißen oder rosafarbenen Blumen als wortloses Protestzeichen, führten im Mai 1946 zur Verhaftung mehrerer Potsdamer Jugendlicher.²⁴ An den Hochschulen und Universitäten speiste sich insbesondere 1947/48 die zunächst verbale Opposition namentlich aus den Hochschulgruppen der Liberaldemokraten und CDU. Anfangs bemüht im legalen Rahmen zu bleiben, sah sie sich durch wachsenden Druck zunehmend in den Untergrund gedrängt. Personen, die für die Unabhängigkeit der Studentenräte von der Einflussnahme der SED und für die Bewahrung freier Wahlen zu ihrer Bildung eintraten, konnten sich wie im Falle mehrerer Dresdner Studierender unter vorgeschobenen Anklagen vor einem Sowjetischen Militärtribunal wiederfinden. Konfrontiert mit wachsender Repression, versuchten deshalb einige Studierende unter konspirativen Vorsichtsmaßnahmen Widerstand zu leisten.²⁵ Dies ist indes ein historisches Kapitel, bei dem trotz bisheriger Bemühungen noch Forschungsbedarf besteht.²⁶ Aktivitäten wie diese sind als Eintreten für eine Bewahrung der pluralen Elemente des Neuanfangs nach 1945 angemessen zu erinnern.

Auch eine umfassende Erforschung ostdeutscher Protestgeschichte in der Grauzone jenseits klarer politischer Forderungen steht noch aus. Nicht wenige Demonstrationen hatten konkrete Missstände etwa bei der Versorgung zum Anlass. Ihre politische Zuordnung mag mitunter auch bloße Fremdzuschreibung gewesen sein.²⁷

Die Repressionsmaßnahmen generalisierend als Teil einer auf Demokratiezerstörung zielenden Politik zu betrachten, wäre jedoch gleichfalls eine unzulässige Vereinfachung. Bei den Opfern der ersten Nachkriegsjahre handelte es sich mehrheitlich nicht um Personen, die wegen ihres Eintretens für demokratische Grundrechte inhaftiert wurden. So befanden sich etwa unter den in den Sowjetischen Speziallagern internierten oder von Sowjetischen Militärtribunalen verurteilten Personen zwar auch solche, für die dies zutraf, aber ebenso irrtümlich oder zufällig Inhaftierte. Andere hatten Anordnungen der Besatzungsmächte verletzt, und ein erheblicher Teil war infolge ihrer Funktionen in der NS-Diktatur oder aufgrund konkreter Verbrechen in das Visier der Behörden geraten.²⁸ Die Praxis ihrer Verhaftung, die schlechten Haftbedingungen und gegebenenfalls ihre Aburteilung können nicht als rechtsstaatlich korrekt bezeichnet werden. Sie sind jedoch im Kontext des wenige Jahre zurückliegenden Krieges und der deutschen Verbrechen zu sehen. Auch so manche Widerstandshandlung war nicht durch demokratische Überzeugung, sondern die Loyalität zum beseitigten NS-Regime motiviert.²⁹ Dies kann selbstverständlich nicht als Teil einer

23 — Vgl. für eine Zusammenfassung <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/dossiers/zwangsvereinigung-der-spd-mit-der-kpd/historischer-ueberblick>, z. a. 24.10.2024.

24 — Heitzer: *Opposition* (2015), S. 24 f., 34–36.

25 — Ammer: *Thesen* (2011), S. 10; Liernert: *Justiz* (2011), S. 105 f.; Wiemers: *Widerstand* (2012), S. 52–63, 70–72.

26 — Vgl. die freilich nicht mehr aktuelle Übersicht bei Böse: *Auswertung* (2011).

27 — Vgl. etwa die Hungerproteste im sächsischen Olbernhau, <https://www.bpb.de/themen/deutschlandarchiv/132942/die-hungerdemonstration-in-olbernhau-am-18-juli-1946/>, z. a. 24.10.2024.

28 — Beispielhaft siehe Bartuschka: *Auschwitz* (2023), S. 145–148.

29 — Heitzer: *Opposition* (2015), S. 40.

(ost)deutschen Demokratiegeschichte betrachtet werden. Mitunter trugen politisch motivierte Aktionen die Handschrift instabiler terroristischer Einzeltäter.³⁰ Einmal mehr unterstreicht dies die Notwendigkeit, die oppositionellen oder Widerstand leistenden Personen in ihrer Komplexität zu betrachten. Gedenkstätten an den Orten von Haftanstalten und Speziallagern mit Bezug zu den SBZ-Jahren,³¹ sind aus diesem Grund notwendig für eine Vermittlung der Repressionsgeschichte. Als Orte von Demokratiegeschichte sind sie am besten geeignet, wenn in Kooperation Einzelbiografien sorgfältig exemplarisch herausgearbeitet werden.

Gerade in den Jahren, in denen sich die Teilung Deutschlands in »Ost« und »West« anzudeuten begann, ist es zudem notwendig, in einer ostdeutschen Demokratiegeschichte über die Grenzen der SBZ hinauszuschauen. Die wachsenden Einschränkungen trugen wesentlich dazu bei, dass ostdeutsche Demokraten und Demokratinnen in die westlichen Besatzungszonen auswichen. Andere hatten sich aus dem Exil zurückkommend von Anfang an für die westlichen Besatzungszonen entschieden. Dieser Verlust für die ostdeutsche Gesellschaft stellte sich zugleich als eine Bereicherung für den Westen Deutschlands heraus. Die westdeutsche Demokratie wurde auch von Ostdeutschen miterrichtet, die ihre Tatkraft und Erfahrungen einbrachten. Unter den »Müttern und Vätern des Grundgesetzes« fanden sich Personen wie Otto Heinrich Greve, Erich Ollenhauer, Hans Reif und Ernst Reuter, die entweder in Ostdeutschland geboren waren oder lange Jahre dort wirkten.³² Ohne deshalb den ostdeutschen Anteil am Aufbau der bundesrepublikanischen Demokratie überbetonen zu wollen, erscheint es angemessen, auf diese Verbindungen zu verweisen, und sie auch in Ostdeutschland als einen Beitrag zur gesamtdeutschen Demokratiegeschichte zu erinnern.

Letzten Endes sollten die hoffnungsvollen Ansätze für einen demokratischen Neuanfang im Sand verlaufen. Die auf Machtsicherung ausgerichtete Politik der SED-Führung in Verbindung mit den Interessen der sowjetischen Besatzungsmacht engten die zunächst bestehenden Spielräume zusehends ein und machten sie schließlich ganz zunichte. Die Aussage, die DDR habe keine demokratische Vorgeschichte gehabt, bildet jedoch in ihrer apodiktischen Eindeutigkeit die komplexe und fluide Wirklichkeit namentlich der Jahre 1945 bis 1947 nicht korrekt ab. Deshalb erscheint dieser Abschnitt ostdeutscher Geschichte als ein Feld, das es verdient als eigenständiges Kapitel betrachtet zu werden und auch für eine ostdeutsche Demokratiegeschichte relevant bleibt.

30 — Vgl. etwa den Attentatsversuch auf den thüringischen Landtagspräsidenten und ehemaligen Ministerpräsidenten August Frölich bei John: Ära 2 (2023), S. 1303–1307.

31 — Siehe neben den KZ-Gedenkstätten Buchenwald und Sachsenhausen, wo sie Teil des Gesamtensembles sind, beispielhaft <http://www.lagermuehlberg.de/>; <https://www.stiftung-hsh.de/>; <https://www.stsg.de/cms/bautzen/startseite>; <https://die-lager-jamlitz.de/>, alle z. a. 24.10.2024.

32 — Vgl. zu ihrem Wirken <https://www.bpb.de/themen/nachkriegszeit/grundgesetz-und-parlamentarischer-rat/39043/die-muetter-und-vaeter-des-grundgesetzes/>, z. a. 24.10.2024.



Vier Jahrzehnte Diktatur 1949–1989/90

Bei der Betrachtung der DDR erreicht die Geschichtsforschung jene Grenze, an der sie in die Gegenwartsgeschichte übergeht. Im Herbst 2025 werden es 35 Jahre sein, dass die Existenz des ostdeutschen Staates ein Ende fand. Dennoch wirkt das vor einer reichlichen Generation verschwundene Land in vielfältiger Art und Weise fort. Die Folgen seiner Existenz und des anschließenden Transformationsprozesses prägen und definieren zu großen Teilen, was »Ostdeutschland« ist. Momentan ist die DDR noch immer für die Mehrheit der in Ostdeutschland geborenen Menschen ein Bestandteil ihres bewusst erinnerten Lebens. Auch wenn die Unterschiede zwischen »alten« und »neuen« Bundesländern sich in den vergangenen Jahrzehnten abgeschliffen haben, sind sie doch nicht verschwunden.¹

Es ist diese Gegenwärtigkeit und Relevanz, welche die Geschichte der DDR als Thema hervorhebt. Wie keine zweite wird sie herangezogen, um politische und gesellschaftliche, mitunter auch höchst individuelle Phänomene und Verhaltensmuster zu erklären.²

Im Kontrast zu historisch fernen Ereignissen prägen individuelle Erinnerung und familiäre Überlieferung die Wahrnehmung der jüngeren Geschichte; bestätigen, ergänzen oder widersprechen aus der Perspektive des Publikums den in Schule, Medien und Erinnerungsstätten vermittelten Inhalten. So ist denn auch persönliches Engagement oder Betroffenheit nicht fern, wenn es um die Einschätzung und Beurteilung der DDR-Geschichte geht. Dies äußert sich bereits im Dissens um die richtige Wortwahl, mit der Menschen über die Vergangenheit zu reden bereit sind.³

All dies wirkt sich fundamental auf die Betrachtung der DDR unter demokratiegeschichtlichen Aspekten aus. Auf der einen Seite präsentiert sich ein Thema, das vortrefflich geeignet ist, um das Publikum zu erreichen. Da zwischen den geschilderten Ereignissen Bezüge zum eigenen Erfahrungsraum oder der Überlieferung im Familien- und Bekanntenkreis hergestellt werden können, sind sie als exemplarische Beispiele von besonderer Überzeugungskraft. Die Menschen in Ostdeutschland leben mit den Folgen der DDR-Geschichte, wohnen in Städten und Dörfern, in denen zahlreiche Gebäude noch dieselben sind wie in den Jahren 1949 bis 1989. Sie begegnen den Spuren des ostdeutschen Staates auf Schritt und Tritt, auch wenn ein wachsender Teil Nachgeborener oder Zugezogener keine eigene Verbindung besitzt. Dass diese Geschichte sie betrifft, leuchtet auch vielen Menschen ein, die eine Relevanz weit zurückliegender Ereignisse verneinen. Andererseits ruft eine Thematisierung dieses Kapitels ostdeutscher Geschichte gerade bei den Zeitzeugen und Zeitzeuginnen rasch Einspruch hervor, falls sie den individuell verinnerlichten Bildern und Narrativen zu widersprechen scheint. Die DDR bleibt damit ein ebenso wichtiges wie sensibles Thema.

1 — Vgl. Mau: Ungleich (2024).

2 — Bis hin zu einer angeblich geringeren Wertschätzung ungeborenen oder neugeborenen Lebens, vgl. <https://www.deutschlandfunk.de/tabubruch-mit-folgen-100.html>, z. a. 6.11.2024.

3 — Etwa, ob man den ostdeutschen Staat als »Unrechtsstaat« bezeichnen kann oder soll, und in wie weit ein Vergleich mit der NS-Diktatur statthaft ist. Vgl. dazu <https://www.bpb.de/themen/deutschlandarchiv/53434/die-bedeutung-des-deutschen-diktaturenvergleichs-fuer-die-politische-kultur-der-berliner-republik/>; <https://www.bpb.de/themen/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/47560/die-ddr-ein-unrechtsstaat/>, beide z. a. 6.11.2024.

Aspekte einer Demokratiegeschichte der DDR

Der ostdeutsche Staat war eine Diktatur, daran kann kein Zweifel bestehen. Es überrascht wenig, dass seine Geschichte über 40 Jahre hinweg auf staatlicher Ebene kaum inspirierende Beispiele der Ausformung von Demokratie, dem Erkämpfen von neuen Rechten oder gar von den Bemühungen, demokratische Strukturen mit Leben zu erfüllen bieten konnte. Diese Einschätzung soll nicht das Lebenswerk der Menschen abwerten, die in dem autoritären Staat heranwuchsen. Ihre Erfahrungen sind aus sozial- und alltagsgeschichtlicher Perspektive weithin relevant und verdienen der Erforschung. Dennoch darf gerade bei der Demokratiegeschichte ein Fokus auf die Alltagsgeschichte die politischen Rahmenbedingungen des ostdeutschen Staates nicht verwischen. Gewiss, Konstitution und Gesetzgebung der DDR waren nicht vollkommen bar fortschrittlicher Elemente, für bisher benachteiligte Teile der Bevölkerung gab es Raum für Verbesserung. So sahen sich die Akteurinnen des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands zwar im politischen Geschehen zunehmend gleichgeschaltet oder an den Rand gedrängt, doch zugleich hatte ihr Wirken sichtbare Folgen gezeitigt. Die Verfassung der DDR vom 7. Oktober 1949 hob alle Gesetze und Bestimmungen auf, welche der Gleichberechtigung von Männern und Frauen entgegenstanden. Die Verfassung erklärte zugleich alle Bestimmungen für nichtig, die uneheliche Kinder oder deren Eltern benachteiligten.⁴ Im Grundgesetz der Bundesrepublik war die Gleichstellung unehelicher Kinder hingegen zunächst eine Zielstellung, ihre umfängliche Umsetzung ließ indes zwei Jahrzehnte auf sich warten.⁵ Auch die volle Geschäftsfähigkeit der westdeutschen Frauen wurde erst in den 1970er Jahren hergestellt. Im Alltag war die volle Gleichberechtigung von Mann und Frau auch in der DDR allerdings mehr Anspruch denn Realität, sahen sich Frauen überdurchschnittlich häufig auf niedrig bezahlte Arbeitsplätze verwiesen und hatten weiterhin die doppelte Belastung aus Haushaltsführung und Berufstätigkeit zu schultern.⁶ Die erwähnten, aber auch andere innovative Elemente⁷ können indes nicht über die autoritäre Natur des ostdeutschen Staates hinwegtäuschen, und unter demokratiegeschichtlicher Perspektive dominiert in der Darstellung zu Recht weitaus prominenter die Aushöhlung und Zerstörung demokratischer Rechte als auch das Eintreten für ihre Wiederherstellung gegen staatliche Widerstände.

Wie auch immer die Impulse eines demokratischen Neuanfangs nach 1945 zu beurteilen sind, in den Jahren ab 1948 wurden sie ausgehöhlt und schließlich beseitigt oder zu bloßen Lippenbekenntnissen degradiert. Anders als die ostdeutschen Landtage, die 1946 in freien, wenn auch nicht wirklich gleichen Wahlen bestimmt worden waren, präsentierte sich das Zustandekommen der Volkskammer als Parlament des künftigen Staates von Anfang an als bestenfalls scheindemokratisch. Gewählt nach Einheitslisten, die eine Mehrheit der SED und der mit ihr verbündeten Massenorganisationen garantierten, war an eine eigenständige Politik oder gar relevante Opposition durch andere Parteien nicht zu denken.⁸ Letztere fanden sich ohnehin zunehmend in einer Position der Abhängigkeit wieder. Dies galt im Besonderen für die 1948 gegründete Demokratische Bauernpartei Deutschlands und die National-Demokratische Partei Deutschlands, die von vorneherein den Führungsanspruch der SED anerkannten.⁹ Jenseits von Einzelpersonen eignet sich deshalb ostdeutsche Parteiengeschichte auch über

4 — Fischer/Künzel (Hg.): Verfassungen (1989), S. 471, 475; Bühler: Eigenmächtig (2022), S. 408–411.

5 — Vgl. Artikel 6, Absatz 5, <https://www.bundestag.de/gg>; zur tatsächlichen Umsetzung <https://www.spiegel.de/politik/sind-nun-wer-a-2d355a73-0002-0001-0000-000044931061>, beide z. a. 6.11.2024.

6 — Vgl. <https://www.bpb.de/themen/deutschlandarchiv/286988/verordnetemanzipation/>, z. a. 6.11.2024.

7 — Vgl. auch zum Umgang mit Homosexuellen, <https://arolsen-archives.org/news/paragraph-175-strafbare-homosexualitaet/>, z. a. 6.11.2024.

8 — Kurz zusammengefasst siehe <https://www.bpb.de/themen/nachkriegszeit/grundgesetz-und-parlamentarischer-rat/39040/vom-deutschen-volkskongress-zur-ddr/>, z. a. 6.11.2024, ausführlich bei Bender: Deutschland (1992); Patzelt / Schirmer (Hg.): Volkskammer (2002).

9 — Malycha: Etablierung (2017), S. 49–59. Vgl. auch Frölich: Parteien (1994); Suckut: Parteien (2000).

die Staatspartei hinaus schwerlich als inspirierendes Beispiel prodemokratischer Selbstbehauptung. Die ostdeutschen Länderparlamente sahen sich ihrerseits bereits im Vorfeld der Gründung der DDR mehr und mehr in die Rolle von Zustimmungsorganen herabgedrückt, missliebige Abgeordnete unter Druck gesetzt. Die ostdeutsche Verfassung vom 7. Oktober 1949 schrieb die Dominanz der Zentralregierung fest. Die Länder wurden zwar als Glieder des Gesamtstaates genannt, hatten aber keine eigene Souveränität. Auch ihre Parlamente wurden künftig nach Einheitslisten gewählt. Als im Sinne der zunehmenden Herrschaftszentralisierung und vermeintlichen Effizienzsteigerung bei Verwaltung und Wirtschaftsplanung die Länder 1952 zugunsten von Bezirken abgeschafft wurden, regte sich in den Landtagen gegen die Selbstabschaffung keine Gegenwehr.¹⁰

Widerstand und Opposition als wichtigstes Thema

Dies bedeutete freilich nicht, dass der Herrschaftsanspruch der SED unwidersprochen blieb. Von der Gründung der DDR bis zu ihrem Ende war die Geschichte des ostdeutschen Staates stets auch eine Geschichte des Widerstandes beziehungsweise der Opposition von Menschen, die sich für demokratische Grundrechte einsetzten. In ihren vielfältigen Erscheinungsformen in 40 Jahren DDR-Geschichte können diese hier nur ansatzweise und in groben Zügen thematisiert werden. Da es keine einheitliche oder auch nur dominierende Organisation gab, die prodemokratisches Handeln bündelte und repräsentierte, erscheint naheliegend, seine Geschichte primär anhand von Einzelbeispielen zu vermitteln. Sie ermöglichen einen demokratiegeschichtlichen Einblick in bestimmte Phasen der DDR-Geschichte, binden Opposition und Widerstand an konkrete Gesichter, Namen und Schicksale, die sich zudem vielfach in unmittelbarer Nähe des gegenwärtigen Publikums verorten lassen. Die Wohnorte der Akteure, die Stätten ihres Handelns, aber auch die Orte ihrer Inhaftierung sind physisch vielfach noch vorhanden. Zudem sind aufgrund der zeitlichen Nähe und intensiven Sammlungstätigkeit zwar nicht flächendeckend, aber doch zumindest zu einer Reihe von Ereignissen und regionalen Schwerpunkten Zeitzeugenberichte in großer Zahl erhalten, die einen solch individuellen Ansatz überhaupt erst ermöglichen.¹¹ Dies sollte zugleich als dringlicher Appell verstanden werden, gerade in Orten, die nicht über vergleichbare Initiativen angesprochen wurden, noch nicht oder nicht gründlich befragte Beteiligte zu Wort kommen zu lassen und ihre Erfahrungen zu bewahren.

Die Forschungs- und Vermittlungssituation präsentiert sich insgesamt als breit aufgestellt. Vielfältig, wenn auch keineswegs überall ist die Untersuchung der Unterdrückungsmaßnahmen, die Markierung entsprechender Orte und die Vermittlung von Informationen mit der Thematisierung der Personen in Opposition und Widerstand verbunden, sie ist integraler Bestandteil des vermittelten Narratives. Wohl stellen Ereignisse wie etwa die Friedliche Revolution andere Manifestationen in der Wahrnehmung in den Schatten, so dass diese weniger Wertschätzung erfahren. Dennoch ist die Gesamtsituation günstiger als in anderen Themenbereichen, einschließlich des Widerstandes gegen die NS-Diktatur. Biographische Skizzen liegen nicht nur für prominente Oppositionelle, sondern für ein breites Spektrum an Akteuren und Akteurinnen vor.¹² Die Bundesstiftung zur Aufarbei-

10 — Vgl. am Beispiel Brandenburgs Schreckenbach / Künzel: Land (1999), S. 167–190; ausführlich Mielke: Auflösung (1995).

11 — Siehe beispielhaft die Sammlungen des Thüringer Archivs für Zeitgeschichte bzw. des Archiv Bürgerbewegung Leipzig e.V., <https://www.thueraz.de/de/archiv-und-forschung/archivbestande/>; <https://www.archiv-buergerbewegung.de/archiv/archivbestand/>; beide z. a. 6.11.2024.

12 — Exemplarisch siehe Fricke (Hg.): Opposition (2002); Kowalczyk / Sello (Hg.): Land (2006); Mayer: Helden (2009); Pingel-Schliemann / Hilbert (Hg.): Frauen (2014).

tion der SED-Diktatur fungiert als wirkmächtige Förderinstanz und als ein unverzichtbarer Kooperationsknotenpunkt zugleich.¹³ Zahlreiche ehemalige DDR-Haftanstalten und andere Orte mit historischem Bezug sind als Gedenkstätten eingerichtet worden und bieten sich für Interessierte als Anlaufstellen an.¹⁴ Besonders hervorzuheben aus diesem reichhaltigen Angebot ist das Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv, das in 13 (demnächst 14) Städten Ostdeutschlands Einrichtungen unterhält. Es ermöglicht nicht nur individuelle Besuche von Betroffenen und Forschenden, sondern bietet ein breites Spektrum an online zugänglichen Informationen wie auch pädagogischen Angeboten. Die in seinen Beständen in großer Zahl erhaltenen Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit und dessen Vorgängern sind – wiewohl aus der Perspektive des Repressionsapparates verfasst und deshalb quellenkritisch mit großer Sorgfalt zu behandeln – Quellen von enormem Wert.¹⁵ Mit dem Berliner Campus für Demokratie existiert ein physischer Knotenpunkt der Forschung und Vermittlung am Standort der ehemaligen Zentrale des Ministeriums für Staatssicherheit.¹⁶ Ein Ort der Repression ist somit sowohl durch seine Stürmung durch prodemokratische Demonstrierende am 15. Januar 1990 als auch die weitere Nutzung nach diesem Ereignis zu einem Ort der Demokratiegeschichte geworden. Diese Transformation ist für sich bereits ein wirkmächtiges Symbol, das sich auch in der Nutzung anderer ehemaliger Dienststellen der Staatssicherheit widerspiegelt.¹⁷ Der Campus für Demokratie bietet sich für Exkursionen aus dem gesamten Bundesgebiet an, zumal hier zahlreiche unterschiedliche Initiativen wie die Robert-Havemann-Gesellschaft e.V., das Stasimuseum Berlin und die Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. sowie andere einen Raum gefunden haben, um sich auszutauschen und zusammenzuwirken.¹⁸ Die dort erprobten niedrigschwelligen Angebote bieten wertvolle Impulse für Projekte an anderen Vermittlungsorten, um ein Publikum jenseits der »typischen« Archiv- und Museumsbesuchenden zu erreichen. Auch die ostdeutschen Landeszentralen für politische Bildung haben sich des Themas angenommen und offerieren ein breites Spektrum an gedrucktem und digitalem Informationsmaterial.¹⁹ Diese und andere Initiativen agieren vielfältig bereits in Kooperation zueinander. Relevante Akteure haben ihr Interesse an dem Initiativplan bekundet und seine Erarbeitung unterstützt.

Anders präsentiert sich die Situation indes in Westdeutschland. Gegenwärtig wird die Geschichte der DDR dort selten prominent vermittelt. Im Schulunterricht genießt das Thema zumeist nur begrenzte Aufmerksamkeit. Zudem schwankt der eingeräumte Zeitrahmen von Bundesland zu Bundesland erheblich. Die wenigen Denkmäler sind eher auf die deutsche Einheit als auf den demokratischen Widerstand in der DDR hin ausgerichtet.²⁰ Auch infolge des Mangels an historischen Orten finden sich jenseits der Grenzlandmuseen²¹ und einiger Erinnerungsstätten an den Orten ehemaliger Durchgangslager für Flüchtlinge²² kaum Einrichtungen, die für Interessierte als Anlaufstelle fungieren können. Als nennenswerte Ausnahmen weit im Westen der Bundesrepublik erscheinen die vom Bundesarchiv betriebene Rastatter Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte und das DDR-Museum Pforzheim,²³ von denen sich erste bereits intensiv in den Initiativplan eingebracht hat.

13 — Vgl. die Informationen und Angebote <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/start>, z. a. 6.11.2024.

14 — Einen Überblick bietet <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/erinnern/museen-und-gedenkstaetten/linkliste>, z. a. 6.11.2024.

15 — Vgl. <https://www.bundesarchiv.de/stasi-unterlagen-archiv/>, z. a. 6.11.2024.

16 — Vgl. <https://xn--campus-fr-demokratie-wec.berlin/>, z. a. 6.11.2024.

17 — Etwa das Museum in der »Runden Ecke« in Leipzig oder die Gedenk- und Bildstätte Andreasstraße in Erfurt, vgl. <https://www.runde-ecke-leipzig.de/>; <https://www.erfurt-tourismus.de/sehenswertes/museen-und-ausstellungen/museen/gedenk-und-bildungsstaette-andreasstrasse/>, beide z. a. 6.11.2024.

18 — Es bestehen Planungen, den Campus durch einen Neubau zu erweitern, siehe dazu <https://www.havemann-gesellschaft.de/beitraege/forum-opposition-und-widerstand-1945-1990/>, z. a. 6.11.2024.

19 — Vgl. exemplarisch mit Angeboten zu einer breiten Vielfalt von DDR-Themen in gedruckter und digitaler Form <https://www.lzttueringen.de/downloads/?kategorie=19>; <https://www.lzttueringen.de/publikationen/?kategorie=13&art=>, beide z. a. 6.11.2024.

20 — Parak: *Erinnerungsorte* (2020), S. 19.

21 — Vgl. <https://www.grenzerinnerungen.de/grenzmuseen.php>, z. a. 9.11.2024.

22 — Siehe zu diesen weiter unten in diesem Kapitel.

23 — Vgl. <https://www.bundesarchiv.de/das-bundesarchiv/standorte/rastatt/>; <https://www.pforzheim-ddr-museum.de/>, beide z. a. 6.11.2024.

Die frühen Jahre und der Volksaufstand

Wie bereits angedeutet, präsentieren sich Widerstand und Opposition in der DDR nicht uniform, was angesichts eines Zeitraums von 40 Jahren auch nicht zu erwarten war. Sowohl die innerdeutschen als auch die weltpolitischen Rahmenbedingungen waren in diesem Zeitraum tiefgreifenden Veränderungen unterworfen, Akteurskreise und vorherrschende Ziele wandelten sich. In der Vermittlung sollte nach Möglichkeit stets ein breites Spektrum an Beispielen präsentiert werden, um diese Vielfalt angemessen zu reflektieren.

Der Widerstand der frühen Jahre der DDR bis etwa Mitte der 1950er hebt sich deutlich von jenem späterer Jahre ab. Er ist weniger erforscht als andere Themenbereiche, so dass noch Bedarf für weitere Arbeiten besteht. Auch in der Erinnerung ist er jenseits des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 kaum präsent, und es scheint angebracht, exemplarische Handelnde wieder stärker hervorzuheben. Diese frühen Jahre waren dadurch gekennzeichnet, dass die SED-Herrschaft noch nicht als gesichert anzusehen war, die Teilung Deutschlands nicht als Tatsache akzeptiert wurde. Eine Revision der Zweitstaatlichkeit und Sturz der Diktatur schienen denkbar. Über die noch immer durchlässige Grenze standen die Verbindungen nach Westdeutschland wie auch mögliche Fluchtwege offen, konnte Unterstützung geleistet werden. Namentlich in dieser Phase war Opposition und Widerstand vielfältig ein gesamtdeutsches Phänomen, wenngleich freilich die Einflussnahme aus den »alten« Bundesländern keineswegs immer unproblematisch in Intention und Folgen war. Hervorzuheben ist auch, dass das Risiko für widerständiges Handeln noch größer war als in späteren Jahrzehnten. Die Sowjetischen Militärtribunale wie die Justiz des jungen ostdeutschen Staates verhängten drakonische Haft- und im Fall der sowjetischen Behörden sogar mehrere hundert Todesstrafen, die vielfach vollstreckt wurden.

Die handelnden Gruppen gestalteten sich indes sehr heterogen. Wie in den Jahren vor 1949 ist zu berücksichtigen, dass insbesondere im ersten Jahrzehnt der DDR antikommunistischer Widerstand nicht automatisch demokratisch motiviert war und deshalb nicht ohne genauere Einschätzung des Einzelfalls als Teil der Demokratiegeschichte eingeordnet werden sollte. Dies kann nüchtern betrachtet wenig überraschen. Wenn in Westdeutschland Anfang der 1950er Jahre noch etwa 40 Prozent der Bevölkerung mehr Gutes als Böses in der nationalsozialistischen Idee fanden,²⁴ ist ausgeschlossen, dass östlich der damaligen deutsch-deutschen Grenze alle Männer und Frauen bereits mit dem Gedankengut der NS-Diktatur gebrochen hatten.²⁵ Antikommunismus und Ablehnung der sowjetischen Besatzungsmacht speisten sich zweifellos in einer Reihe von Fällen aus überkommenen ideologischen Versatzstücken der NS-Zeit und der zerrissenen politischen Landschaft der Weimarer Republik. Akteure und Akteurinnen müssen deshalb in ihrer Komplexität und Widersprüchlichkeit betrachtet werden. Das bedeutet selbstverständlich nicht, dass die generelle Forschung nichtdemokratische Akteure ignorieren sollte.

Einige Gruppen waren integral mit der jungen Bundesrepublik verbunden: Die *Ostbüros* der demokratischen Parteien und Organisationen Westdeutschlands betreuten Flüchtlinge und Häftlinge, agierten aber auch auf ostdeutschem Boden im Bereich von Informationsbeschaffung und prodemokratischer Propaganda. Ihre örtlichen Verbin-

24 — Rothland: *Erinnerung* (2008), S. 57.

25 — Vgl. für einen wirkmächtigen westdeutschen Ansatz zur Haltung der jüngeren Jahrgänge Schelsky: *Generation* (1957), zur Rezeption desselben Kersting: Helmut Schelskys (2002).

dungsleute gingen ein enormes Risiko ein. Weit über 1.000 Personen verbüßten Haftstrafen, einzelne wurden zum Tode verurteilt.²⁶ Andere Organisationen präsentieren sich sehr ambivalent. Die *Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit* integrierte in ihr ostdeutsches Netzwerk eine heterogene Sammlung widerstandswilliger Gruppen und Einzelpersonen mit höchst unterschiedlichen Motiven. Menschen mit demokratischer Zielsetzung und Sozialisation fanden sich Seite an Seite mit anderen, die wenige Jahre zuvor bereitwillige Stützen des NS-Regimes beziehungsweise Mitglieder verbrecherischer Organisationen gewesen waren. Neben Flugblattaktionen und Informationsvermittlung als Mittel des Widerstandes trat die Spionage für westliche Geheimdienste. Die verübten Sabotageakte nahmen mitunter terroristische Züge an. Als einer der radikalsten und entschlossensten Gegner der sowjetischen Behörden und der DDR war die Organisation ebenso Ausdruck der Selbstbehauptung gegen die zunehmende Repression in Ostdeutschland wie eine skrupellose Schattenstreitmacht im Kalten Krieg.²⁷ Der über Verbindungsleute ebenfalls in Ostdeutschland tätige *Bund Deutscher Jugend* wurde nach wenigen Jahren der Existenz in der Bundesrepublik aus gutem Grund als rechtradikale Organisation verboten. Der *Untersuchungsausschuss freier Juristen* klärte über Verbrechen in der SBZ und DDR auf, verfügte aber zugleich über enge Geheimdienstkontakte und ein paramilitärisches Programm. Auch in seinen Reihen fanden sich NS-belastete Personen.²⁸

Als spektakuläre Anomalie in der Widerstandsgeschichte stechen die Massenproteste gegen die SED-Diktatur im Sommer 1953 hervor, die für einen Moment den Zusammenbruch des ostdeutschen Staates für möglich erscheinen ließen. Zu Recht ist darauf verwiesen worden, dass die Ereignisse im ländlichen Raum, wo Proteste vielfach bereits vor dem 17. Juni 1953 ausbrachen und auch danach mitunter noch anhielten, einer umfassenderen Betrachtung bedürfen.²⁹ Jenseits solcher partiellen Leerstellen, die bis zum 75. Jahrestag nach Möglichkeit durch zügig anzustoßende Forschungsinitiativen geschlossen werden sollten, ist indes der Volksaufstand vom 17. Juni mit Ausnahme der Friedlichen Revolution von 1989/90 das wohl am besten erforschte Einzelereignis der DDR-Geschichte. Eine Vielzahl von Regionalstudien bietet über Schilderungen und relevante Dokumente Einblicke.³⁰ Selbst auf städtischer Ebene finden sich in mehreren Fällen gründliche Betrachtungen.³¹ Er ist damit als Ereignis präsent, nicht zuletzt durch zahlreiche Straßennamen und andere Markierungen. Doch ungeachtet dessen hat die Bedeutung des Tages in der gesamtdeutschen Erinnerungskultur über die Jahre nachgelassen. In Westdeutschland zunächst als erster nationaler Staatsfeiertag mit dem Namen »Tag der deutschen Einheit« markiert, verlor er ab Ende der 1960er Jahre an Bedeutung und wurde 1990 schließlich abgeschafft.³² Zurück blieben eine Reihe Straßen und Plätze, die nach dem Ereignis benannt worden waren.³³ Und auch in Ostdeutschland finden zu den Jahrestagen zwar Veranstaltungen statt, ziehen jedoch vielfach nur noch überschaubare Besucherzahlen an.³⁴

Die Niederschlagung des Aufstandes vom 17. Juni 1953 signalisierte unübersehbar, dass die sowjetischen Truppen im Notfall als Garanten für die weitere Existenz der DDR bereitstanden. Weder Westdeutschland noch das westliche Militärbündnis würden zugunsten eines Aufstandsversuches einschreiten. Ob diese Erkenntnis indes die zunehmende Auseinanderentwicklung von Westdeutschen und Ost-

26 — Heitzer: *Opposition* (2015), S. 23–29, ausführlich bei Buschfort: *Parteien* (2000).

27 — Ausführlich siehe Heitzer: *Kampfgruppe* (2015), bes. 136–157, zusammenfassend S. 470–479.

28 — Heitzer: *Opposition* (2015), S. 63–68.

29 — Vgl. Schöne: *Städte* (2023).

30 — Beispielhaft Ciesla (Hg.): *Freiheit* (2003); Herz (Hg.): 17. Juni (2003); Mähler (Hg.): 17. Juni (2003); Roth: 17. Juni (1999); Schwabe: 17. Juni (2007).

31 — Vgl. für Jena Hoshino: *Macht* (2002), S. 91–143; Voigt: *Jena* (2003); vgl. auch den Filmbeitrag »Der 17. Juni 1953 in Jena. Skizzen eines Aufstandes«, https://www.youtube.com/watch?v=_qkWuOYGHil&t=11s, z. a. 6.11.2024.

32 — Vgl. <https://www.bpb.de/themen/deutsche-teilung/der-aufstand-des-17-juni-1953/154329/gedenken-und-erinnern/>, z. a. 6.11.2024.

33 — Neben dem naheliegenden Westberlin etwa in Frechen, Köln, Langenberg (Rheinland) und Osnabrück.

34 — Vgl. <https://www.otz.de/lokales/jena/article406595669/ob-erinnerung-an-den-volksaufstand-1953-praegt-bewusstsein-der-stadt-jena.html>, z. a. 6.11.2024.

deutschen initiierte, auf der östlichen Seite der Grenze geboren aus einer Perspektive der Enttäuschung und des widerwilligen Abfindens mit der Diktatur,³⁵ erscheint zweifelhaft. Bereits in den späten 1940ern gab es Beobachter, die von einer Entfremdung sprachen.³⁶ Die These kollektiviert zudem die ostdeutsche Perspektive als enttäuschte »Verlierer«, so als ob nicht nennenswerte Bevölkerungsteile dem Aufstand ambivalent bis ablehnend gegenübergestanden hätten. Zur Zäsur für den Widerstand gegen die SED-Diktatur wuchs sich das Ereignis zusammen mit der schrittweisen Veränderung der internationalen Politik aus. In dem Maße wie der ideologische Konflikt zwischen West und Ost zunehmend nach beiderseitig zumindest inoffiziell anerkannten Regeln ausgetragen wurde, erste Ansätze einer Entspannungspolitik aufschienen, wandelte sich auch der Umgang mit den radikalen Widerstandsgruppen.³⁷ Ein Ende der SED-Herrschaft erschien zunehmend unwahrscheinlich.

Formen und Strömungen von Widerstand und Opposition

Die Universitäten und Hochschulen waren über den gesamten Zeitraum des Bestehens der DDR Orte widerständigen und oppositionellen Handelns. Dieses präsentierte sich in den Jahren bis zur Errichtung der Berliner Mauer im August 1961 als äußerst heterogen, ausweilich der über 750 nachgewiesenen Verurteilungen in den 1950er Jahren zugleich aber auch zahlenmäßig stark. Studentinnen und Studenten sowie Lehrkräfte bekundeten ihre Ablehnung gegenüber der offiziellen Propaganda, versuchten dieser mit eigenen improvisierten Aktionen zu begegnen und setzten sich für die Wahrung demokratischer Rechte und die Freilassung von Inhaftierten ein. Im Kontakt mit westdeutschen Initiativen erhielten sie zwar Unterstützung, doch konnten ihre Aktivitäten so auch leicht auf das Feld der Spionage abgelenkt werden. Die Schließung der Grenzen und der damit verbundene Abriss der Kommunikation nach Westdeutschland, ein ungebrochen hartes Vorgehen gegen jede Form von Dissens und eine striktere Zulassungspolitik schwächten das Widerstandspotential bis Anfang der 1960er Jahre erheblich.³⁸ Die offenkundige Stabilisierung der SED-Herrschaft unterdrückte den das politische System grundlegend herausfordernden Widerstand früherer Jahre, doch beförderte sie infolge systemimmanenter Schwächen die Entstehung eher auf Reform der bestehenden Zustände gerichteter Bestrebungen. Die Unwilligkeit, diese Impulse konstruktiv einzubinden, trieben die Akteure und Akteurinnen entweder in die Resignation oder aber in eine deutliche oppositionelle Haltung. Während westliche Einflüsse keineswegs vollkommen abrisen, kommt den reformsozialistischen Bestrebungen in der Tschechoslowakei während des *Prager Frühlings* des Jahres 1968 zweifellos eine wichtige Rolle als Inspiration zu.³⁹ Die Auswirkung dieser und anderer Ereignisse im Ausland und ihre Rückwirkung auf Ostdeutschland sollte unbedingt noch stärker erforscht werden.⁴⁰

Wenn auch das Ausmaß an historischer Aufarbeitung von Hochschule zu Hochschule schwankt und örtlich Raum für Verbesserung bleibt,⁴¹ präsentiert sich die Gesamtsituation vergleichsweise reichhaltig. So sind beispielsweise für die Universität Jena nicht nur die Hintergründe prominenter Oppositioneller wie Jürgen Fuchs und Roland Jahn aufgearbeitet,⁴² sondern auch eine Reihe weiterer Fälle.⁴³ Die Biografien beleuchten überzeugend die Entwicklung der Männer und Frauen,

35 — Roth: *Gedanken* (2020), S. 414 f.

36 — Hoffmann: *Zuwanderer* (1999), S. 661.

37 — Heitzer: *Kampfgruppe* (2015), S. 474–476.

38 — Ammer: *Thesen* (2011), S. 9–14; siehe beispielhaft für die Universität Halle bei Gerstengarbe: *Widerstand* (2011), S. 131–138; technische Hochschule Dresden bei Lienert: *Justiz* (2011), S. 106–121.

39 — Scheer: *Verhalten* (2007), S. 2194 f.

40 — Einen individuellen, aber zugleich informativen Einblick bietet Zwahr: *Flügel* (2007).

41 — Vgl. dazu Böse: *Auswertung* (2011).

42 — Praschl: *Roland Jahn* (2011); Scheer: *Jürgen Fuchs* (2019); Scheer: *Verhalten* (2007).

43 — Morgner: *Mühlen* (2010).

deren Wunsch auf Verbesserung sie in Konflikt mit einem unflexiblen und letzten Endes immer wieder auf repressive Maßnahmen zurückgreifenden System führte. Auch wenn reformsozialistische Ideen mitunter als nicht »konsequent« genug abgetan werden,⁴⁴ sollte man sie ernst nehmen. Unter den Rahmenbedingungen ihrer Zeit und aus der Perspektive der zumeist in der DDR sozialisierten Akteure und Akteurinnen erschien die Reform des ostdeutschen Staates anstelle des vollständigen Systembruchs die realisierbare Alternative. Auf eine Demokratisierung und Rechtsstaatlichkeit zielende Bemühungen sollten nicht von einer Betrachtung der Demokratiegeschichte ausgeschlossen werden, nur weil sie im Rahmen eines Fortbestandes der DDR gedacht waren.

Über die gesamte Zeit des Bestehens der DDR blieb die deutsche Demokratiegeschichte in beiden Staaten personell verbunden, ähnlich wie auch die kulturellen Verbindungen nicht ganz abrisen.⁴⁵ Bis zur weitgehenden Grenzschließung 1961 verließen Millionen Ostdeutsche ihr Land. In den Jahren bis zum Sturz der Mauer folgten ihnen Hunderttausende, teils unter Lebensgefahr über die militärisch gesicherte Staatsgrenze. Politische Verfolgung und die undemokratischen Rahmenbedingungen waren dabei nur zwei von einer Vielzahl von Gründen. Doch so unterschiedlich sich die Motive auch präsentierten, im Kontakt mit dem westdeutschen Staat und als dessen neue Bürgerinnen und Bürger leisteten die Ostdeutschen zum Aufbau der Bundesrepublik einen nicht unwesentlichen Beitrag. Das Phänomen der Auswanderung und Integration in die Bundesrepublik ist von der Forschung bereits beleuchtet worden.⁴⁶ Unter demokratiegeschichtlichen Aspekten erscheint es jedoch geboten, dem Thema künftig gesteigerte Aufmerksamkeit zu zollen. In den ehemaligen Heimatorten ist das Schicksal der Auswanderer zumeist wenig bekannt oder erinnert. In ihrer neuen Heimat wurde ihr Beitrag selten als ein ostdeutscher verstanden, obwohl der Anteil der DDR-Migranten an der Bevölkerung bei mehreren Prozent der Bundesbürger und Bundesbürgerinnen lag. In Zeiten zunehmender Mobilität und Migration bieten die mal mehr, mal weniger glücklich verlaufenden Erfahrungen des Weggehens und Ankommens Anknüpfungspunkte zu den Geschichten heutiger Zuwanderer. Wie sich die Ostdeutschen in ihrer neuen Heimat einfügten, ihre spezifischen Erfahrungen einbrachten, auf welche Unterstützung, aber auch Vorbehalte sie stießen, ordnet sich ein in das komplexe Mosaik deutscher Migrationsgeschichte, die namentlich im 20./21. Jahrhundert von einer Vielzahl von Wanderungsbewegungen geprägt wurde.⁴⁷

Nicht minder bedeutsam ist die Rückwirkung, die ehemalige DDR-Bürgerinnen und Bürger in ihrer alten Heimat zu entfalten vermochten oder dies zumindest versuchten. Jürgen Fuchs und Roland Jahn waren prominente Beispiele, aber bei weitem nicht die einzigen politischen und künstlerischen Akteure, die aus der Bundesrepublik den Kontakt hielten und Anliegen der Oppositionsbewegung förderten. Wilhelm Knabe, Gründungsmitglied der Partei Die Grünen, war 1959 aus der DDR geflohen. Damit wirkte er nicht nur an der Bereicherung der westdeutschen Demokratie mit, er suchte auch Gleichgesinnte in der DDR zu unterstützen.⁴⁸ Ein Erinnerung an Opposition und Widerstand in der DDR sollte deshalb stets auch äußere Einflüsse berücksichtigen. Das Erstarken der Oppositionsbewegung in den 1980er Jahren, das schließlich in der Friedlichen Revolution kumulierte, speiste sich aus

44 — Kaiser: Verdrängung (2011), S. 250 f.

45 — Vgl. etwa Schultz: Kultur (2005).

46 — Vgl. etwa Effner: Westen (2020); Hoffmann: Zuwanderer (1999); Oesterreich: Situation (2008); Udke: Dableiben (2008).

47 — Beispielhaft für jugendliche Zuwanderer siehe Hoffmann: Zuwanderer (1999), S. 625–672.

48 — Scheer: Freisein (2007), S. 219f.; Scheer: Verhalten (2007), S. 2204, 2210; Wunnicke: Unterstützung (2023).

zahlreichen Quellen. Die in der Schlussakte von Helsinki 1975 grundsätzlich anerkannte Achtung der Menschenrechte und die daraus resultierende Kampagne um die *Charta 77* in der Tschechoslowakei wirkten als Impuls, der auch in der DDR Wirkung entfaltete. Dies gilt in womöglich noch stärkerem Maße für die polnische *Solidarność*-Bewegung 1980/81.⁴⁹

Selbstverständlich spielten für die Opposition in der DDR auch interne Faktoren und Zielstellungen eine wesentliche Rolle. Wesentlicher Bestandteil war die vielfach kirchlich angebundene Friedensbewegung, die ihre Ursprünge bis in die 1960er Jahre zurückverfolgen kann.⁵⁰

Nicht minder wichtig, und zum Teil sich mit der Friedensbewegung überschneidend, waren Bestrebungen für den Schutz der Umwelt. Formal besaß der ostdeutsche Staat seit 1954 ein progressives Naturschutzgesetz und verankerte den Schutz der Natur 1968 in seiner neuen Verfassung. Veranstaltungen wie die *Woche des Waldes* oder die *Landschaftstage* befassten sich mit Umweltfragen. Auch das gesellschaftliche Engagement war beachtlich. Waren im Jahr 1966 rund 6.000 ehrenamtliche Naturschutzhelfer und -helferinnen tätig, verdoppelte sich diese Zahl in den darauffolgenden zwei Jahrzehnten. Mit der *Gesellschaft für Natur und Umwelt* entstand 1980 im Rahmen des staatlichen Kulturbundes eine eigene Struktur für Umweltbewegung, die insgesamt 60.000 Mitglieder umfasste.⁵¹

Letztlich erwiesen sich freilich die staatlichen und staatlich geduldeten Aktivitäten als unzureichend. Zwar war bei den Verantwortlichen der DDR ein Krisenbewusstsein für Umweltprobleme vorhanden. Angesichts knapper Mittel und ehrgeiziger Ziele in Industrie und Landwirtschaft, dabei mit zunehmend überalterten Industrieanlagen agierend, gaben sie jedoch stets der Ökonomie vor der Ökologie den Vorrang, selbst wenn dies bedeutete, dass die Natur im wachsenden Umfang belastet wurde. Etwaiger Protest sollte nach Möglichkeit moderiert, wo dies nicht möglich war, unterdrückt werden. Umweltdaten wurden zensiert bzw. geheim gehalten, auch um sich international keine Blöße zu geben. Zivilgesellschaftliche Initiativen die sich der Kontrolle des Staates zu entziehen versuchten, stießen auf Misstrauen und wurden zum Ziel polizeilicher und geheimdienstlicher Maßnahmen. Einige Kirchengemeinden, selbst nicht an die materialistischen Verbesserungsversprechen seitens des Staates gebunden, boten wesentliche Aktions- und Resonanzräume für ein zumeist jüngeres Publikum, das nicht mehr bereit war, die unübersehbaren Umweltschäden zu tolerieren. Schätzungen der Staatssicherheit von ca. 2.500 Personen in 160 Gruppen für das Jahr 1989 erfassten wohl nur einen Teil der Bewegung. Dabei war die Umweltbewegung keineswegs von vorneherein fundamentalkritisch gegenüber dem ostdeutschen Staat eingestellt. Auch die Kirchen waren an einem offenen Konflikt nicht interessiert. Die Erfahrung, mit ihren Bedenken nicht ausreichend wahrgenommen zu werden und besonders die sporadischen staatlichen Repressionen führten jedoch bei einer wachsenden Zahl der Beteiligten zu der Einsicht, dass eine Reform der bestehenden politischen Strukturen wenig aussichtsreich war.⁵² Die oppositionelle Umweltbewegung, die wesentliche Impulse auch im grenzübergreifenden Kontakt sowohl nach Westdeutschland als auch mit kommunistischen Nachbarländern fand,⁵³ suchte zunehmend öffentlichen Ausdruck – was ein wesentlicher Impuls für die Proteste des Jahres 1989 war.

49 — Hermann: Sachsen (2020), S. 419; Gwóźdź-Palokat / Szymański: Vielleicht (2023); Vilímek: Kontakte (2007), S. 286–292.

50 — Siehe u. a. Leistner: Bewegungen (2017), ein Überblick ebd., S. 276–293; mit regionalen Aspekten etwa Metzner: Friedensbewegung (2010); Riechel: Widerspenstigkeit (2016).

51 — Vgl. ausführlich Behrens u. a.: Wurzeln (1993).

52 — Huff: Natur (2015), S. 250–254, 285–287, 304–314, 336–361.

53 — Vgl. Ault: Nature (2021), S. 128–196.

Die Friedliche Revolution

Die Bedeutung der Friedlichen Revolution des Jahres 1989/90 für die deutsche Demokratiegeschichte reicht an jene der Revolution von 1918 heran. Wie seinerzeit die Monarchien, stürzte die SED-Regierung erstaunlich blutarm, wobei dieser glückliche Ausgang selbstverständlich zu keinem Zeitpunkt für die Beteiligten vorhersehbar war. Und wie 1918 ermöglichte der Sieg der Revolution einen Neuanfang für ein demokratisches Gemeinwesen. In seinem Ergebnis wurde nach 40 Jahren der Trennung die Deutsche Einheit wiederhergestellt, anders als 1871 in Folge eines demokratischen Prozesses und vor allem friedlich. Die Ereignisse von 1989/90 prägten die Bundesrepublik der Gegenwart, und können mit Fug und Recht als ein Geschenk der Ostdeutschen an die deutsche Geschichte betrachtet werden. Es überrascht vor diesem Hintergrund wenig, dass die Friedliche Revolution vergleichsweise gut erforscht ist. Dies schließt Regionaldarstellungen in Form von Monografien und Sammelbänden,⁵⁴ aber auch zahlreiche Beiträge aus der Perspektive einzelner Städte ein.⁵⁵ Auch wenn ähnlich wie im Fall des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 der ländliche Raum unterrepräsentiert bleibt, finden sich selbst für diesen Darstellungen.⁵⁶ Der Ablauf der Revolution im engeren Sinne ist damit relativ gut erforscht. Meist in der Beschreibung beginnend mit der Situation Ende der 1980er oder gar erst einsetzend mit dem Jahr 1989, lässt sich das Zusammenfließen der Protestströmungen aus Friedens- und Umweltbewegung, die Empörung über die offenkundig gefälschten Kommunalwahlen vom 7. Mai 1989 und die zunehmend öffentlichen Proteste detailliert nachvollziehen. Das Geschehen kann über umfassend vorhandenes Bild- und Filmmaterial vielfach visuell dargestellt werden und wird zudem durch eine große Zahl von gesammelten Zeitzeugenberichten auch individuell nachvollziehbar erzählt.⁵⁷ Unter demokratiegeschichtlichen Gesichtspunkten stellt sich folglich weniger die Frage nach der Schließung von Forschungslücken als nach den Formen der Vermittlung wie auch der Ergänzung und Unterstützung der gewachsenen Erinnerungskultur.

In der deutschen Forschungslandschaft weit weniger prominent beleuchtet, und in der öffentlichen Wahrnehmung vielfach nur ungenügend beachtet sind indes viele internationale Aspekte. Noch relativ vertraut, weil in ihren Auswirkungen direkt in der DDR wirksam, sind die Folgen der Reformpolitik von Michail Gorbatschow, Generalsekretärs der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, in der UdSSR. Seine Impulse stärkten auch in der DDR den Ruf nach Reformen.⁵⁸ Dass die Sowjetunion sich von der Politik der gewaltsamen Sicherung ihrer Einflussphäre verabschiedete – zumindest jenseits der eigenen Grenzen – beförderte den Umbruch in den sozialistischen Staaten erheblich. Vor allem aber signalisierte den Menschen in der DDR die Entwicklung in Polen und Ungarn, dass Veränderungen auch aus der Opposition heraus möglich waren, eine Beobachtung, welche die Frustration über die eigene reformunwillige Staatsführung steigern musste und zum Handeln inspirierte.

Die fast ein Jahrzehnt lang in den Untergrund gedrängt polnische Gewerkschaft *Solidarność* konnte sich in den Verhandlungen mit der kommunistischen Regierung ab Februar 1989 als ebenbürtiger Gesprächspartner behaupten und schließlich halbfreie Wahlen durchsetzen. Nicht von ungefähr wurde das Konzept der Verhandlungen am

54 — Siehe exemplarisch Braun/Weiß (Hg.): *Agonie* (2014); Raßloff: *Revolution* (2016); Richter: *Revolution* (2009); Rupieper (Hg.): *Revolution* (2006).

55 — So etwa für Chemnitz, Cottbus, Dresden, Erfurt, Gera, Greifswald, Halle (Saale), Jena, Leipzig, Magdeburg, Plauen, Rostock, Suhl, Weimar und Wismar, wie auch für zahlreiche weitere.

56 — Vgl. etwa Heinz: *Kampf* (2009); Hildebrand: *Wende* (2010); Kupke/Richter: *Kreis* (2002).

57 — Für einen kurzen Überblick siehe Eckert: *Montagsdemonstrationen* (2023).

58 — Für eine frühe Resonanz zum Thema siehe Winters: *Reformen* (1990), S. 32–40.

Runden Tisch zunächst in Warschau erprobt.⁵⁹ Ähnliches gilt für die Reformpolitik in Ungarn, wo sich die Regierung ebenfalls einer Zulassung von Oppositionsparteien öffnete, und ab Mitte des Jahres 1989 ebenfalls an einem *Runden Tisch* Gespräche führte. Das Ende des strikten Grenzregimes in Ungarn dynamisierte durch die Massenflucht von DDR-Bürgern auch die Ereignisse in Ostdeutschland.⁶⁰ Der spätere *Zentrale Runde Tisch* in der DDR und seine lokalen Entsprechungen waren keine reine Kopie ihrer Vorgänger, verdankten aber zweifellos der polnischen und ungarischen Erfahrung wesentliche Inspirationen. Die Revolutionen des Jahres 1989, und besonders jene in der DDR mit ihrem vergleichsweise leichten Zugang zu gleichsprachigen Fernsehsendungen aus dem nichtsozialistischen Ausland, können als die ersten »Live-Revolutionen« der Geschichte bezeichnet werden. Damit avancierten die Medien der demokratischen Bundesrepublik zu einer wesentlichen Informationsquelle der DDR-Bürger. Was sich im eigenen Land, aber auch im Ausland ereignete, wurde kurzfristig kommuniziert, und über die Bildschirme kam die Revolution auch in die Haushalte der Bevölkerungsmehrheit, die zunächst oder auch dauerhaft abseits stand. Diese Kommunikationszusammenhänge verbinden die Revolution mit den medialen Bedingungen der Gegenwart. Der Einfluss des west- wie ostdeutschen Fernsehens auf die Revolution ist vereinzelt bereits erforscht worden,⁶¹ verdient unter demokratiegeschichtlichen Gesichtspunkten aber verstärkte Aufmerksamkeit.

Die Massendemonstrationen des Herbstes 1989 schufen die Voraussetzung für die Demokratisierung der DDR. Sie verdienen deshalb Aufmerksamkeit, und dies gilt natürlich auch für den zufällig am 9. November, dem »Schicksalstag der Deutschen«, zustande gekommenen Mauersturz. Gerade letzterer birgt jedoch in seiner ikonographisch aufgeladenen Bildgewalt und Bedeutungszuschreibung die Gefahr, dass die Revolution zu sehr unter dem Fluchtpunkt der Wiedervereinigung gesehen wird, was indes anfänglich nicht Motivation der Demonstranten des Herbstes 1989 war. Zudem führt er in der Betrachtung oft direkt zur Wiederherstellung der Einheit am 3. Oktober. Dies droht mitunter die Demokratisierung zwischen Mauersturz und Wiedervereinigung zu überdecken. Dies wäre ein bedauerlicher Verlust, denn die Aushandlungsprozesse zwischen den Vertretern des angeschlagenen, aber noch nicht entmachteten DDR-Regimes und den demokratisch unerfahrenen Vertretern der Opposition sind ein erinnerungswürdiges Beispiel, wie die Ergebnisse einer Revolution auf dem Verhandlungsweg erfolgreich gesichert werden können. Sie legen zudem beredtes Zeugnis von der Selbstmobilisierung der Zivilgesellschaft ab. In den Verhandlungen am Zentralen Runden Tisch zwischen Ende 1989 und Frühjahr 1990 wurde der Übergang moderiert, wiewohl das Gremium keine regierungs- oder parlamentarische Funktion hatte.⁶² Auf regionaler Ebene fand er Widerpart in den örtlichen Runden Tischen.⁶³ Mit der Geburt neuer Parteien, die sich zum Teil bereits im Vorfeld der Friedlichen Revolution angekündigt hatte,⁶⁴ bzw. der Emanzipation der ehemaligen Blockparteien von der SED, die sich ihrerseits reformieren musste, vollzog sich ein entscheidender Schritt zur Pluralisierung der ostdeutschen politischen Landschaft. Dieses Kapitel der Parteiengeschichte wurde bereits in einigen Gesamtdarstellungen beleuchtet.⁶⁵ Sowohl die Tagungsorte der Runden Tische also auch die Wirkungsstätten der

59 — Vgl. Kundigraber: *Polens* (1997).

60 — Vgl. zu den ungarische Ereignissen Bozóki (Hg.): *Roundtable* (2002); Oplatka: *Riss* (2009).

61 — Vgl. Großmann: *Fernsehen* (2015).

62 — Vgl. Semtner: *Tisch* (1992). Das Bundesarchiv hat die Protokolle des Zentralen Runden Tisches online zugänglich gemacht, vgl. <http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/DA3-26498/index.htm>, z. a. 6.11.2024.

63 — Ausführlich bei Mittelsdorf: *Tische* (2009); Weil: *Demokratisierung* (2011).

64 — Tautz: *Aufbruch* (2015), S. 46 f.

65 — Siehe beispielhaft Gohle: *SDP-Gründung* (2014); Richter: *Entwicklung* (1995); Schmidt: *Blockpartei* (1997); Walter: *Frühling* (1998); Weilemann: *Parteien* (1990).

demokratischen Parteien können sich mit Fug und Recht als lokale Stätten der Demokratiegeschichte bezeichnen. In Erinnerung sind sie freilich nur in einigen Städten geblieben, und eine Markierung sucht man zumeist vergebens.⁶⁶

Revolution und Evolution liefen in diesen Monaten mitunter Seite an Seite. Die Besetzung der Dienststellen der Staatssicherheit ab Dezember 1989 war einerseits revolutionäre Selbstermächtigung, aber zugleich nicht frei von Absprachen mit den Behörden, die ihrerseits eine Eskalation verhindern wollten.⁶⁷ Im Nebeneinander von Altem und Neuen, und während auf der Straße der Ruf nach Wiedervereinigung zunehmend jenen nach Reform der DDR zu übertönen begann, bereitete Ostdeutschland freie, gleiche und geheime Wahlen vor. Es waren die ersten seit 57 Jahren, auf welche dies in vollem Umfang zutraf. Mit mehr als 93 Prozent war die Wahlbeteiligung sehr hoch. Die ostdeutschen Männer und Frauen waren offenkundig in der überwältigenden Mehrheit entschlossen, von ihrem demokratischen Recht Gebrauch zu machen. Das Wahlergebnis vom 18. März 1990, welches eine klare Mehrheit der bürgerlichen Parteien ergab, stellte die Weichen für das Ende des ostdeutschen Staates. Die im Bündnis 90 vereinte Bürgerrechtsbewegung, die für ein Fortbestehen der DDR in umfassend reformierter Form plädiert hatte, vermochte ebenso wie die Umweltbewegung nur wenige Prozent der Wählerschaft auf sich zu vereinen. Die SPD, lange Zeit als Favorit gehandelt, konnte nur etwas über ein Fünftel der Wählerstimmen gewinnen, ein gutes Sechstel entfiel auf die Partei des Demokratischen Sozialismus als Nachfolgerin der SED.⁶⁸ Ein vielversprechender Verfassungsentwurf mit umfangreichem Grundrechtekatalog – einschließlich des Rechtes auf Asyl für politisch Verfolgte und einem Bekenntnis zum Schutz der Umwelt – wurde zwar der Öffentlichkeit präsentiert,⁶⁹ in der dynamisierten Entwicklung hatte er jedoch keine Aussicht auf Realisierung. Ebenso wenig sollte es eine neue deutsch-deutsche Gesamtverfassung geben, vielmehr wurde das Grundgesetz der Bundesrepublik für das vereinte Land übernommen. Am 3. Oktober 1990 setzte der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik nur sieben Monate nach der Volkskammerwahl einen Schlusspunkt unter die Geschichte des ostdeutschen Staates.

Optionen einer demokratiegeschichtlichen Perspektive auf die DDR

Die hier präsentierte Übersicht kann für vier Jahrzehnte DDR-Geschichte nicht ansatzweise vollständig sein, wohl aber einige Schwerpunkte herausstellen. Ausgehend von diesen sollen Möglichkeiten erörtert werden, wie diese erinnerungskulturell eingebunden und bespielt werden könnten.

Obgleich Opposition und Widerstand gegen die SED-Diktatur zwingend dominante Themen einer ostdeutschen Demokratiegeschichte sind, sollten sie nicht als einzige betrachtet werden. Die innovativen Elemente der DDR-Verfassung dürfen einerseits nicht zur »Weichzeichnung« der Lebenswirklichkeit in dem autoritären Staat benutzt werden, dennoch darf eine Demokratiegeschichte sie auch nicht schamhaft verschweigen. Wesentliche Impulse zur Gleichstellung von Männern und Frauen – wenn auch in der Lebenswirklichkeit nur unvollständig umgesetzt – wie auch die Gleichstellung unehelicher Kinder belegen im deutsch-deutschen Vergleich, dass die überfällige Korrektur manifester Ungleichheit auch in jüngster

66 — Für Halle siehe Schmidt: Orte (2015), S. 54–58.

67 — Siehe für Erfurt aus der Perspektive eines Beteiligten <https://www.bpb.de/themen/deutsche-teilung/stasi/261039/fuer-angst-blieb-keine-zeit/>, z. a. 6.11.2024.

68 — Siehe zusammenfassend <https://www.bundestag.de/parlament/geschichte/parlamentarismus/10-volkskammer/10-volkskammer-200884>, z. a. 6.11.2024.

69 — Vgl. im Wortlaut <https://www.ddr89.de/zrt/verfassung.html>, z. a. 6.11.2024.

Vergangenheit keineswegs überall zur gleichen Zeit erfolgte. Es ist zu konstatieren, dass die Bundesrepublik, anstatt voranzugehen in manchem Feld deutlich »hinterherhinkte«. Personen, die sich für die Verbesserung der Rechte benachteiligter Gruppen einsetzten, sind zu nennen und ihre Leistung anzuerkennen, dies gilt selbstverständlich auch für die DDR.

Unter dem Aspekt des Verlustes von Demokratie ist die gezielte Zerstörung des hoffnungsvollen Neubeginns nach 1945 ein Thema, das nicht nur auf Ostdeutschland bezogen der Betrachtung lohnt. Die Machtsicherung der SED fand unter gänzlich anderen Rahmenbedingungen statt als die Zerstörung der Weimarer Republik durch die Nationalsozialisten, mit deren »Dritten Reich« die DDR zwar historisch kritisch verglichen, aber unmöglich gleichgesetzt werden kann. Sie stützte sich zu einem wesentlichen Teil auf die sowjetische Rückendeckung und wurde von dem Einfluss der Supermacht geprägt, auch wenn Spielräume der deutschen Akteure erkennbar sind. Für den Zweck eines historischen Vergleichs erscheint deshalb die zeitlich parallel ablaufende Machtsicherung in anderen Staaten des sowjetischen Einflussbereiches als der produktivere Ansatz. Unter dieser Perspektive werden Gemeinsamkeiten kommunistischer Machtsicherung deutlich, wobei freilich regionale Impulse und Besonderheiten nicht vernachlässigt werden dürfen. Die auf Fachebene bereits berücksichtigte Vergleichsperspektive kann sich auch in Vermittlungsprojekten als nützlich erweisen. Dies gilt namentlich für den transnationalen Austausch eines jüngeren Publikums, das unter Nutzung moderner Kommunikationsmittel und sinkender Sprachbarrieren dank der zunehmend universalen Kenntnis des Englischen viel leichter als in früheren Jahren in Austausch treten kann. Die Errichtung kommunistischer Diktaturen ist eine prägende Erfahrung für zahlreiche ostmittel-, ost- und südosteuropäische Länder, eine Geschichte, die sich am besten im Austausch erforschen und vermitteln lässt – nicht zuletzt, um Sensibilität bei Menschen aus jenen Ländern zu wecken, die diese Erfahrung nicht teilen.

Verglichen mit anderen Kapiteln der Demokratiegeschichte, präsentiert sich jenes der Jahre 1949 bis 1989/90 insbesondere unter den Aspekten Opposition und Widerstand als relativ gut erforscht. Dort wo noch Leerstellen zu füllen sind, namentlich zu den frühen Jahren der DDR, wurde von den Kolleginnen und Kollegen in der Forschung und Vermittlung die Notwendigkeit der Verbesserung des Austausches zwischen akademischer Forschung und Gedenkstättenarbeit als ein wesentlicher Punkt genannt. Die universitäre Forschung sollte wenn möglich stets in Projektauswahl und Bearbeitung die Weitergabe an ein breiteres Publikum mitdenken, während die Gedenkstätten sich nicht mit dem (zweifelloso oft beeindruckenden) Forschungsstand zufriedengeben können. Akteure wie die GEDG, aber auch das Netzwerk der Arbeitsgemeinschaft Orte der Demokratiegeschichte können den Austausch fördern. Darüber hinaus wäre die Etablierung von Foren für einen beständigen Austausch für eine Kooperation in der Fläche zweifelloso wünschenswert.

Womöglich noch mehr als die Forschung präsentiert sich die Frage nach der Optimierung der Vermittlung als eine drängende, nicht zuletzt infolge der Sensibilität des Themas. Hier sollte vielfältig gerade in der Kooperation mit Schulen das Angebot individualisiert und

angepasst werden, und stets auch örtlich naheliegende Beispielfälle umfassen. Die Erstellung einer Gesamtübersicht der vorhandenen Angebote, perspektivisch auch mit einer Evaluierung seitens des Publikums verbunden, könnte interessierten Lehrkräften und Gruppen der Erwachsenenbildung zur Orientierung dienen, um überhaupt erst von vorhandenen Möglichkeiten zu erfahren.⁷⁰

Wenn es ein Feld gibt, bei dem noch spürbare Forschungsdefizite auszugleichen sind, so ist dies der frühe Widerstand in den ersten anderthalb Jahrzehnten der SED-Diktatur. Akteursgruppen sollten als Vorläufer späterer Widerstandskämpfer erforscht und respektiert werden, auch wenn die heterogene Motivlage ein sorgsames Abwägen erfordert, welche Gruppe oder Person wirklich als Teil der Demokratiegeschichte zu betrachten ist.

Als größte Protestbekundung gegen die ostdeutsche Diktatur vor 1989 verdient der 17. Juni 1953 weiterhin Aufmerksamkeit. Zugleich scheint es sinnvoll, ihn in seiner Bedeutung vergleichend einzuordnen, anstatt ihn überhöhend als exzeptionell zu bezeichnen.⁷¹ Hierfür bieten sich neben der Friedlichen Revolution von 1989/90 andere spontane Massenproteste an, wie die Novemberrevolutionen von 1918 und der Generalstreik gegen den Kapp-Lüttwitz-Putsch von 1920. Beteiligte Gruppen, Ausgang und Methoden waren nicht identisch, doch finden sich vielfältige Gemeinsamkeiten etwa in der Etablierung von Übergangsgremien und natürlich in der Kampfform der Demonstration und des Streiks.⁷² Gleichfalls naheliegend sind transnationale Perspektiven im Austausch mit anderen ehemals kommunistischen Staaten, etwa ein Vergleich mit dem Posener Aufstand von 1956.⁷³ Der in wenigen Jahren anstehende 75. Jahrestag sollte Ansporn sein, im Austausch mit den Ländern frühzeitig Vorbereitungen für eine angemessene Markierung des Jubiläums durch vernetzte Aktionen zu treffen. Nach Möglichkeit sollte dies auch westdeutsche Partner einbeziehen.

Besser erforscht als der frühe Widerstand, werden die oppositionellen Gruppen der 1970er und frühen 1980er Jahre zugunsten des Fokus auf die Friedliche Revolution mitunter etwas vernachlässigt. Die Rolle der ostdeutschen Friedensbewegung sollte nicht primär aus dem Blickwinkel der Ereignisse des Jahres 1989 betrachtet werden. Es scheint lohnend, frühere Entwicklungen als eigenständige Elemente der Demokratiegeschichte zu vergegenwärtigen. Dabei ist es dringend notwendig, in der breiten Öffentlichkeit weniger bekannten Gruppen wie etwa den *Frauen für den Frieden* künftig mehr Aufmerksamkeit zu zollen.⁷⁴

So wesentlich der Anteil der oppositionellen Umweltschutzbewegung in der DDR war, auch die offiziell eingebundenen Naturschützer und Naturschützerinnen sollten nicht leichtfertig abgetan werden, nicht nur, weil sich aus ihren Bestrebungen auch spätere Oppositionelle rekrutierten. Zudem sollte sich die Betrachtung einem Blick auf die Wurzeln des Umweltschutzes öffnen. Natürlich müssen bedeutsame Umweltschutzaktionen wie die mit 100.000 Beteiligten als größte illegale Unterschriftenaktion der DDR bezeichnete Kampagne »Eine Mark für Espenhain«⁷⁵ als Teil des historischen Erbes markiert werden. Die Umweltbewegung der DDR ist nicht zuletzt deshalb weiterhin relevant, weil ihre Impulse bis heute Teil der politischen Landschaft des Ostens sind. Zudem steht die Frage nach der Prioritätssetzung zwischen

70 — Vgl. für ein Format in Printform Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern (Hg.): Gedenkstättenführer (2013).

71 — Faulenbach: Vergessen (2018), S. 18.

72 — So gemahnte die Selbstorganisation der Görlitzer durchaus an die Ereignisse 1918 und 1920, vgl. Roth: Gedanken (2020), S. 415–417.

73 — Vgl. Jankowiak/Kościański/Reczek: 28. Juni (2021). Auch die Rezeption im kommunistischen Ausland ist eine vielversprechende Perspektive, vgl. https://www.dresden.de/media/pdf/geschichte/Das_polnische_Echo_auf_den_Juni-Aufstand.pdf, z. a. 6.11.2024.

74 — Vgl. ausführlich Ilsen/Leisendorff (Hg.): Frauen (2019); Stern: Frauen (2009).

75 — Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (Hg.): Wir (2021), S. 31–33; ausführlich Steinbach: Mark (2018), S. 127–180.

Ökologie und Ökonomie für Politik und Gesellschaft bis heute ungelöst im Raum. Mehr noch, die Diskussion um angemessene Formen des Protests bei tatsächlich oder vermeintlich unzureichender Reaktion staatlicher oder privatwirtschaftlicher Akteure auf Umweltprobleme bewegt fortgesetzt gerade junge Menschen. Auch unter den deutlich gewandelten Bedingungen eines Rechtsstaates ist dies eine Diskussion, die offen geführt werden sollte.

Die Forderung, Widerstand und Opposition an den ostdeutschen Hochschulen als integralen Bestandteil universitärer Tradition zu pflegen hat ebenfalls ihre Berechtigung. Dies kann auch jenseits fester Installation – die wie alle Denkmäler zum Hintergrund zu werden drohen – geschehen, etwa indem künftige Studierendengenerationen obligatorisch durch regelmäßig angebotene Kurse für frühe Semester mit diesem Aspekt des Erbes ihrer Alma Mater vertraut gemacht werden.⁷⁶

Auch wenn die Friedliche Revolution vergleichsweise gut erforscht ist, gilt es dennoch im ländlichen Raum und kleineren Städten ergänzende Forschung zu leisten und vor allem Zeitzeugen zu befragen, da sich aktive Akteure und Akteurinnen inzwischen dem Rentenalter nähern oder es bereits erreicht haben. Ihre Erinnerungen sollten bewahrt und zugleich aktiv an das Publikum vermittelt werden. In diese Richtung zielt etwa ein Projekt zum Demokratieaufbau 1990 und den ersten Jahren des geeinten Deutschlands, das die GEDG initiiert hat. Es befragt kommunale Mandatsträger der Umbruchszeit und bringt sie zugleich mit politisch aktiven jungen Menschen der Gegenwart in Kontakt.⁷⁷

Die Vergegenwärtigung der eigentlichen Revolutionsereignisse ist in der Erinnerungskultur ein prominentes Element und sollte es auch bleiben. Die Entscheidung von zunächst einigen tausend, dann zehntausend und schließlich hunderttausenden Menschen, für ihre Forderungen eine Konfrontation mit der Staatsmacht zu riskieren, war ein beeindruckendes Zeichen von Mut und reiht sich nahtlos in andere Protestbewegungen zur Er kämpfung oder Verteidigung von demokratischen Grundrechten in der deutschen Geschichte ein. Zumindest bis in den Oktober 1989 hinein bestand zu keinem Zeitpunkt Gewissheit, dass die Regierung der DDR nicht den Befehl zum Waffeneinsatz geben würde. Vor dem Hintergrund der durchaus registrierten Ereignisse in der Volksrepublik China, wo wenige Monate zuvor Proteste mit massivem Truppeneinsatz unterdrückt worden waren,⁷⁸ war die Furcht vor einer blutigen Eskalation stets präsent. Dazu kamen Erinnerungen an die repressive Unterdrückung prodemokratischer Impulse wie in Prag 1968 oder in Polen 1981. Den Mut der Beteiligten auch 35 Jahre nach den Ereignissen zu erinnern und ihr Handeln als Inspiration zu verstehen, ist deshalb naheliegend. Die Würdigung wichtiger Einzelereignisse des Jahres 1989 wie die Großdemonstration am 9. Oktober in Leipzig oder der Sturz der Berliner Mauer am 9. November sollte indes nicht den Blick auf andere Ereignisse verdecken. Zahllose Städte und Ortschaften haben ihre ganz eigene Revolutionsgeschichte, die der Bewahrung und Vermittlung für das lokale Publikum wert sind. Zudem fanden sich einige Gruppen, die Teil der Proteste gewesen waren, nicht immer angemessen berücksichtigt, wie etwa die ostdeutsche Frauenbewegung.⁷⁹ Ihre Perspektive stärker als bisher zu integrieren ist überfällig.

76 — Eckert: Plädoyer (2007), S. 2167 f.

77 — Puhl: Demokratieaufbau (2024), S. 142 f.

78 — Bartuschka: Peking (2024), S. 16–20.

79 — Vgl. ausführlich zur Beteiligung der ostdeutschen Frauenbewegung am Runden Tisch: Sanger: Teilhabe (2005), S. 178–326.

Es stellt sich zudem die Frage, um welche jährlichen Anlässe herum sich das öffentliche Gedenken fokussieren soll. Die bisher zumeist gebräuchlichen Daten – der 9. November als sehr ambivalentes Datum und 3. Oktober – sind beide primär mit der Deutschen Einheit, weit weniger aber mit der Revolution verbunden, die ursprünglich die Einheit nicht zum Ziel hatte. Die Entscheidung ist einerseits verständlich, da sowohl Mauersturz als auch Deutsche Einheit das ganze Land tangierten. Zugleich darf der Wunsch nach einem eigenen Gedenktag nicht leichtfertig als ostdeutscher Sonderwunsch abgetan werden. Namentlich aus Leipzig haben sich Stimmen artikuliert, den 9. Oktober als Feiertag zu etablieren,⁸⁰ andere machen sich für den 18. März stark – an dem sich zufälligerweise nicht nur die einzige demokratische Volkskammerwahl als auch der Beginn der Revolution von 1848 in Berlin und die Proklamation der Mainzer Republik 1793 jähren.⁸¹ Beide Vorschläge haben ihre Berechtigung, wobei freilich der 9. Oktober stets auch mit dem Blick auf vorangegangene und nachfolgende Demonstrationen gedacht werden müsste, um nicht zugunsten der Leipziger Ereignisse die Handlungen mutiger Männer und Frauen in anderen Teilen Ostdeutschlands abzuwerten. Falls indes an den traditionellen Daten festgehalten wird, sollte an ihnen nicht nur das konkrete Ereignis am 9. November und 3. Oktober erinnert werden, sondern auch die Wege, die dazu führten. Namentlich der Tag der Deutschen Einheit erscheint zudem geeignet, neben Erfolgen auch die kontroversen Aspekte des Zusammenschlusses der beiden deutschen Staaten zu thematisieren. Die Bruchlinien des Transformationsprozesses gehören zu diesem Tag ebenso wie der berechnete Stolz auf das Erreichte.

Welcher Tag als Fokus des Gedenkens auch genutzt wird – in jedem Fall ist die Gefahr der Vereinnahmung durch jene präsent, die ihrerseits demokratische Grundwerte in Frage stellen. Spätestens seit den frühen 2000er Jahren war wiederholt zu beobachten, dass Parolen der Friedlichen Revolution wie »Wir sind das Volk«, aber auch das Format der Montagsdemonstrationen neben anderen Gruppen durch Rechtsradikale adaptiert wurden. Dies geschah, um die eigenen Proteste durch Übernahme eines positiv besetzten »Brandings« aufzuwerten, wie auch im Umkehrschluss den bundesdeutschen Staat in die Nähe der DDR-Diktatur zu rücken. Namentlich die in Ostdeutschland vielfach offen rechtsradikalen Landesverbände der Alternative für Deutschland (AfD) plakatierten mit Parolen wie »Vollende die Wende« und spielten sich damit zum Anwalt der Benachteiligten und angeblich in ihrer Meinungsäußerung Unterdrückten auf.⁸² Die Friedliche Revolution und andere Themen der Demokratiegeschichte dürfen nicht den offenen oder verdeckten Demokratiefeinden überlassen werden. Dies kann nur gelingen, wenn sie weiterhin prominent vermittelt werden.

Zudem bietet sich das Thema auch an, um in einer zunehmend von Migration geprägten Gesellschaft demokratiegeschichtliche Inhalte zu vermitteln. Namentlich Personen mit einem Migrationshintergrund aus dem östlichen Europa besitzen persönliche oder familiär überlieferte Erfahrungen mit dem Leben in staatssozialistischen Diktaturen, deren Sturz und dem oft mühevollen anschließenden Transformationsprozess, der nicht in jedem Land so vergleichsweise glücklich verlief wie in Deutschland. Sie können sich in den DDR-Erfahrungen wiederfinden, und ihrerseits Perspektiven

80 — Vgl. <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/leipzig/leipzig-leipzig-land/friedliche-revolution-feiertag-montagsdemos-neunter-oktober-100.html>, z. a. 6.11.2024.

81 — Vgl. <https://www.presseportal.de/pm/169166/5463901#:~:text=Denn%20am%2018.,Demokratie%20in%20unserem%20Land%20bezeichnen,> z. a. 6.11.2024.

82 — Eckert: Montagsdemonstrationen (2023), S. 133–142. Siehe für aktuelle Beispiele auch <https://taz.de/AfD-Parteitag-in-Essen/!6020439/>, z. a. 6.11.2024.

einbringen. Einzelne Pilotprojekte haben indes auch im Kontakt mit politisch Verfolgten anderer Nationalitäten gute Erfahrungen gemacht. Grundvoraussetzung ist dabei gegenseitiger Respekt, denn die deutschen Ereignisse können unmöglich als Elle herhalten, an der andere Revolutionen sich zu messen haben.

Zudem möchte der Initiativplan nahelegen, einige ergänzende Aspekte stärker als bisher zu betonen. Die Friedliche Revolution des Jahres 1989 ereignete sich nicht aus dem Nichts heraus, auch wenn die wenigsten Menschen sie erwartet hatten. Die Formierung einer breit gefächerten Oppositionsbewegung in der DDR während der 1980er hatte überhaupt erst die Voraussetzungen geschaffen. Vermittlung und Gedenken sollten deshalb bemüht sein, die Ereignisse in den weit gefassten Rahmen eines Transformationsprozesses einzubetten, der lange vor 1989 begann und auch danach noch andauerte. So wichtig die Ereignisse von 1989/90 waren, sie oder gar herausragende Einzelelemente wie die Botschaftsbesetzung in Prag, bestimmte Großdemonstrationen oder den Sturz der Mauer gewissermaßen singulär zu setzen, würde ein unvollständiges Bild vermitteln und zwangsläufig den Beitrag anderer Beteiligter ungerechtfertigt minimieren.

Nicht nur für 1989/90, sondern generell für die ostdeutsche Demokratiegeschichte in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts plädiert der Initiativplan zudem für eine Stärkung der transnationalen Perspektive. Äußere Einflüsse wie der Prager Frühling, die Charta 77 und die polnische Solidarność waren unverzichtbare Impulsgeber und sollten in einer ostdeutschen Demokratiegeschichte prominent erinnert werden, bieten sie sich doch auch für den Austausch mit den Nachbarländern an. Ein solcher Austausch könnte dazu ermutigen, Demokratiegeschichte schrittweise auch als transnationales Konzept zu denken, bei dem wie selbstverständlich ausländische Impulse gleichberechtigt neben nationalen stehen können.

Dies gilt im hohen Maße auch für die Friedliche Revolution, für die in der Vermittlung die Ereignisse in Ungarn und Polen, aber auch in anderen Staaten des ehemaligen »Ostblocks« einbezogen werden sollten. Ohne den Einsatz von zahllosen Männern und Frauen anderer Länder, aber auch die Bereitschaft kommunistischer Politiker, den Weg der Reform zu gehen und auf den Einsatz von Gewalt zu verzichten, wäre die ostdeutsche Revolution wohl nicht in dieser Form, zu diesem Zeitpunkt, vielleicht auch überhaupt nicht möglich gewesen. Dieses mit einer Verbeugung vor der Demokratiegeschichte anderer Länder verbundene Eingeständnis mindert nicht ihren eigenen Wert, geriet die Friedliche Revolution doch ihrerseits zu einer grenzübergreifenden Inspiration. 35 Jahre nach den Ereignissen kann die Geschichte von 1989/90 auch als eine transnationale gedacht und gewürdigt werden. Städte-, Universitäts- und Schulpartnerschaften und Kooperationsprozesse bieten Gelegenheit, an einem gemeinsamen Erinnern zu arbeiten. Mit dem Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation in Halle (Saale)⁸³ ist eine Institution im Entstehen begriffen, die derartige Bemühungen in Deutschland wie in anderen Ländern vernetzen und koordinieren kann. Zugleich sollten die regionalen Akteure und Akteurinnen ihrerseits aktiv die Kooperation mit dem Zukunftszentrum, aber auch Ansprechpartnern im Ausland suchen. Unter diesen Rahmenbedingungen ist dieser wesentliche thematische Aspekt bereits in guten Händen.

83 — Vgl. <https://zukunftszentrum-halle.de/>, z. a. 6.11.2024.

Doch nicht nur im Kontakt mit dem Ausland bieten sich Möglichkeiten für eine zeitgemäße Geschichtsvermittlung. Es wäre ein Irrweg, gerade die jüngere ostdeutsche Demokratiegeschichte als alleinige Aufgabe der »neuen« Bundesländer zu betrachten. Ostdeutsche leisteten einen Anteil am Aufbau der Bundesrepublik und brachten ihre ganz eigenen Erfahrungen ein. Westdeutschland wirkte wiederum auf die Opposition in der DDR zurück. Die Friedliche Revolution beeinflusste selbstverständlich im Ergebnis die gesamte Bundesrepublik tiefgreifend. Das Ereignis, aber auch die Gründe und Vorgeschichte seines Zustandekommens können deshalb auch als Teil westdeutscher Demokratiegeschichte präsentiert werden. Deshalb wäre es ratsam, eine stärkere Vermittlung in den westdeutschen Bundesländern zu fördern, um jenseits der mitunter verknüpften Darstellung in Medien und Schulunterricht DDR-Geschichte auch unter dem Aspekt der Demokratiegeschichte einem gesamtdeutschen Publikum nahezubringen. Solche Bestrebungen können sich indes nicht auf ein umfassendes Vorwissen stützen. Aussichtsreich wie auch mit moderatem Aufwand organisierbar scheinen zunächst kooperative Projekte, initiiert etwa zwischen ost- und westdeutschen Gemeinden und Städten, eventuell auch Schulen oder anderen Akteuren, die durch Partnerschaften verbunden sind. Wechselseitige Exkursionen und gemeinschaftliche Projekte können dazu beitragen, getrennte Perspektiven auf dieselben Ereignisse und Zeiträume zusammenzuführen. Westdeutsche Erwachsene und Jugendliche für Angebote wie den Campus für Demokratiegeschichte noch stärker als bisher zu interessieren, wäre ebenfalls vielversprechend. Auf westdeutschem Boden bieten die Standorte ehemaliger Durchgangslager für Auswanderer aus der DDR wie Sandbostel, Westertimke, Friedland, Uelzen-Bohdamm und natürlich das als Erinnerungsstätte für die deutsch-deutsche Flucht gestaltete Berliner Lager Marienfelde mögliche Anknüpfungspunkte.⁸⁴ Mitunter freilich existiert noch keine Infrastruktur für eine solche Nutzung, zudem handelt es sich oft um Standorte mit vielschichtiger Vergangenheit, die stets große Sorgfalt erfordert, um keine ahistorischen Gleichsetzungen zu suggerieren.⁸⁵ Die Mehrzahl der in die Bundesrepublik ausgewanderten ehemaligen DDR-Bürgerinnen und Bürger durchliefen ein solches Lager und machten dort erste Erfahrungen mit dem Leben in Westdeutschland. Natürlich war diese Erfahrung nicht repräsentativ für ihr weiteres Leben, bietet aber angesichts der räumlich getrennt wie sozial sehr unterschiedlichen weiteren Lebenswege die Möglichkeit, diese in ihrer Vielfalt zu bündeln und zu präsentieren. Traditionelle Vermittlungsmethoden zum Thema Exil und Integration wie auch zum Widerstand auf dem Boden der DDR in Gestalt der Förderung von Wanderausstellungen mit demokratiegeschichtlichen Themen in den »alten« Bundesländern können insbesondere dann Erfolg erzielen, wenn sie niedrigschwellig und flexibel in den Platz- und Zeitanforderungen an Ausstellungsorte und Publikum gestaltet sind, etwa als Roll-Up-Ausstellungen begrenzter Größe, als Medientische und vergleichbare Formate.

Die ostdeutsche Demokratiegeschichte endete selbstverständlich nicht mit dem 3. Oktober 1990, sondern begann lediglich ein neues Kapitel, nun wieder als Teil eines geeinten deutschen Staates. Die folgenden Jahre waren von einem politischen, gesellschaftlichen und

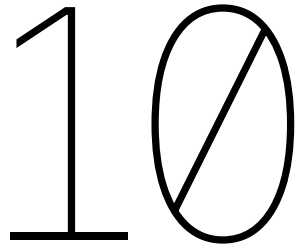
84 — Zu Marienfelde vgl. Heidemeyer: Flüchtlingslager (2014); Effner: Notaufnahmelager (2014); Wickmann: Flucht (2023); ebenso auf der Webseite <https://www.stiftung-berliner-mauer.de/de/notaufnahmelager-marienfelde>, z. a. 6.11.2024.

85 — So war Sandbostel zuvor Kriegsgefangenenlager bzw. zeitweiliges Lager für KZ-Häftlinge mit einer hohen Opferzahl, vgl. Genest: Sandbostel (2014); <https://www.stiftung-lager-sandbostel.de/geschichte/>, z. a. 6.11.2024.

wirtschaftlichen Transformationsprozess geprägt, der die ehemalige DDR tiefgreifend verändern sollte und seinerseits über viele Jahre fortwirkte. Mit Wirkung vom Tag der Deutschen Einheit entstanden auch die ostdeutschen Bundesländer als Akteure und Schauplätze der Demokratiegeschichte erneut. Jedes der Länder gab sich in den Folgejahren eine Verfassung, die zum Teil zusätzlich durch Volksabstimmungen bestätigt wurden.⁸⁶ Es galt nun, die jungen demokratischen Institutionen aufzubauen, am Laufen zu halten und Mitwirkung zu erproben. Nicht immer sahen sich die partizipatorischen Hoffnungen und Vorstellungen aus der Friedlichen Revolution bei der Übernahme des politischen Systems der Bundesrepublik verwirklicht, Quelle für Enttäuschungen, die sich auch drei Jahrzehnte später immer wieder artikulieren. Weiterhin wird Tag für Tag Demokratiegeschichte »gemacht« – nicht nur, in dem Vergangenes aufgeschrieben, sondern indem die Demokratie gelebt wird.

Die Erforschung des jüngsten Kapitels der Demokratiegeschichte befindet sich deshalb gegenwärtig erst im Prozess der Historisierung. Bewertungen und Schwerpunkte kristallisieren sich heraus, Forschungsprojekte werden angestoßen und umgesetzt. Zweifellos werden sich – wie die Erfahrung aus dem Blick auf frühere Epochen lehrt – in den kommenden Jahren manche Einschätzungen und Gewissheiten wandeln und entwickeln. Diesen Prozess zu begleiten und mitzugestalten ist eine Herausforderung und Verpflichtung, die sich der akademischen Forschungslandschaft ebenso stellt wie der Politik auf Landes- und Bundesebene, vor allem aber der Zivilgesellschaft in Ost wie West. Und ebenso wie die Forschung und Vermittlung der Geschichte der (ost)deutschen Demokratie keinen Schlussstrich ziehen kann, werden sich auch die demokratischen Institutionen und die Gesellschaft als Ganzes künftig neuen Herausforderungen stellen müssen und zugleich Gelegenheit haben, neue Spielräume auszufüllen.

86 — Starck: Verfassungen (1994), S. 3 f., 11–13, ebd. auch ausführlich zu den Inhalten.



Demokratiegeschichte/Ost *Chancen und Herausforderungen*

Die ostdeutsche Demokratiegeschichte reicht ebenso weit zurück wie die westdeutsche und präsentiert sich reichhaltig an Ereignissen, Personen und Orten. Von ersten Impulsen in der Frühen Neuzeit bis in die Gegenwart lassen sich Konflikte um politische Mitbestimmung, Rechtssicherheit und Grundrechte nachverfolgen. Die spezifischen Ziele und ihre Rechtfertigung wandelten sich ebenso wie die Akteure und Akteurinnen, doch verband sie immer das Bemühen, die eigene Position wie die der Mitmenschen gegen oft größte Widerstände zu verbessern. Der Preis, den viele Männer und Frauen für ihren Einsatz zu zahlen hatten, war hoch: Berufliche Nachteile, wirtschaftliche Not, soziale Ausgrenzung, die Gefahr von Verhaftung, nicht selten auch Verwundung oder Tod. Dennoch fanden sich immer wieder mutige Menschen, die für ihre Überzeugungen eintraten. Andere setzten sich mit großer Geduld und Beharrlichkeit dafür ein, belastbare Kompromisse zu finden, Reformen umzusetzen und schließlich die erkämpften Errungenschaften in mühsamer Kleinarbeit mit Leben zu erfüllen. Und auch wenn so mancher Ansatz scheiterte, mindert dies seinen Wert nicht, denn selbst gescheiterte Versuche dienten nicht selten als Inspiration für spätere Bemühungen.

Selbstverständlich ließen sich zu den in diesem Überblick aufgeführten Aspekten der Demokratiegeschichte noch zahlreiche weitere benennen. Doch bereits in der gegenwärtigen Form liegen überzeugende Argumente für die Einschätzung vor, dass eine spezifisch ostdeutsche Perspektive der Demokratiegeschichte ebenso lohnend wie notwendig ist. Nicht nur bestehen Leerstellen in der Forschung und der öffentlichen Wahrnehmung, sind wichtige Akteure und Akteurinnen sowie bemerkenswerte Ereignisse unverdient in Vergessenheit geraten. Eine ostdeutsche Demokratiegeschichte kann jedoch weit mehr leisten als »nur« blinde Flecken füllen. Sie kann ein regionales Identitätsgefühl durch inspirierende Beispiele aus der »engeren Heimat« stützen und zugleich das demokratische Bewusstsein in Ostdeutschland stärken. Manche historischen Ereignisse werden prominent erinnert, wie etwa die Berliner Barrikadenkämpfe im März 1848, bei denen die Stadtbevölkerung sich gegen preußisches Militär behauptete und so einen wesentlichen Impuls im »Frühling der Revolutionen« gab. Dies gilt auch für die Proklamation der Republik am 9. November 1918 vom Balkon des Reichstags. Doch viele andere Tage der Demokratiegeschichte sind weit weniger bekannt. Wer erinnert etwa, dass sich in Berlin im Juni 1946 im Theater am Schiffbauerdamm der Zentrale Frauenausschuss der Sowjetischen Besatzungszone formierte, ein frauengeschichtliches Großereignis und Teil der Bestrebungen für einen pluralistischen Neuanfang nach der Befreiung von der NS-Diktatur?

Ein ähnliches Bild bietet sich jenseits der Metropole, wo mitunter gerade die demokratiegeschichtlich interessanten Ereignisse wenig erinnert werden. So ist etwa Thüringen mehr als das »Grüne Herz Deutschlands«, das Rennsteigland, die Heilige Elisabeth und die Vielzahl an Residenzschlössern. Die thüringischen Länder stehen auch für frühe Verfassungen am Anfang des 19. Jahrhunderts, für das Wartburg-Fest, für prägende Ereignisse in der Formierung der Arbeiterbewegung, für die einzige demokratische Landesneugründung der Weimarer Republik und vieles mehr. Sachsen ist mehr als die Völkerschlacht oder August der Starke, es ist zugleich das Land, in dem die Sozialdemokratie erstmals Abgeordnete für einen gesamtdeutschen Reichstag wählen konnte, in dem der Allgemeine Deutsche Frauenverein als wesentlicher Akteur der deutschen Frauenbewegung gegründet wurde und natürlich das Land, wo am 9. Oktober 1989 die Großdemonstration in Leipzig einen Wendepunkt der Friedlichen Revolution darstellte. Mecklenburg-Vorpommern kann – ebenso wie Sachsen-Anhalt – darauf verweisen, dass in einem Teil seines Territoriums im Dezember 1918 die ersten demokratischen Landtagswahlen Deutschlands stattfanden. Die erste deutsche weibliche Landtagsabgeordnete überhaupt nahm dann ihren Sitz im Neustrelitzer Residenzschloss ein. Während der NS-Diktatur bestand in Mecklenburg eines der wenigen Netzwerke liberaler Widerstandsaktivisten um das Ehepaar Lachmund. Sachsen-Anhalt, historisch ein sehr junges Land, kann darauf verweisen, dass die Revolutionsverfassungen von Anhalt-Dessau und Anhalt-Köthen bereits 1848 einen vertraut klingenden Satz enthielten: Alle Gewalten gehen vom Volke aus. In der Weimarer Republik präsentierte sich der Freistaat Anhalt von Ende 1918 bis zum Frühjahr 1932 fast ununterbrochen als von einer sozialdemokratisch-liberalen Koalition regiert. Er gehörte damit lange Zeit zu den stabilsten Ländern der turbulenten Weimarer Jahre.

Und auch Brandenburg ist weit mehr als das historische Herzland des »alten Preußen«, wie sich etwa am Beispiel Potsdams belegen lässt. Zwar war die Stadt reich an Bauten aus monarchischen Zeiten, und unvergessen bleibt auch der *Tag von Potsdam* 1933 unseligen Andenkens, als rechtskonservative und rechtsradikale Kräfte den Schulterchluss gegen die Demokratie demonstrierten. Doch Potsdam steht zugleich für das mutige Eintreten für die Demokratie: Im März 1920 legte einen Massenstreik gegen den Kapp-Lüttwitz-Putsch die Stadt weitgehend lahm, und die Arbeiter ließen sich auch vom brutalen Vorgehen der meuternden Garnison nicht einschüchtern. Gut 70 Jahre später, am 4. November 1989, demonstrierten in der Stadt mit ihren ca. 140.000 Einwohnern mindestens 30.000 bis 40.000, vielleicht sogar 70.000 Menschen für freie Wahlen und forderten damit das SED-Regime heraus.

Diese Beispiele, nur einige wenige aus der reichen ostdeutschen Demokratiegeschichte, erinnern daran, dass die demokratische Gesellschaft und das politische System, in dem wir gegenwärtig leben, Ergebnis einer Entwicklung sind, die zu keinem Zeitpunkt zwangsläufig war und auch nicht geradlinig verlief. Was wir gegenwärtig an Freiheitsrechten und Möglichkeiten der Mitgestaltung genießen, verdanken wir den Impulsen und dem oft riskanten Einsatz zahlreicher Männer und Frauen früherer Jahrzehnte, ja Jahrhunderte. Unsere heutige,

komfortable Gesellschaftsform ist auch deshalb so wertvoll, weil sie eben nicht vom Himmel gefallen ist, sondern teuer erstritten wurde. Die Wurzeln unserer Demokratie müssen deshalb stärker sichtbar hervorgehoben und erinnert werden. Sie erinnern uns daran, wie wandelbar und zugleich verletzlich Demokratie ist – Ermutigung, sie zu verteidigen, aber auch stetig an ihrer Verbesserung zu arbeiten und sie an neue Herausforderungen anzupassen.

Inhaltliche Impulse geben

Eine ostdeutsche Demokratiegeschichte kann an bemerkenswerte Vorleistungen in der Forschung anknüpfen, und ihre Inhalte werden bereits gegenwärtig durch zahlreiche Initiativen und Institutionen vermittelt. Zugleich gilt es jedoch, noch vorhandene Wissenslücken zu füllen, die Kooperation zwischen Forschungs- und Lehreinrichtungen zu verbessern und sich an neue technische Möglichkeiten wie an geänderte Ansprüche und Erwartungen des Publikums anzupassen. Inspiriert durch die Impulse externer Kolleginnen und Kollegen, denen für ihre wertvollen Anregungen während der Workshops dieses Projekts und im Einzelaustausch gedankt sei, haben sich in den Diskussionen innerhalb der GEDG die folgenden Punkte als vordringliche Aufgaben herauskristallisiert:

Es wäre wünschenswert, die Beschäftigung mit Landesgeschichte an den ostdeutschen Universitäten insbesondere mit einem Schwerpunkt auf Demokratiegeschichte zu stärken. Die erprobten Formate des »Forschenden Lernen« könnten im Austausch mit regionalen Akteuren und Akteurinnen aus der Vermittlungsarbeit spezifische Lücken identifizieren und schließen.¹ Die Projekte würden von der Ortskenntnis der lokalen Initiativen profitieren und die Vermittlungsbemühungen ihrerseits durch zusätzliches Fachwissen gestützt werden.

Die Entscheidungen, die im Zuge der Etablierung einer neuen Geschichtspolitik in den ersten Jahren nach 1990 getroffen wurden, sollten unter demokratiegeschichtlichen Gesichtspunkten geprüft werden. Die grundsätzliche Richtung einer Abkehr von der SED-Geschichtsideologie war ebenso nachvollziehbar wie notwendig. Zugleich finden sich aber auch Punkte, wo Korrekturen in Erwägung zu ziehen sind. So bleibt die flächendeckende Umbenennung von Straßen und die Entfernung von Erinnerungszeichen ein kontrovers beurteilter Vorgang. Oft binnen kurzer Zeit und mit einem breiten Pinselstrich vorgenommen, war die Umsetzung sehr rigoros, insbesondere wenn man sie mit langwierigen Debatten und sorgfältigen, wenn nicht gar zögerlichen Abwägungen in jüngerer Zeit vergleicht, etwa im Rahmen von Decolonize-Bemühungen.² Menschen wie der gebürtige Sachse Otto Nuschke lassen sich schwerlich allein auf ihre Rolle in der SBZ und DDR reduzieren, dennoch sah sich etwa die Stadt Berlin veranlasst, die nach ihm benannte Straße umzubenennen. Dass Nuschke in der Weimarer Republik führendes Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei und in der NS-Zeit im Widerstand gewesen war, spielte offenkundig keine Rolle mehr.³ Die Entscheidung, das in der DDR geschaffene Denkmal und die Ausstellung im thüringischen Zickra zu beseitigen, die an den Sieg reußischer Arbeitermilizen während des Kapp-Lüttwitz-Putsches von 1920 erinnerten, zeugt ebenfalls von wenig Rücksicht für Nuancen in der

1 — Vgl. den Einsatz an der Universität Münster für demokratiegeschichtliche Inhalte, <https://miami.uni-muenster.de/Record/3fbacdad-69b2-4bbd-be57-093e9efc2de9>, z. a. 9.11.2024.

2 — Vgl. <https://www.deutschlandfunkkultur.de/debatte-um-problematisches-erbe-nach-1990-waren-neue-100.html>; https://germanhistorydocs.ghi-dc.org/pdf/deu/Chapter4_doc5German.pdf, beide z. a. 9.11.2024.

3 — Siehe <https://berlingeschichte.de/strassen/bez01h/o200.htm>, z. a. 9.11.2024.

Geschichte. An diesen und an so manch anderen Stellen wäre eine Kommentierung und Ergänzung nutzbringender und angemessener gewesen. In diese Richtung verweisen bereits Initiativen wie etwa in Weimar, wo das örtliche Denkmal für Ernst Thälmann auf Anstoß der GEDG in Kooperation mit der Stadt und der Gedenkstätte Buchenwald in öffentlichen Diskussionen thematisiert wurde. Zugleich laufen Vorbereitungen, um das aus der Zeit gefallene Monument durch eine Informationstafel zu kontextualisieren.⁴

Der Fokus der geschichtlichen Identitätspflege sollte nicht primär auf dem Mittelalter und der Residenzgeschichte der Neuzeit liegen, sondern sich verstärkt auch dem 19. und 20. Jahrhundert widmen. Natürlich können sogar Schlösser Orte der Demokratiegeschichte sein, sei es durch ausgehandelte Reformen oder als Schauplätze monarchischer Kapitulation und republikanischer Nachnutzung.⁵

Im Vergleich zu Westdeutschland präsentiert sich in den »neuen« Bundesländern die institutionelle Förderung von Initiativen zur Forschung und Vermittlung der Demokratiegeschichte weiterhin als nicht im gleichen Maße ausgebaut. Akteure wie die Politikergedenkstätten sind weniger präsent.⁶ Dies erschwert mitunter die langfristige Arbeit, die stärker entlang befristeter Projekte verläuft.

Im Bereich der demokratiegeschichtlichen »Vorgeschichte« in der Frühen Neuzeit sollte die Kooperation der Akteure in Forschung und Vermittlung gestärkt werden. Ereignisse wie der Bauernkrieg und andere Proteste, aber auch die Aufklärung, sollten bei klarer Betonung der zur Gegenwart oft verschiedenen Wertesysteme als Teil einer Demokratiegeschichte verstanden und vermittelt werden. Es wäre sinnvoll, die Wirksamkeit dieses Ansatzes im Nachgang des Bauernkriegs-Jubiläums 2025 in einigen Pilotprojekten in direkter Partnerschaft mit Akteuren wie den Museen der Stadt Mühlhausen auszutesten.

Die Freiheits- und Demokratiebewegung des 19. Jahrhunderts – die sich, um den Namen einer gegenwärtig durch Deutschland tourenden Wanderausstellung der GEDG zu zitieren, »auf dem Weg zur modernen Demokratie« befand –⁷ bietet zahlreiche Ansatzpunkte, die unter demokratiegeschichtlichen Aspekten noch zu wenig genutzt werden. Ereignisse wie die frühen ostdeutschen Verfassungen (sowohl die rheinbündischen wie die »bundesdeutschen«) verdienen es, in die Traditionslinien moderner Verfassungen integriert zu werden. Das Wartburgfest ist neben der kritischen Beleuchtung der nationalistischen und rassistischen Äußerungen einiger Teilnehmender als wichtiges Ereignis der Demokratiegeschichte zu markieren. In diese Richtung stößt bereits die 2023 gestartete Etablierung des Projektes Wartburg – Fest der Demokratie als Kombination von öffentlicher Veranstaltung, Student Forum und wissenschaftlicher Tagung.⁸ Für die Revolution 1848/49 bietet sich neben Berlin mit dem herausragenden Ort des Friedhofs der Märzgefallenen namentlich der sächsische Raum für eine intensive Auseinandersetzung und Thematisierung an. Dies umfasst so unterschiedliche Aspekte wie das enge Netz zivilgesellschaftlicher prodemokratischer Vereine, die Liberalisierung des Wahlrechts und dominierende Rolle prorepublikanischer Kräfte in beiden Kammern des Landtages wie auch die machtvolle Reichsverfassungskampagne, die in Sachsen im Dresdner Maiaufstand gipfelte. Im Nachgang der Revolution sind Gotha und Erfurt als

4 — Vgl. Bartuschka: Denkmal (2022); Bartuschka: Denkmal (2023), ausführlich Faludi/Zänker (Hg.): Denkmal (2023).

5 — So fungierte das Residenzschloss Strelitz in der Weimarer Republik als Landtagssitz.

6 — Vgl. <https://www.politikergedenkstaetungen.de/>, z. a. 14.11.2024.

7 — Vgl. mit Hinweisen auf andere Initiativen <https://gedg.org/fruehgeschichte/>, z. a. 14.11.2024.

8 — Vgl. <https://gedg.org/wartburgfest/>, z. a. 14.11.2024.

Fortsetzung der Frankfurter Bemühungen um eine Verfassung und die friedliche Vereinigung Deutschlands aus ihrer relativen Anonymität zu heben. Falls das Projekt eines Demokratiezentrum Paulskirche umgesetzt wird,⁹ so ist frühzeitig der Kontakt zu suchen, um bei der Einbindung ostdeutscher Inhalte zu helfen und diese auch dem Publikum in den »alten« Bundesländern und aus dem Ausland nahezubringen. Das im Ausbau befindliche Netzwerk der deutschen Verfassungsstädte Frankfurt a. M., Weimar und Bonn sollte in den kommenden Jahren auch um die Orte früher Konstitutionen erweitert werden.¹⁰ Der Austausch und die Initiierung gemeinsamer Aktionen fördert auch in der Bevölkerung das Bewusstsein um die Vergangenheit ihrer Heimatstädte und Regionen.

Der Einsatz von Frauen für gesellschaftliche und politische Gleichberechtigung muss als integraler Bestandteil der Demokratiegeschichte berücksichtigt werden. Dies ist an Orten wie Leipzig durch regionale Initiativen bereits geschehen, sollte aber auch flächendeckend vermittelt werden, etwa über eine Ausweitung des Projektes »FrauenOrte«. Gerade im Bereich der Erforschung der Frauenbewegung sollte der Austausch zwischen universitärer Forschung und zivilgesellschaftlichen Initiativen gefördert werden.

Die Geschichte der Arbeiterbewegung verdient ungeachtet ihrer Vereinnahmung durch die SED-Geschichtspolitik weiterhin der Beachtung. Ostdeutschland war für sie ein wesentlicher Schauplatz, ausgehend von den »Leuchttürmen« Eisenach, Erfurt, Gotha, Leipzig und Jena. Gestützt auf diese, wie auch mit Verweisen auf lokale Schauplätze des Kampfes um die Emanzipation des Vierten Standes wie Volks- und Gewerkschaftshäuser, Zeitungsredaktionen aber auch Vereinsstandorte etc., lassen sich überzeugend Inhalte aus dem unmittelbaren Umfeld des Publikums vermitteln.

Die Erinnerung an die Weimarer Republik sollte als zentrales Element ostdeutscher Demokratiegeschichte besonders herausgestellt werden. Zu oft ist diese unserer Gegenwart noch vergleichsweise nahe Zeit, aus der viele prägende Elemente nachwirken, in der öffentlichen Wahrnehmung auf Stereotype verengt. Aufmerksamkeit verdient sowohl die Republik als Gesamtstaat, die insbesondere mit Weimar und Berlin verbunden ist, als auch die ostdeutschen Länder und preußischen Provinzen als demokratische Vorläufer der heutigen Länder. Zu viele Demokratinnen und Demokraten der Weimarer Jahre sind gegenwärtig vergessen und sollten deshalb zurück in das öffentliche Bewusstsein gebracht werden. Die ostdeutschen Bundesländer sind dabei wichtige Partner. Beispielhaft für eine solche Partnerschaft war das Zusammenwirken des Freistaates Thüringen mit der GEDG, um den ersten Ministerpräsidenten Landes, Arnold Paulssen, erstmalig prominent in Erinnerung zu rufen.¹¹ Wo historische Institutionen die Recherchen und Zuarbeit leisten können, verfügen die Länder über die Mittel, solche Initiativen umzusetzen. Nur so ist denkbar, das einseitige Stigma der »Weimarer Verhältnisse« aufzubrechen und in der Öffentlichkeit ein Bewusstsein für die Möglichkeiten und Verdienste der ersten deutschen Republik zu schaffen. Das Haus der Weimarer Republik, 2019 eröffnet in der Geburtsstadt der demokratischen Reichsverfassung, hat hier bereits wertvolle Arbeit geleistet. Ausgehend von dieser gilt es, den Perspektivenwandel beim Blick auf die Republik in der Öffentlichkeit zu fördern. Zugleich sollte eine direkte

9 — Vgl. <https://frankfurt.de/paulskirche/die-paulskirche/die-zukunft-der-paulskirche>, z. a. 9.11.2024.

10 — Siehe zum Netzwerk <https://xn--verfassungsstde-7nb.de/>, z. a. 14.11.2024.

11 — Vgl. <https://gedg.org/initiativen/arnold-paulssen/>, z. a. 14.11.2024.

Verbindung von der ersten deutschen Demokratie zum demokratischen Widerstand gegen das NS-Regime hergestellt werden, dessen Akteure und Akteurinnen im In- wie Ausland in der Republik sozialisiert und oft bereits politisch tätig geworden waren. Ihr Wirken ist in der Pluralität und Heterogenität der Erscheinungsformen zu erinnern als der mutige Einsatz einiger weniger angesichts einer weitgehend apathischen bis feindseligen Gesellschaft.

Die Perspektive auf die ersten Nachkriegsjahre ab 1945 sollte stets die Offenheit der Entwicklung berücksichtigen. Es stand keineswegs von Anfang an fest, dass am Ende ein diktatorischer ostdeutscher Separatstaat entstehen würde, und die Leistung von Männern und Frauen, die sich für einen politischen und gesellschaftlichen Neuanfang einsetzten, sollte angemessen gewürdigt werden. Dies gilt umso mehr, als sich dieser Versuch eines Neubeginns unmittelbar nach dem Zivilsationsbruch des NS-Regimes vollzog.

Über die ganze Zeitdauer der deutschen Teilung wie auch darüber hinaus ist der ostdeutsche Anteil an der Bundesrepublik angemessen zu berücksichtigen. Dies gilt für die Männer und Frauen, die in den Jahren der Massenmigration bis 1961 Ostdeutschland verließen, aber auch für jene, die danach die Flucht oder Ausreise über Nachbarstaaten wagten, und schließlich auch für die Ostdeutschen, die nach Wiederherstellung der Einheit eine neue Heimat in Westdeutschland fanden. Ihr Weggang wird in Ostdeutschland nur partiell thematisiert, und in Westdeutschland werden sie trotz ihrer beträchtlichen Zahl sogar noch weniger wahrgenommen.

Jede Thematisierung des demokratischen Widerstandes und der Opposition in der SBZ und DDR kann am sinnvollsten im engen Austausch mit zentralen Akteuren wie der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und dem Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv realisiert werden. Für dieses Kapitel ostdeutscher Demokratiegeschichte sind besonders Forschungslücken zu den frühen Jahren zu füllen. Zugleich sollte der Blickpunkt auf den demokratischen Konzepten der Akteure und Akteurinnen liegen, wandelten sich diese doch über die Jahre. Ihre Überlegungen, wie ein künftiges demokratisches Ostdeutschland aussehen sollte, sind auch Ausweis für die Pluralität der Ideen.

Die Friedliche Revolution ist für die Erinnerung an die Opposition gegen das SED-Regime ein zentraler Anker, nicht zuletzt wegen ihrer direkten Verbindung zur Gegenwart, die von ihr bis heute geprägt wird. Das Thema darf auf keinen Fall der Inbesitznahme und Neudefinition durch demokratieskeptische Gruppen überlassen werden. Als das Geschenk der Ostdeutschen an die deutsche Geschichte ist es keineswegs nur in den »neuen« Bundesländern relevant, es kann und soll auch in Westdeutschland erinnert werden. Perspektivisch ist jenseits der zentral erinnerten Ereignisse wie am 9. Oktober in Leipzig und am 9. November in Berlin auch das Geschehen an anderen Orten der ehemaligen DDR stärker in den Blick zu nehmen. Dabei sollte nicht die Deutsche Einheit als einziger Fluchtpunkt der Ereignisse zentral gestellt, sondern die revolutionären Ziele und Ereignisse als Ganzes betrachtet werden. Der Bund hat sich dieses Themas auch unter einer grenzüberschreitenden Perspektive angenommen: Das im Entstehen begriffene Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation in Halle (Saale) stellt sicher, das ein Fokuspunkt für

Forschung und Vermittlung geschaffen wird. Dieses wird dazu beitragen, das Bewusstsein für die Einordnung der (ost)deutschen Demokratiegeschichte in einen breiten Kontext zu schärfen, die auch andernorts wie auch für frühere historische Epochen stärker in den Fokus rücken sollte. Impulse aus anderen Ländern – beispielsweise dem revolutionären Frankreich vom Ende des 18. bis Mitte des 19. Jahrhunderts, Polen insbesondere in den 1980er Jahren – inspirierten deutsche Handelnde. Zugleich hatten auch die deutschen Ereignisse grenzüberschreitende Rückwirkungen. In einem in der Europäischen Union verbundenen Kontinent erscheint es zukunftsweisend, auch Demokratiegeschichte grenzübergreifend zu denken, entstanden eher in Wechselwirkung, denn als unabhängig voneinander verlaufende nationale Entwicklungsstränge.

Schließlich, doch nicht an letzter Stelle, sollte eine ostdeutsche Demokratiegeschichte frühzeitig die Gegenwartsgeschichte ins Auge fassen: Projekte, welche beispielsweise die Transformationszeit der 1990er thematisieren, handelnde Personen vorstellen und sowohl die beeindruckenden Erfolge als auch die Fehlschläge und Irrtümer des ersten gesamtdeutschen Jahrzehnts beleuchten. Es sind diese Ereignisse, welche gegenwärtig im politischen Tagesgeschehen nicht selten instrumentalisiert werden. Ehe auch in diesem Feld einmal mehr Mythen und voreingenommene Wahrnehmungen den Blick auf das Geschehen vernebeln, sollte dieses jüngste Kapitel ostdeutscher Demokratiegeschichte erforscht werden und in ein ostdeutsches Selbstverständnis wo möglich positiv, wo nötig kritisch, aber auch selbstkritisch integriert werden. Die GEDG hat aus diesem Grund ein Projekt initiiert, das die kommunalen Handlungsträger der Transformationszeit zu Wort kommen lassen will.¹² Zugleich sollten historische Vergleiche zu anderen Transformationsprozessen in Deutschland und im Ausland zur Kontextualisierung der Ereignisse der jüngeren Vergangenheit herangezogen werden.

Neue Wege, neue Chancen

Die Diskussion um die Auswahl möglichst wirkungsvoller Methoden der Vermittlung in der Demokratiegeschichte, um die Evaluierung ihrer Erfolge und die Verbesserung bei der Kooperation der beteiligten Institutionen stellt die drängenden Fragen der Gegenwart: So elementar die Sicherung historischen Wissens auch ist, eine gesellschaftliche Wirkung kann es erst entfalten, wenn eine effektive Publikation und Kommunikation gelingen. Dies bedarf des ständigen Austauschs der wissenschaftlichen, föderalen, gesamtstaatlichen und zivilgesellschaftlichen Einrichtungen und Initiativen, wie er etwa im Weimarer Forum Erinnerungskultur erprobt wird.¹³

Neben die traditionellen Formen der Vermittlung von Demokratiegeschichte – etwa über publizierte Texte, die Arbeit von Gedenkstätten und Museen mit den Besuchenden, Vorträge, Stadtrundgänge und vieles mehr – wird zunehmend auch die Nutzung bisher nur sporadisch genutzter Vermittlungsmethoden treten müssen, um eine möglichst breite Wirkung zu erzielen. Es ist nicht möglich, an dieser Stelle inhaltlich in die Tiefe zu gehen, doch sollen einige Überlegungen aus dem Austausch mit Kolleginnen und Kollegen aus ganz Deutschland genannt werden. So erscheint es notwendig, die Arbeit in den sozialen Medien zu optimieren. Dies verlangt für eine effektive Präsenz konstante Aufmerksam-

12 — Vgl. Puhl: *Demokratieaufbau* (2024).

13 — Vgl. <https://gedg.org/forum-erinnerungskultur/>, z. a. 14.11.2024. Zu bisherigen Veranstaltungen siehe Bartuschka: *Forum* (2024); Vogt: *Forum* (2023).

keit, zumal die Popularität und Reichweite verschiedener Plattformen im stetigen Wandel begriffen ist. Zugleich wird die Betreuung der Präsenz bisher vielfach eher nebenher von einzelnen Mitarbeitenden übernommen und muss deshalb hinter den Möglichkeiten und Erwartungen zurückfallen. Es erscheint zielführend, den Austausch zwischen den im Bereich Demokratiegeschichte tätigen Einrichtungen zu verbessern, damit diese gegebenenfalls gegenseitig auf Veranstaltungen verweisen und Erfahrungen austauschen. Ferner wäre es eine Überlegung wert, die Arbeit generell stärker zu bündeln, so dass medienkompetente Personen die Betreuung der Präsenz mehrerer Einrichtungen übernehmen können. Dafür wären freilich eine konstante Kommunikation und auch eine gemeinsame Finanzierung vonnöten.

Die Eigengestaltung von virtuellen Inhalten etwa in der Form von Videos auf Plattformen wie YouTube hat sich als potenziell wertvolle Ergänzung der Vermittlungsarbeit erwiesen, bedarf aber ebenfalls eines Arbeitseinsatzes, der viele Einrichtungen personell und finanziell überfordert. Narrative Elemente haben sich vielfach als effektiv erwiesen, da sie die Identifikation mit den Handelnden verstärken. Diese sympathisch, nah und authentisch erscheinen zu lassen, ist natürlich auch eine handwerkliche Herausforderung. Satirische oder humoristische Elemente können zwar Aufmerksamkeit erhalten, bergen aber die Gefahr, von der Botschaft abzulenken.¹⁴ Möglicherweise wäre es aussichtsreich, mit verlässlichen Content Creators in Kontakt zu treten und für Videos mit spezifischen Themen als Sponsor aufzutreten. Diese könnten auch in Fremdsprachen erstellt werden.

Die Erstellung virtueller Spiele mit demokratiegeschichtlichen Inhalten jenseits vergleichsweise »simpler« Point-and-Click-Formate dürfte die Möglichkeiten der meisten Einrichtungen deutlich überschreiten. Indes sollte etwa die Gestaltung von Webtoons und verwandten Inhalten in virtueller, unter Umständen auch in gedruckter Form in Erwägung gezogen werden. Dabei sollte die demokratiegeschichtliche Botschaft nicht zu vordergründig und simplifiziert vermittelt werden, um nicht schulmeisterlich daherzukommen.

Um Interessierten einen individuellen Zugang zu ermöglichen, könnten in Brennpunkten der Demokratiegeschichte, wo sich eine größere Zahl an Inhalten kreieren lässt, ähnliche Formate wie die Memory Loops zum Einsatz kommen, mit denen etwa München an Spuren des Nationalsozialismus erinnert.¹⁵ Gleiches gilt für einen »Weg der Demokratie«, wie er etwa für Bonn geschaffen wurde.¹⁶ Idealerweise sollten solche Angebote sowohl am Laptop oder Heimcomputer wie mit einem Smartphone auf dem Weg durch die Stadt nutzbar sein. Ein sehr breites Angebot vermittelt die vom berlinHistory e.V. entwickelte History-App, die als digitales Museumsdepot fungiert und interessante Punkte, Karten, Biografien, Ereignisse etc. je nach Themenlayer geordnet anbietet. Anfang 2024 hatte die App bereits 300.000 Nutzerinnen und Nutzer. So erfasst sie die 3.400 Gedenktafeln der Stadt mit ergänzenden Texten ortsbasiert und nach Bezirken untergliedert, die zudem den entsprechenden Inhaltsbereichen zugeordnet werden. Die Ausweitung auf andere Städte ist möglich und könnte, mit entsprechender Themenlayer-Gestaltung zu demokratiegeschichtlichen Inhalten, das virtuelle Angebot deutlich verbessern.¹⁷ Allerdings ist davon auszugehen, dass jenseits eines solchen Tourismusmagneten wie Berlin die Zahl der Endnutzer geringer ausfallen wird.

14 — Vgl. ausführlich zu dem Thema Schmitt: *Blick* (2023), S. 33–39.

15 — Vgl. <https://www.memoryloops.net/#/>, z. a. 9.11.2024.

16 — Vgl. <https://www.wegderdemokratie.de/>, z. a. 9.11.2024.

17 — Klempke: *berlinHistory-App* (2022), S. 30–32, ergänzt durch freundliche Auskünfte des Autors. Siehe auch <https://berlinhistory.app/>, für einen Ableger <https://www.potsdam-museum.de/potsdamhistory-app>, beide z. a. 9.11.2024.

Der Einsatz szenischen Lesens wie auch von Theaterstücken mit demokratiegeschichtlichen Inhalten hat sich in der Vergangenheit bewährt und sollte auch künftig genutzt werden.¹⁸ So inszeniert beispielsweise die GEDG in Kooperation mit der Friedrich-Schiller-Universität Jena Ende 2023 die Antrittsvorlesung von Mathilde Vaerting, erste ordentliche Professorin an einer deutschen Volluniversität. Die Veranstaltung fand in der Aula der Alma Mater statt – jener Ort, welcher der Neuprofessorin 100 Jahre zuvor verweigert worden war.¹⁹ Es wäre zu überlegen, ob nicht entsprechende Textvorlagen zu einer Reihe von Themen erstellt werden könnten, die Schulen zur Verfügung gestellt werden.

Gerade auf diesem Feld sind die Herausforderungen vielfältig. Wenn die Vermittlung der Demokratiegeschichte bereit ist, ebenso zielstrebig in ihren Zielen wie flexibel in den Methoden zu agieren, dann bietet die mediale Revolution jedoch eine Vielzahl von Möglichkeiten. Die hier genannten Ansätze wie auch die formulierten Kernanliegen sind nur als eine Auswahl zu verstehen und sollen im weiteren Austausch mit den Kollegen und Kolleginnen aus Forschung und Vermittlung erweitert und angepasst werden. Die Diskussionen im Zuge der Realisierung dieses Projektes haben bereits zahlreiche Impulse geliefert und belegen einmal mehr, wie wertvoll eine Vernetzung auch über enger gefasste Themenbereiche hinaus ist. Diesen Austausch zu fördern, war das zentrale Anliegen des Initiativplans. Wenn es gelingt diese Ansätze weiter auszubauen und zu pflegen, können sie in den kommenden Jahren einen wertvollen Beitrag zur Stärkung des ostdeutschen Bewusstseins für die eigene Demokratiegeschichte leisten. Die GEDG versteht dies als eine vordringliche Aufgabe für die Zukunft.

18 — So wurden gleich mehrere Theaterstücke mit ein bis vier Personen zum 75. Jahrestag des Grundgesetzes geschaffen, vgl. <https://www.bundesregierung.de/breg-de/schwerpunkte-der-bundesregierung/75-jahre-grundgesetz/programm-demokratiefest/ein-personen-theaterstueck-happy-birthday-grundgesetz-von-und-mit-tino-leo-2282016>; <https://schaustelle-halle.de/theaterstuecke/das-grundgesetz/>; <https://gedg.org/verfassungsgeschichte/wdgg/>, alle z. a. 9.11.2024.

19 — Vgl. <https://gedg.org/initiativen/mathilde-vaerting/>, z. a. 14.11.2024.

Netzwerk

Archiv der sozialen Demokratie – Friedrich-Ebert-Stiftung
Berliner Landeszentrale für politische Bildung
Bundesarchiv – Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen
in der deutschen Geschichte
Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv
Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
Böhnke, Norbert (Fachbereich Kultur der Stadt Halle (Saale))
Czitrich-Stahl, Dr. Holger (Förderkreis Archive und Bibliotheken
zur Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.)
Dreyer, Prof. Dr. Michael (Friedrich-Schiller-Universität Jena)
Erich Zeigner Haus e.V., Leipzig
Evangelisches Augustinerkloster zu Erfurt
Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg
FrauenOrte – Frauengeschichte in Sachsen-Anhalt
Friedrich-Christian-Lesser-Stiftung, Mühlhausen
Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin
Gedenkstätte Roter Ochse Halle (Saale)
Geschichtsmuseen Erfurt
Hahn, Prof. Dr. Hans-Werner
Haus der Weimarer Republik, Weimar
Herbert-und-Greta-Wehner-Stiftung
Hindenburg, Dr. Barbara von (Kommission für Geschichte
des Parlamentarismus und der politischen Parteien e.V.)
Historische Kommission Thüringen, Jena
Hopp, Dr. Andrea (Otto-von-Bismarck-Stiftung d.ö.R.)
Institut für Landesgeschichte des Landes Sachsen-Anhalt,
Halle (Saale)
Klassik-Stiftung Weimar, Direktion Museen
Kreutzmann, Dr. Marko (Friedrich-Schiller-Universität Jena)
Kuller, Prof. Dr. Christiane (Universität Erfurt)
Lau, Prof. Dr. Thomas (Universität Freiburg)
Lay, Dennis (Friedrich-Schiller-Universität Jena)
Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam
Louise-Otto-Peters-Gesellschaft e.V., Leipzig

Luthermuseen (Eisleben und Mansfeld)
 Mössinger, Axel (Friedrich-Schiller-Universität Jena)
 Mühlhäuser Geschichts- und Denkmalpflegeverein e.V.
 Mühlhäuser Museen
 Müller, Prof. Dr. Thomas (Duale Hochschule Gera-Eisenach)
 Raßloff, Dr. Steffen
 Residenzschlossverein Neustrelitz e.V.
 Robert-Havemann-Gesellschaft e.V., Archiv der
 DDR-Opposition, Berlin
 Schmeitzner, Prof. Dr. Mike (Historische Kommission der SPD
 Sachsen)
 Schmidt, Prof. Dr. Georg
 Slivi, Judy (Arbeit und Leben Thüringen e.V.)
 Speit, Dr. Sina (Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg)
 Stadt Eisenach
 Stadt Weinstadt, Stadtverwaltung Amt für Kultur, Stadtmarketing
 und Sport Archiv und Museum, Kunst
 Stadt Mühlhausen (Thüringen)
 Stadtarchiv Dessau-Roßlau
 Stadtarchiv Gotha
 Städtische Museen Quedlinburg
 Stasimuseum Berlin
 Ulbricht, Dr. Justus (Denk mal Fort e.V. Dresden)
 Wartburg-Stiftung, Eisenach

Literaturliste

- A**
- Agethen, Manfred: Die CDU in der SBZ/DDR 1945–1953, in: Frölich, Jürgen (Hg.): »Bürgerliche« Parteien in der SBZ/DDR. Zur Geschichte von CDU, LDP(D), DBD und NDPD 1945 bis 1953, Köln 1994, S.47–72.
- Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin/Berliner Landeszentrale für politische Bildung (Hg.): Demokratische Aufbrüche in Berlin sichtbar machen, Berlin 2023.
- Ammer, Thomas: Thesen zu Opposition und Widerstand an den Universitäten und Hochschulen der SBZ/DDR, 1945–1961, in: Schröder, Benjamin/Staadt, Jochen: Unter Hammer und Zirkel: Repression, Opposition und Widerstand an den Hochschulen der SBZ/DDR, Frankfurt a. M. 2011, S. 9–16.
- Aufgebauer, Peter: »Die ganze Nacht hindurch neue Abschriften« – Proteste und Kommunikation, in: Göttinger Jahrbuch 56 (2008), S. 7–16.
- Ault, Julia E.: Saving Nature under Socialism. Transnational Environmentalism in East Germany 1968–1990, Cambridge 2021.
- B**
- Baasch, Annalena/Riffel, Dennis: Städtische Demokratiegeschichte ganz praktisch. Das Format lokale Spurensuche, in: Parak, Michael/Böhnke, Norbert (Hg.): Kommunale Erinnerungskultur und Demokratiegeschichte, Berlin 2020, S. 36–42.
- Barthel, Rolf: August Bernigau aus Mühlhausen – Soldat der badisch-pfälzischen Revolutionsarmee von 1849, Mühlhausen 1983.
- Bartuschka, Marc: Peking 1989. Perspektiven auf die Proteste am Platz des Himmlischen Friedens, in: Gesellschaft zur Erforschung der Demokratie-Geschichte (Hg.): Prospect 24. Bulletin der Gesellschaft zur Erforschung der Demokratie-Geschichte, Weimar 2024, S. 16–21.
- Bartuschka, Marc: Weimarer Forum für Erinnerungskultur. Kolloquium. Die Gestaltung der Erinnerungskultur als Aufgabe für die Zukunft – Teil 2, in: Gesellschaft zur Erforschung der Demokratie-Geschichte (Hg.): Prospect 24. Bulletin der Gesellschaft zur Erforschung der Demokratie-Geschichte, Weimar 2024, S. 52–57.
- Bartuschka, Marc: Zwischen Auschwitz, Bergen-Belsen und Todesmarsch. Die KZ-Außenlager in Mühlhausen, Mühlhausen 2023.
- Bartuschka, Marc/Elsbach, Sebastian: Die Baltikumer. Zur Genese eines rechtsradikalen Freikorpsmythos, in: Sabrow, Martin (Hg.): Gewalt gegen Weimar. Zerreißproben der frühen Republik 1918–1923, Göttingen 2023, S. 109–123.
- Bartuschka, Marc: »Nichts ist so unsichtbar wie ein Denkmal [für Ernst Thälmann]«. Teil 2: Ein Monument und seine Zukunft, in: Gesellschaft zur Erforschung der Demokratie-Geschichte (Hg.): Prospect 23. Bulletin der Gesellschaft zur Erforschung der Demokratie-Geschichte, Weimar 2023, S. 96–97.

- B Bartuschka, Marc: »Nichts ist so unsichtbar wie ein Denkmal (für Ernst Thälmann)«, in: Gesellschaft zur Erforschung der Demokratie-Geschichte (Hg.): Prospect 22. Bulletin der Gesellschaft zur Erforschung der Demokratie-Geschichte, Weimar 2022, S. 78–81.
- Bartuschka, Marc: Gewaltoligopol und Bürgerkrieg. Der Kapp-Lüttwitz-Putsch in Thüringen, in: Braune, Andreas/Dreyer, Michael/Elsbach, Sebastian (Hg.): Vom drohenden Bürgerkrieg zum demokratischen Gewaltmonopol (1918–1924), Stuttgart 2021, S. 51–65.
- Bauer, Frank: Horrido Lützw. Geschichte und Tradition des Lützower Freikorps, München 2000.
- Bechthold, Elske: Wissenschaft als Beruf für Frauen? Geschlechterdifferente Teilhabechancen im Wissenschaftsbetrieb, (Master-Arbeit Universität Hamburg), Hamburg 2004, online unter <https://www.ssoar.info/ssoar/handle/document/19354>.
- Becker, Frank: Die Hottentotten-Wahlen (1907), in: Zimmerer, Jürgen (Hg.): Kein Platz an der Sonne. Erinnerungsorte der deutschen Kolonialgeschichte, Frankfurt a. M./New York 2013, S. 177–189.
- Behnken, Klaus (Hg.): Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade). 1934–1940, 7 Bde., Frankfurt a. M. 1980.
- Behrens, Hermann u. a.: Wurzeln der Umweltbewegung. Die »Gesellschaft für Natur und Umwelt« (GNU) im Kulturbund der DDR, Marburg 1993.
- Bender, Klaus: Deutschland, einig Vaterland? Die Volkskongreßbewegung für deutsche Einheit und einen gerechten Frieden in der Deutschlandpolitik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Frankfurt a. M. u. a. 1992.
- Bergmann, Werner: Tumulte – Excesse – Pogrome. Kollektive Gewalt gegen Juden in Europa 1789–1900, Göttingen 2020.
- Berkessel, Hans/Matheus, Michael/Sprenger, Kai-Michael (Hg.): Die Mainzer Republik und ihre Bedeutung für die parlamentarische Demokratie in Deutschland, Oppenheim am Rhein 2019.
- Best, Heinrich: Zwischen Region und Nation – Die Abgeordneten der thüringischen Staaten in der Frankfurter Nationalversammlung, in: Thüringer Landtag Erfurt (Hg.): Parlamente und Parlamentarier Thüringens in der Revolution von 1848/49, Erfurt 1998, S.125–145.
- Bethge, Werner: Antifaschismus und Widerstand von Links, in: Bethge, Werner/Finker, Kurt: Zum antifaschistischen Widerstand in Potsdam und der Provinz Brandenburg 1933-1945, Potsdam 2004, S. 8–27.
- Beutin, Heidi: Die Töchter Robert Blums. Frauen in der Revolution von 1848/49, in: Beutin, Wolfgang/Hoppe, Wilfried/Kopitzsch, Franklin (Hg.): Die deutsche Revolution von 1848/49 und Norddeutschland. Beiträge der Tagung vom 15. bis 17. Mai 1998 in Hamburg, Frankfurt a. M. 1999, S. 97–107.

- B Biefang, Andreas: National-preußisch oder deutsch-national? Die Deutsche Fortschrittspartei in Preußen 1861–1867, in: Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft 23 (1997), S. 360–383.
- Bleek, Wilhelm: Vormärz. Deutschlands Aufbruch in die Moderne 1815–1848, München 2019.
- Böse, Pamela: Auswertung der Befragung zu Repression, Opposition und Widerstand an den Hochschulen der SBZ/DDR, in: Schröder, Benjamin/Staad, Jochen (Hg.): Unter Hammer und Zirkel. Repression, Opposition und Widerstand an den Hochschulen der SBZ/DDR, Frankfurt a. M. 2011, S. 409–430.
- Boldt, Hans: Die preußische Verfassung vom 31. Januar 1850. Probleme ihrer Interpretation, in: Puhle, Hans-Jürgen/Wehler, Hans-Ulrich (Hg.): Preußen im Rückblick, Göttingen 1980, S. 224–246.
- Bong, Jörg: Die Flamme der Freiheit. Die deutsche Revolution 1848/1849, Köln 2022.
- Borries, Achim von: Das Ehepaar Lachmund, in: Friedrich-Ebert-Stiftung Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern: Widerstand gegen das NS-Regime in den Regionen Mecklenburg und Vorpommern, 2. Aufl., Schwerin 2007, S. 82–89.
- Bozóki, András (Hg.): The Roundtable Talks of 1989. The Genesis of Hungarian Democracy. Analysis and Documents, Budapest 2002.
- Braun, Jutta/Weiß, Peter Ulrich (Hg.): Agonie und Aufbruch. Das Ende der SED-Herrschaft und die Friedliche Revolution in Brandenburg, Potsdam 2014.
- Braune, Andreas: Die prekäre Sicherung und Demokratisierung des staatlichen Gewaltmonopols, in: Sabrow, Martin (Hg.): Gewalt gegen Weimar. Zerreißproben der frühen Republik 1918–1923, Göttingen 2023, S. 333–348.
- Bredow, Wilfried von: Goethe in Valmy, in: Kunisch, Johannes/Münkler, Herfried (Hg.): Die Wiedergeburt des Krieges aus dem Geist der Revolution. Studien zum bellizistischen Diskurs des ausgehenden 18. und beginnenden 19. Jahrhunderts, Berlin 1999, S. 113–130.
- Buchholz, Marlies/Rother, Bernd: Der Parteivorstand der SPD im Exil. Protokolle der Sopade 1933–1940, Bonn 1995.
- Bühler, Grit: Eigenmächtig, frauenbewegt, ausgebremst. Der Demokratische Frauenbund Deutschlands und seine Gründerinnen (1945–1949), Frankfurt a. M. 2022.
- Büloff, Tobias: Orte der Potsdamer Demokratiegeschichte als Orte der Erinnerung, in: Parak, Michael/Böhnke, Norbert (Hg.): Kommunale Erinnerungskultur und Demokratiegeschichte, Berlin 2020, S. 80–91.
- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (Hg.): »Wir haben uns nicht versteckt«. Engagement für Natur und Umwelt in der DDR, o. O. 2021, online unter <https://www.bmu.de/publikation/wir-haben-uns-nicht-versteckt-engagement-fuer-natur-und-umwelt-in-der-ddr>.

- B** Bungert, Heike: Deutsche »Forty-Eighters« in den USA, in: APuZ 73 (2023) H.7–9, S. 31–38.
- Burkhardt, Falk: Chronik und Bibliographie zur Revolution von 1848/49 in Thüringen, Erfurt 1998.
- Buschak, Willy: Das Volkshaus Dresden – Schauplatz und Erinnerungs-ort, in: Dresdner Hefte 35 (2017) H. 2, S. 18–26.
- Buschfort, Wolfgang: Parteien im Kalten Krieg. Die Ostbüros von SPD, CDU und FDP, Berlin 2000.
- C** Ciesla, Burghard (Hg.): »Freiheit wollen wir«. Der 17. Juni 1953 in Brandenburg. Eine Dokumentenedition, Berlin 2003.
- Clark, Christopher: Frühling der Revolution. Europa 1848/49 und der Kampf für eine neue Welt, München 2023.
- Coppi, Hans: Deutscher Widerstand gegen das NS-Regime – Einsichten, Tendenzen und Fragestellungen, in: Friedrich-Ebert-Stiftung Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern: Widerstand gegen das NS-Regime in den Regionen Mecklenburg und Vorpommern, 2. Aufl., Schwerin 2007, S. 8–18.
- Cornelißen, Christoph: Die Weimarer Republik in der deutschen und internationalen Erinnerungskultur, in: Gallus, Alexander/Piper, Ernst (Hg.): Die Weimarer Republik als Ort der Demokratiegeschichte. Eine kritische Bestandsaufnahme, Bonn 2023, S. 174–192.
- D** Dannenberg, Lars-Arne: Die gescheiterte Revolution. Attentäter des 20. Juli 1944 und ihre sächsischen Wurzeln, in: Sächsische Heimatblätter 66 (2020) H. 4, S. 406–413.
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar: Autoritäre Dynamiken und die Unzufriedenheit mit der Demokratie. Die rechtsextreme Einstellung in den ostdeutschen Bundesländern, Leipzig 2023.
- Dienst, Tobias: Das Reformationsjubiläum 1967 in der DDR und die Rezeption des Konzepts »frühbürgerlicher Revolution« in der Bundesrepublik, in: Schaper, Joachim/Leppin, Volker (Hg.): Reformation und frühbürgerliche Revolution. Neue Studien, Leipzig 2023, S. 235–262.
- Donath, Matthias: Die sächsische Verfassung vom 4. September 1831, in: Sächsische Heimatblätter 66 (2020) H. 4, S. 347–354.
- Dreier, Horst: Die Weimarer Reichsverfassung zwischen Tradition und Innovation, in: Gallus, Alexander/Piper, Ernst (Hg.): Die Weimarer Republik als Ort der Demokratiegeschichte. Eine kritische Bestandsaufnahme, Bonn 2023, S. 81–98.
- Dreyer, Michael: Vorzeit der Demokratiegeschichte. Überlegungen zu einigen Kriterien, in: SprecherInnenrat der AG Orte der Demokratiegeschichte (Hg.): Entwicklungsperspektiven der Demokratiegeschichte. Jahrestagung 2021 7.–8. Oktober 2021 Kronprinzenpalais Berlin, Weimar 2021, S. 9–13.
- Droste, Magdalene: Bauhaus. 1919–1933, Köln 1998.
- E** Eckert, Rainer: Montagsdemonstrationen. Vom Protest zur Friedlichen Revolution 1989/90, Wiesbaden 2023.

- E** Eckert, Rainer: Plädoyer für eine verstärkte Erforschung von Opposition und Widerstand an den ostdeutschen Universitäten nach dem Ende der zweiten deutschen Diktatur, in: Hoßfeld, Uwe/Kaiser, Tobias/Mestrup, Heinz (Hg.): Hochschule im Sozialismus. Studien zur Geschichte der Friedrich Schiller-Universität Jena (1945–1990). Band 2, Köln/Weimar/Wien 2007, S. 2166–2169.
- Eiber, Ludwig: Die Sozialdemokratie in der Emigration. Die »Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien« 1941–1946 und ihre Mitglieder. Protokolle, Erklärungen, Materialien, Bonn 1998.
- Effner, Bettina: Der Westen als Alternative. DDR-Zuwanderer in der Bundesrepublik und in West-Berlin 1972–1989/90, Berlin 2020.
- Effner, Bettina: Das Notaufnahmelager Marienfelde als Erinnerungsort, in: Bispinck, Henrik/Hochmuth, Katharina (Hg.): Flüchtlingslager im Nachkriegsdeutschland. Migration, Politik, Erinnerung, Berlin 2014, S. 273–291.
- Elsbach, Sebastian: Die östlichen Grenzkämpfe 1918–1922 (Posen und Oberschlesien), in: Sabrow, Martin (Hg.): Gewalt gegen Weimar. Zerreißproben der frühen Republik 1918–1923, Göttingen 2023, S. 89–107.
- Elsbach, Sebastian: Eiserne Front. Abwehrbündnis gegen Rechts 1931 bis 1933, Wiesbaden 2022.
- Elsbach, Sebastian: Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Republik-schutz und politische Gewalt in der Weimarer Republik, Stuttgart 2019.
- Engehausen, Frank: Werkstatt der Demokratie. Die Frankfurter Nationalversammlung 1848/49, Frankfurt a. M./New York 2023.
- Engeli, Christian/Hübener, Kristina: Provinziallandtag und Provinzialverwaltung 1919–1933/45, in: Adamy, Kurt/Hübener, Kristina (Hg.): Kleine Geschichte des Brandenburger Landtages, Potsdam 1999, S. 97–135.
- F** Faludi, Christian/Zänker, Stephan (Hg.): Robert Blum 1807–1848. Spurensuche und Erinnerung an einen demokratischen Revolutionär, Weimar 2023.
- Faludi, Christian/Zänker, Stephan (Hg.): Nichts ist so unsichtbar wie ein Denkmal (für Ernst Thälmann). Zur Geschichte eines ambivalenten Erinnerungsortes, Göttingen 2023.
- Faludi, Christian (Hg.): Mathilde Vaerting (1884–1977). Die erste ordentliche Professorin an einer deutschen Universität, Weimar 2023.
- Faludi, Christian: Der Kapp-Lüttwitz-Putsch 1920. Fiasko der monarchistischen Gegenrevolution, in: Sabrow, Martin (Hg.): Gewalt gegen Weimar. Zerreißproben der frühen Republik 1918–1923, Göttingen 2023, S. 63–87.
- Faludi, Christian: Gegenrevolution 1920. Der Kapp-Lüttwitz-Putsch in Mitteldeutschland, Wiesbaden 2021.

- F Faludi, Christian: Konflikt ohne Ende. Die Rezeption des Kapp-Lüttwitz-Putsches in vier politischen Systemen 1920 bis 1990, in: Braune, Andreas/Dreyer, Michael/Elsbach, Sebastian (Hg.): Vom drohenden Bürgerkrieg zum demokratischen Gewaltmonopol (1918-1924), Stuttgart 2021, S. 243–280.
- Faludi, Christian: 1920 in Weimar. Das Ringen um Normalität, Wiesbaden 2021.
- Faludi, Christian/Bartuschka, Marc (Hg.): »Engere Heimat«. Die Gründung des Landes Thüringen 1920, Wiesbaden 2020.
- Faludi, Christian: 1919 in Weimar. Die Stadt und die Republik, Wiesbaden 2019.
- Faulenbach, Bernd: Die Weimarer Republik als Etappe der deutschen Freiheits- und Demokratiegeschichte, in: Gallus, Alexander/Piper, Ernst (Hg.): Die Weimarer Republik als Ort der Demokratiegeschichte. Eine kritische Bestandsaufnahme, Bonn 2023, S. 17–39.
- Faulenbach, Bernd: Zu Konzeption, praktischen Ansätzen und neuen Herausforderungen demokratiegeschichtlicher Erinnerungsarbeit, in: Lüdicke, Lars (Hg.): Deutsche Demokratiegeschichte II. Eine Aufgabe der Vermittlungsarbeit, Berlin 2021, S. 15–29.
- Faulenbach, Bernd: Demokratiegeschichte als Aufgabe der Erinnerungsarbeit in Deutschland, in: Parak, Michael (Hg.): Demokratiegeschichte als Beitrag zur Demokratiestärkung, Berlin 2018, S. 43–47.
- Faulenbach, Bernd: Gegen das Vergessen der Freiheits- und Demokratiegeschichte, in: Parak, Michael (Hg.): Demokratiegeschichte als Beitrag zur Demokratiestärkung, Berlin 2018, S. 13–21.
- Fenske, Hans: Deutsche Parteiengeschichte. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, Paderborn u. a. 1994.
- Fikentscher, Rüdiger: Der Hallesche Volkspark und seine Demokratiegeschichte, in: Parak, Michael/Böhnke, Norbert (Hg.): Kommunale Erinnerungskultur und Demokratiegeschichte, Berlin 2020, S. 53–56.
- Fischer, Erich/Künzel, Werner (Hg.): Verfassungen deutscher Länder und Staaten. Von 1816 bis zur Gegenwart, Berlin 1989.
- Fleck, Hans-Georg: Sozialliberalismus und Gewerkschaftsbewegung. Die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine 1868–1914, Köln 1994.
- Förster, Janosch: Der unverstandene Landtag. Desiderate aus der sächsischen Parlamentsgeschichte, in: Dresdner Hefte 42 (2024) H. 2, S. 35–46.
- Frei, Nobert: Deutsche Vergangenheit und postkoloniale Katechese, in: Friedländer, Saul u. a. (Hg.): Ein Verbrechen ohne Namen. Anmerkungen zum neuen Streit über den Holocaust, München 2022, S. 33–51.
- Freitag, Werner/Puhle, Matthias (Hg.): Freiheit, Bürger, Revolution. Die Region Sachsen-Anhalt 1847–1849, Bielefeld 1998.
- Fricke, Karl-Wilhelm (Hg.): Opposition und Widerstand in der DDR. Politische Lebensbilder, München 2002.

- F Frie, Ewald: Wohlfahrtsstaat und Provinz. Fürsorgepolitik des Provinzialverbandes Westfalen und des Landes Sachsen 1880–1930, Paderborn 1993.
- Friedländer, Saul u. a. (Hg.): Ein Verbrechen ohne Namen. Anmerkungen zum neuen Streit über den Holocaust, München 2022.
- Frölich, Jürgen (Hg.): »Bürgerliche« Parteien in der SBZ/DDR. Zur Geschichte von CDU, LDP(D), DBD und NDPD 1945 bis 1953, Köln 1994.
- Frost, Andreas: Erna Weiland (SPD) – Eine Strelitzerin war Deutschlands erste Parlamentarierin, in: Mecklenburgische Jahrbücher 137 (2022), S. 221–232.
- Frost, Andreas: Aufbruch in die Demokratie. Landtage und Abgeordnete in Mecklenburg-Strelitz und Mecklenburg-Schwerin zwischen 1918 und 1920, Schwerin 2019.
- Fuhg, Felix: »...keine deutsche Lokalangelegenheit«. Die Revolution von 1848/49 in Europa und den Kolonien, in: Kitschun, Susanne/Thalhofer, Elisabeth (Hg.): Die Revolution 1848/49. Wie nach 175 Jahren an den Meilenstein der Demokratiegeschichte erinnern?, Berlin 2021, S. 53–61.
- Fukuyama, Francis: The End of History and the last Man, New York 1992.
- G Ganzenmüller, Jörg/Schlichting, Franz-Josef (Hg.): Kommunistische Machtübernahmen in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg. Ein Rückblick nach 70 Jahren Zwangsvereinigung von KPD und SPD, Weimar 2016.
- Gatzka, Claudia C.: Weimar in der »demokratischen« Tradition des Kaiserreichs?, in: Gallus, Alexander/Piper, Ernst (Hg.): Die Weimarer Republik als Ort der Demokratiegeschichte. Eine kritische Bestandsaufnahme, Bonn 2023, S. 40–60.
- Gebhard, Falk (Bearb.): Die Revolution 1848/49 in Brandenburg. Eine Quellensammlung, hg. v. Klaus Neitmann, Frankfurt a. M. u. a. 1998.
- Gedenkstätte Amthordurchgang (Hg.): Unterm Hakenkreuz. Terror, Verfolgung und Widerstand in Gera von 1933 bis 1945, Gera 2009.
- Geffarth, Renko: Eskalation und Repression – Der Bernburger »Bürgermord« am 16. März 1849, in: Freitag, Werner/Puhle, Matthias (Hg.): Freiheit, Bürger, Revolution. Die Region Sachsen-Anhalt 1847–1849, Bielefeld 1998, S. 139–145.
- Genest, Andrea: Sandbostel – ein sperriger Erinnerungsort, in: Bispinck, Henrik/Hochmuth, Katharina (Hg.): Flüchtlingslager im Nachkriegsdeutschland. Migration, Politik, Erinnerung, Berlin 2014, S. 254–272.
- Gerstengarbe, Sybille: Widerstand und politische Verfolgung an der Universität Halle 1945 bis 1961, in: Schröder, Benjamin/Stadt, Jochen (Hg.): Unter Hammer und Zirkel: Repression, Opposition und Widerstand an den Hochschulen der SBZ/DDR, Frankfurt a. M. 2011, S. 123–140.

- G Gesellschaft zur Erforschung der Demokratie-Geschichte (Hg.): Prospect 24. Bulletin der Gesellschaft zur Erforschung der Demokratie-Geschichte, Weimar 2024.
- Gohle, Peter: Von der SDP-Gründung zur gesamtdeutschen SPD. Die Sozialdemokratie in der DDR und die Deutsche Einheit 1989/90, Bonn 2014.
- Gröning, Katharina: Die Beratungsstellen der ersten Frauenbewegung vom Kaiserreich bis zur Machtergreifung 1933, in: IFFOnZeit 1 (2009), S. 19–31.
- Großmann, Thomas: Fernsehen, Revolution und das Ende der DDR, Göttingen 2015.
- Grothe, Ewald: Die Verfassung des Königreichs Westphalen von 1807, in: Brandt, Hartwig/Grothe, Ewald (Hg.): Rheinbündischer Konstitutionalismus, Frankfurt a. M. 2007, S. 31–51.
- Grün, Heinz: Bürger aus Jena und Umgebung im Widerstand gegen das Naziregime 1933–1945. Eine Übersicht, Jena 2005.
- Grünzig, Matthias: »Fanatiker im Kampfe für den nationalen Gedanken müssen wir alle werden.« Die Deutschnationale Volkspartei in Potsdam 1918–1933, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 68 (2020) H. 1, S. 5–26.
- Gróźdź-Palokat, Magdalena/Szymański, Wojciech: Vielleicht gelingt das bei uns auch. Die Solidarność aus der Sicht der DDR-Opposition, in: Domgała-Pereira, Katarzyna/Dudek, Bartosz/Kerski, Basil (Hg.): Solidarność. Die unvollendete Geschichte der europäischen Freiheit, Freiburg/Basel/Wien 2023, S. 101–109.
- H Hahn, Hans-Werner: Das Wartburgfest 1817. Zwischen demokratischem Aufbruch und nationaler Übersteigerung?, in: Gesellschaft zur Erforschung der Demokratie-Geschichte (Hg.): Prospect 24. Bulletin der Gesellschaft zur Erforschung der Demokratie-Geschichte, Weimar 2024, S. 72–79.
- Hahn, Hans-Werner/Greiling, Werner (Hg.): Die Revolution von 1848/49 in Thüringen. Aktionsräume, Handlungsebenen, Wirkung, Rudolstadt 1998.
- Hanke, Birgid: Reformier, Demokrat, Schriftsteller. Auf Fritz Reuters Spuren, Hamburg 2010.
- Harrison, Ted: »Alter Kämpfer« im Widerstand. Graf Helldorff, die NS-Bewegung und die Opposition gegen Hitler, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 45 (1997) H. 3, S. 385–423.
- Heidemeyer, Helge: Flüchtlingslager als Bühne der Politik. Die symbolische Bedeutung des Notaufnahmelager Marienfelde, in: Bispinck, Henrik/Hochmuth, Katharina (Hg.): Flüchtlingslager im Nachkriegsdeutschland. Migration, Politik, Erinnerung, Berlin 2014, S. 74–91.
- Heinsohn, Kirsten: Der Ort der Frauen in der ersten deutschen Demokratie, in: Gallus, Alexander/Piper, Ernst (Hg.): Die Weimarer Republik als Ort der Demokratiegeschichte. Eine kritische Bestandsaufnahme, Bonn 2023, S. 116–133.

- H Heinz, Michael: »Der Kampf um die Hirne und Herzen der Menschen tobt«. Friedliche Revolution und demokratischer Übergang in den Kreisen Bad Doberan und Rostock-Land, Bad Doberan 2009.
- Heinz, Stefan: Aktuelle Forschungen über den gewerkschaftlichen Widerstand gegen den NS-Staat – Verbindungen von sozialdemokratischen Gewerkschaftern und Konservativen, in: Müller, Stefan (Hg.): Konservativer und gewerkschaftlicher Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Neue Forschungen zu Carl F. Goerdeler und Wilhelm Leuschner, Bonn 2023, S. 27–42.
- Heitzer, Enrico: Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU). Widerstand und Spionage im Kalten Krieg 1948–1959, Köln/Weimar/Wien 2015.
- Heitzer, Enrico: Opposition und Widerstand in der Sowjetischen Besatzungszone und frühen DDR, Erfurt 2015.
- Henning, Friedrich: Die Thüringer Paulskirchenabgeordneten von 1848/49, in: Thüringer Landtag Erfurt (Hg.): Parlamente und Parlamentarier Thüringens in der Revolution von 1848/49, Erfurt 1998, S. 146–175.
- Herz, Andrea (Hg.): Der 17. Juni 1953 in Thüringen, Erfurt 2003.
- Herzfeld, Wolfgang D.: Die Kommune Halle/Saale im 19. Jahrhundert. Orte der Erinnerung demokratischer Entwicklung, in: Parak, Michael/Böhnke, Norbert (Hg.): Kommunale Erinnerungskultur und Demokratiegeschichte, Berlin 2020, S. 57–67.
- Herzig, Martin: »...und Fürst ist, wer die Ketten bricht.« Gustav Friedrich Wilhelm Ewald Cornelius – Buchhändler, Redakteur, Dichter, in: Stralsunder Hefte 8 (2016), S. 38–41.
- Hesselbarth, Mario: Zur Geschichte der USPD Thüringen, Weimar 2017.
- Hildebrand, Thomas: Die Wende 1989/90 in den Kreisen Sömmerda und Erfurt-Land. Chronik – Zeitzeugen – Dokumente, Sömmerda 2010.
- Hoffmann, Frank: Junge Zuwanderer in Westdeutschland. Struktur, Aufnahme und Integration junger Flüchtlinge aus der SBZ und der DDR in Westdeutschland (1945–1961), Frankfurt a. M. u. a. 1999.
- Hoffmann, Ruth: Das deutsche Alibi. Mythos »Stauffenberg-Attentat« – wie der 20. Juli 1944 verklärt und politisch instrumentalisiert wird, 2. Aufl., München 2024.
- Holste, Heiko: Warum Weimar? Wie Deutschlands Republik zu ihrem Geburtsort kam, Wien/Köln/Weimar 2018.
- Hoshino, Haruhiko: Macht und Bürger. Der 17. Juni 1953, Frankfurt a. M. u. a. 2002.
- Hoßfeld, Uwe u. a. (Hg.): »Kämpferische Wissenschaft«. Studien zur Universität Jena im Nationalsozialismus, Köln/Weimar/Wien 2003.
- Huff, Tobias: Natur und Industrie im Sozialismus. Eine Umweltgeschichte der DDR, Göttingen 2015.

- H** Hummel-Haasis, Gerlinde (Hg.): Schwestern, zerreißt eure Ketten. Zeugnisse zur Geschichte der Frauen in der Revolution von 1848/49, München 1982.
- I** Ilsen, Almut/Leiserowitz, Ruth (Hg.): Seid doch laut! Die Frauen für den Frieden in Ost-Berlin, Bonn 2019.
- Inachin, Kyra T.: Widerstand gegen das NS-Regime in den Regionen Mecklenburg und Pommern 1933 bis 1945, in: Friedrich-Ebert-Stiftung Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern: Widerstand gegen das NS-Regime in den Regionen Mecklenburg und Vorpommern, 2. Aufl., Schwerin 2007, S. 19-25.
- Inachin, Kyra T.: Parlamentarierinnen. Landespolitikerinnen in Mecklenburg und Pommern 1918 bis heute, Kückenshagen 2005.
- Inachin, Kyra T.: Durchbruch zur demokratischen Moderne. Die Landtage von Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz und Pommern während der Weimarer Republik, Bremen 2004.
- Institut für Denkmalpflege in der DDR (Hg.): Gedenkstätten. Arbeiterbewegung Antifaschistischer Widerstand Aufbau des Sozialismus, 2. Aufl., Leipzig/Jena/Berlin 1974.
- J** Jähner, Harald: Höhenrausch. Das kurze Leben zwischen den Kriegen, Berlin 2022.
- Jankowiak, Stanisław/Kościański, Rafał/Reczek, Rafał: 28. Juni 1956 in Posen. Der erste der polnischen Monate der Freiheit, Poznań 2021.
- John, Jürgen: Die »Ära Paul« in Thüringen 1945 bis 1947. Möglichkeiten und Grenzen landespolitischen Handelns in der frühen SBZ. Teilband 1, Wien/Köln 2023.
- John, Jürgen: Die »Ära Paul« in Thüringen 1945 bis 1947. Möglichkeiten und Grenzen landespolitischen Handelns in der frühen SBZ. Teilband 2, Wien/Köln 2023.
- Jones, Mark: Am Anfang war Gewalt. Die deutsche Revolution 1918/19 und der Beginn der Weimarer Republik, Berlin 2017.
- Jonscher, Reinhard: Thüringische Verfassungsgeschichte im 19. Jahrhundert – Ein Abriss, in: Thüringer Landtag Erfurt (Hg.): Thüringische Verfassungsgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert, Jena 1993, S. 7–48.
- Juhnke, Dominik/Prokasky, Judith/Sabrow, Martin (Hg.): Mythos der Revolution. Karl Liebknecht, das Berliner Schloss und der 9. November 1918, München 2018.
- Jung, Theo: Die Aktualität einer umkämpften Vergangenheit: neue Forschungsperspektiven auf die Revolutionen von 1848/49, in: Kitschun, Susanne/Thalhofer, Elisabeth (Hg.): Die Revolution 1848/49. Wie nach 175 Jahren an den Meilenstein der Demokratiegeschichte erinnern?, Berlin 2021, S. 37–45.
- K** Kaiser, Gerd (Hg.): Aufrecht und stark – trotz alledem. Frauen und Männer aus Suhl und Umgebung im Widerstand gegen Faschismus und Krieg, Berlin 2011.

- K** Kaiser, Tobias: Verdrängung, Vertreibung, Repression und Opposition an der Universität Jena in der Zeit der SBZ/DDR. Ein Überblick, in: Schröder, Benjamin/Staadt, Jochen (Hg.): Unter Hammer und Zirkel. Repression, Opposition und Widerstand an den Hochschulen der SBZ/DDR, Frankfurt a. M. 2011, S. 239–258.
- Kaiser, Tobias: Die konfliktreiche Transformation einer Traditionsuniversität. Die Friedrich-Schiller-Universität 1945-1968/69 auf dem Weg zu einer »sozialistischen Hochschule«, in: Senatskommission zur Aufarbeitung der Jenaer Universitätsgeschichte im 20. Jahrhundert (Hg.): Traditionen – Brüche – Wandlungen. Die Universität Jena 1850–1995, Köln/Weimar/Wien 2009, S. 598–699.
- Karge, Wolf: Wiggers, Moritz Karl Georg, in: Pettke, Sabine (Hg.): Biographisches Lexikon für Mecklenburg. Bd.2, Rostock 1999, S. 275–278.
- Kasten, Bernd: Herren und Knechte. Gesellschaftlicher und politischer Wandel in Mecklenburg-Schwerin 1867–1945, Bremen 2011.
- Kienitz, Asta von: Die Preußische Landesverfassung vom 30. November 1920. Das Landesverfassungsrecht im demokratischen Freistaat Preußen, geprägt vom Dualismus Preußen-Reich, Baden-Baden 2021.
- Kindermann, Wilhelm: Der fünfte Jahrestag der Deutschen Reichsverfassung, Jena 1924.
- Kinzler, Sonja/Tillmann, Doris (Hg.): Die Stunde der Matrosen. Kiel und die deutsche Revolution 1918, Darmstadt 2018.
- Kitschun, Susanne: Der Demokratie-Gedenkort Friedhof der Märzgefallenen in Berlin – Konzeption und Perspektiven, in: Parak, Michael/Böhnke, Norbert (Hg.): Kommunale Erinnerungskultur und Demokratiegeschichte, Berlin 2020, S. 70–77.
- Klein, Thomas: Leitende Beamte der allgemeinen Verwaltung in der preußischen Provinz Hessen-Nassau und in Waldeck 1867–1945, Darmstadt/Marburg 1988.
- Kleinau, Elke: Bennewiz, Margarethe, geb. Wölfel, in: Labouvie, Eva (Hg.): Frauen in Sachsen-Anhalt 2. Ein biographisch-bibliographisches Lexikon vom 19. Jahrhundert bis 1945, Wien/Köln/Weimar 2019, S. 79–82.
- Klempke, Rainer E.: Die berlinHistory-App, in: SprecherInnenrat der AG Orte der Demokratiegeschichte (Hg.): Demokratiegeschichte in Bildung und Vermittlung. Jahrestagung 2022 8.–9. September 2022 Willy-Brandt-Haus Lübeck, Weimar 2022, S. 30–32.
- Kleßmann, Eckart: Napoleon und die Deutschen, Berlin 2007.
- Kopetzki, Christian/Fischer, Friedhelm: Gartenstadt- und Erwerbslosensiedlungen aus der Zeit der Weimarer Republik in Magdeburg, Magdeburg 1995, online unter <https://digital.bibliothek.uni-halle.de/pe/urn:urn:nbn:de:gbv:3:2-126761>.
- Könnemann, Erwin/Schulze, Gerhard (Hg.): Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsch. Dokumente, München 2002.

- K** Kotulla, Michael: Die Tragweite der Grundrechte der revidierten preussischen Verfassung vom 31.01.1850, Frankfurt a. M. 1992.
- Kowalczuk, Ilko-Sascha/Sello, Tom (Hg.): Für ein freies Land mit freien Menschen. Opposition und Widerstand in Biographien und Fotos, Berlin 2006.
- Krabbe, Wolfgang R.: Die gescheiterte Zukunft der Ersten Republik. Jugendorganisationen bürgerlicher Parteien im Weimarer Staat (1918–1933), Opladen 1995.
- Kreutz, Wilhelm: Hambach 1832. Deutsches Freiheitsfest und Verbote des europäischen Völkerfrühlings, 4. Aufl., Mainz 2016.
- Kreutzmann, Marko: Die Wartburgfest von 1817 bis 1990, in: Faludi, Christian/Kreutzmann, Marko (Hg.): Wartburg-Fest der Demokratie, Eisenach/Weimar 2023, S. 5–17.
- Krieger, Michael: Die Bedeutung von Turnen und Sport in der Erinnerungskultur in Deutschland, in: Krüger, Michael/Stein, Gerd (Hg.): Flegel, Sonderling und Turnvater. Vom Umgang mit Friedrich Ludwig Jahn, Hildesheim 2022, S. 13–18.
- Kügler, Dietmar: Die deutschen Truppen im amerikanischen Unabhängigkeitskrieg. 1775–1783, Stuttgart 1980.
- Kühne, Thomas: Handbuch der Wahlen zum Preussischen Abgeordnetenhaus 1867–1918. Wahlergebnisse, Wahlbündnisse und Wahlkandidaten, Düsseldorf 1994.
- Küpperbusch, Kerstin: Von der Mietskaserne zur Gartenvorstadt. Siedlungs- und sozialer Wohnungsbau während der Weimarer Republik in Halle, Halle (Saale) 2010.
- Kundigraber, Claudia: Polens Weg in die Demokratie. Der Runde Tisch und der unerwartete Machtwechsel, Göttingen 1997.
- Kupke, Martin/Richter, Michael: Der Kreis Oschatz in der Friedlichen Revolution 1989/90, Dresden 2002.
- L** Lässig, Simone/Pohl, Karl Heinrich (Hg.): Sachsen im Kaiserreich. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft im Umbruch, Köln/Weimar/Wien 1997.
- Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern (Hg.): Gedenkstättenführer. Bildungsarbeit an historischen Orten zur Geschichte politischer Gewalt im 20. Jahrhundert in Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin 2013.
- Lange, Sascha: Meuten, Swings & Edelweißpiraten. Jugendkultur und Opposition im Nationalsozialismus, Mainz 2015.
- Langer, Kai: »Panzertruppe der Rechtspflege« – Zur Rolle der mecklenburgischen Sondergerichte, in: Friedrich-Ebert-Stiftung Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern: Widerstand gegen das NS-Regime in den Regionen Mecklenburg und Vorpommern, 2. Aufl., Schwerin 2007, S. 26–37.

- L** Lay, Dennis: Kyffhäuserkult statt »Schuldkult«. Die »erinnerungspolitische Wende« der AfD, in: Gesellschaft zur Erforschung der Demokratie-Geschichte (Hg.): Prospect 23. Bulletin der Gesellschaft zur Erforschung der Demokratie-Geschichte, Weimar 2023, S. 14–19.
- Leistner, Alexander: Soziale Bewegungen. Entstehung und Stabilisierung am Beispiel der unabhängigen Friedensbewegung in der DDR, Köln 2017.
- Lemke, Peter: Judenemanzipation und bürgerliche Revolution in Anhalt, in: Freitag, Werner/Puhle, Matthias (Hg.): Freiheit, Bürger, Revolution. Die Region Sachsen-Anhalt 1847–1849, Bielefeld 1998, S. 95–103.
- Lengemann, Jochen: Das Deutsche Parlament (Erfurter Unionsparlament) von 1850. Ein Handbuch: Mitglieder, Amtsträger, Lebensdaten, Fraktionen, München/Jena 2000.
- Lengemann, Jochen: Landtag und Gebietsvertretung von Schwarzburg-Rudolstadt 1821–1923. Biographisches Handbuch, Jena 1994.
- Lengemann, Jochen: Parlamente in Hessen 1808–1813. Biographisches Handbuch der Reichsstände des Königreichs Westphalen und der Ständeversammlung des Großherzogtums Frankfurt, Frankfurt a. M. 1991.
- Leo, Annette: Ausflug nach Göhren – die Erinnerung an die Verschwörer des 20. Juli 1944 in der DDR und der Umgang mit der Geschichte nach 1990, in: Friedrich-Ebert-Stiftung Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern: Widerstand gegen das NS-Regime in den Regionen Mecklenburg und Vorpommern, 2. Aufl., Schwerin 2007, S. 124–132.
- Liebmann, Edgar: Die Verfassung des Herzogtums Anhalt-Köthen von 1810/11, in: Brandt, Hartwig/Grothe, Ewald (Hg.): Rheinbündischer Konstitutionalismus, Frankfurt a. M. 2007, S.105–116.
- Lienert, Matthias: Politische Justiz gegen Studenten der Technischen Hochschule Dresden nach 1946, in: Schröder, Benjamin/Stadt, Jochen (Hg.): Unter Hammer und Zirkel. Repression, Opposition und Widerstand an den Hochschulen der SBZ/DDR, Frankfurt a. M. 2011, S. 103–122.
- Lilla, Joachim: Der Provinzialausschuss der Rheinprovinz 1888 bis 1933, in: Annalen des Historischen Vereins für den Niederrhein, insbesondere das alte Erzbistum Köln 214 (2011), S. 215–271.
- Lönnecker, Harald: Rebellen, Rabauken, Romantiker. Schwarz-Rot-Gold und die deutschen Burschenschaften, in: Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Hg.): Flagge zeigen? Die Deutschen und ihre Nationalsymbole, Bielefeld 2008, S. 26–33.
- Louis, Jürgen: Die Liberal-Demokratische Partei in Thüringen 1945–1952, Köln/Weimar/Wien 1996.
- Ludwig, Jörg/Neemann, Andreas: Revolution in Sachsen 1848/49. Darstellung und Dokumente, Dresden 1999.

- L** Lübeck, Christian/Elsbach, Sebastian: Für »Einigkeit und Recht und Freiheit«. Republikanische Offiziere in der Novemberrevolution und frühen Weimarer Republik, Berlin 2023.
- Lüders, Klaus: Mecklenburg und Vorpommern in der Revolution von 1848/49, in: Beutin, Wolfgang/Hoppe, Wilfried/Kopitzsch, Franklin (Hg.): Die deutsche Revolution von 1848/49 und Norddeutschland. Beiträge der Tagung vom 15. bis 17. Mai 1998 in Hamburg, Frankfurt a. M. 1999, S. 145–167.
- Lukaßen, Dirk: Grüne Koalitionen. Naturkonzepte und Naturschutzpraxis in der Weimarer Republik, Siegburg 2010.
- M** Maas, Lieselotte: Handbuch der deutsche Exilpresse 1933 bis 1945. Band 4. Die Zeitungen des deutschen Exils in Europa von 1933 bis 1939 in Einzeldarstellungen, München/Wien 1990.
- Mählert, Ulrich (Hg.): Der 17. Juni 1953. Ein Aufstand für Einheit, Recht und Freiheit, Bonn 2003.
- Malycha, Andreas: Die Etablierung der SED-Diktatur in der SBZ. Zur Transformation des Parteiensystems in der DDR 1946 bis 1950, in: Ganzenmüller, Jörg/Schlichting, Franz-Josef (Hg.): Kommunistische Machtübernahmen in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg. Ein Rückblick nach 70 Jahren Zwangsvereinigung von KPD und SPD, Weimar 2017, S. 39–59.
- Malycha, Andreas: Die Transformation der SED in eine »Partei neuen Typs« 1946 bis 1952, in: Timmermann, Heiner (Hg.): Die DDR – Politik und Ideologie als Instrument, Berlin 1999, S. 433–456.
- Mandry, Julia: Der Bauernkrieg und die Harzgrafen von Honstein und zu Stolberg, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte 157 (2021), S. 317–339.
- Manke, Matthias/Ostrop, Florian/Wiese, René (Hg.): Novemberrevolution. Sturz der Monarchie und demokratischer Neubeginn in Mecklenburg 1918/19, Lübeck 2019.
- Marek, Dieter: Verfassungen des Landes/Freistaates Thüringen, in: Post, Bernhard/Wahl, Volker (Hg.): Thüringen-Handbuch. Territorium, Verfassung, Parlament, Regierung und Verwaltung in Thüringen 1920 bis 1995, Weimar 1999, S. 303–375.
- Marhoefer, Laurie: Sex and the Weimar Republic. German Homosexual Emancipation and the Rise of the Nazis, Toronto 2015.
- Maser, Alexander (Hg.): Die Bergzabener und Mainzer Republik. Die ersten demokratischen Gehversuche Deutschlands, Weimar 2019.
- Matzerath, Josef: III. Varianten des Zweikammerparlaments im Königreich Sachsen 1833–1918, in: Israel, Uwe/Matzerath, Josef: Geschichte der sächsischen Landtage, Ostfildern 2019, S. 175–262.
- Mau, Steffen: Ungleich vereint. Warum der Osten anders bleibt, Berlin 2024.
- Mayer, Thomas: Helden der friedlichen Revolution. 18 Porträts von Wegbereitern aus Leipzig, Leipzig 2009.

- M** Meier, Verena: Repression und Handlungsspielräume im Nationalsozialismus, Magdeburg 2021.
- Metzner, Ina: Friedensbewegung in Erfurt. 1978 bis 1983, Erfurt 2010.
- Mielke, Henning: Die Auflösung der Länder in der SBZ/DDR. Von der deutschen Selbstverwaltung zum sozialistisch-zentralistischen Einheitsstaat nach sowjetischem Modell 1945–1952, Stuttgart 1995.
- Mittelsdorf, Harald: Die »Runden Tische« der Bezirke Erfurt, Gera und Suhl als vorparlamentarische Gremien im Prozess der Friedlichen Revolution 1989/1990, Weimar 2009.
- Möller, Frank: Die Reichsverfassungskampagne in Thüringen, in: Hahn, Hans-Werner/Greiling, Werner (Hg.): Die Revolution von 1848/49 in Thüringen. Aktionsräume, Handlungsebenen, Wirkung, Rudolstadt 1998, S. 93–110.
- Morgner, Martin: In die Mühlen geraten. Porträts von politisch verfolgten Studenten der Friedrich-Schiller-Universität Jena zwischen 1967 und 1984, Weimar/Eisenach 2010.
- Mühlhausen, Walter: Die Ausrufung der Republik am 9. November 1918 durch Philipp Scheidemann, Erfurt 2022.
- Müller, Gerhard: Die Verfassung des Fürstentums Reuß ältere Linie von 1809, in: Brandt, Hartwig/Grothe, Ewald (Hg.): Rheinbündischer Konstitutionalismus, Frankfurt a. M. 2007, S. 65–71.
- Müller, Gerhard: Die Verfassung des Herzogtums Sachsen-Weimar-Eisenach von 1809, in: Brandt, Hartwig/Grothe, Ewald (Hg.): Rheinbündischer Konstitutionalismus, Frankfurt a. M. 2007, S. 73–89.
- Müller, Horst: Die Frankenhäuser Artikel aus dem Jahre 1525 – Teil von Handlungen antifeudaler Kräfte während des Bauernkrieges, in: Kreisheimatmuseum Bad Frankenhausen (Hg.): Historische Beiträge zur Kyffhäuserlandschaft. Zur frühbürgerlichen Revolution im Gebiet Thüringens und des Kyffhäusers und zum Wirken Thomas Müntzers, Bad Frankenhausen 1989, S. 74–90.
- Müller, Werner: Die zwei Gründungen des Landes Mecklenburg-Vorpommern 1945 und 1990. Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit, in: Timmermann, Heiner (Hg.): Die DDR – Politik und Ideologie als Instrument, Berlin 1999, S. 523–540.
- N** Neiman, Susan/Wildt, Michael (Hg.): Historiker streiten. Gewalt und Holocaust – die Debatte, Berlin 2022.
- Neudecker, Josef: Vom frühen Widerstand in Ostthüringen gegen die kommunistische Diktatur in SBZ und DDR. Die Altenburger Gruppe »Anti-Kominform« von 1948 bis 1950 und »Die Meuselwitzer« oder »Gruppe Eisfeld« an der Universität Leipzig 1952, Langwaden 2004.
- Niess, Wolfgang: Der 9. November. Die Deutschen und ihr Schicksalstag, München 2021.
- Niess, Wolfgang: Die Revolution von 1918/19. Der wahre Beginn unserer Demokratie, Berlin u. a. 2017.

- O Oesterreich, Charlotte: Die Situation in den Flüchtlingseinrichtungen für DDR-Zuwanderer in den 1950er und 1960er Jahren. »Die aus der Mau-Mau-Siedlung«, Hamburg 2008.
- Ohmann, Oliver: Friedrich Ludwig Jahn. Frisch, frei, fröhlich und fromm!, Erfurt 2009.
- Oplatka, Andreas: Der erste Riss in der Mauer. September 1989 – Ungarn öffnet die Grenze, Wien 2009.
- P Parak, Michael/Engst, Ulli (Hg.): Vorbilder der Demokratiegeschichte. Einstellungen und Handlungen, die beeindrucken und Orientierung geben können, Berlin 2022.
- Parak, Michael/Engst, Ulli: Einleitung, in: Parak, Michael/Engst, Ulli (Hg.): Vorbilder der Demokratiegeschichte. Einstellungen und Handlungen, die beeindrucken und Orientierung geben können, Berlin 2022, S. 5–7.
- Parak, Michael: Teil I: Vorbildhaftes Handeln für Demokratie, in: Parak, Michael/Engst, Ulli (Hg.): Vorbilder der Demokratiegeschichte. Einstellungen und Handlungen, die beeindrucken und Orientierung geben können, Berlin 2022, S. 10–35.
- Parak, Michael: Warum heute an 1848/49 erinnern?, in: Kitschun, Susanne/Thalhofer, Elisabeth (Hg.): Die Revolution 1848/49. Wie nach 175 Jahren an den Meilenstein der Demokratiegeschichte erinnern?, Berlin 2021, S. 25–35.
- Parak, Michael: Ambivalenzen im Umgang mit Demokratiegeschichte. Ein geschichtspolitischer Blick, in: SprecherInnenrat der AG Orte der Demokratiegeschichte (Hg.): Ambivalente Orte und Köpfe der Demokratiegeschichte. Jahrestagung 2020 14.–15. September 2020 Stadthalle Rastatt, Weimar 2021, S. 11–12.
- Parak, Michael: Exemplarität als Kriterium für die Beschäftigung mit und die Vermittlung von Demokratiegeschichte, in: Lüdicke, Lars (Hg.): Deutsche Demokratiegeschichte II. Eine Aufgabe der Vermittlungsarbeit, Berlin 2021, S. 57–75.
- Parak, Michael: Erinnerungsorte der Demokratiegeschichte in der kommunalen Erinnerungskultur, in: Parak, Michael/Böhnke, Norbert (Hg.): Kommunale Erinnerungskultur und Demokratiegeschichte, Berlin 2020, S. 8–35.
- Parak, Michael: Demokratiegeschichte als Beitrag zur Demokratiestärkung, in: Parak, Michael (Hg.): Demokratiegeschichte als Beitrag zur Demokratiestärkung, Berlin 2018, S. 5–11.
- Patzelt, Werner J./Schirmer, Roland (Hg.): Die Volkskammer der DDR. Sozialistischer Parlamentarismus in Theorie und Praxis, Wiesbaden 2002.
- Pingel-Schliemann, Sandra/Hilbert, Doreen (Hg.): Frauen in der Friedlichen Revolution 1989. Zwanzig Porträts aus Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin 2014.

- P Piper, Ernst: Das Exil als Transferraum demokratischer Traditionen, in: Gallus, Alexander/Piper, Ernst (Hg.): Die Weimarer Republik als Ort der Demokratiegeschichte. Eine kritische Bestandsaufnahme, Bonn 2023, S. 154–173.
- Platt, Martin: Am Anfang war keine Gewalt. Militär und Revolution im November 1918, in: Sabrow, Martin (Hg.): Gewalt gegen Weimar. Zerreißproben der frühen Republik 1918–1923, Göttingen 2023, S. 223–238.
- Pohl, Karl Heinrich: Politischer Liberalismus und Wirtschaftsbürgertum: Zum Aufschwung der sächsischen Liberalen vor 1914, in: Lässig, Simone/Pohl, Karl Heinrich (Hg.): Sachsen im Kaiserreich. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft im Umbruch, Weimar/Köln/Wien 1997, S. 101–131.
- Pollmann, Klaus Erich: Parlamentarismus im Norddeutschen Bund 1867–1870, Düsseldorf 1985.
- Poscher, Ralf: Verfassungsfeiern in verfassungsfeindlicher Zeit, in: Poscher, Ralf (Hg.): Der Verfassungstag. Reden deutscher Gelehrter zur Feier der Weimarer Reichsverfassung, Baden-Baden 1999, S. 11–50.
- Post, Bernhard: Die Machtübernahme im Land Thüringen 1932, in: Boblenz, Frank/Post, Bernhard: Die Machtübernahme in Thüringen 1932/33, Erfurt 2013, S. 5–54.
- Präsidentin des Landtages von Sachsen-Anhalt (Hg.): Ver|folgt (2020). Abgeordnete aus der Region des heutigen Sachsen-Anhalt, die Opfer der nationalsozialistischen Diktatur von 1933 bis 1945 in Deutschland wurden. Eine Dokumentation im Rahmen des Projekts GE|DENKEN, Wernigerode 2020.
- Praschl, Gerald: Roland Jahn. Ein Rebell als Behördenchef, Berlin 2011.
- Puhl, Margarete: Demokratieaufbau 1990. Erlebte Geschichte, in: Gesellschaft zur Erforschung der Demokratie-Geschichte (Hg.): Prospect 24. Bulletin der Gesellschaft zur Erforschung der Demokratie-Geschichte, Weimar 2024, S. 142–143.
- R Raßloff, Steffen: Das Erfurter Unionsparlament 1850, Erfurt 2023.
- Raßloff, Steffen: Friedliche Revolution und Landesgründung in Thüringen 1989/90, 6., überarb. Aufl., Erfurt 2016.
- Regener, Ralf: Der Freistaat Anhalt in den Anfangsjahren der Weimarer Republik, in: Wagner, Patrick/Hettling, Manfred (Hg.): Revolutionäre Zeiten zwischen Saale und Elbe. Das heutige Sachsen-Anhalt in den Anfangsjahren der Weimarer Republik, Halle (Saale) 2019, S. 47–68.
- Rehmer, Hans-Joachim/Strasen, Gustav-Adolf: Mecklenburg-Strelitz 1918–1945. Ein Land im Umbruch, Neustrelitz 2011.
- Reibel, Carl-Wilhelm: Handbuch der Reichstagswahlen 1890–1918. Bündnisse, Ergebnisse, Kandidaten, 2 Bde., Düsseldorf 2007.
- Retallack, James: Das rote Sachsen. Wahlen, Wahlrecht und politische Kultur im Deutschen Kaiserreich, Leipzig 2023.

- R Retallack, James: Die »liberalen« Konservativen? Konservatismus und Antisemitismus im industrialisierten Sachsen, in: Lässig, Simone/ Pohl, Karl Heinrich (Hg.): Sachsen im Kaiserreich. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft im Umbruch, Weimar/Köln/Wien 1997, S. 133–148.
- Retzlaff, Birgit: Arbeiterjugend gegen Hitler. Der Widerstand ehemaliger Angehöriger der Sozialistischen Arbeiterjugendbewegung gegen das Dritte Reich, Werther 1993.
- Reuther, Renate: Die Weimarer Republik im Urteil der DDR-Geschichtswissenschaft – Kontinuität und Wandel, Erlangen 1988.
- Richter, Hedwig/Wolff, Kerstin: Demokratiegeschichte als Frauengeschichte, in: Richter, Hedwig/Wolff, Kerstin (Hg.): Frauenwahlrecht. Demokratisierung der Demokratie in Deutschland und Europa, Hamburg 2018, S. 7–32.
- Richter, Michael: Die Friedliche Revolution. Aufbruch zur Demokratie in Sachsen 1989/90, 2 Bde., Göttingen 2009.
- Richter, Michael: Zur Entwicklung der Ost-CDU vom Januar 1990 bis zum Vereinigungsparteitag am 1. Oktober 1990, in: Richter, Michael/Rißmann, Martin (Hg.): Die Ost-CDU. Beiträge zu ihrer Entstehung und Entwicklung, Weimar/Köln/Wien 1995, S. 235–251.
- Richter, Michael/Rißmann, Martin (Hg.): Die Ost-CDU. Beiträge zu ihrer Entstehung und Entwicklung, Weimar/Köln/Wien 1995.
- Riechel, Melanie: Widerspenstigkeit und Protest. Motive von Zeitzeugen in der Friedensbewegung im Eichsfeld und der DDR in den 1980er Jahren, Stuttgart 2016.
- Riffel, Dennis/Wunnicke, Ruth: Demokratiegeschichte: Webseiten, Ausstellungen, Netzwerke..., in: Parak, Michael (Hg.): Demokratiegeschichte als Beitrag zur Demokratiestärkung, Berlin 2018, S. 49–62.
- Rogge, Friedrich W.: Das Beispiel Braunschweig. Die vorweggenommene »Machtergreifung« 1930/32, in: Riesenberg Forum 1997 (Hg.): Manuskripte der Redebeiträge des ersten Veranstaltungstages am 4. Juli 1997 im Saal des Gewerkschaftshauses Braunschweig, Braunschweig 1998, S. 4–12.
- Roth, Heidi: Gedanken zum 17. Juni 1953 nach 30 Jahren Deutscher Einheit, in: Sächsische Heimatblätter 66 (2020) H. 4, S. 414–417.
- Roth, Heidi: Der 17. Juni 1953 in Sachsen, Köln/Weimar/Wien 1999.
- Rothland, Martin: Selektive Erinnerung? Meinungsumfragen zum Nationalsozialismus der frühen Nachkriegszeit, in: Die politische Meinung 53 (2008) H. 462, S. 55–61.
- Ruhland, Volker: Der Dresdner Maiaufstand von 1848/49, in: Dresdner Hefte 13 (1995) H. 3, S. 27–37.
- Rupieper, Hermann-Josef (Hg.): Die Friedliche Revolution in Sachsen-Anhalt, 2., verb. Aufl., Halle (Saale) 2006.
- S Saage-Maaß, Miriam: Die Göttinger Sieben als Identitätsstifter. Überlegungen zur Notwendigkeit und Grenzen der Nutzbarmachung historischer Vorbilder, in: Göttinger Jahrbuch 56 (2008), S. 45–55.

- S Sabrow, Martin: Auf dem Weg zu Weimarer Verhältnissen? Zur Gegenwartsbedeutung eines historischen Erzählmusters, in: Gallus, Alexander/Piper, Ernst (Hg.): Die Weimarer Republik als Ort der Demokratiegeschichte. Eine kritische Bestandsaufnahme, Bonn 2023, S. 217–233.
- Sänger, Eva: Begrenzte Teilhabe. Ostdeutsche Frauenbewegung und Zentraler Runder Tisch in der DDR, Frankfurt a. M. 2005.
- Sänger, Johanna: Die Rolle der Revolution 1848 in der städtischen Erinnerungskultur Leipzigs, in: Kitschun, Susanne/Linnemann, Dorothee/Thalhofer, Elisabeth (Hg.): Die Revolution 1848/49. Wie nach 175 Jahren den Meilenstein der Demokratiegeschichte vermitteln, Berlin 2023, S. 51–57.
- Sassin, Horst R.: Liberale im Widerstand. Die Robinsohn-Strassmann-Gruppe 1934-1942, Hamburg 1993.
- Sautter, Udo: Deutsche Geschichte seit 1815: Daten, Fakten, Dokumente. Band II Verfassungen, Tübingen/Basel 2004.
- Schadewitz, Gerd: Das Amt des preußischen Landesdirektors (Landeshauptmanns) in seiner historischen Entwicklung, in: Adamy, Kurt/Hübener, Kristina (Hg.): Adel und Staatsverwaltung in Brandenburg im 19. und 20. Jahrhundert, Berlin 1996, S. 121–144.
- Schaser, Angelika: Frauenbewegung in Deutschland 1848–1933, 2., überarb. Aufl., Darmstadt 2020.
- Scheer, Udo: Jürgen Fuchs. Schriftsteller, Bürgerrechtler, Sozialpsychologe. Ein Porträt, Erfurt 2019.
- Scheer, Udo: Freisein von allen Zwängen des Denkens und Sprechens. Literarische Opposition und politische Exmatrikulation von Jürgen Fuchs, in: Hoßfeld, Uwe/Kaiser, Tobias/Mestrup, Heinz (Hg.): Hochschule im Sozialismus. Studien zur Geschichte der Friedrich Schiller-Universität Jena (1945–1990). Band 2, Köln/Weimar/Wien 2007, S. 2170–2193.
- Scheer, Udo: Kritisches oder oppositionelles Verhalten? Die politischen Exmatrikulationen von Siegfried Reiprich, Roland Jahn und Lutz Rathenow, in: Hoßfeld, Uwe/Kaiser, Tobias/Mestrup, Heinz (Hg.): Hochschule im Sozialismus. Studien zur Geschichte der Friedrich Schiller-Universität Jena (1945–1990). Band 2, Köln/Weimar/Wien 2007, S. 2194–2220.
- Scheffczyk, Fabian: Der Übergang von der provinziellen Selbstverwaltung zur »Führer- und Ratsverfassung« in der Provinz Brandenburg, in: Bienert, Michael C./Lüdicke, Lars (Hg.): Preußen zwischen Demokratie und Diktatur. Die Durchsetzung der NS-Herrschaft in den Zentren und der Peripherie, 1932–1934, Berlin 2020, S. 99–122.
- Schelsky, Helmut: Die skeptische Generation. Eine Soziologie der deutschen Jugend, Düsseldorf/Köln 1957.
- Schieb-Samizadeh, Barbara: Die Gemeinschaft für Frieden und Aufbau. Eine wenig bekannte Widerstandsgruppe, in: Dachauer Hefte 7 (1991), S. 174–190.

- S Schley, Jens (Hg.): Thüringen 1945. Januar bis Juni. Kriegsende und amerikanische Besatzung, Erfurt 2016.
- Schmeitzner, Mike: Revolution und Republik. Die Bildung des Freistaates Sachsen 1918/19 bis 1923, in: Hermann, Konstantin / Schmeitzner, Mike / Steinberg, Swen (Hg.): Der gespaltene Freistaat. Neue Perspektiven auf die sächsische Geschichte 1918 bis 1933, Leipzig 2019, S. 61–110.
- Schmeitzner, Mike / Wagner, Andreas (Hg.): Von Macht und Ohnmacht. Sächsische Ministerpräsidenten im Zeitalter der Extreme 1919–1952, Beucha 2006.
- Schmidt, Dr. Andreas: Historische Orte der Sozialdemokratie in Halle, in: Historische Kommission des SPD-Landesverbandes Sachsen-Anhalt (Hg.): SPD-Geschichte in Sachsen-Anhalt. Traditionen und Neubeginn. Magdeburg 2015, S. 52–66.
- Schmidt, Ute: Von der Blockpartei zur Volkspartei? Die Ost-CDU im Umbruch 1989–1994, Wiesbaden 1997.
- Schmiechen-Ackermann, Detlef / Junge, Abelina: Die Revolution 1848/49 als Thema der Demokratiegeschichte, in: Kitschun, Susanne / Linnemann, Dorothee / Thalhofer, Elisabeth (Hg.): Die Revolution 1848/49. Wie nach 175 Jahren den Meilenstein der Demokratiegeschichte vermitteln, Berlin 2023, S. 11–19.
- Schmitt, Josephine: Ein audiovisueller Blick in die Geschichte der Demokratie – Herausforderungen und Chancen von Webvideos in der politischen Bildungsarbeit, in: Kitschun, Susanne / Linnemann, Dorothee / Thalhofer, Elisabeth (Hg.): Die Revolution 1848/49. Wie nach 175 Jahren den Meilenstein der Demokratiegeschichte vermitteln, Berlin 2023, S. 33–41.
- Schmuhl, Hans-Walter: Sturm auf die rote Hochburg. Die Machtübernahme der Nationalsozialisten in Halle, in: Freitag, Werner / Ruprecht, Michael: Aufruhr, Zwietracht und Gewalt. Konfliktlagen in der hallischen Stadtgesellschaft vom Mittelalter bis zur Neuzeit, Halle (Saale) 2006, S. 114–139.
- Schneider, Michael: Die christlichen Gewerkschaften 1894–1933, Bonn 1982.
- Schöne, Jens: Jenseits der Städte. Der Volksaufstand vom Juni 1953 in der DDR, Erfurt 2023.
- Schötz, Susanne: Der Dresdner »Frauen-Verein zur Unterstützung hilfsbedürftiger Familien« (1849/50), in: Dresdner Hefte 42 (2024) H. 2, S. 77–89.
- Schreckenbach, Hans-Joachim / Künzel, Werner: Das Land Brandenburg und der brandenburgische Landtag 1945–1952, in: Adamy, Kurt / Hübener, Kristina (Hg.): Kleine Geschichte des Brandenburger Landtages, Potsdam 1999, S. 136–197.
- Schröder, Wilhelm Heinz: Sozialdemokratische Parlamentarier in den deutschen Reichs- und Landtagen. 1867–1933. Biographien, Chronik, Wahldokumentation. Ein Handbuch, Düsseldorf 1995.

- S Schuck, Gerhard: Die Rheinbundakte von 1806, in: Brandt, Hartwig / Grothe, Ewald (Hg.): Rheinbündischer Konstitutionalismus, Frankfurt a. M. 2007, S. 17–30.
- Schultz, Maria: Zwischen Kultur und Politik. Die Hauptversammlungen der Goethe-Gesellschaft in den Jahren 1954 bis 1960 als Orte deutsch-deutscher Auseinandersetzungen, in: Golz, Jochen / Ulbricht, Justus H. (Hg.): Goethe in Gesellschaft. Zur Geschichte einer literarischen Vereinigung vom Kaiserreich bis zum geteilten Deutschland, Köln/Weimar/Wien 2005, S. 157–181.
- Schulze, Ingo / Neiman, Susan: Vergangenheitsbewältigung in der Bundesrepublik und der DDR. Ingo Schulze im Gespräch mit Susan Neiman, in: Neiman, Susan / Wildt, Michael (Hg.): Historiker streiten. Gewalt und Holocaust – die Debatte, Berlin 2022, S. 101–122.
- Schulze, Winfried: Die Entwicklung des »teutschen Bauernrechts« in der Frühen Neuzeit, in: Zeitschrift für Neuere Rechtsgeschichte 12 (1990), S. 127–163.
- Schumann, Dirk: Weimar – die unterschätzte Demokratie?, in: Gallus, Alexander / Piper, Ernst (Hg.): Die Weimarer Republik als Ort der Demokratiegeschichte. Eine kritische Bestandsaufnahme, Bonn 2023, S. 99–115.
- Schwabe, Klaus: Der 17. Juni 1953 in Mecklenburg und Vorpommern, 4. Aufl., Schwerin 2007.
- Schwachenwalde, Ernst: Wilhelm Loewe. Zur Biographie einer 48ers, in: Sachsen-Anhalt. Journal für Natur- und Heimatfreunde 8 (1998) H. 4, S. 19–21.
- Seipold, Michelle: Handlungsorte von Frauen in der Revolution 1848/49. Die Beispiele Auguste Scheibe und Pauline Wunderlich, in: Dresdner Hefte 42 (2024) H. 2, S. 66–76.
- Sekatzek, Yvonne: Der politische Verein in der Revolution 1848 im Regierungsbezirk Merseburg, in: Freitag, Werner / Puhle, Matthias (Hg.): Freiheit, Bürger, Revolution. Die Region Sachsen-Anhalt 1847–1849, Bielefeld 1998, S. 75–82.
- Semtner, Klemens: Der Runde Tisch in der DDR, München 1992.
- Staatsgrundgesetz für das Herzogtum Gotha. Vom 25. März 1849, Gotha 1849.
- Stambolis, Barbara: Jugendbewegungen. Aufbruch und Selbstbestimmung 1871 bis 1918, Wiesbaden 2023.
- Stang, Joachim: Die Deutsche Demokratische Partei in Preußen. 1918–1933, Düsseldorf 1994.
- Starck, Christian: Die Verfassungen der neuen deutschen Länder. Eine vergleichende Untersuchung, Heidelberg 1994.
- Starke, Holger: Kanonisierte Linke? Das Museum für Geschichte der Dresdner Arbeiterbewegung, in: Dresdner Hefte 35 (2017) H. 2, S. 82–91.

- S Steinbach, Peter: Revolutionen in der deutschen Demokratiegeschichte, in: Kitschun, Susanne/Thalhofer, Elisabeth (Hg.): Die Revolution 1848/49. Wie nach 175 Jahren an den Meilenstein der Demokratiegeschichte erinnern?, Berlin 2021, S. 7–23.
- Steinbach, Walter Christian: »Eine Mark für Espenhain«. Vom Christlichen Umweltseminar Rötha zum Leipziger Neuseenland, Leipzig 2018.
- Steinmeier, Frank-Walter: »Zeigen, auf welchen Traditionen unsere Demokratie beruht«. Zur Einweihung des Robert-Blum-Saals mit Kunst zur deutschen Demokratiegeschichte in Schloss Bellevue am 9. November 2020, Berlin 2020.
- Stern, Kathrin: Die »Frauen für den Frieden/Ostberlin« – Widerstand oder Opposition?, Oldenburg 2009.
- Stölzl, Christoph: Das Projekt Exilmuseum Berlin, in: Lüdicke, Lars (Hg.): Deutsche Demokratiegeschichte II. Eine Aufgabe der Vermittlungsarbeit, Berlin 2021, S. 99–113.
- Stolze, Elke: Die weiblichen »Herren Abgeordneten«. Politikerinnen der Region Sachsen-Anhalt 1918–1945, Halle (Saale) 2007.
- Strunk, Peter: Zensur und Zensoren. Medienkontrolle und Propagandapolitik unter sowjetischer Besatzungsherrschaft in Deutschland, Berlin 1996.
- Szejnmann, Claus-Christian: Vom Traum zum Alptraum. Sachsen in der Weimarer Republik, Leipzig 2000.
- Suckut, Siegfried: Parteien in der SBZ/DDR 1945–1952, Bonn 2000.
- T Tautz, Lothar: Sozialdemokratischer Aufbruch 1989 aus der Sicht der DDR-Provinz, in: Historische Kommission des SPD-Landesverbandes Sachsen-Anhalt (Hg.): SPD-Geschichte in Sachsen-Anhalt. Traditionen und Neubeginn, Magdeburg 2015, S. 45–48.
- Thalhofer, Elisabeth: Erinnerung an 1848 und 1989. Zerrissenheit, Spannungszustand, Zwiespältigkeit, in: SprecherInnenrat der AG Orte der Demokratiegeschichte (Hg.): Ambivalente Orte und Köpfe der Demokratiegeschichte. Jahrestagung 2020 14.–15. September 2020 Stadthalle Rastatt, Weimar 2021, S. 27–29.
- Theilmann, Wolfram G.: Unser Roland, Aufbauhelfer Nr. 1 – Überlegungen zur Präsenz reichsstädtischer Geschichte in Nordhausen am Harz, in: Wittmann, Helge (Hg.): Tempa passati. Die Reichsstadt in der Erinnerung. 1. Tagung des Arbeitskreises »Reichsstadtgeschichtsforschung« Mühlhausen 11. bis 13. Februar 2013, Petersberg 2014, S. 203–228.
- Thüringer Verband der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten/Studienkreis deutscher Widerstand 1933–1945 (Hg.): Heimatgeschichtlicher Wegweiser zu Stätten des Widerstandes und der Verfolgung 1933–1945. Band 8. Thüringen, Frankfurt a. M. 2003.

- T Thüsing, Andreas: Der staatliche Neuanfang in Sachsen 1945–1952, in: Behring, Rainer/Schmeitzner, Mike (Hg.): Diktaturdurchsetzung in Sachsen. Studien zur Genese der kommunistischen Herrschaft 1945–1952, Köln/Weimar/Wien 2003, S. 171–199.
- Tonndorf, Thorsten: Die Wahlen zur Frankfurter Nationalversammlung im Großraum Dresden, in: Dresdner Hefte 13 (1995) H. 3, S. 19–26.
- Triebel, Bertram: Die Thüringer CDU in der SBZ/DDR. Blockpartei mit Eigeninteresse, hg. v. Jörg Ganzenmüller/Hermann Wentker, Sankt Augustin/Berlin 2019.
- Tuchel, Johannes: Anknüpfungspunkte für die Demokratiegeschichte: Das Beispiel Weimarer Republik, in: Parak, Michael (Hg.): Demokratiegeschichte als Beitrag zur Demokratiestärkung, Berlin 2018, S. 23–27.
- Tullner, Mathias: Dessau und Anhalt in der NS-Zeit. Vom Land der vernünftigen Menschen zur ersten NS-geführten Landesregierung, in: Wilderotter, Hans (Hg.): Schauplatz vernünftiger Menschen. Kultur und Geschichte in Anhalt-Dessau, Berlin 2006, S. 279–292.
- Tullner, Mathias: Landtagsgebäude und Landtage in Sachsen-Anhalt, 2., durchgesehene und erw. Aufl., Magdeburg 1999.
- Tullner, Mathias: Die Revolution von 1848/49 in Sachsen-Anhalt, Halle (Saale) 1998.
- U Udke, Gerwin: Dableiben – Weggehen – Wiederkommen. Abwanderung aus Ostdeutschland – 1945 bis heute. Motive, Hintergründe, Folgen, Auswege, Mering 2008.
- Ulrich, Axel: Carlo Mierendorff kontra Hitler. Ein enger Mitstreiter Wilhelm Leuschners im Widerstand gegen das NS-Regime, Wiesbaden 2018.
- V Ulrich, Volker: Deutschland 1923. Das Jahr am Abgrund, München 2022.
- Vilímek, Thomáš: Kontakte zwischen ČSSR- und DDR-Bürgern, 1968–1989, in: Totalitarismus und Demokratie 4 (2007) H. 2, S. 285–300.
- Vogel, Lutz: Weitgehend chancenlos. Landtagskandidatinnen in Sachsen 1919–1933, in: Richter, Hedwig/Wolff, Kerstin (Hg.): Frauenwahlrecht. Demokratisierung der Demokratie in Deutschland und Europa, Hamburg 2018, S. 249–269.
- Vogel, Reiner: Abriss der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung im ausgehenden 19. Jahrhundert und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts im Fürstentum »Reuß ältere Linie«, in der Stadt und im Landkreis Greiz. Die Entwicklung der SPD/USPD, KPD/KPD (Opposition) und der SED, Zwickau 2017.
- Vogler, Günter: Eine Revolution am Beginn des 16. Jahrhunderts? Zur Charakterisierung von Reformation und Bauernkrieg, in: Schaper, Joachim/Leppin, Volker (Hg.): Reformation und frühbürgerliche Revolution. Neue Studien, Leipzig 2023, S. 263–287.

- V Vogt, Katharina: Weimarer Forum für Erinnerungskultur. Kolloquium. Die Gestaltung der Erinnerungskultur als Aufgabe für die Zukunft, in: Gesellschaft zur Erforschung der Demokratie-Geschichte (Hg.): Prospect 23. Bulletin der Gesellschaft zur Erforschung der Demokratie-Geschichte, Weimar 2023, S. 56–61.
- Voigt, Heinz: Jena: die Zeiss-Arbeiter proben den Aufstand, in: Mähler, Ulrich (Hg.): Der 17. Juni 1953. Ein Aufstand für Einheit, Recht und Freiheit, Bonn 2003, S. 109–131.
- W Wagner, Andreas: Walther Schieck. Der Ministerpräsident der Krise (1930–33), in: Schmeitzner, Mike/Wagner, Andreas (Hg.): Von Macht und Ohnmacht. Sächsische Ministerpräsidenten im Zeitalter der Extreme 1919–1952, Beucha 2006, S. 241–256.
- Wagner, Andreas: »Machtergreifung« in Sachsen. NSDAP und staatliche Verwaltung 1930–1935, Köln 2004.
- Wagner, Patrick: Notgemeinschaften der Wissenschaft. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) in drei politischen Systemen, 1920 bis 1973, Stuttgart 2021.
- Wagner, Patrick/Hettling, Manfred (Hg.): Revolutionäre Zeiten zwischen Saale und Elbe. Das heutige Sachsen-Anhalt in den Anfangsjahren der Weimarer Republik, Halle (Saale) 2019.
- Wahl, Volker u. a.: Thüringer Regierungschefs 1920 bis 2003. Thüringer Regierungsgeschichte – ein historischer Rückblick, 2., erw. Aufl., Erfurt 2007.
- Walter, Franz: Sachsen – ein Stammland der Sozialdemokratie?, in: Politische Vierteljahresschrift 32 (1991) H. 2, S. 207–231.
- Walter, Michael: »Es ist Frühling, und wir sind (so) frei«. LDP(D), NDPD, DFP und FDP der DDR 1989/90, Würzburg 1998.
- Wasielewski, Oskar: Demokratie am Scheideweg. 175 Jahre Gothaer »Nachparlament«, in: Gesellschaft zur Erforschung der Demokratie-Geschichte (Hg.): Prospect 24. Bulletin der Gesellschaft zur Erforschung der Demokratie-Geschichte, Weimar 2024, S. 80–85.
- Wasser, Ulrike: Das Wirken der Sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands in Mecklenburg in den Jahren 1924 bis 1933, Rostock 1997.
- Weil, Francesca: Verhandelte Demokratisierung. Die Runden Tische der Bezirke 1989/90 in der DDR, Göttingen 2011.
- Weilemann, Peter: Parteien im Aufbruch. Nichtkommunistische Parteien und politische Vereinigungen in der DDR vor der Volkskammerwahl am 18. März 1990, Melle 1990.
- Wellenreuther, Hermann: Die Protestation der Göttinger Sieben, in: Göttinger Jahrbuch 56 (2008), S. 31–43.
- Wendemann, Gerda: Der Internationale Kongress der Konstruktivisten und Dadaisten in Weimar im September 1922. Versuch einer Chronologie der Ereignisse, in: Seemann, Hellmut Th. (Hg.): Europa in Weimar. Visionen eines Kontinents, Göttingen 2008, S. 375–398.

- W Wertheim, Ursula: Der amerikanische Unabhängigkeitskampf im Spiegel der zeitgenössischen deutschen Literatur, in: Braemer, Edith/Wertheim, Ursula (Hg.): Studien zur deutschen Klassik, Berlin 1960, S. 71–114.
- Wickmann, Manfred: Flucht und Ankommen. 70 Objekte und ihre Geschichte aus dem Notaufnahmelager Marienfelde, Berlin 2023.
- Wieden, Helge Bei der: Die mecklenburgischen Regierungen und Minister 1918–1952, 2., ergänzte Aufl., Köln/Wien 1978.
- Wiemers, Gerald: Früher studentischer Widerstand an der Universität Leipzig, in: Wiemers, Gerald (Hg.): Der frühe Widerstand in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands SBZ/DDR, Leipzig 2012, S. 51–72.
- Wimmer, Barbara: Die Vormärzschichtstellerin Louise Aston. Selbst- und Zeiterfahrung, Frankfurt a. M. u. a. 1993.
- Winkler, Klaus-Jürgen: Die Tagungsstätten der Landtage in Thüringen. Ein Beitrag zu ihrer Bau- und Nutzungsgeschichte, Jena 1994.
- Winters, Peter Jochen: Die Reformen Gorbatschows und die DDR-Bevölkerung, in: Löw, Konrad (Hg.): Beharrung und Wandel. Die DDR und die Reformen des Michail Gorbatschow, Berlin 1990, S. 31–40.
- Wirsching, Andreas: Weimar als Generationserfahrung, in: Schanetzky, Tim u. a. (Hg.): Demokratisierung der Deutschen. Errungenschaften und Anfechtungen eines Projekts, Göttingen 2020, S. 39–50.
- Witwoski, Janis: »Das getan oder totgeschlagen.« Der Werrahaufen als ein Akteur im Bauernkrieg von 1525, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte 157 (2021), S. 283–316.
- Wittmann, Helge: Geschichtsbilder – Zur Präsenz reichsstädtischer Geschichte in der Thomas-Müntzer-Stadt Mühlhausen, in: Wittmann, Helge (Hg.): Tempi passati. Die Reichsstadt in der Erinnerung. 1. Tagung des Arbeitskreises »Reichsstadtgeschichtsforschung« Mühlhausen 11. bis 13. Februar 2013, Petersberg 2014, S. 175–202.
- Wobbe, Theresa/Mittelsdorf, Harald (Hg.): »Jetzt endlich können die Frauen Abgeordnete werden!«. Thüringer Parlamentarierinnen und ihre Politik, Weimar/Jena 2003.
- Wolff, Kerstin: Frauen und die Revolution. 1848 als Frauenaufbruch, in: APuZ 73 (2023) H.7–9, S. 24–30.
- Wolff, Kerstin: Demokratische Frauenbewegungen, in: SprecherInnenrat der AG Orte der Demokratiegeschichte (Hg.): Entwicklungsperspektiven der Demokratiegeschichte. Jahrestagung 2021 7.–8. Oktober 2021 Kronprinzenpalais Berlin, Weimar 2021, S. 18–20.
- Wolff, Kerstin: Respekt für die Provinz! Die ADF-Gründungen in Leipzig, Kassel, Frankfurt am Mai, Dresden und Gießen, in: Schötz, Susanne/Berger, Beate (Hg.): Frauen in der Geschichte Leipzigs – 150 Jahre Allgemeiner Deutscher Frauenverein, Leipzig 2019, S. 123–149.

- W Wunnicke, Ruth: Die Unterstützung der DDR-Opposition aus der Bundesrepublik durch DDR-Migranten – die Wege von Wilhelm Knabe und Roland Jahn, in: Engst, Ulli/Riffel, Dennis/Baasch, Annalena (Hg.): Migration in der Demokratieggeschichte. Versuch einer Perspektiverweiterung auf die Geschichte der deutschen Demokratie, Berlin 2023, S. 18–22.
- Z Zeise, Roland: Sachsen und die europäische Revolution 1848/49, in: Dresdner Hefte 13 (1995) H. 3, S. 2–8.
- Ziegler, Günter: Die politischen Verhältnisse während der Weimarer Republik und das Wirken des Ministerpräsidenten Heinrich Deist in Anhalt, in: Sachsen-Anhalt. Beiträge zur Kultur- und Landesgeschichte 17 (2001), S. 7–33.
- Zwahr, Hartmut: Die erfrorenen Flügel der Schwalbe. DDR und »Prager Frühling«. Tagebuch einer Krise 1968-1970, Bonn 2007.

Impressum

Herausgeber

Christian Faludi

Autor

Marc Bartuschka

Lektorat

Petrus Beck

Alexander Maser

Sarah Traub

Gestaltung

Eric Jentzsch | zentralform

Auflage

500

Erscheinungsjahr/-ort

2024 Weimar

ISBN

978-3-949903-13-7

Kontakt

redaktion@gedg.org

www.gedg.org

GEDG Paper

Die von der Gesellschaft zur Erforschung der Demokratie-Geschichte verlegte Publikationsreihe »GEDG Paper« erscheint seit 2024 in unregelmäßigen Abständen. Gemeinsam mit Autorinnen und Autoren aus Forschung, Politik und Zivilgesellschaft veröffentlichen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Instituts darin Studien, Analysen, Berichte und Handlungsempfehlungen zum Themenfeld Demokratiegeschichte.

Die Ausgaben der Reihe werden als Broschur gedruckt und sind über die Webseiten der GEDG bestellbar und/oder stehen zum kostenlosen Download bereit.

GEDG Paper #1 — 2024

Initiativplan Demokratiegeschichte/Ost

Dr. Marc Bartuschka ist Historiker aus Jena und wissenschaftlicher Referent der Gesellschaft zur Erforschung der Demokratie-Geschichte. Im August 2023 übernahm er das Projekt und die Autorenschaft des Initiativplans Demokratiegeschichte/Ost.

Dr. Christian Faludi leitet die Gesellschaft zur Erforschung der Demokratie-Geschichte und zeichnet für die Umsetzung des Projekts und die Herausgabe der Reihe GEDG Paper verantwortlich.

Stephan Zänker ist Historiker aus Erfurt, Mitglied im Vorstand der Gesellschaft zur Erforschung der Demokratie-Geschichte und Geschäftsführer des Weimarer Republik e.V. Die Erarbeitung eines Initiativplans Demokratiegeschichte/Ost war seine Idee.



Gesellschaft zur Erforschung
der Demokratie-Geschichte

Gefördert durch:



Der Beauftragte der Bundesregierung
für Ostdeutschland

